

DAS ARGUMENT 119

Sexualität und Herrschaft

Volkmar Sigusch: Natur und Sexualität	3
Elke Enderwitz: Feministische Wissenschaftsfeindlichkeit	16
Dietmar Voss: Emanzipation der Sinne. Zur ästhetischen Theorie A. Kluges	20
<u>Populismus-Theorie</u>	
Ernesto Laclau: Zu einer Theorie des Populismus	33
<u>Arbeitergeschichtsschreibung</u>	
R. Johnson: Kulturalistische Geschichtsschreibung bei Thompson u. Genovese	39
<u>Streitfragen materialistischer Dialektik</u>	
Michael Jäger: Kritik der »Marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie«	50
<u>Aktuelle Analysen</u>	
Monty Johnstone u.a.: Kriege zwischen sozialistischen Ländern	62
Wieland Elfferding/Michael Jäger: Wie gefährlich ist Franz Josef Strauß?	74
<u>Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (2)</u>	
Christiane Markard und Fritz Vahrenholt: Chemie und Umwelt	79
<u>Repliken</u>	
Bruno Frei: Austromarxismus; Manfred Herzer: Homosexualität	88
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Volksuniversität; Kultur-Kongreß; Klinische Psychologie; Informationstechnologie; DGB-Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften; Österreichischer Soziologentag; Philosophische Sommerakademie Brixen; Soziale Kulturarbeit	100
<u>Interventionen</u>	109
<u>Besprechungen</u>	
Wissenschaftsgeschichte und Philosophie; Sprachwissenschaft; Film; Kindheit; Sozialmedizin; Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung; Politik/Ideologie/Verbrechen; Sozialpolitik; Chemie und Umwelt; Arbeitslosigkeit	110
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	IX

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314915

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Wittich, Dieter, Klaus Gößler und Kurt Wagner: Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie (M. Jäger)</i>	50
<i>Bachelard, Gaston: Die Bildung wissenschaftlichen Geistes (Th. Laugstien)</i>	110
<i>Dudek, Peter: Naturwissenschaft und Gesellschaftsformation (G. Freudenthal)</i> ..	111
<i>Diemer, Alwin (Hrsg.): Konzeption und Begriff der Forschung in den Wissenschaften des 19. Jahrhunderts (M. Jäger)</i>	112
<i>Hübner, Kurt: Kritik der wissenschaftlichen Vernunft (J. Tuguntke)</i>	113

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1980 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten; Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BIZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BIZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BIZ 10010010. — Satz: Schmidt & Schmidt, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1. — 9. Tausend Januar 1980.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des pädex-Verlages

Verlagsmitteilungen

Wir danken all denen, die das Abonnement für 1980 bereits bezahlt haben. Und wir bitten die übrigen Abonnenten um Überweisung der noch offenen Abo-Rechnung (liegt *Argument* 118 bei). Denn wir brauchen dringend die finanziellen Mittel.

Noch lastet auf dem *Argument* der Schuldenberg. Wie an dieser Stelle bereits mitgeteilt (im Editorial 116), betrug die bis 31.12.78 angehäuften Verluste 207.606,— DM. Im Sommer richteten wir daher einen Appell an unsere Freunde, das *Argument* durch Spenden stabilisieren zu helfen. Wolfgang Abendroth, Helmut Gollwitzer, Heiko Haumann und Helmut Ridder riefen einen Fördererkreis ins Leben, dem sich Detlev Albers, Dieter Boris, Hansgeorg Conert, Dieter Läßle, Klaus Dieter Lenzen, Jutta Held, Baber Johansen, Josef Schleifstein, Michael Theunissen und viele andere anschlossen. Ihnen haben wir ebenso zu danken wie denen, die seither uns mit Spenden unter die Arme gegriffen haben. Vom »Aufrunden« von Rechnungen über einzelne Beiträge bis zu regelmäßigen Überweisungen: Wir benutzen diese Beträge zum Verlustabbau. Wir machen zwar keine neuen Verluste mehr, können aber die alten nur zu einem kleinen Teil aus eigener Kraft abbauen.

Verlagsprogramm: AS 42 (Musik der 50er Jahre) und AS 43 (Empirieband des Projekts Automation und Qualifikation) erscheinen mit größerer Verspätung leider erst im Frühjahr 1980.

AS-Programm 1980: Gegenüber der Ankündigung dieses bisher umfangreichsten Programms in *Argument* 118 (S.796) haben sich folgende Änderungen ergeben:

AS 49 — Forum Kritische Psychologie 6: Schwerpunkt Handlungsstrukturtheorie (statt Therapie); erscheint bereits Ende Januar/Anfang Februar 1980.

AS 54 — Materialistische Wissenschaftsgeschichte (statt, wie irrtümlich angekündigt, Wissenschaftstheorie).

AS 59 — Forum Kritische Psychologie 7: Schwerpunkt Therapie (der für FKP 7 vorgesehene Schwerpunkt »Ideologie« wird auf 1981 verschoben).

Der Zeitungs-Roman von W.F. Haug, der im Rotpunkt-Verlag Zürich erscheint und in Deutschland vom Argument-Verlag ausgeliefert wird, erscheint mit Verspätung Anfang Februar 1980 (Abonnenten der Zeitschrift oder der Sonderbände können ihn zum ermäßigten Preis von 11,— DM bei uns beziehen).

Redaktionsmitteilungen

»*Interventionen*«: Unter diesem Titel veröffentlichen wir von nun an regelmäßig (vor dem Rezensionsteil) Stellungnahmen von Lesern, Mitarbeitern, Rezensenten anderer Publikationen, die in den Kommunikationsprozeß, wie wir ihn zu organisieren versuchen, *eingreifen*. Die an uns dabei gerichteten, oft widersprüchlichen Anforderungen sollen dadurch öffentlich diskutierbar gemacht werden. — Da in einem der diesmal veröffentlichten Texte darauf (ablehnend) Bezug genommen wird, bringen wir noch einmal Helmut Gollwitzers »Fünf Gründe, warum *Argument* bleiben muß«.

Aufforderung zur Mitarbeit: Wir veröffentlichen in diesem Heft kontroverse Thesen zur theoretischen Einschätzung der in der Bundestagswahl 1980 einander gegenüberstehenden politischen Blöcke und zur Chance und Bedeutung einer möglichen linken Alternative. Diese Thesen sollen zu Beiträgen für den Sonderband AS 51 — »Sozialliberalismus oder rechter Populismus? / Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland« anregen.

Argument-Forum: Im vergangenen Jahr organisierten wir gemeinsam mit Freunden und Mitarbeitern Vorträge und Diskussionen zum 20-jährigen Bestehen des *Argument*. Auf diesen Foren wurden von unseren Autoren Forschungsfragen und aktuelle Themen vorgetragen und diskutiert, die auch Schwerpunkt der Zeitschrift und der Sonderbände waren oder sein werden. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, daß diese Zeitschrift nicht nur eine Zeitschrift ist: Zeitschriftenmacher, Autoren und Leser — in vielfältigen Formen sind wir beteiligt an der Hervorbringung des wissenschaftlichen Bewußtseins und damit des Zusammenhangs der sozialen Bewegung, von der wir nur ein Teil sind. Das papierne Produkt ist nur ein, wenngleich unerläßliches, Moment in dieser umfassenderen Produktion — und kann isoliert auf Dauer nicht existieren. Diese Erfahrung, die vielen Nachfragen von Asten, politischen Organisationen usw., wir sollten Referenten benennen und vermitteln, haben uns bewegt, auch über den ursprünglichen Anlaß hinaus *Argument-Foren* zu organisieren. Das können wir aber nur, wenn wir dabei unterstützt werden. Wir denken uns das so: Die Autoren bieten Referate an. Wir stellen daraus eine Art »Vorlesungsverzeichnis« zusammen und verschicken es an *fortschrittliche Bildungseinrichtungen* (Asten, Fachschaften, Volkshochschulen usw.). Wo sich *Leserkreise* des *Argument* bilden (vgl. Editorial in *Argument* 115), können die Foren mit *Lesertreffs* verbunden werden. Damit diese Idee weiter verwirklicht werden kann, bitten wir um zweierlei:

1. Um Vorschläge von Mitarbeitern und Lesern für *Argument-Foren* in ihrer Stadt/Umgebung (Thema, Referent, Mitveranstalter) und um weitere Autoren- und Themenvorschläge.
2. Um Adressen von Bildungsreferenten in Hochschulen, Volkshochschulen, Evangelischen Akademien usw., die am *Argument-Forum* Interesse haben.

»*Volksuniversität*«: Wir dokumentieren in diesem Heft (unter »Kongressankündigungen«) das Projekt einer Volksuni, die Pfingsten in West-Berlin stattfinden soll. Wir hoffen auf vielfältige Unterstützung dieses Projekts durch unsere Leser und Mitarbeiter.

Spontaneismus: Reinhard Matz bat uns um den Abdruck der folgenden Erklärung zu seinen Thesen über die Spontibewegung und den MSB Spartakus (*Argument* 117, 678-680).

»Liebe *Argument*-Produzenten,

in irgendwelchen Gerüchteküchen zwischen Kiel und München muß aufgrund meiner »Thesen zur Spontibewegung und uns« im »*Argument* 117« die Frage aufgekommen sein, was denn mit dem MSB-Köln los sei, ob es sich da um Fraktionierungs- oder gar Spaltungstendenzen handele. Trotz der für meine Begriffe eindeutigen redaktionellen Vorbemerkung bittet uns das Sekretariat des MSB-Spartakus daher, folgenden Sachverhalt noch einmal darzulegen, um die Einheitlichkeit des Verbandes unter Beweis zu stellen. — Das vom »*Argument*« veröffentlichte Manuskript ist die leicht überarbeitete Fassung von Thesen, die ich als einzelner in der Sektion Germanistik und der Gruppe Philosophische Fakultät des MSB-Köln zur Diskussion gestellt habe. Die überwiegende Mehrheit derer, die sich an der Diskussion beteiligt haben, äußerte Unverständnis bis Ablehnung. Da es keinerlei Abstimmung gab, läßt sich nicht sagen, wie groß die Minderheit sei, die den Thesen in der Sache oder in Detailfragen zustimmt, geschweige daß Beschlüsse gefaßt worden wären, die der Verbandslinie in irgendeiner Frage nicht entsprächen. Ob und wie Fragen der Bündnispolitik und -theorie in anderen Gruppen des MSB diskutiert werden, entzieht sich — als einfachem Mitglied — meiner Kenntnis. Es handelt sich also um kein Diskussionsergebnis, sondern um eine, wenn auch begründete, so doch private Meinungsäußerung. — An *Argument*-Mitarbeiter gelangten die Thesen als private Information. Daß sie dort für Wert befunden wurden, veröffentlicht zu werden, hat mich überrascht — und natürlich gefreut. Die »rote-blätters«-Redaktion, der ich daraufhin ebenfalls die Thesen zur Verfügung stellte und zugleich die *Argument*-Veröffentlichung mitteilte, signalisierte dagegen Desinteresse.«

Volkmar Sigusch

Natur und Sexualität

Über die Bedeutung der Kategorie der Natur für eine Theorie der Sexualität des Menschen*

A. Zur Philosophiegeschichte der Kategorie der Natur

Hegel sagt: »Die Natur ist in der Zeit das Erste, aber das absolute prius ist die Idee; dieses absolute prius ist das Letzte, der wahre Anfang, das A ist das Ω « (Syst. d. Phil. II, Zusatz § 248, 58). Gegenüber der Idee ist die Natur also untergeordnet. Sie ist »als ein System von Stufen zu betrachten, deren eine aus der anderen notwendig hervorgeht ...; aber nicht so, daß die eine aus der andern *natürlich* erzeugt würde, sondern in der innern, den Grund der Natur ausmachenden Idee« (Syst. d. Phil. II, § 249, 58f.). Die Idee bringt also die Natur hervor. Die Idee »entschließt« sich, Ausfluß ihrer absoluten Freiheit, »sich als *Natur frei aus sich zu entlassen*« (Encykl. d. phil. Wiss., § 244, 201). Wie ein Letztes, das immer schon bei sich selber ist, in Gegenständlich-Materielles übergehen kann, ist auch den Hegelianern schleierhaft geblieben. Die höhere Wahrheit der von der Idee geborenen Natur ist der Geist: »Wir haben in der Einleitung zur Philosophie des Geistes bemerklich gemacht, wie die Natur selber ihre Äußerlichkeit und Vereinzelung, ihre Materialität als ein Unwahres, dem in ihr wohnenden Begriffe nicht Gemäües aufhebt, und dadurch zur Immaterialität gelangend in den Geist übergeht« (Syst. d. Phil. III, 54). Weil und indem und insofern die Natur in Geist und Seele übergeht, erweist sie sich letztlich wieder als immateriell: »Indem so alles Materielle durch den in der Natur wirkenden an-sich-seyenden Geist aufgehoben wird, und diese Aufhebung in der Substanz der *Seele* sich vollendet, tritt die Seele als die Idealität *alles* Materiellen, als *alle* Immaterialität hervor, so daß Alles, was Materie heißt, — so sehr es der Vorstellung Selbständigkeit vorspiegelt, — als ein gegen den Geist Unselbständiges erkannt wird« (Syst. d. Phil. III, 58). Wenn der Natur »gerade die Äußerlichkeit eigentümlich« ist, »die Unterschiede auseinanderfallen und ... als gleichgültige Existenzen auftreten zu lassen« (Syst. d. Phil. II, § 249, 58f.), gibt es keine Naturgeschichte im allgemeinen Sinne: »Solcher nebuloser im Grunde sinnlicher Vorstellungen, wie insbesondere das sogenannte *Hervorgehen* z.B. der Pflanzen und Thiere aus dem Wasser und dann das *Hervorgehen* der entwickelteren Thierorganisationen aus den niedrigeren usw. ist, muß sich die denkende Betrachtung entschlagen« (Syst. d. Phil. II, § 249, 59).

Feuerbach setzt diametral gegen diese idealistische Naturphilosophie seinen Naturalismus: Natur gründet aus sich, durch sich, in sich selber. Die Hegelsche Auffassung, nach der die Natur von der Idee gesetzt wird, ist für Feuerbach »nur der *rationelle* Ausdruck von der theologischen Lehre, daß die Natur von Gott, das materielle Wesen von einem immateriellen, d.i. abstrakten Wesen geschaffen ist« (Vorläufige Thesen z. Ref. d. Phil., 74). Der Geist, das Denken ist eine der Naturqualitäten des Menschen. Wissenschaften, die sich nicht auf die Natur gründen, sind keine. Das gilt auch für Philoso-

* Vortrag, gehalten am 5. Oktober 1978 auf der 13. Wissenschaftlichen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung in Frankfurt am Main.

phie: »Die neue Philosophie macht den *Menschen mit Einschuß der Natur*, als der Basis des Menschen, zum *alleinigen universalen und höchsten Gegenstand* der Philosophie — die *Anthropologie* also, mit *Einschuß der Physiologie, zur Universalwissenschaft*« (Grundsätze d. Phil. d. Zukunft, 167). Natur und Mensch sind die Feuerbachschen Grundkategorien. Der Mensch steht als Subjektivität der Natur als Objektivität passiv-anschauend, nicht praktisch-tätig gegenüber. Beide bilden nur insofern eine Einheit, als der Mensch aus der Natur hervorgegangen ist. Das unmittelbare Sein des Menschen erscheint als sein Wesen, und die Natur ist eine einheitliche, geschichtslose Matrize, letztendlich »reine« Natur.

Marx hat ebensowenig mit Hegels absoluter Idee wie mit Feuerbachs »reiner« Natur im Sinn. Er setzt nicht an die Stelle eines metaphysischen Prinzips, einer ontologischen Substanz, wie den Hegelschen Weltgeist, ein anderes der Welt zugrunde liegendes letztes Seinsprinzip, wie beispielsweise eine materielle Weltsubstanz. Das wäre naturalisierter Hegelianismus, nicht mehr als Materie statt Geist. Daher und trotzdem können Marx und Engels gegen Hegel sagen: In seiner Natur- und Geschichtsphilosophie »gebietet der Sohn die Mutter, der Geist die Natur ... das Resultat den Anfang« (MEW 2,178), und die Natur ist ihm nur »die liederliche Periode der absoluten Idee« (MEW 3,460).

Beide, Hegels naturphilosophischen Idealismus und Feuerbachs mechanisch-materialistischen Naturalismus, löst Marx in eine Dialektik von Subjekt und Objekt auf. Aus der klassischen deutschen Philosophie heraus und gegen sie denkt er seinen neuen, praktischen Materialismus: »Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus — den Feuerbachschen mit eingerechnet — ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des *Objekts* oder der *Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als *menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis*, nicht subjektiv. Daher geschah es, daß die *tätige* Seite, im Gegensatz zum Materialismus, vom Idealismus entwickelt wurde — aber nur abstrakt, da der Idealismus natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt« (MEW 3,533). Mit Kant und gegen Hegel besteht Marx auf der Nicht-Identität von Subjekt und Objekt. Er sieht im Subjektiven Objektives und im Objektiven Subjektives. Die bisher nur passiv gedachte Sinnlichkeit begreift er als tätig, die Tätigkeit als sinnlich. Denken und Sein, Bewußtsein und Gegenstand, Natur und Gesellschaft, Subjekt und Objekt sind als herkömmliche, seit Descartes in der Neuzeit herrschende Gegenüber überwunden. Der neue Materialismus geht nicht von der Abstraktion des absoluten Subjekts oder von der Abstraktion des absoluten Objekts aus, sondern von der gesellschaftlichen praktischen Tätigkeit, der *Praxis*, der konkreten, empirisch gegebenen Menschen unter bestimmten historischen Bedingungen. Er rettet dabei die »tätige«, subjektive Seite der Wirklichkeit, die der deutsche Idealismus von Kant bis Hegel exponiert hatte, in die materialistische Theorie als konkrete hinüber.

B. Die Kategorie der Natur bei Marx

Bezogen auf Natur — Marx legt keine systematische Theorie der Natur vor und »kommt in seinen Schriften auf die Natur 'an sich' nur äußerst selten« und »immer nur mit großer Vorsicht« zu sprechen (Alfred Schmidt 1974, 7, 179) —, heißt das: Natur ist erst konkret als dialektisches Moment menschlicher Praxis. Sorum interessiert sich Marx für Natur, nicht als Weltmaterial vom Range eines Seinsprinzips.

Im Gegensatz zu anderen Konzeptionen geht es Marx um den geschichtlich-gesell-

schaftlichen Charakter der Natur. Was über sie gesagt wurde und werden kann, setzt gesellschaftliche Praxis der Menschen voraus. Aussagen über Natur sind stets bezogen auf menschliche Tätigkeit, abhängig vom Stand der erreichten und herrschenden ökonomischen, technologischen, geistigen menschlichen Aneignungsweisen der Natur, und in diesem Sinne relativ. Eine Trennung der Theorie der Natur von der Geschichts- und Gesellschaftstheorie kann es bei Marx nicht geben. »Reine« Natur, Natur als ontologisches Prinzip, selbständig und ohne konkrete Bestimmungen existierend, ist ihm reine Gedankenschöpfung, Metaphysizierung.

Diese Position bedeutet nicht, daß es Natur nicht *auch* als etwas an sich Seiendes gibt, jedenfalls als durch Arbeit ins Für-uns transformiertes An-sich. Es ist ein Mißverständnis, einmal ein idealistisches, andermal ein perfektionistisch-materialistisches, wenn so getan wird, als habe Marx alles, darunter Natur und leibhaftig-materielle Dinge, ganz und gar aufgelöst in den Weisen ihrer theoretischen Bearbeitung und praktischen Aneignung. So eingleisig, apriorisch, schlecht prinzipiell ist der praktische Materialismus nicht.

Natur ist einerseits unabhängig, andererseits gesellschaftlich vermittelt. Daran hält Marx bis zum Ende, bis zu den Randglossen zu Wagners Lehrbuch fest (MEW 19,362f.). Materialismus heißt für ihn: Die Natur und die ihr eigenen Gesetze existieren außerhalb und unabhängig vom Bewußtsein des Menschen. Dialektischer Materialismus heißt für ihn: Die Menschen können sich der Natur und ihrer Gesetze nur mittels und gefiltert durch die Arbeit versichern, sie nur durch ihre vermittelnde gesellschaftliche Praxis hindurch erkennen und für ihre Zwecke anwenden. Die Unabhängigkeit und die gesellschaftliche Vermitteltheit der Natur bilden eine Einheit.

Die Ausdrücke »Natur«, »Naturstoff«, »Naturding« und »Materie« benutzt Marx synonym; seiner Blickrichtung entsprechend auch »sachliche Arbeitsbedingungen« und »gegenständliche Daseinsmomente der Arbeit«. Der Materiebegriff des dialektischen Materialismus ist nicht von irgendwelchen inhaltlichen Aussagen abhängig; er wird je nach Stand der naturwissenschaftlichen Erkenntnis, die von der gesellschaftlichen Praxis bestimmt wird, immer mehr angereichert. Die historisch fortschreitenden Ansichten der Naturwissenschaftler über die Struktur der Materie bleiben dem Materiebegriff des philosophischen Materialismus äußerlich: »Denn die *einzig* 'Eigenschaft' der Materie, an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, ist die Eigenschaft, *objektive Realität zu sein*, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren« (Lenin, LW 14,260).

Wenn Marx der äußeren Natur den genetischen Primat zuerkennt, dann besitzt die Natur diese Priorität immer nur innerhalb ihrer gesellschaftlichen Vermittlung, ohne dadurch jedoch völlig besetzt zu werden. Marx interessiert das, was für den Menschen von Belang ist: nicht das abstrakte materielle Sein, sondern die durch Arbeit angeeignete Natur. »Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit ... eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln« (MEW 23,57). Da der Mensch selber, »als bloßes Dasein von Arbeitskraft betrachtet«, ... ein Naturgegenstand, ein Ding, wenn auch lebendiges, selbstbewußtes Ding« ist (MEW 23,217) und der äußeren Natur in der Arbeit »als eine Naturmacht« gegenübertritt (MEW 23,192), ist sein Lebensprozeß ein Naturzusammenhang. Dabei »verändert er zugleich seine eigne Natur«, indem er »auf die Na-

tur außer ihm wirkt und sie verändert« (MEW 23, 192). Die Dialektik von Subjekt und Objekt ist somit »eine Dialektik von Bestandteilen der Natur«, und die Natur »ist das Subjekt-Objekt der Arbeit« (Alfred Schmidt 1974, 8, 58). Insofern und insoweit Marx den Menschen als Bestandteil der Natur betrachtet, erfaßt sein Naturbegriff die Gesamtwirklichkeit, die Totalität dessen, was ist.

C. Der »Stoffwechsel« von Mensch und Natur

Der Mensch ist aus Gründen des Überlebens gezwungen, sich mit der Natur auseinanderzusetzen, sie sich anzueignen und zu beherrschen. Für die wechselseitige Durchdringung und Vermittlung von Mensch und Natur benutzt Marx im »Kapital« durchgehend den Begriff »Stoffwechsel«. Wenn man berücksichtigt, daß es für Marx im Grunde nur den »Mensch(en) und seine Arbeit auf der einen, die Natur und ihre Stoffe auf der andren Seite« gibt (MEW 23, 198f.), wobei der Mensch nicht von der Natur und die Natur nicht vom Menschen ablösbar ist, dann wird erkennbar, welche zentrale Bedeutung dem »Stoffwechsel« in der theoretischen Analyse zukommen muß. Die Blickrichtung ergibt sich dabei aus dem spezifischen Standort: Von der Natur spricht Marx als der Spenderin der Produktionsmittel, der »ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände« (MEW 19, 15); der Mensch, selber Naturding und Naturmacht und daher ein Teil der Natur, ist ihm von Natur gesellschaftlich. Natur ist bei Marx immer auf den Lebensprozeß der Gesellschaft bezogen, immer schon menschlich bearbeitet. Ohne den gesellschaftlichen Lebensprozeß gäbe es kein biologisches Leben der Gattung Mensch.

Diese Position, gegen die bürgerliche Philosophie und mit Blick auf die bürgerliche Gesellschaft errichtet, bedeutet nicht, daß die Natur und ihre Stoffe ohne Rest in die Momente der gesellschaftlichen Prozesse, die sie vermitteln, aufgelöst werden. Das wäre ebenso metaphysisch, wie wenn die Natur dem Menschen unverrückbar, unveränderlich vorausgesetzt wird. Sie bedeutet, daß die Dialektik von Unmittelbarkeit und Vermitteltheit in ihrer jeweiligen historischen Gestalt erst konkret eröffnet werden muß. Und da der Mensch selber ein Teil der durch ihn vermittelten Natur ist, wird die Annahme der Unmittelbarkeit der Natur nicht idealistisch. Alfred Schmidt (1974, 77) weist schließlich auf eine Seite des Zusammenhangs hin, die er »die geheime Naturspekulation in Marx« nennt: »Sosehr alle Natur gesellschaftlich vermittelt ist, sosehr ist freilich umgekehrt die Gesellschaft als Bestandteil der Gesamtwirklichkeit naturhaft vermittelt.« Lukács (1968, 240) hatte in »Geschichte und Klassenbewußtsein« über den Marxschen Naturbegriff gesagt: »Natur ist eine gesellschaftliche Kategorie. D.h. was auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung als Natur gilt, wie die Beziehung dieser Natur zum Menschen beschaffen ist und in welcher Form seine Auseinandersetzung mit ihr stattfindet, also was die Natur der Form und dem Inhalt, dem Umfang und der Gegenständlichkeit nach zu bedeuten hat, ist stets gesellschaftlich bedingt.« Dagegen insistiert Schmidt (1974, 66): »Natur ist aber für Marx nicht *nur* eine gesellschaftliche Kategorie. Sie läßt sich nach Form, Inhalt, Umfang und Gegenständlichkeit keineswegs ohne verbleibenden Rest in die historischen Prozesse ihrer Aneignung auflösen.«

Der Stoffwechsel von Mensch und Natur, das menschliche Leben schlechthin, wird durch die ewige Naturnotwendigkeit Arbeit vermittelt. Die Arbeit ermöglicht die Aneignung der außermenschlichen Natur, von der Marx in den Pariser Manuskripten sagt, sie sei »der *unorganische Leib* des Menschen«. Dabei weiß der Mensch »nach dem Maß

jeder species« zu produzieren und kann sich zumindest potentiell die gesamte Natur aneignen, die ihm einerseits »ein unmittelbares Lebensmittel«, andererseits »die Materie, der Gegenstand und das Werkzeug seiner Lebenstätigkeit« ist; das Tier aber »formiert nur nach dem Maß und dem Bedürfnis der species, der es angehört« (MEW, Erg.-Bd., Erster Teil, 516f.).

Mit Vorliebe bedient sich Marx naturwissenschaftlich-physiologischer Ausdrücke — gesellschaftlicher »Lebensprozeß«, äußere Natur als »unorganischer Leib des Menschen«, »Stoffwechsel« von Mensch und Natur —, wenn er gesellschaftliche Sachverhalte bezeichnen will. Wenngleich diese Ausdrücke innerhalb seiner Theorie zwangsläufig einen anderen Charakter erhalten, sollen sie doch den physiologischen Beigeschmack behalten. »Stoffwechsel« von Mensch und Natur meint *auch*, daß der Mensch so unveränderbar unter dem Zwang der Produktion und Reproduktion seines Lebens steht, wie die Kreisläufe der äußeren Natur ewig sind. Das eine hat etwas vom anderen. Die Menschen gehen durch die Naturstoffe hindurch, die Naturstoffe gehen als Gebrauchswerte durch die Menschen hindurch und fallen wieder in äußere Natur zurück. Auf natürliche Grundstoffe wie Erde, Wasser und Luft ist der Mensch wohl immer direkt angewiesen. Und ein gesellschaftlicher Sachverhalt wie die Teilung der Arbeit ist nicht nur ökonomisch, sondern auch natürlich, »physiologisch« bedingt: »Es ist nicht die absolute Fruchtbarkeit des Bodens, sondern seine Differenzierung, die Mannigfaltigkeit seiner natürlichen Produkte, welche die Naturgrundlage der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bildet und den Menschen durch den Wechsel der Naturumstände, innerhalb deren er haust, zur Mannigfachung seiner eignen Bedürfnisse, Fähigkeiten, Arbeitsmittel und Arbeitsweisen spornet« (MEW 23,536). Auch der Arbeitsprozeß selber kann nicht losgelöst von der menschlichen Physiologie betrachtet werden. Die physiologische Ausstattung des Menschen, seine »körperliche Organisation« bestimmt sein »Verhältnis zur übrigen Natur« mit (MEW 3,21) und begrenzt seine historisch-gesellschaftliche Veränderbarkeit.

D. Natur und Gesellschaft

Im Laufe der Menschengeschichte ist die außermenschliche Natur immer mehr zum Moment gesellschaftlicher Prozesse geworden. War der Mensch am Anfang noch abstrakt identisch mit der Natur, setzte sich zunächst beim Stoffwechsel die naturale Seite durch, dominierte nach und nach die historisch-gesellschaftliche. Sklavenhalterdemokratie und Feudalismus kannten letztlich keine Trennung von Arbeit einerseits und der ihr vorausgegebenen Natur samt ihrer Stoffe andererseits: »Der Sklave steht in gar keinem Verhältnis zu den objektiven Bedingungen seiner Arbeit; sondern die *Arbeit* selbst, sowohl in der Form des Sklaven, wie der des Leibeignen, wird als *unorganische Bedingung* der Produktion in die Reihe der andren Naturwesen gestellt, neben das Vieh oder als Anhängsel der Erde« (Marx, Grundrisse, 389).

In der bürgerlichen, warenproduzierenden Tauschgesellschaft ist die Scheidung dagegen total; die Arbeit ist von ihren natürlichen objektiven Bedingungen getrennt. Diese Trennung ist nach Marx nur charakteristisch für die bürgerliche Gesellschaft: die »Trennung zwischen diesen unorganischen Bedingungen des menschlichen Daseins und diesem tätigen Dasein, eine Trennung, wie sie vollständig erst gesetzt ist im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital« (Grundrisse, 389). Nicht unmittelbar als Bestandteil der Natur eignet sich der Kapitalist den Arbeiter an, sondern *vermittelt durch den*

Tausch als Halterung für abstrakte Arbeit, die von jener nicht ablösbar ist.

Kapitalistische Produktion heißt ferner: Die Grundform gesellschaftlicher Arbeit ist Arbeit als abstrakt-allgemeine und gleiche, die den Tauschwert setzt, nicht als konkret-besondere, die Marx die »Naturalform der Arbeit« nennt (MEW 23,91) und die den Gebrauchswert setzt. Die Produkte seiner Arbeit treten dem Menschen als leblose, dingliche Realität, als objektive Notwendigkeit, als sein Leben schicksalhaft bestimmend gegenüber; als Waren verkörpern sie nicht mehr seine lebendige Auseinandersetzung mit der Natur, und den gesellschaftlichen Verhältnissen wird eine »gespenstige Gegenständlichkeit« verliehen (MEW 23,52).

Im Gebrauchswert tritt die Ware in ihrer »hausbackenen Naturalform« auf (MEW 23,62). »Die Gebrauchswerte Rock, Leinwand usw., kurz die Warenkörper, sind Verbindungen von zwei Elementen, Naturstoff und Arbeit« (MEW 23,57). Der Tauschwert einer Ware ist dagegen eine »übernatürliche Eigenschaft« (MEW 23,71); Naturstoff enthält er überhaupt nicht: »Da Tauschwert eine bestimmte gesellschaftliche Manier ist, die auf ein Ding verwandte Arbeit auszudrücken, kann er nicht mehr Naturstoff enthalten als etwa der Wechselkurs« (MEW 23,97). So wie der Wechselkurs durch und durch »unnatürlich« ist, so ist im Tauschwert alles Naturale ausgemerzt. Und das wirkliche Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert stellt sich allgemein so dar, als ob »der Gebrauchswert der Sachen unabhängig von ihren sachlichen Eigenschaften, dagegen ihr Wert ihnen als Sachen zukommt« (MEW 23,98). In der bürgerlichen Gesellschaft haben die Arbeitsprodukte der Menschen eine phantastische Gestalt angenommen. Was gesellschaftsbestimmt ist, erscheint als naturbestimmt, was natürlich als gesellschaftlich. Diesen Sachverhalt hat Marx unter dem Titel »Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis« im »Kapitale« abgehandelt.

Das Gegenstück zur radikalen Herabsetzung der Natur, die jetzt »rein Sache der Nützlichkeit« ist und nicht mehr »als Macht für sich anerkannt« wird (Marx, Grundrisse, 313), ist »die ganze Negation« der »natürlichen Existenz« des Arbeiters, der nur noch als Tauschwert Produzierender existiert, »ganz durch die Gesellschaft bestimmt« (Grundrisse, 159).

E. Naturgeschichte und Menschengeschichte

Natur und Gesellschaft, Naturgeschichte und Menschheitsgeschichte bilden eine Einheit in der Differenz. Nur vorübergehend, aus Gründen der Standortbestimmung können sie getrennt werden: Es ist philosophisch und politisch entscheidend, auf welche Seite das Gewicht gelegt wird. Marx betrachtet die Geschichte von der Seite der Menschheit aus. Dabei geht die Naturgeschichte nicht restlos in Menschengeschichte auf und vice versa, wenngleich von Naturgeschichte im Grunde nur gesprochen werden kann, wenn die von bewußten Subjekten gemachte Menschengeschichte vorausgesetzt wird. Die Naturgeschichte ist die »rückwärtige Verlängerung« der Menschengeschichte und »wird von den Menschen als *nicht mehr* zugängliche Natur mit denselben gesellschaftlich geprägten Kategorien erfaßt, die sie auf die *noch nicht* angeeigneten Naturbereiche anzuwenden genötigt sind« (Alfred Schmidt 1974, 40f.). Aus dieser Betrachtungsweise resultiert weder eine Trennung von Theorie der Natur und Geschichtstheorie noch ein grundsätzlicher methodologischer Unterschied zwischen sogenannten Naturwissenschaften einerseits und Geistes- oder Gesellschaftswissenschaften andererseits. Sie war zunächst die Überwindung der naturalistischen Geschichtsauffassung, nach der

die Naturbedingungen die Geschichte der Menschen bestimmen.

Einheit in der Differenz bedeutet: Der Mensch ist zwar für immer an den Stoffwechsel mit der Natur gebunden. Dabei werden Sachverhalte, die für die »vormenschliche« Geschichte typisch waren, nie völlig wirkungslos. Insofern kann Marx auch die Produktionsinstrumente als Organe, die der Mensch »seinen eignen Leibesorganen hinzufügt, seine natürliche Gestalt verlängernd« (MEW 23,194), und die Geschichte der Gesellschaft als einen »wirkliche(n) Teil der *Naturgeschichte*« betrachten (MEW, Erg.-Bd., Erster Teil, 544). Der aus der Natur hervorgegangene und von ihr nicht abgelöste Mensch ist aber für Marx das einzige Subjekt, fähig, zweckgerichtet zu handeln, grundsätzlich in der Lage, die außermenschliche Natur zu beherrschen. Marx (MEW 23,393, Fn.89) zitiert einmal zustimmend Vico, der den Unterschied zwischen Naturgeschichte und Menschengeschichte darin sah, daß die eine von Menschen gemacht und die andere von Menschen nicht gemacht wird.

Für Marx waren die Alternativen, entweder Natur- und Menschheitsgeschichte zusammenfallen zu lassen oder ihre Verschiedenheit als unüberbrückbar anzusehen, undialektisch. Er wollte dort, wo der Unterschied zu sehen ist, die Einheit suchen und dort, wo die Einheit zu sehen ist, den Unterschied betonen. Nur so bleibt die spezifische Differenz zwischen Geschichte der außermenschlichen Natur, die im Grunde unveränderlichen Gesetzen folgt, und Geschichte der Menschen erhalten. Naturgesetze können nicht mehr einfach auf gesellschaftliche Verhältnisse übertragen werden.

Von hier aus ist auch, wenn man die Linien bisherigen naturgeschichtlichen Denkens ins Auge faßt, vor allem die Differenz zum Darwinismus zu bestimmen. In einem Brief an Kugelmann, in dem er sich mit F.A. Lange auseinandersetzt, schreibt Marx: »Herr Lange hat ... eine große Entdeckung gemacht. Die ganze Geschichte ist unter ein einziges großes Naturgesetz zu subsumieren. Dies Naturgesetz ist die *Phrase* (— der Darwinsche Ausdruck wird in dieser Anwendung bloße Phrase —) 'struggle for life', 'Kampf ums Dasein', und der Inhalt dieser Phrase ist das Malthussche Bevölkerungs- oder rather Übervölkerungsgesetz. Statt also den 'struggle for life', wie er sich geschichtlich in verschiedenen bestimmten Gesellschaftsformen darstellt, zu analysieren, hat man nichts zu tun, als jeden konkreten Kampf in die Phrase 'struggle for life' und diese Phrase in die Malthussche 'Bevölkerungsphantasie' umzusetzen« (MEW 32,685f.). Und Engels gegenüber hatte Marx bereits früher betont, wie voraussetzungsvoll auch Darwins Aussagen sind: »Es ist merkwürdig, wie Darwin unter Bestien und Pflanzen seine englische Gesellschaft mit ihrer Teilung der Arbeit, Konkurrenz, Aufschluß neuer Märkte, 'Erfindungen' und Malthusschem 'Kampf ums Dasein' wiedererkennt. Es ist Hobbes' bellum omnium contra omnes, und es erinnert an Hegel in der 'Phänomenologie', wo die bürgerliche Gesellschaft als 'geistiges Tierreich', während bei Darwin das Tierreich als bürgerliche Gesellschaft figuriert« (MEW 30,249).

Selbstverständlich ist Marx' Auffassung von Natur- und Menschengeschichte gerade da in erster Linie Ideologiekritik, wo menschengeschichtlich-gesellschaftlich bedingte Erscheinungen wie Kriege und Krisen als unvermeidliche Naturereignisse dargestellt oder, grundsätzlichlicher, wo die Klassenverhältnisse als naturgegeben hingestellt werden. Seit Marx (vgl. MEW 23,183) können wir klipp und klar sagen: Die Natur produziert nicht auf der einen Seite Verfügende, Geld- und Warenbesitzer, auf der anderen Seite Verfügte, bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft, einerseits Satte und Unterdrückter, andererseits Depravierter und Beherrschter, hier Funktionierende, Lenkbare und Norma-

le, dort die, deren Reaktionen kriminell, krank, verrückt oder abnorm zu nennen uns allen immer wieder allzuleicht von der Zunge geht.

F. Individuum und Gesellschaft

Wollen wir, mit der bürgerlichen Gesellschaft im Genick, nach solchen Gedanken-gängen der Frage »Was ist natürlich, was ist gesellschaftlich am Sexuellen?« noch ein Stück weiter zu Leibe rücken, dann stoßen wir auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft samt »ihrer« Wissenschaften, Psychologie und Soziologie, auf das Problem der Vermittlung der Ergebnisse historisch-ökonomischer mit denen psychologischer Wissenschaften. Das Erweitern der Gesellschaftstheorie zum Psychologischen hin ist angesichts des deutschen Faschismus in ganzer Schärfe als notwendig erkannt und bis vor einiger Zeit vor allem unter der Chiffre »Psychoanalyse und Marxismus« betrieben worden.

Mir scheint, die Diskussion hat sich jahrzehntelang im Kreis gedreht oder schlimmer: sie war gar keine. Einige haben Freud und Marx simultan abgeschrieben und zu etwas »zusammengefaßt«, was man wissenschaftliche Pornographie nennen könnte, z.B. Osborn (o.J.), andere, wie Wilhelm Reich (1934), haben Annahmen und Begriffe der Psychoanalyse zwangsweise historisiert, materialisiert und dialektisiert und anschließend mit »systemtranszendenten« Weihen versehen.

Gegenwärtig machen nach meinem Eindruck vor allem vier Betrachtungen von sich reden, deren Streitfrage letztlich ist, ob der Marxismus bloßer Objektivismus oder ob er die allgemeine Subjektwissenschaft ist:

1. Sève (1972) hält eine marxistische Persönlichkeitstheorie für erforderlich, weil das menschliche Wesen als Gesamt der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten, die in den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen liegen und historisch geworden sind, nicht identisch sei mit den konkreten Individuen, die das menschliche Wesen in einer bestimmten Position innerhalb der arbeitsteiligen Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse jeweils nur partiell realisieren. Persönlichkeitsstrukturen sind bei Sève zwar der Gesellschaftsstruktur untergeordnet, lassen sich aber nicht allein aus dem Objektiven ableiten, sondern müssen in ihrer Besonderheit als Konkretes und Einmaliges studiert werden.

2. Diese Position lehnen besonders Bischoff (vgl. z.B. 1973) und das »Projekt Klassenanalyse« ab (vgl. Laufenberg et al. 1975). Sie reduzieren den Marxismus ökonomistisch auf bloßen Objektivismus. Für sie ist der Mensch total das Produkt der gesellschaftlichen Objektivität. Die möglichen Fragen einer marxistischen Subjektwissenschaft meinen sie restlos und allein durch eine Konkretisierung und Spezifizierung der Kritik der Politischen Ökonomie lösen zu können. Man brauche die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, denen ein Mensch ausgesetzt ist, nur spezifiziert genug zu erfassen, wenn man seine Individualität erkennen wolle.

3. Etwas doppelt Deletäres hat die Position der »Kritischen Theorie des Subjekts« an sich, von Lorenzer, Dahmer, Horn, Leithäuser u.a. in Ansätzen, Versuchen und Entwürfen vorgetragen (vgl. z.B. Dahmer u.a. 1973, Lorenzer 1974). Indem sie beide, Marxismus und Psychoanalyse, wesentlicher Voraussetzungen und Resultate berauben — Interaktion statt Arbeit, Symbole als »innere Produktionsmittel« u. dgl. — lutschen sie erst beiden das Blut aus und kleben dann in merkwürdig halbherzig-schleierhafter Weise weiterhin an ihnen. Für sie ist die marxistische Theorie zur Subjektseite hin er-

gänzungsbedürftig, weil auf diesem Auge blind, aber nur durch die Psychoanalyse, die mit der subjektiven Strukturanalyse identisch sei, so daß Horn (1973, 116) vom »subjektiven Faktor« und seine(r) Wissenschaft« reden kann, nachdem man die Psychoanalyse ihrer »szientistischen Selbstmißverständnisse« (und mehr) zu entkleiden bemüht war. Warum solche Versuche der »Verklammerung« psychoanalytischer mit soziologischen Begriffen untauglich bis gefährlich sind, könnten diese Forscher am besten bei Adorno selber nachlesen, in seinem radikalen Aufsatz »Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie« aus dem Jahre 1955.

4. Die letzte Position, die ich erwähnen möchte, wird im wesentlichen von Westberliner Psychologen um Holzkamp vertreten und kursiert zunehmend unter der Bezeichnung »Kritische Psychologie«. Für diese Psychologen ist der Marxismus die allgemeine Subjektwissenschaft, was sie gleichermaßen dem »Projekt Klassenanalyse« wie der »Kritischen Theorie des Subjekts« gegenüber auf Distanz bringt. Holzkamp (1977, 323) will einen subjektwissenschaftlichen Ansatz *innerhalb* der marxistischen Theorie entwickeln, und zwar, wie er vor kurzem programmatisch mitteilte, »ausschließlich auf der Basis marxistischer Grundbegriffe und Verfahrensweisen«. Sorgsam werden wir die Resultate dieses Ansatzes, der jetzt ins Stadium seiner Entfaltung eintritt, zu überdenken suchen, selbstverständlich auch unter den Anforderungen unseres speziellen Gebietes.

Daß die Menschen mit ihren Bedürfnissen, Wünschen, Gefühlen usw. historisch Gewordene und gesellschaftlich Bestimmte sind, ist bei allen Differenzen im Ernst nicht strittig. An dem *Inwiefern* und *Inwieweit* gehen die Auffassungen auseinander, versagt das wissenschaftliche Bemühen — ein Umstand, der für die Entwicklung einer Theorie der menschlichen Sexualität weiß Gott nicht belanglos ist. Obgleich Anleitung und Programm, konnten die erkenntnistheoretische Gruppe der Feuerbach-Thesen und Passagen wie jene, in der Marx die Geschichte und das gegenständliche Dasein der Industrie als »das aufgeschlagne Buch der *menschlichen Wesenskräfte*, die sinnlich vorliegende menschliche *Psychologie*« bezeichnet (MEW, Erg.-Bd., Erster Teil, 542), bisher kaum lebendig gemacht werden.

Vielleicht müssen wir dieses theoretische Versagen allmählich konkreter als das begreifen, was es ist: Ausdruck der Wirklichkeit. In der warenproduzierenden Tauschgesellschaft treten zwischen die Menschen Ware und Tausch. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen sind wie Beziehungen und Bewegungen von Sachen. Das setzt Psychologie außer Kraft. Die Menschen können umstandslos weder *sich in der Gesellschaft* noch *diese in sich* erkennen, weil sie zueinander und zur gesellschaftlichen Gesamtheit in einem entfremdeten Verhältnis stehen. Die Unvereinbarkeit von soziologischen und psychologischen Kategorien muß auch einmal bis zum Ende gedacht werden als Unvereinbarkeit von Gesellschaft und Individuum. Gesellschaftliche Antagonismen sind keine Grillen, die man sich durch eine genügend raffinierte oder schlichte Analyse vom Hals schaffen könnte. Es geht um das Bestimmen der Differenz, der objektiven Widersprüche, der prinzipiellen Entzweiung. Wie sich subjektiv-individuelle zu objektiv-gesellschaftlichen Momenten verhalten, kann nicht durch das Vereinheitlichen und parallelisierende Benutzen von vorhandenen psychologischen Begriffen und solchen der Gesellschaftstheorie geklärt werden. Das ist wie das Wechseln eines Kondoms, das ist bloße Harmonisierung über begrifflichen Abhub unterm Kreuz naturwissenschaftlicher Ideologie. Das Unversöhnliche und Widersprüchliche fällt durch alle Siebe, und das stattliche Ergebnis ist die — natürlich undialektische — Einheit des objektiv

Getrennten. Doch die Separation von Individuum und Gesellschaft ist falsches Bewußtsein, und die Wissenschaft gibt ihm verschiedene Gestalten — »subjektive« Ökonomie, ökonomistische Psychologie, psychoanalytische Gesellschaftslehre usw. —, die sich zum Studium der wirklichen Welt verhalten wie die Onanie zur Geschlechtsliebe.

G. Sexualität und Gesellschaft

Nun erwartet vielleicht doch noch mancher, daß ich unverblümter aufs Sexuelle zu sprechen komme. Ich weiß: Die Frage, was natürlich am Liebes- und Geschlechtsleben sei, verfolgt uns. Die Menschen fragen seit einigen Jahrhunderten in spezifischer Weise und wir seit einigen Jahrzehnten immer irritierter, hilfeschender und ungläubiger: Ist dieses oder jenes Sexualverhalten natürlich? Ist der Mensch von Natur aus hetero-, homo- oder bisexuell? Ist die Ehe die erste und heiligste Einrichtung der Natur, wie Rousseau einst meinte und der Vatikan gestern beteuerte? Inwiefern und inwieweit ist diese oder jene sexuelle Reaktion biologisch vorausgegeben, körperlich gesteuert? Welches Ausmaß an Fetischismus, Sadomasochismus oder gleichgeschlechtlicher Neigung ist normal, kommt bei »Naturvölkern« vor? Lebten die ersten Menschen monogam? Hat diese oder jene sexuelle Störung ursächlich mit Hormonen, Hirnzentren, überhaupt dem Körperlichen zu tun und ist sie daher solcherart zu beeinflussen? Und so weiter, und so fort. Wer diese Fragen wirklich beantworten will, muß sich zunächst der Kategorie der Natur ideengeschichtlich nähern. Das zu zeigen und angesichts der Theorielosigkeit unseres Gebietes darauf zu bestehen, ist meine Absicht.

Wird nach dem Sexuellen gefragt, so kann ich darüber, so verrückt es auch ist, nur im gewöhnlichen Verstand, auf der Ebene des *locus communis* sprechen. Wir haben uns ja seit einhundert Jahren mehr oder weniger daran gewöhnt. Jeder denke sich also, was er sich immer denkt, und er wird nicht aus dem Rahmen fallen. Freud sagte bekanntlich in seiner XX. Vorlesung, als er versuchte, »anzugeben, was den Inhalt des Begriffes 'sexuell' ausmacht«: »Im ganzen sind wir ja nicht ohne Orientierung darüber, was die Menschen sexuell heißen. Etwas, was aus der Berücksichtigung des Gegensatzes der Geschlechter, des Lustgewinnes, der Fortpflanzungsfunktion und des Charakters des geheimzuhaltenden Unanständigen zusammengesetzt ist, wird im Leben für alle praktischen Bedürfnisse genügen« (GW XI, 313f.). Und eine Vorlesung später bemerkte er lapidar: »Vergessen Sie nicht, wir sind derzeit nicht im Besitze eines allgemein anerkannten Kennzeichens für die sexuelle Natur eines Vorganges« (GW XI, 331).

Knapp fasse ich jetzt zusammen, was mir auf der Hand zu liegen scheint (der nachfolgende Text ist identisch mit den Thesen 4 bis 10 in Sigusch 1979b):

1. Der Mensch ist von Natur gesellschaftlich und seine Sexualität ist es auch. Sexualität ist eine gesellschaftliche Kategorie. Menschensexualität schlechthin, »reine« Sexualität ist reine Gedankenschöpfung. Das natürliche Moment am Sexuellen läßt sich von gesellschaftlichen prinzipiell nicht abscheiden — im Sinne von primär und sekundär, von vorausgegeben und gemacht, von richtig und falsch. In jedem Trieb, in jedem Bedürfnis des Menschen ist seine ganze Gattungsgeschichte reflektiert. Die Geschichte reicht bis in die physiologischen Vorgänge hinein. Am Beispiel des Hungers ist das besonders schön gesagt worden, zuerst von Marx: »Hunger ist Hunger, aber Hunger, der sich durch gekochtes, mit Gabel und Messer gegebenes Fleisch befriedigt, ist ein anderer Hunger, als der rohes Fleisch mit Hilfe von Hand, Nagel und Zahn verschlingt. Nicht

nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion wird daher durch die Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv (MEW 13,624). Man könnte fürs Sexuelle viele Variationen bringen. Hüten wir uns also, die zarte Erektion des Hirtenknaben vergangener Jahrhunderte und seinen Umgang mit ihr als etwas Natürlicheres auszuspielen gegen die rezente Gliedversteifung einer staatstragenden Person. Oder gegen die Art und Weise, wie Frau Häusermaler in ihrem Bugalow nach Lektüre von »Geruchloser Leben«, Roger Pure vorm Auge, crèmegebadet, rasiert, gezupft, gesprüht und frisiert à la français zur Musik von Boney M. in der Reizhose von Beate U. mit Gesichtsmaske aus der geilen Haut springen zu müssen meint und tatsächlich zu fahren genötigt ist.

2. Zu interessieren hat uns der geschichtlich-gesellschaftliche Charakter des Sexuellen. Das ist philosophisch ebenso wie politisch geboten. Nur so erkennen wir, was für die Menschen konkret und bedeutsam ist. Nur bei dieser Blickrichtung können wir Pornographie, Partnertausch oder Gruppensexualität als das begreifen, was sie sind: Ausfluß hingerichteter Begierde. Daß der letzte Schrei immer US-amerikanisch klingt — fist fucking, poppers, escort girls, peep shows —, sagt uns, wo die Zerstörung am gründlichsten ist. Wer es liebt, den Atem am Kultur-, Sitten- und Seelenzerfall zu haben, der reise nach New York. Aber: Pornographie und peep show sind nicht unnatürlicher als die begierlich erlahmende, eifernde, kurzzügige, unfreundliche, bittere, fetischistische und zwanghaft das Ihre suchende Art und Weise, wie wir alle gehalten sind, einen anderen Menschen zu lieben (vgl. Sigusch 1979a). Nur diese Optik erlaubt uns eine menschliche Sicht des gegenwärtigen Liebes- und Geschlechtslebens, bewahrt uns vor flottem Zynismus gegenüber massenhaftem Erleben, vor schneller Abscheu und Resignation.

3. Wenn der natürliche Anteil alles Sexuellen nie unmittelbar, sondern stets nur als historisch Gewordener und gesellschaftlich Produzierter in Erscheinung tritt, ist das Sich-Berufen auf die Natur der Sexualität Ausdruck der allgemeinen Verblendung und Ratlosigkeit, von rechts bis links. Wer von »natürlicher« Sexualität als biologisch vorausgebener, gesunder, normaler, richtiger, als nur gesellschaftlich überlagerter oder als der ungebrochenen, ungehemmten des »einfachen« Menschen redet, leugnet die gattungsspezifische Natürlichkeit des Menschen, die in seiner gesellschaftlichen Geschichtlichkeit besteht, will menschenfeindliche medizinische Attacken rechtfertigen (Beispiel: Psychochirurgie), will entschuldigen und vorm Zeigefinger bewahren (Beispiel: Homosexualität), entwürdigt die Entwürdigten zusätzlich (Beispiel: sog. Arbeitersexualität), will »alternative« Lebensformen unter die Leute bringen (Beispiel: Psychosekten), kocht sein eigenes Süppchen und hat Grund dazu.

4. Wenn gesagt wird, menschlich Sexuelles werde erst in seiner gesellschaftlichen Vermitteltheit konkret und bedeutsam, erst dadurch werde es, über das Körperlich-Morphologische hinaus, konstituiert, dann heißt das nicht, daß der natürliche Anteil am Sexuellen in den Weisen gesellschaftlicher menschlicher Praxis und theoretischer Bearbeitung ganz und gar aufgelöst werden könnte. Die anatomisch-physiologische Ausstattung des Menschen bleibt der geschichtlich-gesellschaftlichen Bildung seiner Sexualität nicht ganz und gar äußerlich, sie setzt Richtungen und Begrenzungen, wenn auch noch so randständige und kraftlose, wie die klinische Pathologie uns oft lehrt. Und vergessen wir nicht: Ohne den gesellschaftlichen Lebensprozeß gibt es kein biologisches Leben der Gattung Mensch.

5. Es ist gefährlich, am Sexuellen einen konstanten von einem variablen Anteil zu trennen. Selbst das, was wir gelegentlich etwas vorlaut »Naturbasis« des Sexuellen genannt haben, ist zur historisch-gesellschaftlichen Seite hin nicht blind. Als solches hat es keine Bedeutung. Jede Aussage über die zentralnervöse Steuerung der Sexualität, über die Physiologie der Fortpflanzung, über Sexualhormone und dergleichen ist durch die jeweils in gesellschaftlichem Maßstab regierende Art und Richtung sowie Vollständigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis, durch das jeweilige Bild vom Menschen, das jeweilige Naturbewußtsein, die jeweilige Naturideologie hindurchgegangen, deren Boden sich nach dem allgemeinen Verhältnis von Mensch-Natur-Gesellschaft bemißt. Greifen wir den Geschlechterdimorphismus mit dem entscheidenden Umstand: daß die Frau empfangen, gebären, daß der Mann zeugen kann — und das ist ja der biologische Kern der Alternativgeschlechtlichkeit —, greifen wir dieses Merkmal heraus, das man als das relativ stabilste gegenüber dem Historisch-Gesellschaftlichen ansehen könnte, dann sehen wir sofort dreierlei. Zum einen ist das Zusammenpassen der männlichen mit den weiblichen Geschlechtswerkzeugen keine zwischengeschlechtliche Garantie, welche sexuelle Anziehung und Aktion zwischen Mann und Frau zu halten vermochte. Zum anderen wissen zunehmend weniger Menschen, wes Geschlechts sie sind, ob, wie, wann und wozu sie empfangen oder zeugen sollen. Auch hier also wieder: Abgelöst vom Menschen und seinem gesellschaftlichen Lebensprozeß hat Biologisches keinen Sinn. Zum dritten ist die Fortpflanzung, ohnehin ein nichtsexueller Vorgang, aus dem Körper des Menschen bereits herausgeschält. Und nur moralische Resthemmungen und das Chaos des Monopols hindern Wissenschaftler zur Zeit daran, die Lösung massenhaft zu probieren, mittels genetischer Techniken billigste »menschliche« Ersatzteillager anzulegen, überhaupt menschliche Arbeitskraft künstlich zu produzieren.

6. Eine von Geschichts- und Gesellschaftstheorie getrennte Theorie der Sexualität des Menschen ist keine. Wer über Sexualität ernsthaft nachdenkt, hat die ganze Gattungsgeschichte des Menschen und mehr am Hals. Die Arbeit ist die erste Kategorie der Sexualwissenschaft. Während das noch bestritten werden muß, ist allgemeine Überzeugung, daß es eine Sexualtheorie außerhalb einer umfassenden Persönlichkeitstheorie nicht geben kann. Die aus der gesellschaftlichen Dialektik wie der Knochen aus dem Fleisch herausgelöste Psyche (samt Sexualität) ist aber entsubjektiviert — und sei die psychologische Theorie in sich noch so »stimmig« und begeistere sie einen noch so sehr. Sexualität als autonomes Feld bearbeiten, heißt sie zu einem Objekt des Forschens und Behandelns machen nach der gesellschaftlichen Manier des Abstrahierens, des Trennens und des Bruches. So, als Firlefanz, paßt Sexualforschung vorzüglich ins allgemeine Geschäft. Und namentlich die US-Amerikaner belästigen uns jeden Tag mit Variationen zum Thema »Wie die Sexualforschung im Zuge des imperialistischen Kulturzerfalls immer läppischer wird«. Das Aufschütten unverbundener Datenberge und anschließende Herumstochern in ihnen sollte uns kalt lassen. Soweit es mich betrifft, können sie ihre Schein-mit-Schein-Korrelationen, genannt Reports, für sich behalten. Ich diskutiere dann wirklich lieber mit Moraltheologen und lese Gehlen.

7. Alles Natürliche ist im Laufe der Menschheitsgeschichte immer mehr zu einem »Gemachten« geworden und immer weniger ein »Vorausgegebenes« geblieben. Das Objektive ist dabei subjektiviert, das Subjektive objektiviert worden. Hier muß, erkenntnistheoretisch, auch die Sexualwissenschaft ansetzen. Heute sind die Menschen vollends unter sachliche Bedingungen gestellt, die ihnen als unkontrollierte wie eine

Naturgewalt, als künstliche, »zweite« Natur entgegentreten und erscheinen. Unter der Diktatur des Warenfetischs imponiert das als natürlich, was gesellschaftlich ist, und das als gesellschaftlich, was natürlich. Individuum und Gesellschaft sind prinzipiell zusammengebrannt und prinzipiell entzweit. Das macht das theoretische Dilemma jeder Subjektwissenschaft und auch der Sexualforschung aus. Solange den Menschen ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse als fremde, von ihnen nicht beherrschte Gewalt entgegenstehen, so lange sind sie, in diesem Sinne, aus der Naturgeschichte noch gar nicht herausgetreten, so lange hat die wirkliche Menschheitsgeschichte noch gar nicht begonnen. Standortblind muß uns das nicht machen, aber oft ratlos — solange die Treue eine Hure ist.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W.: Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie, GS, Bd. 8, Frankfurt/M. 1972
 Bischoff, J.: Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Berlin (West) 1973
 Dahmer, K., K. Horn, Th. Leithäuser, A. Lorenzer und A. Sonnemann: Das Elend der Psychoanalyse-Kritik. Beispiel Kursbuch 29. Frankfurt am Main 1973
 Engels, F. und K. Marx: Die heilige Familie. MEW, Bd. 2, 3-223
 Feuerbach, L.: Vorläufige Thesen zur Reform der Philosophie. In: Kleine philosophische Schriften, hrsg. von M.G. Lange. Leipzig 1950
 ders.: Grundsätze der Philosophie der Zukunft. In: Kleine philosophische Schriften, hrsg. von M.G. Lange. Leipzig 1950
 Hegel, G.W.F.: System der Philosophie, II und III (Bd. 9 und 10 der Glocknerschen Jubiläumsausgabe). Stuttgart 1965
 ders.: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften (Hoffmeister). Leipzig 1949
 Holzkamp, K.: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? Argument 103, 316-336, 1977
 Horn, K.: Die theoretische Abschaffung des Subjekts in Form seiner selbstzerstörerischen Wiederkkehr. In: Dahmer u.a., 1973
 Laufenberg, H., M. Rzezik und F. Steinfeld: Sève Theorie der Persönlichkeit. Berlin (West) 1975
 Lenin, W.I.: Materialismus und Empirio-kritizismus, LW, Bd. 14
 Lorenzer, A.: Die Wahrheit der psychoanalytischen Erkenntnis. Ein historisch-materialistischer Entwurf. Frankfurt am Main 1974
 Lukács, G.: Geschichte und Klassenbewußtsein, Werke, Bd. 2, Neuwied 1968
 Marx, K.: Thesen über Feuerbach, MEW, Bd. 3, 5-7, 533-535
 ders.: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, 615-642
 ders.: Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19, 11-32
 ders.: Randglossen zu Adolph Wagners »Lehrbuch der politischen Ökonomie«, MEW, Bd. 19, 355-383
 ders.: Das Kapital, Erster Band, MEW, Bd. 23
 ders.: Brief an Friedrich Engels vom 18. Juni 1862, MEW, Bd. 30, 248-249
 ders.: Brief an Ludwig Kugelmann vom 27. Juni 1870, MEW, Bd. 32, 685-686
 ders.: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, 465-588
 ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt am Main und Wien, o.J.
 Marx, K. und F. Engels: Die deutsche Ideologie. MEW, Bd. 3, 9-530
 Osborn, R.: Marxismus und Psychoanalyse. Frankfurt am Main, o.J.
 Reich, W.: Dialektischer Materialismus und Psychoanalyse. Kopenhagen 1934
 Schmidt, A.: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1974
 Sève, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Frankfurt am Main 1972
 Sigusch, V.: Das gemeine Lied der Liebe. In: Sexualität konkret (Sonderheft der Zeitschrift »konkret«). Hamburg 1979a
 ders.: Thesen über Natur und Sexualität. In: Sexualität konkret. Hamburg 1979b

Elke Enderwitz

Feministische Wissenschaftsfeindlichkeit — Natur oder Dressur?

Immer wieder werden die Versuche von Frauen, ihre Situation zu verändern, von der Angst vor der Veränderung konterkariert. Da ihre Erziehung noch stark ihre Abhängigkeit und Passivität fördert, sind sie für ein selbständiges Leben schlecht ausgerüstet. Man hat sie gelehrt, sich in Bezug auf Männer zu definieren — als Tochter, Schwester, Frau, Mutter oder auch nur als die »rechte Hand« eines Mannes. Selbst die Nonne muß noch die »Braut« Christi sein. Die Freiheiten, die wir für uns in Anspruch nehmen, wenn wir nicht heiraten und keine Familie gründen, erfahren wir häufig eher als Verlust denn als Gewinn. Unsere Gefühlsbedürfnisse sind an Modelle von Glück geknüpft, die uns trotz ihrer Brüchigkeit noch in ihren Bann ziehen. Auch ängstigen uns die Weissagungen unserer Familien, daß wir als ledige oder kinderlose Frauen abscheuliche, kaum menschliche, Wesen sein werden. Wenn es darum geht, die traditionellen Frauenwünsche aufzugeben, um neue Vorstellungen von einem erfüllteren Leben zu entwickeln, dann sind wir nur halbherzig bei der Sache. Sicher, wir lehnen Ehe und Familie ab — aber wir feiern die Mutterschaft. Gewiß, wir wollen nicht länger Objekt von Männern sein — aber wir objektivieren uns selbst in der Verherrlichung des weiblichen Kulturcharakters. Wobei wir leichtfertig darüber hinwegsehen, daß die gepriesenen Qualitäten sowohl Ergebnis gattungs- und individualgeschichtlicher Unterdrückung sind, als auch Voraussetzung für die Fortführung der Unterdrückung von Frauen. Letzteres schon auf der vordergründigen Ebene, daß Identifikationsbereitschaft und Sanftmut, daß Rezeptivität und Sensibilität keine wirksamen Waffen gegen ökonomische und soziale Unterdrückung sind. Außerdem wissen Frauen, daß sie die ihnen zugeschriebenen Attribute eher darstellen, als daß sie sie im Wortsinn verkörpern. Die sogenannten weiblichen Eigenschaften sind ja nicht erste, sondern allenfalls zweite oder dritte Natur; häufig sind sie Not- und Zwecklügen, die der Nachahmung eines kulturellen Klischees dienen, dem Frauen unterworfen sind, und das sie durch die Nachahmung immer wieder erneuern.

Die Selbstbeschränkung, die das weitgehende Festhalten am überlieferten Frauenbild mit sich bringt, drückt sich unter anderem in der Theorie- und Wissenschaftsfeindlichkeit vieler feministisch orientierter Frauen aus. »Das Schlimme ist nicht, daß immer noch relativ wenige Frauen studieren; das Schlimme ist, daß überhaupt noch Frauen an den Universitäten zu finden sind«. So lautete kürzlich die Schlußfolgerung von Feministinnen, als in einer Diskussion der Mißstand zur Sprache kam, daß die von Männern dominierte Wissenschaft die Frauen als Lehrende und als Forscherinnen, in manchen Zweigen sogar als Studentinnen, auszuschließen sucht. Den Einwand, daß es doch grotesk sei, wenn die Ausgeschlossenen sich noch einmal selber ausschließen, wollten sie nicht gelten lassen. Das, was an den Universitäten betrieben werde, diene eh nur der Absicherung von Männerherrschaft, darum seien auch die Forschungsgegenstände für Frauen so belanglos, so uninteressant. Die Sache, die sie interessiere, sei ihre eigene, noch weitgehend unerforschte Geschichte. Und die könnten sie besser außerhalb der etablierten Seminare und Vorlesungen ermitteln.

Ignorieren wir also die Wissenschaft, da sie uns ignoriert! Ziehen wir uns aus den Universitäten zurück. Rekonstruieren wir zunächst ausschließlich unsere eigene Ge-

schichte. — Aber wie? Stammen nicht alle philosophischen und ökonomischen Begriffe, die uns für eine solche Rekonstruktion zur Verfügung stehen, aus der patriarchalisch verfaßten Geschichtsschreibung? Und stehen sie nicht dort in einem Zusammenhang, den wir, um ihn gegen den Strich bürsten zu können, allererst zur Kenntnis nehmen und uns mit ihm auseinandersetzen müssen? Von diesem gegebenen Zusammenhang abzusehen, so zu tun, als bestünde er nicht, käme dem Verhalten kleiner Kinder gleich, die sich die Hände vor das Gesicht schlagen in der Annahme oder Hoffnung, auf diese Weise eine lästige Realität zum Verschwinden bringen zu können. Bekämpfen wir die Männerherrschaft in unseren Frauenghettos? Sicher. Der Kampf gegen das Patriarchat muß aber auch von seinen eigenen Territorien aus geführt werden. Die Wissenschaft ist eins dieser Territorien. Ihre Sprache beruht, wie jede andere Sprache, auf Bedeutungsvereinbarungen, die wir nicht beliebig aufkündigen können, die wir aber überall da, wo sie die Belange der Hälfte der Menschheit unvollständig und verfälscht aufnehmen, kritisieren müssen. Die im patriarchalischen Interesse gesetzten Signifikanzen der Begriffe und Begriffssysteme, deren wir uns bei der Entdeckung der Geschichte der Frauen notwendigerweise bedienen, werden weiterhin all unsere scheinbar voraussetzungslosen, auf dem wackligen Fundament matriarchalischer Mythen beruhenden Selbsterklärungsversuche wie böse Geister verfolgen, solange es uns nicht gelingt, sie in ihrem historischen Kontext zu entziffern. Sind doch zum Beispiel die Matriarchatsüberlieferungen, die über Mutmaßungen betreffs der Prähistorie kaum je hinausgehen, entweder die Dämonologie des Patriarchats und der Ausdruck seiner Hexenfurcht oder aber seine insgeheime Bestätigung.¹ Unsere unkritische Übernahme dieser Überlieferungen ist vermutlich eine ähnlich zweischneidige Sache wie die archaische Doppelaxt, die wir ausgegraben haben, um sie uns als drohendes Symbol um den Hals zu hängen. Wir haben uns geschnitten, denn als seine Kehrseite steht das Matriarchat ganz im Bann des Patriarchats. Was wir aus den Mythen — jedenfalls aus den weniger entschärften — erfahren, ist, daß wir nicht nur unterdrückt waren, sondern auch schrecklich. Schrecklich vor allem für Männer. Dies aber, und das macht die Befriedigung, die uns die alten Geschichten vermitteln, so fragwürdig, eben *aufgrund* unserer Unterdrückung. Weil sie den Zirkel von heimlicher (und deshalb unheimlicher) Macht und mit Händen zu greifender gesellschaftlicher Ohnmacht letztlich nur nachzeichnen, helfen uns die Mythen nicht weiter. Freilich, diejenigen Feministinnen, die den Mythos für die wirkliche und für die ganze Geschichte nehmen, haben die Fragen nach unserer Herkunft schon beantwortet, bevor wir überhaupt mit dem Fragen angefangen haben. Statt herauszufinden, was wir noch nicht wissen — vor allem, wie es möglich war, daß sich die Frauen dermaßen unterjochen ließen — verrätseln sie unsere Unterdrückungsgeschichte mit undeutlichen Verzeitbildern und verwischen mit ihren kosmologischen und astrologischen Fingerzeigen noch das bißchen, was wir bereits wissen.

An einem Beispiel möchte ich erläutern, in welche Fallen der die Reflexion überlieferter Bedeutungszusammenhänge aussparende Gebrauch philosophischer oder kulturgeschichtlicher Begriffe hineinstolpert. Und zwar am Begriff der Natur. Die angeblich größere Nähe der Frauen zur Natur, über die Feministinnen jetzt frohlocken (so als ob die Natur eine Mutter sei und sie sich als ihr Lieblingskind entdeckten), ist eine hinter-sinnige Behauptung, die in allen Epochen der Geschichte dazu diente, den Frauen in der Geschlechterhierarchie den unteren Rang zuzuweisen.

Die dichotomische Gleichung $\frac{\text{Mann} = \text{Kultur}^2}{\text{Frau} = \text{Natur}}$ hatte weitere Dichotomien zur Voraussetzung oder im Gefolge.

Zum Beispiel: $\frac{\text{Geist} \quad \text{Bewußtsein} \quad \text{Transzendenz}}{\text{Körper} \quad \text{Bewußtlosigkeit} \quad \text{Immanenz}}$, um nur einige zu nennen.

Die Reihen ließen sich lange fortführen. Wichtig ist, daß sich die Frau (in Gestalt ihrer Begriffsäquivalente) immer *unter* dem Strich wiederfand. Das berechtigte den Mann, sich ihr überlegen zu fühlen. Sie war für ihn die Materie, die er, der irdische Gott, formte. In Nietzsches berühmtesten Worten: »Der Mann macht sich das Bild des Weibes und das Weib bildet sich nach diesem Bilde.« Dieser Satz verrät aber auch eine schwache Stelle in der männlichen Kasuistik. Denn, wenn die Frau wirklich »Natur«, »Bewußtlosigkeit«, »Materie« wäre, dann wäre sie wohl kaum in der Lage, sich nach dem Bild, das der Mann von ihr entwirft, zu »bilden«. Sie muß, um das von ihr Verlangte bewerkstelligen zu können, *auch* ein Stück Mann-Mensch sein, beispielsweise seine Rippe. Verhängnisvollerweise stellt nun die Frau ihre Zugehörigkeit zur Welt des Mannes, zur herrschenden Kultur, erst und gerade dadurch unter Beweis, daß sie die Einschätzung, die das Patriarchat von ihr hat, die Einschätzung also ihrer Zweitrangigkeit und Minderwertigkeit, für sich übernimmt.

In Wirklichkeit ist die Frau so viel und so wenig »Natur« wie der Mann. Schon die Unterscheidung in »Natur« und »Kulture«, schon der Begriff der Natur selbst, ist ja ein kulturelles Produkt und nicht, wie es dem mythologisch verhangenen oder dem biologistisch verkürzten Blick erscheint, die (welche?) Sache an sich. Zudem, wenn wir das überwiegende, wenngleich häufig kaschierte Minus, mit dem das angeblich Natürliche ausgestattet wurde, durch ein Plus ersetzen, dann haben wir mitnichten, wie wir uns einbilden mögen, der Logik, die uns bisher aus der sichtbaren Geschichte ausschloß, ein Schnippchen geschlagen. Im Gegenteil, wir bekräftigen sie aufs neue und schließen uns, unter Berufung auf unsere Gefühlshaftigkeit, Körperlichkeit, Mütterlichkeit — nun aber *freiwillig!* — aus den Bereichen aus, in denen nach wie vor Geschichte gesteuert und programmiert wird. Und dies zu einem Zeitpunkt, da der Imperialismus dabei ist, den gesamten Planeten der atomaren und chemischen Verseuchung anheimzugeben.

Wenig haben wir uns bisher in der Frauenbewegung darum bemüht, den Unterschied zwischen Widerstand und Verweigerung zu klären. So ist etwa die Absage an die bürgerliche Wissenschaft, generell an bürgerliche Rationalität und Logik, nicht schon an sich antipatriarchalisch. Männer haben solche Absagen häufig genug praktiziert. Die bürgerlichen Irrationalisten, wichtige Zuträger der politischen Reaktion, waren noch die ärgsten Patriarchen; sie bejahten emphatisch die im weiblichen Kulturcharakter angelegte Beschränkung der Frau auf ein Körperwesen. Gegen diese Patriarchen und ihre »falsche schmähliche Diagnose: Tota mulier in utero«³ kämpfte im vorigen Jahrhundert die Feministin Hedwig Dohm, die gegen die Ansicht ihrer Zeit erklärte, daß der Verzicht der Frauen »auf die schrankenlose Erweiterung der geistigen Erkenntnis und Tätigkeit« ein Effekt ihrer »Dressure« sei und *nicht*, wie die Patriarchen behaupteten, Ausdruck und Folge ihrer »Natur«. Hält feministische Wissenschaftsfeindlichkeit heute die Dressur der Frauen abermals für Natur? »Eine Frau ist immer zerteilt«, sagt Helene Cixous in einem Interview mit Maren Sell.⁴ »Man gestattet ihr nur den Körper und schlägt ihr den Kopf ab, weil sich dort etwas denken ließe. Und wenn es eine Kastration der

Frau gibt, findet sie statt in der Form der Enthauptung. Daß die Frau ja nicht denkt, daß sie weiterhin Körper bleibt!«

Ach Helene, was willst du machen, wenn wir uns in den Kopf gesetzt haben, kopflos zu bleiben?

Anmerkungen

- 1 Beide Seiten scheinen mir in dem Artikel »The Myth of Matriarchy« (in »Woman, Culture and Society«, Stanford/California 1974) von Joan Bamberger gut erläutert. Die eine, am Beispiel südamerikanischer Mythen, in denen die Männerherrschaft als Überwindung einer früheren, chaotischen und auf Betrug beruhenden Frauenherrschaft legitimiert wird. J.B.: »What is at issue is the ideological thrust of the argument made in the myth of the Rule of Women, and the justification it offers for male dominance through the evocation of a vision of a catastrophic alternative — a society dominated by women.« Die andere Seite, sozusagen die Inversion der These von der Unwürdigkeit der als korrupt und betrügerisch dargestellten Frauen, politische Macht auszuüben, findet die Autorin zum Beispiel in Bachofens »Mutterrecht«. Sie kritisiert Bachofens Interpretation antiker Mythen, die dieser als quasi-Historie behandelt und außerdem in unzulässiger Weise fragmentiert, dahingehend, daß in ihr das Frauenideal der bürgerlichen Ära auf die Gestalt frühgriechischer Göttinnen appliziert werde, welche alsbald, ganz im Sinne des männlich-bürgerlichen Interesses, als tugendhafte Jungfrauen oder als monogame mütterliche Gattinnen erschienen und die männliche Protektion des Vaterrechts als geschichtliche Konsequenz des Mutterrechts geradezu erheischen.
- 2 Während die Unterwerfung der Frau durch den Mann im herkömmlichen Verständnis noch der Naturgeschichte zugerechnet wird, die Hierarchie der Geschlechter also als etwas Natürlich-Selbstverständliches gilt, fängt die »eigentliche« Kulturgeschichte mit dem Kampf unter Männern an, dem Kampf zwischen Vater und Sohn, dem Kampf zwischen Brüdern. Die Protagonisten des historischen Dramas sind Männer; Frauen wirken allenfalls als Statisten mit. Gmelin/Saussure resümierten: »Es ist für die Geschlechterfrage ziemlich gleichgültig, wer jeweils wen umbringt, verläßt, besiegt, wieder aufersteht usw.: auf den Vater-Sohn-Komplex lassen sich fünfundneunzig Prozent der abendländischen Dramaturgie bringen.« (»Contra Freud & Co«, Ifez 1972)
- 3 »Die Frau ist nichts als (ihr) Unterleib« (?) Hedwig Dohm »Die Antifeministen« (Reprint Ffm, 76, S.58). — »Die Eigenschaften der Frau« in: »Zur Psychologie der Frau« Ffm 78, S.27ff.
- 4 »Die Schwarze Botin« Nr. 2, S.13ff.



Frigga Haug: Für eine sozialistische Frauenbewegung.

Frauenbewegung und Feminismus.

Was ist eine Hausfrau? Rollenverhalten.

SH 15

3,50 DM

Emanzipation der Sinne und Unsinnlichkeit der Emanzipation

Zur ästhetischen Theorie A. Kluges

1. Die Rezeption der theoretischen Schriften A. Kluges¹ in der linken Öffentlichkeit der BRD befindet sich in einem akuten Dilemma: ihrer Popularität im Umkreis der sog. »neuen« Studentenbewegung, welche in pragmatischer Absicht, im Aufstand gegen bürgerlich-herrschaftsfunktionale »Sozialisation durch Wissenschaft« (Waldhubel, 10), Kluges Begriffe (wie »authentische Erfahrung«, »subdominante Phantasie«, »komplexe Wahrnehmung«) unmittelbar, d.h. als selbstverständliche Stimmungsregulative nimmt, stehen allenfalls unpopuläre Injurien oder Rezeptionen im Stil der von Habermas auch für die Linke kultivierten Subsumtion unter »bekannte Topoi« (vgl. Habermas, 54) gegenüber. So, wenn höhnisch resümiert wird: »Wo anders als in seiner Einbildungskraft kann der Mensch sich noch selbstverwirklichen!« (Bischoff u.a., 148); so, wenn Kluge mit der Bemerkung abgehakt wird, er sei ein (im Vergleich zu Negt noch) »krasserer Beispiel für die Fundierung von Gesellschaftstheorie auf der Annahme naturgegebener politischer Qualitäten triebökonomischer Energien« (Apel/Heidorn, 17).² Kritik solchen Kalibers nimmt Kluges theoretisches Konzept, seine Begriffe ebenso wenig ernst wie dies die Sponti-Bewegung tut. Beiden sind sie unmittelbar: dieser als Realität schlechthin, jener als pure Ideologie. Kluges Bekenntnis, worin ästhetisch produktive Nervosität in nervöse Theorieproduktion umzuschlagen droht, scheint beiden Seiten Recht zu geben: »Einem Gedanken, der wirklich ganz präzise ist, dem würde ich automatisch mißtrauen« (Kluge 1976, 562). Aber dieser Schein trägt, solches Einverständnis wäre fadenscheinig.³ Seine Gedanken, seine theoretischen Eingriffe in materialistische Ästhetik, Erkenntnistheorie und Probleme sozialistischer Organisationspraxis ernst nehmen — das kann nur heißen, sie als vermittelte Ausdrucksformen antagonistischer gesellschaftlicher Wirklichkeit zu begreifen.

Mit der These vom »Theoretisch-Werden« der Sinne »unmittelbar in ihrer Praxis« (MEW EB I, 540) formulierte Marx — in bestimmter Negation der »Sinnlichkeit des Habens« in bürgerlicher Gesellschaft — eine kommunistische Entwicklungsperspektive menschlicher Sinnlichkeit. Nach der Aufhebung des Privateigentums werden die Sinne Organe »der Sache um der Sache willen« (ebd.), d.h. emphatisch *realistische* Aneignungsmittel der Gegenstände in ihrer gattungsmäßigen, (natur-)geschichtlichen und gesellschaftspraktischen Vermitteltheit.⁴ Sie werden — zweitens — spezifisch »gesellschaftliche Organe«; Organe, durch welche das Individuum die *bestimmte* Gesellschaftlichkeit seiner partikularen Lebenstätigkeit und -äußerung (vgl. MEW EB I, 539) sich — sinnlich-praktisch, in unmittelbaren Kooperationszusammenhängen — aneignen bzw. sie bewähren kann. Diese Frage nach einer Entwicklungsperspektive realitätsmächtiger und solidarischer Sinnlichkeit hat Marx später nicht mehr systematisch aufgeworfen. Sie bildet den eigentlichen Gegenstand Kluges Theorie. Freilich ist das Problem kognitiver und kollektivierender Funktionen des sinnlichen Wahrnehmungsvermögens (noch unter Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung) bereits von Brecht und Benjamin theoretisch erörtert bzw. praktisch unterstellt worden. Kluges vergleichsweise umfassenderer Ansatz, entwickelt vis-à-vis der »neuen Unmittelbarkeit« (vgl. Negt/Kluge, 243)⁵, kann indes in dieser Problemgeschichte einen relativ eigen-

ständigen Platz beanspruchen. Damit ist allerdings nicht schon gesagt, daß dessen Widersprüche die Widersprüche seines Gegenstands stets angemessen-bewußt abbilden. Das ist zu erörtern.

2. Hatte Marx die Deformation von Sinnlichkeit im bürgerlichen Gesellschaftszustand primär aus dem Verhältnis des individuellen Privateigentümers zur objektiven »Gattungsgegenständlichkeit« entwickelt⁶, so wirft Kluge unter dem Titel der »Departmentalisierung des sinnlichen Interesses« (Kluge/Reitz, 69) das Problem der gesellschaftlichen »Ökologie« der Wahrnehmung im Systemganzen bürgerlicher Gesellschaft auf. Was den unter ihre Gesetze subsumierten Individuen durchschnittlich an sinnlichen Alltagserfahrungen zuteil wird, das sind gegeneinander abgekapselte Parzellen. Die Gesamtheit der individuellen Wahrnehmungsräume stellt sich als »ein scheinbar unendlicher Parallelismus von 'Unter-Gesellschaften'« (Kluge/Reitz, 69) dar. Insofern einzelne Produktions- und Sozialisationsprozesse *Privatcharaktere* tragen, sind sie als *gesellschaftliche Sinn-Zusammenhänge* der sinnlichen Wahrnehmungs- und Orientierungsaktivität der Individuen entzogen: »Der Kapitalismus produziert Subjekte, die (...) partikularisierte Wahrnehmungsweisen und arbeitsteilige Tätigkeitsformen (auch der Sinne, D.V.) ausbilden. Nur auf dieser Basis läßt sich der Kapitalismus halten« (Negt/Kluge, 230). Das bedeutet für die möglichen »Erfahrungshorizonte«: sie sind im Durchschnitt nicht nur fortschreitend individualisiert (als Effekt gesellschaftlicher Arbeitsteilung), sondern entsozialisiert; nicht schlicht verschieden, sondern hermetisch-inkommensurabel. Insofern fungieren die orientierungsrelevanten Sinne der Individuen nicht als Organe eines sozialen Stoffwechsels, der sie zu Entwicklungsmitteln der Individualität machen könnte. Sie bleiben an »die untere Grenze« individuellen Bewußtseins, »die Partikularität des Einzelnen« (Heller, 54) gebunden. Dabei ist die Parzellen-Struktur der Wahrnehmung kein abstraktes Schicksal: für die Individuen als Privateigentümer besteht ein vitales ökonomisches Interesse, ihre Erfahrungen von Marktverhältnissen, mit neuen Produktionsmethoden, Verkaufsstrategien etc. geheimzuhalten, zu privatisieren. Diese Erfahrungsstruktur ist ein eigentümlicher Effekt des allgemeinen Individualitätsgesetzes bürgerlicher Gesellschaft: in zunehmend universeller gesellschaftlicher Vermittlung sämtlicher individueller Lebenstätigkeit und -äusserung eben diese in ein äußerliches und zufälliges Verhältnis zum Ganzen der Vermittlung und der es reproduzierenden (Klassen-)Funktionen zu setzen. »Diese radikal dissonante gesellschaftliche Grunderfahrung« (Kluge/Reitz, 68), vom »Programmsinn« zu einer illusionär-abstrakten Einheit zusammengefaßt und kompensatorisch überlagert (Negt/Kluge, 239, 244ff.), bedeutet für die individuell mögliche Gattungserfahrung: auch im angemessenen Bewußtsein der gesellschaftlichen Vermittlungen seiner sinnlichen Individualerfahrungen kann kein Einzelner der bürgerlichen Gesellschaft mit Grund behaupten, diese seien irgend *positiv* repräsentativ für eine Sozialschicht, für eine Klasse oder gar für den geschichtlich möglichen Stand individuellen Aneignungsvermögens.⁷ Das ist, ohne von Kluge präzise gedacht zu sein, ein erkenntnis- und ästhetiktheoretisch wichtiges Implikat seines Ansatzes.

3. Indem sich das Kapital in seiner Maschinerie »seine adäquate Gestalt als Gebrauchswert innerhalb des Produktionsprozesses gibt« (Marx, Grundrisse, 587), zersetzt es nicht nur den gesellschaftlichen Aktionsradius des Wahrnehmungsapparats, sondern diesen selbst. Durch mechanisierte Industrie, tayloristische Arbeitsorganisation etc. werden »die physiologischen Bewegungsabläufe« der monotonen Regeltätigkeiten »vom sinnlichen Apparat als einer Ganzheit getrennt« (Negt/Kluge, 237) und an die abstrak-

te Rezeption eines isolierten Spezialreizes gebunden. Die Ganzheit der sinnlichen Erkenntnisfähigkeiten, die ein bestimmter Produktionsakt erheischt und die eine nicht schon verkümmerte lebendige Arbeitskraft potenziell realisieren könnte, wird auf die Masse der angewandten Arbeiter mosaikartig verstreut.⁸ Ihr Zusammenhang erscheint dem Arbeiter fremd und zufällig; das Kapitalverhältnis schließt für ihn »bereits den äusserlichen Erfahrungszusammenhang des Betriebs« aus (Negt/Kluge, 61). Doch: »Gleichzeitig ist im Zuge der zunehmenden Vergesellschaftung dieser Subjekte ein in der realen Produktion nicht aufgehendes *Bedürfnis* der Menschen nach synthetischer Vereinigung dieser partikularisierten Daseinsweisen (der Sinne und ihrer Funktionen, D.V.) *mitproduziert*« (Negt/Kluge, 230; Hv.v.mir, D.V.).⁹ Ein Indiz dafür ist z.B. die proletarische Massenwirksamkeit der Slapstickfilme der Stummfilmzeit gerade in der Hochphase sinnfälliger Abstraktheit der Produktionstätigkeiten. Deren kollektive Erfahrung als sinnlose Hektik, zusammenhangloses Durcheinander, verselbständigte Betriebsamkeit wird hier zu »einem *Kooperationszusammenhang*« aufgehoben, »den auch die rudimentärste Filmhandlung — im Gegensatz zur Betriebserfahrung des Taylorismus — wiederherstellt« (Negt/Kluge, 240). Hier zeigt sich indirekt, daß und wie der Kapitalismus die »Arbeitskraft *in einer Person* gleichzeitig mobilisiert und dequalifiziert« (Negt/Kluge, 284). Dieser Widerspruch verschärft sich, indem das Kapital auf dem Weg der technologischen Anwendung der Wissenschaft (vgl. MEW 23, 407) nicht nur das Bedürfnis, sondern auch die Mittel 'synthetisierender' Wahrnehmung mitproduziert. Kluges These: die »Kooperationsanforderungen neuer Art (...) können mit Hilfe der verdinglichten traditionellen Arbeitsteilung zwischen einzelnen Sinnesfunktionen nicht mehr erfüllt werden. Die Reaktion auf technische Aggregate setzt spezialisierte Sinnesfunktionen voraus, die nicht in voller Intensität in Anspruch genommen werden können, ohne daß die übrigen Sinnesfähigkeiten gleichzeitig aktiv werden. (...) Diese vom Produktionsprozeß geforderte Aufmerksamkeit ist *spezialisiert und ganzheitlich in einem* (...) Ihr entspricht weder ein 'Gestaltsehen', das zu wenig konkret wäre, noch eine mechanistische Isolierung der Einzelsinne, die das Ganze des Vorgangs nicht fassen würden« (Negt/Kluge, 241f.). »Komplexe Wahrnehmung« (Kluge/Reitz, 66), »Wahrnehmung des Zusammenhangs« (Negt/Kluge, 242) unter Einschluß der »analytische(n) Methode« als »Grundform der sinnlichen Erfahrung« (Kluge 1975, 207) — das signalisiert eine neue historische Qualität des sinnlichen Erkenntnisvermögens, rudimentär bereits dem Autofahrer im Großstadtverkehr aberlangt. Was Kluge allerdings (wie sich zeigen wird: nicht zufällig) vernachlässigt: es handelt sich dabei nicht allein um eine Vereinigung von Wahrnehmungskompetenzen, welche der bürgerlichen Wahrnehmungspsychologie typologisch-abstrakt als getrennt gelten. Vielmehr ist das nur ein besonderer Ausdruck für die Entwicklungstendenz einer *gesellschaftlich neu produzierten und potenzierten Kontrollkapazität und Orientierungsfunktion der Sinne*. Denn einerseits hört mit dem Übergang von mechanisierter zu automatisierter Maschinerie die produktionsfunktionale Tätigkeit der Sinne auf, abstrakt-motorische Regeltätigkeiten des Arbeiters zu vermitteln, also an eine reine Detailfunktion gefesselt zu bleiben: die »sinnliche« Tätigkeit des Automationsarbeiters scheint vielmehr tendenziell zu einer direkten Funktion der in selbstregulativen Produktionssystemen vergegenständlichten *Wissenschaft* zu werden — Überwachungs-, Kontroll- und Wartungsfunktion ganzer Produktionskomplexe.¹⁰ Andererseits können die auf den gesellschaftlichen Kooperationszusammenhang gerichteten Qualitäten der Sinne gerade in dem Mas-

se praktisch wahr werden, wie die technologisch angewandte Wissenschaft die Arbeit der Sinne von mechanisch-monotoner Regeltätigkeit emanzipiert, d.h. *frei macht für ihren »theoretischen« Einsatz*. »Der Erfahrungshorizont, was der Gesellschaft möglich ist, erweitert sich so, aber er organisiert sich nicht in den Formen der Selbsttätigkeit der Massen« (Negt/Kluge, 302).

4. Zu der im Kapitalismus »unterdrückten Klasse« menschlicher Wahrnehmungskräfte (Kluge 1975, 209) gehört wesentlich ein spezifischer Verknüpfungsmodus lebensgeschichtlicher Erfahrungen. Das ist: wenn ich in einer Vorlesung von Gauguin höre, träume, auf einer Südseeinsel unter schattigen Palmen zu dösen und zugleich exotischer Düfte, die als Kind mich einmal verzückten, gewahr werde ... — dann betätige ich Phantasie in ihrer eigentümlichen Produktionsform: »ihre spezifische Bewegung (...) verbindet in jedem Moment aktuellen, gegenwärtigen Eindruck, vergangenen Wunsch und zukünftige Wunscherfüllung« (Negt/Kluge, 69). Anders als E. Bloch, der in solchen Tagträumen bereits eine versöhnte Welt en miniature vorgezeichnet wählte, stellt Kluge hier ein emanzipatorisches Formgesetz fest: wohl sei Phantasie ihrem Inhalt nach »notwendige Kompensation«, »verkehrtes Bewußtsein« (Negt/Kluge, 67), ein Fundus traumatischer Angstvorstellungen, »die in den Herrschaftsprozeß eingehen« (Kluge 1975, 244). »Der Form ihrer Produktion nach ist diese Phantasie jedoch unbewußte praktische Kritik an den entfremdeten Verhältnissen« (Negt/Kluge, 67). Ihr Bewegungsgesetz — qualitative Verdichtung der Zeit — legt sich »quer zur verwerteten Zeit« (ebd., 69), gehorcht keinem »abstrakt quantifizierenden Maßstab (...) als einer Addition von Zeiteinheiten« (ebd., 44). Es erscheint indes einigermaßen konfus, wenn einerseits der Phantasietätigkeit attestiert wird, sie folge der »Zeitstruktur der lebendigen Arbeit« (ebd., 47), andererseits »die quantifizierende Zeit des (!) Produktionsprozesses, in der es nur linear verlaufende Zeitspannen gibt, die zweckbestimmt (!) miteinander verknüpft sind, (...) generell phantasiefeindlich« gilt (ebd., 69). Geschichtsbeußter wäre zu formulieren: kapitalistische Warenproduktion, die unter der Form des Wertes das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit als bestimmendes Kriterium der Vergesellschaftung individueller Arbeitsbeiträge setzt, verleiht damit der chronometrischen Zeitdimension gesellschaftspraktische Geltung und fixiert diese auch in der Zeiterfahrung der Produktionsagenten als ausschlaggebende Struktur von Zeit. Diese *erfahren* zumal als Lohnarbeiter, subsumiert unter die Naturgesetze des Marks und das Kommando des Kapitals, die quantifizierende Zeitstruktur, welche »Zeit« von konkret-gegenständlichen und zweckgerichteten Bewegungsprozessen abkoppelt, mithin generell »verschiebbar« macht (Laermann, 96), notwendig als fremdbestimmtes Gewaltverhältnis — ohne daß sie doch darum objektiv darauf zu reduzieren ist. Wenn Kluge (mit Negt) suggeriert, chronometrische Zeit würde vom Kapitalismus selbst geschaffen und mit ihm vergehen, so ist das nicht eben im Dienst der geschichtlichen Befreiung vom Gewaltcharakter dieser Zeit.¹¹ Gleichwohl ist dessen Erfahrung real. Die »schlecht unendliche« Prozeßstruktur der Warenproduktion (Marx), hat die Tendenz, sich »auch auf alle anderen Lebensbereiche zu übertragen« (Negt/Kluge, 46). Damit determiniert sie die Biographie des Individuums: »Diese den wirklichen Lebenszusammenhang zerreißende, zerstückelnde Zeit wird als 'Leben', als zweite Natur empfunden«; sie produziert »die Erfahrung seines Lebens als bloße Aufeinanderfolge verwertbarer Zeitstücke« (ebd., 45).¹² Das bewirkt einen der bürgerlichen Alltagspraxis geläufigen, der Phantasie gegenläufigen Umstand: »die Zerstörung der Identität der wäh-

rend des Lebensprozesses erworbenen Erfahrung« (Negt/Kluge, 63f.). Die gesellschaftliche Hermetik individueller Erfahrungshorizonte reproduziert sich hier in der Selbsterfahrung des eigenen Lebensprozesses. Angesichts dessen wird die Phantasie zum »Zi-geuner unter den sinnlichen Wahrnehmungen« (Kluge 1975, 244).

5. Die Pointe Kluges Argumentation aber ist: »In Wahrheit ist diese Phantasie ein spezifisches Produktionsmittel (...) für (...) die Veränderung der Beziehungen der Menschen untereinander, zur Natur und die Wiederaneignung der in der Geschichte gebundenen toten Arbeit der Menschen« (Negt/Kluge, 73). Phantasiekräfte seien »gesellschaftliche Werkzeuge«, »mit denen die Massen Natur und zweite Natur (...) bearbeiten lernen« (ebd., 270). Und dabei nicht nur irgendwelche unter anderen: »ohne ihre Organisation kann der Prozeß der gesellschaftlichen Veränderung durch die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums nicht aufgenommen werden« (ebd., 74). Der Umkehrschluß von der gesellschaftlichen Zersetzungsform, dem geschichtlichen Leidensweg der Phantasie auf eine genuin gesellschaftliche, ja geschichtsoperative Kraft, die in Phantasie ihre Substanz hätte, ist unhaltbar. Er bedient sich der theoretischen Assoziation des Formgesetzes der Phantasie (vgl. Kluge 1975, 243) mit der »Zeitstruktur von Erfahrungen, die in realen Kampfsituationen gemacht werden«, einer — anderen — »Form der Verdichtung der Zeit« (Negt/Kluge, 406). Wenn es von solchen Kämpfen heißt, hier kämen Solidarität, Sinnerfassung, organisierter Zusammenhang gerade dadurch zustande, daß »sich jeder Einzelne (!) so verhält, wie er sich insgeheim in seiner Phantasie, in seinen Wünschen, in seinen Triebansprüchen immer schon verhalten hat« (ebd., 407), so wird die Aporie bewußtlos ausgeplaudert. Denn: soll, was absurd wäre, die »synthetisierende Struktur« der Phantasie nicht als aprioristisches Vermögen gedacht sein, das »immer schon« und »vor« aller Erfahrung wäre, so bleibt sie unablässig an die *Partikularität* lebensgeschichtlich spezifischer Erfahrungsgehalte konkreter Individuen gebunden. Selbst unterstellt, es verfele ihre Kompensationsfunktion (als neurotischer »Kitt« der Produktionsverhältnisse), ist phantasiegebundene Tätigkeit nichts anders als eine vielen Individuen, womöglich befreiend, *gemeinsame*, mithin *nur formell* allgemeine Weise, Erfahrung zu verarbeiten. Ob und wie dabei gesellschaftsgeschichtliche Vermittlungen Eingang finden, hängt keineswegs vom 'Formgesetz' der Phantasie, sondern von der erkenntnismäßigen Vermittlung jener Tätigkeit ab. Und die ist naturwüchsig, auch in »Kampfsituationen«, keineswegs gegeben. Als eine je gesellschaftlich bestimmte vermittelte *Naturkraft* der menschlichen Gattung, die man selbst bei höchsten Tieren nicht findet¹³, existiert die Phantasietätigkeit in Form einer Gattungsqualifikation: als eine in Einzelnen gemeinsam repräsentierte, für Einzelne naturwüchsig bestehende Eigenschaft.¹⁴ Phylogenetisch, nicht aber sozialhistorisch geworden, gattungsmäßig, nicht aber genuin gesellschaftlich allgemein, kann Phantasietätigkeit auch keine für die Individuen allgemeinverbindlichen, organisierenden und geschichtsoperativ orientierenden *Resultate* hervorbringen. (Ich kann mich auf meine Assoziationen nicht jenseits meiner Partikularität berufen!) Diese Differenzierung ist keine 'Spitzfindigkeit': gattungsqualifikatorische Eigenschaften sind den Individuen gleichsam 'eingeboren' und in jedem Einzelnen, unabhängig von Willen und Bewußtsein präsent; genuin gesellschaftliche Subjektqualifikationen müssen von jedem Individuum schrittweise praktisch und bewußt *angeeignet* werden. Das, wie Kluge (und Negt), zu übergehen, ist folgenswer.

6. Bei Kluge gerinnt die Phantasietätigkeit, »das sinnlich gefaßte Vorstellungsvermö-

gen« (Negt/Kluge, 71) tendenziell¹⁵ zum klassenspezifisch-proletarischen Vermögen, »zur autonomen Erfahrungsweise der Proletarier« (ebd., 69). Nicht nur sei es »Rohstoff für (proletarisches, D.V.) Klassenbewußtsein« (ebd., 71), auch Funktionsmechanismus des Klassenbewußtseins selber: die Arbeiter »müssen« die Produktionsgeschichte geschichtsoperativ relevanten gesellschaftlichen Wissens »in den Formen ihrer besonderen Ausdrucks- und Erfahrungsweise (d.i. der sinnlich-phantastisch synthetisierenden, D.V.) wiederholen« (ebd., 59). Wohl ist das Motiv dieser These bedenkenswert: die Allergie gegen die Zurichtung marxistischer Erkenntnisresultate in Form axiomatischer »Philosophiesysteme«, die die »Rolle der Praxis« auf dezisionistische Voten in Prinzipienfragen, die Funktion gesellschaftlicher Erfahrung auf ein Arsenal von Demonstrationmaterialien für philosophische Grundsätze reduzieren; die darum nur als »Schulweisheiten«, in Abstraktion von »persönlichen« Motiven, emotionalen Energien, individueller Erfahrung sich aneignen lassen (vgl. Haug 1978).¹⁶ So legitim dieser Protest, so problematisch und praktisch desorientierend sein Ergebnis: werden die Bedingungen angemessenen Geschichtsbewußtseins, statt in sozialer Struktur und praktischer Erkenntnisperspektive proletarischer Klassenexistenz, in einer von der praktisch-bewußten Tätigkeit des Individuums unabhängigen Gattungseigenschaft verortet, so wird der geschichtliche Subjektanspruch dieser Klasse selbst mythologisiert. *Im Proletariat kontaminieren Natur und Geschichte*: geschichtliches Gesamtsubjekt ist es, unabhängig von klasseninteressierter Wissensverarbeitung und erkenntnisgeleiteter Praxis bereits aufgrund der dem Proletarier vorbewußt, kraft 'Klassenatur' zukommenden »konkret besonderen proletarischen (Eigenschaften)« (Negt/Kluge, 112). Wo die Individualgeschichte des Proletariats nur mehr falscher Schein, »das Unwirkliche« ist (ebd., 61), seine Vergesellschaftung eine eher »anthropologische Kategorie« (ebd., 271), kann die individuelle Vermittlung geschichtsmächtiger proletarischer Klassenpraxis sowie die kommunistische Praxis-Perspektive einer freien Entfaltung des gesellschaftlich bewußten *Individuums* weder Thema noch Problem sein.¹⁷ Die Vorstellung proletarisch-revolutionärer Praxis-Perspektive als eines Vergesellschaftungsprozesses ohne Individuation, d.h. in abstrakter Verabschiedung aller — nicht auf bürgerliche Privatheit zu reduzierenden — Individuationsfortschritte bürgerlicher Gesellschaft, verweist¹⁸ auf eine ideologiegeschichtliche Tradition Kluges: den Proletkult. Wie A. Bogdanow, ausdrücklich zitiert (Kluge 1975, 197), bezeichnet Negt/Kluge »Wissenschaft, Bildung und ästhetische Produktion« undifferenziert »als Organisationsformen der Phantasie der (!) Massen« (Negt/Kluge, 71); sie restituieren jene Mythologisierung des Proletariats »zum Granitblock des Kollektivs«, darin die Individuen »verschmelzen« (Tretjakov, 14).

Die abstrakte Negation bürgerlich-revolutionärer Subjektivitätsformen¹⁹ hat ein erkenntnistheoretisches Korrelat: begriffliche Abstraktionen erscheinen Kluge, selbst wenn sie zu 'praktikablen Abbildern' des gesellschaftlichen Ganzen in seinen Widersprüchen führen, *per se* gegenemanzipatorisch. So bedeuten ihm »Abstraktionsfähigkeit« — »ein Instrument, mit dem *entfremdete* gesellschaftliche Realitäten erfaßt werden können« (Hv.v.mir, D.V.) — und »das treibhausmäßige Vorwärtstreiben der Intelligenzeigenschaften« jeweils »selber eine Entfremdungserscheinung« (Negt/Kluge, 80). Denn »Plan, Bewußtsein, Arbeit« wurzeln »in einer von Naturbeherrschung ausgehenden (!) egozentrischen gesellschaftlichen (d.i. bürgerlichen, D.V.) Einstellung« (ebd., 269). »Die Erfahrung (...) zu den Ideen, Plattformen, Autoritäten hin zu verarbeiten«, das ist »ein bürgerlicher Reflex« (ebd., 87); die »abstrahierende Arbeit der Intelligenz«

steht quer zur Sinnlichkeit »der Proletarier« (ebd., 80) und kann qua »mittelbare Erfahrung« »nur in geringem Maß Organisator und Regulator des Erfahrungsinteresses sein« (ebd., 58). Die kategoriale Verbindlichkeit des Denkens *überhaupt* (das darum durchgängig in Globalformeln: »aufgehäuftes Wissen«, »mittelbare Erfahrung«, »ungeheure Warensammlung« erscheint) ist der Stein des Anstoßes: domestizierender »Überbau« authentischer Erfahrung. Das ist provozierend genug! So sehr, daß es schon müßig scheint, auf die besondere praktische Notwendigkeit begrifflich allgemeiner Tätigkeit für die gemeinschaftliche Organisation und Planung des materiellen Reproduktionsprozesses sozialistischer Gesellschaften²⁰, auf das befreiende Moment, das in einer gesellschaftlich ermöglichten bewußten Kontrolle und Koordination des eigenen Lebenszusammenhangs durch die Individuen selbst läge, zu verweisen. In Anwendung Kluges eigener Verfahrensweise ist der Blick freilich auch auf das Protestmotiv dieser Provokation zu lenken: das ist die Vermutung, daß »das unmittelbare gegenwärtige Erfahrungsinteresse« auch in herkömmlichen marxistischen Begriffen »nicht hinreichend wiedererkannbar werden kann« (ebd., 57f.). Nun hat aber gerade Hegel wiederholt betont, daß dialektisches Denken »mit der poetischen Phantasie in Verwandtschaft« steht (Hegel, 243); im Gegensatz zum abstrakten Verstand gehen beide — je spezifisch, logisch-systematisch bzw. spontan totalisierend — *auf* Ganze des konkreten »Organismus« gesellschaftlichen Lebens. Das ist der prägnante Angriffspunkt Kluges: »der Arbeiter kann das Ganze der Gesellschaft nicht denken, ohne ins Lager der bürgerlichen Gesamtgesellschaft hineinzugeraten« (Negt/Kluge, 113). So seien »das zentralistische Denken, das Systemdenken (...) genauso eingeschränkt, wie es der Erfahrungshorizont der Warenproduzenten ist. Sie (...) folgen hierin einer Wertabstraktion« (ebd., 85f.). Diese Analogie trifft ein wahres Moment bei Hegel²¹, sie trifft aber darum nicht auch schon zu für Begriffe materialistischer Dialektik. Ohne dieses Problem an dieser Stelle auch nur in wesentlichen Zügen ausführen zu können, läßt sich doch soviel sagen: Begriffe materialistischer Dialektik können der virulenten Gefahr einer erkenntnis- und geschichtstheoretischen Depravierung individuell-gesellschaftlicher Erfahrung durchaus entgehen. Und zwar nach Maßgabe: 1. der materialistischen Kritik nicht nur des — spontan-ideologischen — Inhalts, sondern auch der »toten Abstraktionen« bürgerlicher Denkformen.²² Wenn in ihren Kategorien (wie »die Arbeit«, »der Mensch«, »das Leben« usf.) das Allgemeine entweder als Klassifikationseinheit von Einzeldingen (Merkmalen, Eigenschaften) oder als apriorisch »reine« Bestimmung, die die Dinge als Derivate deduktiv aus sich »entläßt«, fixiert wird, so reproduzieren sie nicht nur in ihrem Sachgehalt, auch in ihrem spezifischen Abstraktionscharakter die im kapitalistischen Produktionsprozeß permanent vollzogenen Real-Abstraktionen.²³ 2. Nach Maßgabe des methodologischen Bewußtseins, daß »die konkrete Totalität als Gedankentotalität, als ein Gedankenkonkretum, in fact ein Produkt des Denkens, des Begreifens ist; keineswegs aber des außer oder *über* der Anschauung und Vorstellung denkenden und sich selbst gebärenden Begriffs, sondern der Verarbeitung von Anschauung und Vorstellung in Begriffen« (Marx, Grundrisse, 22; Hv.v.mir, D.V.). Solche Begriffe verhalten sich zu den Reflexionsmodi ihres Gegenstandes in Alltagswissen und Erfahrung nicht äußerlich; in ihre Synthesen gehen jene Momente konstitutiv mit ein. Obgleich wegen der strukturellen Nichtidentität von Wesen und Erscheinung im Kapitalismus erfahrungsmäßig-induktiv nicht erreichbar, ist den Begriffen materialistischer Dialektik das Wesen kein »Ding an sich«, schon gar kein »abstrakter Querschnitt durch die Gesell-

schaft« (Negt/Kluge, 80). In ihrem Resultat sind sie nichts anderes als das entwickelte und geschichtlich orientierende Selbstbewußtsein der heterogenen Erfahrungen der Massen in ihrem konkreten Zusammenhang, die bewußte Auflösung der inneren Widersprüche gesellschaftspraktisch funktionierender Erfahrung (in den Einzelproduzenten wie im Verhältnis der Klassen).²⁴ 3. Nach Maßgabe der materialistischen Einsicht in die, zumal unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, ontologisch gesetzte Differenz von wissenschaftlichem und Realobjekt, Begriff und Realität. Indem geschichtsmaterialistisches Denken (anders als Kunst) wesentlich nur gesellschaftlich *notwendige* Entwicklungsstufen der Realität, Erfahrungsweisen der Produzenten abbildet bzw. verarbeitet, ist es, wie es weiß, immer auch »ein Abtöten« — was aber »nicht nur die Abbildung durch das Denken, sondern auch durch die Empfindung« betrifft (Lenin, 246). Diese Selbstreflexion seiner Schranken verbietet materialistischem Denken die Hybris des Begriffs, verhilft ihm, sich zu seinen Denkmitteln wie zu »permanenten Resultaten« zu verhalten (vgl. Haug 1975). — Damit soll natürlich nicht behauptet werden, Begriffe materialistischer Dialektik wären immer so verstanden oder gar verwandt worden. Zumal für hegelianisierende und »systemtheoretische« Verzerrungen des Marxschen Begriffsbewußtseins trifft zu, daß in ihnen das Erfahrungsinteresse der gesellschaftlichen Produzenten nicht hinreichend »wiedererkannt« werden kann. Das liegt aber nicht, wie Negt/Kluge glauben machen, an ihrer Orientierung auf die Totalitätsperspektive gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern an einer implizit idealistischen Fassung des Verhältnisses von Erscheinung und Wesen, Erfahrung bzw. Realität und Begriff.²⁵ Hingegen zerschneidet der Verzicht, das Ganze zu denken, die stärkste Sehne proletarischen Klassenbewußtseins. Er bescheinigt ihm, ein nur partikularer Standpunkt zu sein, kraft- und rechtlos gegen die Verkehungen des Ganzen, unter dem die Einzelnen leiden.

7. Ohne die kritische Rekonstruktion der gegenwärtigen Arbeit der Sinne, ihres geschichtlichen Gewordenseins, ihrer gesellschaftlich produzierten Funktionen und Widersprüche ist gar nicht wahrnehmbar, »auf welche Koalition der Wahrnehmungskräfte ich mich stütze« (Kluge/Reitz, 70; Hv.v.mir, D.V.). Erst nach Maßgabe ihrer annähernd bewußten Vermittlung ist das politisch-ästhetische Programm: »bestimmte Negation dieser historischen Sinnlichkeit« (Kluge 1975, 212), also etwa der parzellierten Wahrnehmung, des kompensatorischen Reservatcharakters der Phantasie gesellschaftspraktisch zu organisieren. Diese Vermittlung ist bei Kluge, wie oben skizziert, verschiedentlich angelegt. Doch wird sie ständig überlagert von der unhistorisch konstruierten Alternative »subdominante Erfahrung-Kopfbewußtsein«, dem im Zweifelsfall die Deformation der Sinnlichkeit angelastet wird (Kluge 1975, 209). Kluge argumentiert: das Alltagsbewußtsein entwickelt Strategien, um sich gegen jene »dissonante gesellschaftliche Grunderfahrung« zu panzern: ein »rationalistisches Verfahren« (ebd., 220), mit dem es die unverarbeiteten Widersprüche seiner Erfahrung »gewaltsam« richtigstellt, dadurch aber sinnliche Aktivität selbst »unterdrückt« (ebd., 217), »Sinnzwang« (ebd., 203) produzierend. Doch offensichtlich ist nicht jener zwanghafte Rationalismus, sondern kapitalistische Warenproduktion die *prima causa* der Deformation und Zielverschiebung sinnlicher Aneignungskräfte und Bedürfnisse (vgl. Haug 1972, 152ff.). Umgekehrt ist die ideologische Abstraktheit auch der kategorial unmittelbaren ('einfachen') Widerspiegelungsformen dieser Produktionsweise nicht psychologisch (aus Orientierungsbedürfnissen der Einzelnen), sondern aus der objektiven Struktur des

Vergesellschaftungsprozesses zu erklären. Andernfalls wären sie durch Massentherapie abschaffbar. Gerade das psychologische Kompensationsmoment des zwanghaften Alltagsrationalismus' trägt noch die Male der »Notdurft der 'produktiven' Bedürfnisse« (Holzkamp-Osterkamp, II, 34). Doch um diesen und die Geschichte der blinden Produktion der Sinnlichkeit (vgl. Haug 1972, 48ff.) praktisch aufzuheben, ist ein Bewußtsein der Vermittlung der unmittelbaren sinnlichen Aneignungskräfte und Bedürfnisse unabdingbar. Dieser Prozeß der Erforschung und kollektiven Organisierung kapitalistisch produzierter und dequalifizierter oder zielverschobener sinnlicher Wahrnehmungs- und Erinnerungskräfte wäre eine dringliche Funktion »realistischer« ästhetischer Praxis. Das geht indes weder ab ovo, ohne wissenschaftliche und organisatorische Basis, noch kann dieser Prozeß sich im Konkurrenzverhältnis zu marxistischer Wissenschaftspraxis und sozialistischer Klassenpolitik erfolversprechend etablieren.

8. Die Hypostase sinnlich-unmittelbarer Aneignungsformen zu selbstständigen Konstituenten proletarischen Geschichtsbewußtseins (vgl. Negt/Kluge, 58f.)²⁶ setzt implizit auf eine Vermittlungsstätte: das Kino. Falsch wäre es indes, Kluges Realismus-Konzeption auf diesen Funktionszusammenhang zu reduzieren. Sie enthält vielmehr ein Stück unexplizierter Selbstkritik an geschichtstheoretischem Spontaneismus.

Die Entfaltung der »selbsttätigen Arbeit des sinnlichen Apparates« (Kluge/Reitz, 66), von kapitalistischen Produktions- und Verkehrsformen blockiert, gibt dem ästhetischen Produzenten eine direkte Funktionsperspektive. Sie fordert ihm eine analytische Erforschung des historischen Standes der Sinnlichkeit ab: »Die Parteilichkeit im Kino hängt vor allem davon ab, auf welche Koalition der Wahrnehmungskräfte ich mich stütze« (ebd., 70). Nicht soll »auf der Leinwand ersatzweise für die Realität Politik gemacht«, vielmehr sollen die sinnlichen Produktivkräfte, wie die »komplexe Wahrnehmung«, »erprobt« werden (ebd., 66f.). Der realistische Filmproduzent stellt dem wirklichen Praxis-Prozeß dabei nicht etwa einen idealen Kanon »emanzipatorischer Sinnlichkeit« gegenüber: seine Tätigkeit ist gleichsam das Vexierbad, der Katalysator der Entwicklung latenter, unterdrückt funktionierender sinnlicher Fähigkeiten: »seit einigen tausend Jahren gibt es Film in den menschlichen Köpfen« (Kluge 1975, 208). Realistisches Produzieren muß auf der »Allianz eines radikal analytischen Verfahrens mit denjenigen (unterdrückten synthetischen, D.V.) Eigenschaften in der Wahrnehmung des Zuschauers« fundiert sein (ebd., 209). Die ästhetische Technik selbst ist keine Produktivkraft, sondern allenfalls ein *Mittel*, bereits existierende sinnliche Produktivkräfte gesellschaftlich zu organisieren (vgl. ebd., 220, 222). Die der Filmkunst historisch vorausgesetzte und sie durchdringende Technik ist nicht mehr als eine dem ontologisch gesetzten Assoziationsstrom »hinzugefügte Erfindung« (ebd., 208). Markiert das die Differenz zu W. Benjamin²⁷, so ist doch nicht er, sondern G. Lukács die geheime Antipode Kluges Argumentation. Kluges Begriff von »ideologischem Realismus« (ebd., 209) ist stillschweigend geprägt von — problematischen — Lukácsschen Kategorien, wie »typisches Schicksal«, »organische Fabel«, »suggestive Gestalten« etc., welche die im gelungenen realistischen Werk »gestaltet vermittelte Unmittelbarkeit« des schönen Scheins gesellschaftlichen Wesens (Lukács, 70) beschreiben. Obwohl Kluge den implizit antizipatorischen Wert und die ästhetische Erkenntnisfunktionen traditionell realistischer Kunst (mithin auch Lukács) nicht angemessen begreift, so trifft er doch ihren problematischen Nerv, ihre Schranke: realistisch ist für Kluge allein das Motiv, das Bedürfnis, »die Welt in menschliche Beziehungen zu zerlegen« (Kluge 1975, 204), nicht aber das

Resultat traditionellen Realismus', in dem »die Sachgesetze der Warenproduktion« (ebd.), die genau das Gegenteil bewirken, sprachlos bleiben.²⁸ — Den »Realismus des Motivs« (ebd., 217) macht er umgekehrt zu einer zentralen Kategorie seines Programms. Er ist ein operativer Begriff: »Ein Film ist ein Simulationsvorgang. Eine Person wird zum konsequenten Darsteller ihres Prinzips. Das heißt, ich mache ihn zum Pöten« (Kluge 1976, 590). Das heißt aber auch: »nicht ich dichte, sondern die Realität hat längst gedichtet und ich muß nur die Stelle finden, wo der Schatz liegt, wo eine Person so dicht handelt« (Kluge 1976, 593). Die Realität »dichtet« in dem Maße, wie sie gesellschaftlich gültige Formen der Funktionsweise individueller Sinnlichkeit (der »Reaktionen des Bewußtseinsapparates«, Kluge 1975, 217) hervorbringt. Diese »Prinzipien« (Überlebenstechniken, Notwehrstrategien, Protestformen) werden den »Personen« durch Arbeitsteilung, ökonomische Charaktermasken, Klassenspaltung aufgenötigt. Wohl können sie sich in eigentümlichen Verhaltensformen, privaten Interieurs, »funktionaler« Architektur vergegenständlichen; doch sind sie »fast nirgendwo 'naturwüchsig' vorhanden« (ebd., 218). Die poetische Positivität ist positivistisch nicht faßbar: eine konkrete Situation, welche die ihr inhärenten geschichtlichen Vermittlungen »offen sichtbar« werden läßt, »muß produziert werden, konstruktiv (...) Es wird 'herausgeätzt'«. (ebd.). Zwar ist realistisches ästhetisches Produzieren notwendig auf klassendifferente Verdichtungen sinnlicher Erfahrung verwiesen, damit aber auf eine »Gegenständlichkeit, die es naturwüchsig in der Gesellschaft nicht gibt« (Kluge/Reitz, 68). Das Bewußtsein des *Veranstaltungscharakters ästhetischer Gegenständlichkeit* macht Kluges realismustheoretische Position (i.U. zu seiner geschichtstheoretischen!) allen Varianten proletkultlerischer Mythologie, die verzweifelt »poetisches Licht« in der »Natur« des »proletarischen Leben(s)« sucht (Pasolini, 99), begründet überlegen. — Dennoch ist Kluge, anders als Brecht, der Versuchung erlegen, mit der Ablehnung herkömmlicher Verfremdungsstrategien des Realismus (Typisierung, Fabel als Organisationsprinzip etc.) dessen erkenntnistheoretische Begründungsdimension überhaupt zu eliminieren: »Nicht der Filminhalt ist auf seine Parteilichkeit zu untersuchen, sondern das Produktionsverhältnis und die Produktionsweise der Zusammenarbeit von Film auf der Leinwand und Film im Kopf des Zuschauers« (Kluge/Reitz, 70). In der Konsequenz würde das die Ausschaltung ideologiekritischer Forschung aus dem Funktionsbereich 'materialistischer Ästhetik' bedeuten: indem die verzerrenden Direktzugriffe des Bewußtseins einseitig als Protest- und Kompensationsformen der Unterdrückung sinnlicher Produktivkräfte ausgelegt werden, erscheinen Fragen nach Qualität und Status des in ästhetischen Produkten kristallisierten gesellschaftlichen Bewußtseins von vornherein obsolet. Hier rächt sich die sensualistische Aversion gegen das »Systemdenken«.

Die Sache macht eine Diskussion um die produktive Nutzung Kluges Theorie des ästhetischen Forschungsprozesses in spätbürgerlicher Gesellschaft, im Begründungszusammenhang materialistischer Ästhetik ebenso möglich wie notwendig. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die These: »ästhetische Widerspiegelung ist die kategoriale Umsetzung sozialer Prozesse *in der Form technischer Materialien*« (Metscher, 965) durchaus verkürzt. Denn Kluges kritische Forschungen zur Gattungsspezifik, zum historischen Prozeßstand und zu gesellschaftspraktischen Realisationsformen menschlicher Wahrnehmungs- und Phantasiekräfte geben zugleich strukturelle Vermittlungen zwischen Basis-Strukturen gesellschaftlicher Arbeit und dem ästhetischen 'Überbau' elaborierter artistischer Formen an, welche eine analogisierende Fassung entschieden hinter sich las-

sen. Die sozialhistorischen Bewegungsgesetze und Betätigungsformen menschlicher Sinne determinieren zugleich die Funktions- und Rezeptionsfähigkeit ästhetischer Produkte. — Darüberhinaus wäre die Perspektive eröffnet, den marxistischen Begriff von Parteilichkeit neben seiner von Lukács aufhebenswert formulierten erkenntnistheoretischen Dimension *ästhetisch-operationell* zu spezifizieren: realistisch, parteilich sein beschränkt sich sonach nicht darauf, gesellschaftliche Verhältnisse in dialektischer Orientierung auf ihre Totalität in sinnlicher Form überhaupt auszudrücken; es impliziert zugleich die kritisch-sensible Erforschung und Erprobung sinnlichen Subjekt-Verhaltens in seinem praktisch-gegenständlichen Funktionieren, seinen gesellschaftlichen (z.T. klassenspezifischen) Strukturen und Organisationsweisen, seinen geschichtlich bornierten und progressiven Tendenzen.²⁹ Damit wäre die sog. 'Unterhaltungsfunktion' realistischer Werke vom Stigma eines zwar wünschenswerten, aber zufälligen Beiherspiels befreit.

Anmerkungen

- 1 Hier wird auch das Buch »Öffentlichkeit und Erfahrung«, bei dem Kluge »Satz für Satz« als Co-Autor Negts gewirkt hat, einbezogen, allerdings nur in einer materialistisch-ästhetiktheoretisch interessierten Leitperspektive.
- 2 Zur Polemik gegen einen Rezeptionsgestus, der sich in der »Ignoranz in der Aneignung seines Gegenstandes« gefällt, vgl. kritisch R. Burger, 1978, S.98ff.
- 3 Dem widerspricht bereits die vergleichsweise 'rationalistische' programmatische Haltung Kluges im Spektrum linker Filmemacher. Vgl. D. Voss, 1978, S.18f.
- 4 Das 'Theoretischwerden' der Sinne impliziert allerdings für Marx nicht, daß wissenschaftliche Theoriebildung dadurch überholt oder gar überflüssig würde: das sinnliche Bewußtsein wird nur mehr keine strukturelle Blockade wissenschaftlicher Erkenntnis mehr darstellen (vgl. MEW EB I, S.543f.).
- 5 Ein von Massen getragener Realismus den eigenen Lebensbedürfnissen gegenüber kann in der Tat ideologiekritisch wirken, für erfahrungsrelevante Konturen der Klassenherrschaft sensibilisieren; indem er aber ein bürgerlich-instrumentalistisches Verhältnis zu sozial verantwortlichen Formen des Denkens und Handelns nicht ausschließt, kann er immer wieder in die Aversion gegenüber der Allgemeinheit auch und gerade geschichtsbewußten Denkens und politischer Organisation münden. Dann erscheint begriffliches Denken per se 'idealistisch', Politik als 'Aufopferung'. — Kluge verhält sich hier affirmativ, vgl. Kluge 1976, S.590.
- 6 Das entspricht einer allgemeinen methodologischen Orientierung der »Manuskripte«. Vgl. G. Márkus, S.33f.
- 7 Allerdings kann darum Individuelles gerade wegen seiner Partikularität wieder gesellschaftlich repräsentativ werden.
- 8 Diese Vereinseitigung korrespondiert mit einer Entdifferenzierung des Wahrnehmungsvermögens. Vgl. K. Holzkamp, S.279ff.
- 9 Das faßt auch Haugs Begriff der »potentiell sozialistischen Energien« im emotional-psychischen Haushalt der Individuen. Vgl. Haug 1972, S.158f.
- 10 Zum Problem der gesellschaftlich-subjektformierenden Funktionen der automatisierten Produktionsweise, zu den historisch-logischen Regulativen und Schwierigkeiten ihrer empirischen Erkenntnis siehe: Projektgruppe Automation und Qualifikation, 1975, Teil A »Methodische Vorbemerkungen«.
- 11 Die Aufhebung der Unterwerfung individueller Lebenstätigkeit unter eine 'schlecht unendliche' Prozeßstruktur ist gebunden an die Integration des Individuums in kooperative Planungsprozesse sozialistischer Produktionsgemeinschaften sowie an die Entwicklung einer tendenziell automatisierten Grundlage der Produktion.
- 12 »... dem Gang des Sekundenzeigers ausgeliefert«: »Das Immer-wieder-von-vorn-anfangen ist die regulative Idee des Spiels wie der Lohnarbeit« (Benjamin, S.132).

- 13 Trotz eines formell-genetischen Hinweises (S.66f.) ist das Problem der phylogenetischen Entstehung der Phantasietätigkeit bei Negt/Kluge nicht systematisch entwickelt.
- 14 Vgl. L. Séve, 1977, S.39ff.; zur aufhebenden Kritik: Holzkamp-Osterkamp, I, S.327ff. — Vgl. auch Marx, Grundrisse, S.154ff.
- 15 Diese Bestimmung ist nicht eindeutig, heißt es doch von ihrem Mechanismus, er sei im Gegensatz zum »Material« »nicht klassenspezifisch« (Negt/Kluge, S.69f.). Negt/Kluges Argumentation basiert jedoch im Folgenden gerade auf der *Unterstellung* einer klassenspezifischen Daseinsweise der Phantasietätigkeit.
- 16 Siehe dazu: A. Gramsci, S.219. Das »Identischsetzen« marxistischer Philosophie »mit der Geschichte« impliziert dabei, daß »immer vom Alltagsverstand (seinem impliziten Realismus, D.V.) ausgegangen werden« muß, »den ideologisch homogen zu machen es gilt« (S.207).
- 17 Zum Begriff des Verhältnisses von Vergesellschaftung und Individuation siehe: Holzkamp-Osterkamp, I, S.311ff.
- 18 Und zwar in einer versteckten Beziehung zur proletarischen Mimikry bürgerlicher Ideologie von rechts: vgl. E. Jüngers Begriff der 'Gestalt des Arbeiters' als eines anonymen Heroen.
- 19 Die Ambivalenz dieser Formen bleibt bei Negt/Kluge unbegriffen: vgl. ihre Polemik gegen Ideale, Postulate usf. (S.109).
- 20 Symptomatisch, wie Negt/Kluge diesem Problem ausweichen: »Der Sozialismus befaßt sich vorrangig mit der Produktion von Lebensverhältnissen (...), der Kapitalismus vorrangig mit materieller und immaterieller Güterproduktion« (S.271).
- 21 Siehe dazu: Adorno, Aspekte, S.23-30. — Der Geistbegriff Hegels ist im übrigen seiner Fassung (menschlichen) Denkens nicht äußerlich: Hegel denkt 'Denken' idealistisch als Selbstbeziehung, als Verflüchtigung »der Realität zur Form des reinen Begriffs« (Hegel, S.244), das ebendarum von geschichtlicher Erfahrung nicht kritisierbar ist.
- 22 'Tot' sind Abstraktionen, indem in ihnen und durch sie ihre eigene materielle historische Genesis und praktisch-reale Funktion nicht reflektiert ist bzw. nicht reflektiert werden kann. Siehe MEW 4, S.554.
- 23 Siehe: Marx, Grundrisse, S.24f.; Sandkühler, 1973, S.239.
- 24 Damit ist natürlich nicht schon eine reale Funktion, sondern nur der Status materialistischer Begriffe im Verhältnis zu (bewußter) Erfahrung beschrieben: sie vertreten ein in bürgerlicher Gesellschaft nicht gegebenes Gesamtsubjekt gesellschaftlich möglicher Erfahrung. Gramsci vermerkt: Wenn Marx »die Wirklichkeit genau analysiert hat, so hat er nichts anderes getan, als rational und kohärent das zu systematisieren, was die Protagonisten dieser Wirklichkeit verworren und instinktiv fühlen« und erfahren (S.185).
- 25 So zeigt sich z.B. bei Lukács ein Stück unverarbeiteten Hegelerbes, wenn er die Totalitätsverfassung kapitalistischer Gesellschaft mit ihrem Fortschrittscharakter zusammendenkt und die verdinglichte Vermittlungsform auf ein Problem falschen Scheins bzw. falschen, weil unmittelbaren Bewußtseins reduziert (vgl. Lukács, S.63ff.). — Wird dort die Differenz von Begriff und Realität nicht angemessen reflektiert, so erscheint etwa bei Sandkühler das Verhältnis von Begriff und Erfahrung als schlichtes Anwendungsproblem: »Jedes Veto gegen die philosophische Systematik der materialistischen Dialektik berührt die Erkenntnissicherheit, die die wissenschaftliche Weltanschauung auch dem Nicht-Wissenschaftler (!) garantiert« (1975, S.602f.). Seine 'Erkenntnissicherheit' hat der Proletarier demnach von philosophischer Systematik, deren Agent er nicht ist, verwalten zu lassen.
- 26 Wie Kluge sich die sinnliche Aneignung geschichtlicher Vermittlungen denkt, zeigt er am Beispiel einer Liebesszene (1975, S.215f.). Es handelt sich um ein ästhetisches Inszenarium.
- 27 Für Benjamin objektivierte sich in der Filmtechnik selbst eine revolutionär-subjektförmigende Funktion wissenschaftlich vermittelter Technik.
- 28 Kluge verhält sich zur Verfremdungsweise traditionellen Realismus' operativ-abstrakt. Seine Haltung ist hier Tretjakovs analog: »Für den Fabel-Spezialisten ist das Material (...) nur ein Konkurrent der Fabel. Der Fabel-Spezialist verstümmelt das Material bewußt, damit es ihm nicht die Fabel zerreißt« (Tretjakov, S.52).
- 29 Erst so wäre einzulösen, was Metscher an Lukács rügt: »Er übersieht (...), daß die Parteilichkeit der Kunst (...) sich innerhalb des unterschiedlichen ästhetischen Materials (...) unterschiedlich realisiert« (Metscher, S.967).

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W.: Drei Studien zu Hegel, Frankfurt/M. 1974.
- Apel/Heidorn: Subjektivität und Öffentlichkeit. Kritik der theoretischen Positionen O. Negts, PROKLA 7. Jg. 1977, H.29, S.3-38.
- Benjamin, W.: Charles Baudelaire, Frankfurt/M. 1974.
- Bischoff, J., u.a.: Die Verhöhung der Arbeiterklasse. Oskar Negts 'Marxismus', in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 2-1977, H.11, S.121-156.
- Burger, R.: Der Oberlehrer als Scharfrichter, in: Ästhetik und Kommunikation, 9.Jg. 1978, H.31, S.90-102.
- Gramsci, A.: Philosophie der Praxis, dt. hrsg. v. Chr. Riechers, Frankfurt/M. 1967.
- Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt/M. 1968.
- Haug, W.F.: Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/M. 1972.
- Ders.: Wider den bloß verbalen Materialismus, in: Das Argument, 17. Jg. 1975, Nr. 92, S.650-701
- Ders.: Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus, in: Das Argument, 20. Jg. 1978, Nr. 108, S.186-201.
- Hegel, G.W.F.: Vorlesungen über die Ästhetik, Bd. III, in: Werke in 20 Bänden, Frankfurt/M. 1970, Bd.15.
- Heller, A.: Das Alltagsleben. Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion, Frankfurt/M. 1978.
- Holzcamp, K.: Sinnliche Erkenntnis — Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1975.
- Holzcamp-Osterkamp, U.: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, 2 Bde., Frankfurt/M. 1975/76.
- Kluge, A.: Gelegenheitsarbeit einer Sklavin. Zur realistischen Methode, Frankfurt/M. 1975.
- Ders.: Gespräche, in: Filmkritik 20. Jg. 1976, Nr. 240.
- Kluge/Reitz: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod, in: Kursbuch Nr. 41, 1975, 41-86.
- Laermann, K.: Alltags-Zeit. Über die unauffälligste Form sozialen Zwangs, in: Kursbuch Nr. 41, 1975, 87-106.
- Lenin, W.I.: Philosophische Hefte, ed. Berlin (DDR) 1971.
- Lukács, G.: Es geht um den Realismus, in: Raddatz (Hg.), Marxismus und Literatur, Frankfurt/M. 1969, S.60-86.
- Márkus, G.: Über die erkenntnistheoretischen Ansichten des jungen Marx, in: Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie (hrsg. v. A. Schmidt), Frankfurt/M. 1972 (4).
- Marx, K.: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Frankfurt/M., s.d.
- Marx/Engels: Werke, Berlin (DDR) 1958-1968 (zit. MEW).
- Metscher, Th.: Ästhetik als Abbildtheorie, in: Das Argument 14. Jg. 1972, Nr. 77, S.919-976.
- Negt/Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1972.
- Pasolini, P.P.: Gedichte aus römischer Zeit, in: Alternative 22.-Jg. 1979, Nr. 125/26, S.98-103.
- Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD, Westberlin 1975 (Argument Sonderband AS Nr. 7).
- Sandkühler, J.: Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt/M. 1973.
- Ders.: Streitbarer Materialismus oder Streit um den Materialismus, in: Das Argument, 17. Jg. 1975, Nr. 92, S.601-628.
- Sève, L.: Psychoanalyse und historischer Materialismus, in: Friedrich, Kritik der Psychoanalyse, Frankfurt/M. 1977.
- Tretjakov, S.: Die Arbeit des Schriftstellers, Hamburg 1972.
- Voss, D.: Klageweiber ohne Hoffnung, Bemerkungen zu 'Deutschland im Herbst', in: Kultur & Gesellschaft Nr. 9, 1978, S.18ff.
- Waldhubel, W.: Spontibewegung — Flucht in den Alltag, in: Das Argument, 21. Jg. 1979, Nr. 113, S.8-20.

Populismus-Theorie

Vorbemerkung

Vielen scheint, daß die verstärkten antifaschistischen Aktionen der westdeutschen Linken im 40. Jahr nach dem Überfall des deutschen Faschismus auf Polen und die Sowjetunion durch die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß zusätzliche Aktualität gewinnen. Aber droht in der Bundesrepublik wirklich ein neuer Faschismus? — Nach allem, was wir bisher wissen, können wir nicht ernsthaft davon ausgehen, daß der sich unter Strauß formierende Machtblock auf die Liquidation der Organisationen der Arbeiterklasse und der politischen Parteien hinaus will. »Faschismus« droht zu einem bloßen Schimpfwort zu werden für alles, was rechts steht. Aber ist Strauß denn ein Demokrat? — Offenbar ist die Alternative Faschismus/liberale Demokratie falsch, und wir brauchen neue Begriffe zur Politikanalyse, die jenseits von Schimpfen oder Verharmlosung eine wirksame politische Praxis gegen Rechts fundieren. — Das Besondere und Unheimliche an Strauß ist, wie er — selbst plebejisch im Auftreten — den stummen Protest des »kleinen Mannes« gegen ökonomischen Ruin und Bürokratismus artikuliert und zum Sturz des Sozialliberalismus mobilisiert, und wie er eben dadurch die Interessen der Ruinierenden gegen die der Ruinierten umso wirksamer durchsetzt. Wie kann der »kleine Mann« aus der Hegemonie des Strauß-Blocks herausgelöst werden?

Ernesto Laclau, aus dessen Buch »Politics and Ideology in Marxist Theory« (London, New Left Books, 1977) wir das Kapitel »Towards a Theory of Populism« in Auszügen bringen, bildet Bewegungen wie die von Strauß unter dem Begriff *Populismus* ab. Laclau kritisiert die Erklärung populistischer Bewegungen aus dem Zusammenprall traditioneller und hochentwickelter industrieller Gesellschaften, löst den Begriff aus dem Kontext von Entwicklung/Unterentwicklung heraus und verallgemeinert ihn unter Verarbeitung der Erfahrungen mit dem Peronismus in Argentinien in Richtung einer allgemeinen Theorie des Populismus. Grundlegend dafür ist eine Theorie des Politischen. Notwendig ist eine solche Theorie, weil kommunistische Politik, die das Politische als bloßen Ausdruck des Ökonomischen (Ökonomismus) und als Klassenpraxis (Klassenreduktionismus) auffaßte, historisch katastrophal gescheitert ist.* Ordnet man bestimmte politische Ideologeme, z.B. Nationalismus, bestimmten Klassen zu, so überläßt man sie als »bürgerlich« kampfflos dem Gegner und tastet dessen Hegemonie nicht an über die, deren Einheit in diesen Ideologemen organisiert ist. Das sind insbesondere die Mittelschichten, von deren Eingliederung in einen Block unter proletarischer Hegemonie die Verhinderung des Faschismus abhing.

Auf der Ebene der Politik und der Ideologie (Laclau: Gesellschaftsformation) stehen sich, nach Laclau, im Gegensatz zur Ebene der Produktionsweise nicht die Klassen als solche gegenüber. Der bestimmende Gegensatz ist hier der von Volk und Machtblock. Das *Volk* ist eine klassenübergreifende Einheit mit eigenen Lebensformen und Traditionen. Sie nennt Laclau »populär-demokratische Anrufungen«. Die Klassen kämpfen in der Politik um gegensätzliche Eingliederung dieser Elemente in bestimmte Ordnungen von Anrufungen. Das Klassenspezifische liegt in der bestimmten Art der Eingliederung (= *Artikulation*) interklassischer Elemente in eine Gesamtanordnung (= *Dis-*

* Vgl. dazu Ernesto Laclau: Faschismus und Ideologie, in: Das Argument 117, Berlin/West 1979, 667-677.

kurs). Der ideologische Klassenkampf muß demnach als eine Eingliederung / Ausgliederung (= *Artikulation / Disartikulation*) von klassenunspezifischen Ideologemen in politische Diskurse analysiert werden. Mit dem Bezug auf das Volk *und* auf die Klassen steht im Zentrum seiner Politiktheorie der Begriff von der *doppelten Artikulation des politischen Diskurses*. Die politische Analyse muß dann zunächst die eigenständigen, nicht auf Klassen reduzierbaren Praxen und Ideologeme, die *populär-demokratischen Anrufungen* herausfinden, und im zweiten Schritt ihre klassenspezifische Eingliederung in den Diskurs.

Laclau übernimmt von Althusser den psychoanalytisch gedachten Begriff der *Anrufung*, der die Subjektkonstitution und damit den zentralen Mechanismus der Ideologie bezeichnen soll*: angerufen von den ideologischen Apparaten leben die Menschen fremdbestimmtes Handeln als Selbsthandeln. Laclau bricht aber insofern mit Althusser, als er auch von Ideologien der beherrschten Klassen spricht, in denen sie zur Opposition gegen die Herrschenden aufgerufen werden (vgl. Laclau 1977, 101 Fn. 32).² Er eröffnet damit gegen Ökonomismus und Klassenreduktionismus die Perspektive einer hegemonialen Politik von links, die die Anrufung des Volkes nicht dem Rechtspopulismus zuordnet und überläßt.

W.E.

Ernesto Laclau

Zu einer Theorie des Populismus**

(...) Einer weitverbreiteten Theorie zufolge beruft sich der Populismus über die Klassenschranken hinweg auf das Volk. Diese Definition greift zu weit *und* zu kurz: zu kurz, weil sich ein populistischer Diskurs *sowohl* auf das Volk *als auch* auf Klassen beziehen kann (indem er z.B. eine Klasse als die historische Vertreterin von Volksinteressen präsentiert); und zu weit, weil — wie wir sehen werden — nicht jede Bezugnahme auf »das Volk« einen Diskurs automatisch in einen »populistischen« verwandelt. Es stimmt aber auf jeden Fall, daß die Bezugnahme auf »das Volk« im Populismus zentrale Bedeutung hat.

(...) »das Volk« ist kein bloß rhetorischer Begriff, sondern eine objektive Bestimmung, einer der beiden Pole des in einer konkreten Gesellschaftsformation dominierenden Widerspruchs. Wir wollen die wichtigsten Ergebnisse unserer Analyse in Erinnerung rufen: 1. der Widerspruch »Volk« / Machtblock ist ein Antagonismus, der nicht auf der Ebene der Produktionsverhältnisse angesiedelt ist, sondern im Komplex der politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse, die eine bestimmte soziale Formation bilden; 2. während der dominante Widerspruch auf der Ebene der Produktionsweise das spezifische Feld des Klassenkampfes schafft, steckt der dominante Widerspruch auf der Ebene einer konkreten Gesellschaftsformation das spezifische Feld des populär-demokratischen Kampfes ab; 3. da jedoch der Klassenkampf dem populär-demokrati-

* vgl. dazu das Kapitel »Ideologische Staatsapparate und Subjekteffekt bei Althusser«, in: Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband (AS) 40, Berlin/West 1979, 105-129.

** Ins Deutsche übersetzt von Wieland Elfferding.

schen Kampf übergeordnet ist, existiert letzterer nur eingegliedert in klassenspezifische Programme. Da aber wiederum der politische und ideologische Klassenkampf auf einem durch klassenspezifische Anrufungen und Widersprüche bestimmten Terrain stattfindet, kann es sich nur um einen Kampf zwischen antagonistischen Programmen zur Eingliederung dieser klassenunspezifischen Anrufungen und Widersprüche handeln.

Diese Perspektive ermöglicht ein Phänomen zu verstehen, das in der marxistischen Theorie bisher nicht adäquat erklärt worden ist: *die relative Kontinuität* von Volkstraditionen im Gegensatz zu den historischen Diskontinuitäten, die Klassenstrukturen kennzeichnen. Der marxistische politische Diskurs, wie jeder radikale populäre Diskurs, wimmelt von Berufungen auf »den jahrhundertealten (säkularen) Kampf des Volkes gegen Unterdrückung«, auf »die Kampftraditionen des Volkes«, auf die Arbeiterklasse als »die Vertreterin von unerfüllten Interessen des Volkes« usw. Wie wir wissen, sind diese Traditionen in Symbolen oder Werten kristallisiert, in denen die durch sie angerufenen Subjekte ihre Identität finden. (...) Wenn wir die Universalität des Klassenkriteriums akzeptieren und zugleich vom *säkularen* Kampf des Volkes gegen Unterdrückung sprechen, dann kann die Ideologie, in der dieser säkulare Kampf sich kristallisiert, nur die einer anderen als der Arbeiterklasse sein — denn letztere entsteht erst mit dem modernen Industriesystem. Dann aber würde die Berufung auf diese Tradition in einem sozialistischen Diskurs einen krassen Opportunismus darstellen, weil sie die reine proletarische Ideologie mit ideologischen Elementen anderer Klassen infizieren würde. Wenn wir aber im Gegenteil annehmen, daß diese Traditionen nicht Klassenideologien begründen, haben wir das Problem, ihre Natur bestimmen zu müssen. Die eben skizzierte theoretische Perspektive befähigt uns, diese Schwierigkeit zu überwinden. »Volkstraditionen« stellen einen Komplex von Anrufungen dar, die den Widerspruch »Volk«/Machtblock im Unterschied zu einem Klassenwiderspruch ausdrücken. Damit können wir zweierlei erklären. Erstens, soweit »Volkstraditionen« die ideologische Kristallisation von Widerstand gegen Unterdrückung überhaupt, d.h. *gegen die Form des Staates als solche*, repräsentieren, dauern sie länger als Klassenideologien und bilden einen strukturellen Bezugsrahmen von größerer Stabilität. Zweitens aber begründen Volkstraditionen keine konsistenten und organisierten Diskurse, sondern lediglich *Elemente*, die nur in Klassendiskursen eingegliedert existieren können. Das erklärt, weshalb die gegensätzlichsten politischen Bewegungen sich auf dieselben ideologischen Symbole berufen. (...) Aber auch wenn Volkstraditionen lediglich Elemente darstellen, sind sie doch keineswegs willkürlich und können nicht beliebig verändert werden. Sie sind das Residuum einer einmaligen und nicht reduzierbaren historischen Erfahrung und bilden eine festere und dauerhaftere Bedeutungsstruktur als die Sozialstruktur selbst. Dieser doppelte Bezug auf das Volk und auf Klassen begründet das, was wir *die doppelte Artikulation des politischen Diskurses* nennen könnten. (...)

Nun haben wir den theoretischen Status des Begriffs vom »Volk« bestimmt sowie den spezifischen Widerspruch, dessen einen Pol es bildet. Wir haben aber noch nicht die Besonderheit des Populismus bestimmt. Können wir jenen Diskurstyp als populistisch bezeichnen, in dem populär-demokratische Anrufungen dominieren? Offensichtlich nicht. Zahlreiche ideologische Diskurse berufen sich auf »das Volk«, die wir nicht »populistisch« nennen würden. Wenn daher nicht die bloße Präsenz von populär-demokratischen Anrufungen in einem Diskurs ihn zu einem populistischen macht, wenn ande-

rerseits der Populismus unmittelbar mit der Anwesenheit »des Volkes« in diesem Diskurs zusammenhängt, müssen wir folgern, daß es *eine bestimmte Form der Eingliederung* der populär-demokratischen Anrufungen ist, die einen ideologischen Diskurs in einen populistischen verwandelt. *Unsere These ist, daß der Populismus die populär-demokratischen Anrufungen als synthetischen, der herrschenden Ideologie antagonistisch gegenüberstehenden Komplex präsentiert.* Das wollen wir genauer betrachten. — (...) die Ideologie der herrschenden Klassen ruft nicht nur herrschende Subjekte, sondern auch die beherrschten Klassen an, und neutralisiert damit deren potentiellen Antagonismus. (...) die grundlegende Methode dieser Neutralisierung besteht in der Verwandlung aller Antagonismen in einfache Unterschiede. Die populär-demokratischen Ideologien werden in den herrschenden Diskurs eingegliedert, indem alles aufgenommen wird, was eine einfache Besonderheit darstellt, und in dem diejenigen Elemente unterdrückt werden, die die Besonderheit in ein Symbol des Antagonismus zu verwandeln drohen. (...) In diesem Sinne genügt die Präsenz von Volkselementen in einem Diskurs nicht, um ihn in einen populistischen zu verwandeln. Der Populismus fängt dort an, wo populär-demokratische Elemente als antagonistische Option gegen die Ideologie des herrschenden Blocks präsentiert werden. Das bedeutet, wohlgermerkt, nicht, daß der Populismus immer *revolutionär* ist. Es genügt, daß eine Klasse oder Klassenfraktion zur Behauptung ihrer Hegemonie eine grundlegende Veränderung im Machtblock braucht, um eine populistische Entwicklung zu ermöglichen. In diesem Sinne können wir einen Populismus der herrschenden Klassen und einen Populismus der beherrschten Klassen unterscheiden:

a) Wenn der herrschende Block eine grundlegende Krise erlebt, weil eine neue Fraktion ihre Hegemonie zu errichten versucht, dazu aber in der bestehenden Struktur des Machtblocks unfähig ist, kann eine Lösung darin bestehen, daß diese Fraktion die Massen aufruft, ihren Antagonismus gegen den Staat zu entwickeln. (...) Der Populismus der herrschenden Klassen ist immer in hohem Maße repressiv, weil die hier angestrebte Entwicklung gefährlicher ist als ein bestehendes parlamentarisches Regime: während letzteres das revolutionäre Potential der populären Anrufungen einfach *neutralisiert*, versucht ersteres, diesen Antagonismus zu *entwickeln* und ihn trotzdem in gewissen Grenzen zu halten.

b) Für die Beherrschten besteht der ideologische Kampf in einer Ausdehnung des in den demokratischen Anrufungen enthaltenen Antagonismus und in seiner Verbindung mit ihren eigenen Klassendiskursen. Der Kampf der Arbeiterklasse um Hegemonie besteht in der Anstrengung, die größtmögliche Verbindung von populär-demokratischer und sozialistischer Ideologie herzustellen. In diesem Sinne ist ein »sozialistischer Populismus« nicht die rückständigste Form der Ideologie der Arbeiterklasse, sondern die fortgeschrittenste; es ist der Moment, wo es der Arbeiterklasse gelungen ist, das Ensemble der demokratischen Ideologie einer bestimmten Gesellschaftsformation innerhalb ihrer eigenen Ideologie zu verdichten. Daher der eindeutig »populistische« Charakter von siegreichen sozialistischen Bewegungen: man denke an Mao, Tito und sogar an die Italienische Kommunistische Partei, die in Westeuropa einer hegemonialen Stellung am nächsten kommt und häufig populistisch genannt wird. (...)

»Populismus« entsteht auf einem spezifischen ideologischen Feld, das durch die doppelte Artikulation des politischen Diskurses konstituiert ist. Die dialektische Spannung zwischen »dem Volk« und den Klassen bestimmt die *Form* der Ideologie, unter

den Herrschenden wie unter den Beherrschten. Die *Metamorphosen* »des Volkes« bestehen in den verschiedenen Formen, in denen es mit Klassen verbunden ist. (...) Da »Populismus« immer als spezifische Variante populärer Anrufungen existiert, kann er niemals das Gliederungsprinzip eines politischen Diskurses sein, auch wenn er eines seiner Merkmale ist. Gerade dieser abstrakte Charakter des »Populismus« erlaubt seine Eingliederung in Ideologien der verschiedensten Klassen. Dasselbe kann von einem Begriff wie »Marktwirtschaft« gesagt werden, der nicht das Gliederungsprinzip eines ökonomischen Systems darstellt — das liegt immer in der herrschenden Produktionsweise —, sondern der ein abstraktes, in vielen Produktionsweisen vorkommendes Element repräsentiert, von der Sklaverei zum Kapitalismus, das aber dennoch zum Verständnis der Funktionsweise des Gesamtsystems notwendig ist. (...) da das »Volk« von keinem Klassendiskurs ganz absorbiert werden kann, da es immer eine gewisse Offenheit auf ideologischem Gebiet gibt, dessen Umbau nie beendet ist, deshalb kann der Klassenkampf auch als ideologischer Kampf geführt werden. Wenn man dagegen unterstellt, daß Klassenideologien einen geschlossenen und hermetischen Block bilden, so reduziert man den Konflikt unter ihnen auf einen rein mechanischen Zusammenstoß, der kaum als »ideologischer Kampf« bezeichnet werden könnte. Die Dialektik von »Volk« und Klassen leugnen, bedeutet daher, den ideologischen Klassenkampf zu leugnen. (...)

Die erste Bewegung in der Dialektik von »Volk« und Klassen ist: *Klassen können ihre Hegemonie nicht gewinnen, ohne das Volk in ihren Diskurs einzugliedern; und die spezifische Form dieser Eingliederung im Falle einer Klasse, die dem Machtblock insgesamt entgegentreten will, um die Hegemonie zu gewinnen, ist der Populismus.*

Betrachten wir den Prozeß vom anderen Ende aus. Der Widerspruch »Volk«/Machtblock kann nicht ohne Klassen entwickelt werden. Wie Klassen nicht hegemonial sein können, ohne »das Volk« einzugliedern, so existiert »das Volk« nur in Verbindung mit den Klassen. Der Grad an »Populismus« wird daher von der Art des Antagonismus zwischen der um die Hegemonie kämpfenden Klasse und dem Machtblock abhängen. Wir wollen mit dem extremen Fall einer Klasse anfangen, die den Antagonismus in den populär-demokratischen Anrufungen *voll* entwickeln muß, um die Hegemonie zu gewinnen. Was bedeutet diese *volle* Entwicklung? (...) Soweit sich der Widerstand des Volkes gegen eine ihm fremde und feindliche Macht richtet, d.h. *gegen die Form des Staates selbst*, kann (...) die Lösung des Widerspruchs »Volk«/Machtblock nur in der Abschaffung des Staates als dem Volk antagonistisch gegenüberstehende Kraft bestehen. Daher kann die volle Entwicklung des Widerspruchs »Volk«/Machtblock, d.h. *die höchste und radikalste Form des Populismus*, nur von den gesellschaftlichen Kräften angestrebt werden, deren Klasseninteressen sie zur Abschaffung des Staates als antagonistischer Macht führen. *Im Sozialismus fallen daher die höchste Form des »Populismus« und die Lösung des letzten und radikalsten Klassenkonflikts zusammen.* (...) Der Weg zum Sozialismus kann in diesem Sinne nur in einer langen Reihe von Kämpfen bestehen, in denen der Sozialismus seine Identität mit dem Volk erreicht und »das Volk« seine sozialistischen Ziele. Sozialistische Hegemonie ist nicht die einfache Zerstörung der alten Gesellschaft, sondern die Aufnahme ihrer Elemente in eine neue Gesellschaftsformation (articulation). Erst wenn der Sozialismus diese Integrationskraft gewonnen hat, wird er hegemonial.

Nehmen wir den umgekehrten Fall an: der Populismus wird von einer Klasse entwickelt, deren Antagonismus gegen den Machtblock weniger grundsätzlich ist und

nicht zur Abschaffung des Staates als »dem Volk« antagonistisch entgegenstehende Kraft führt. Die Dialektik von Volk und Klassen führt in diesem Fall zu verschiedenen Formen der Eingliederung. Sie alle haben gemeinsam, daß die populistische Radikalisierung von demokratischen Anrufungen an Bedeutungen gebunden sein muß, die den in den populär-demokratischen Anrufungen impliziten Antagonismus in jenen Grenzen halten, die für die Konfrontation der neuen herrschenden Klasse mit dem traditionellen Machtblock nötig sind. Wir wissen schon, wie diese Neutralisierung im Falle des Faschismus erreicht wurde: populäre Anrufungen wurden an Inhalte wie Rassismus und Korporatismus gebunden, die ihre Radikalisierung in sozialistischer Richtung verhinderten. Wir wissen auch, daß die Aufrechterhaltung dieser Grenzen ein hohes Maß von ideologischer Homogenisierung erfordert, das nur durch Gewalt möglich wurde. Daher der »totalitäre« Charakter des Faschismus. Im Falle von bonapartistischen Regimes — wie des Peronismus — war die Methode der Neutralisierung anders: sie bestand wesentlich darin, das Fortbestehen verschiedener »Eliten« zu erlauben, die ihre Unterstützung des Regimes auf antagonistische politische Zielvorstellungen (articulations) gründeten und die Staatsmacht als ausgleichende Kraft zwischen sich anerkannten. So gab es in Argentinien eine Koexistenz von Gruppen, die ihre Unterstützung des Regimes auf »Populismus« und klerikalen Antiliberalismus gründeten, auf »Populismus« und Nazismus, auf »Populismus« und gewerkschaftlichen Reformismus, auf »Populismus« und demokratischen Antiimperialismus, und schließlich auf »Populismus« und Sozialismus. Der bonapartistische Staat stellte eine ausgleichende Gewalt zwischen diesen gegensätzlichen ihn stützenden Kräften dar und vereinigte selbst nur wenige ideologische Symbole. Die bekannte ideologische Armut des Peronismus und das Fehlen einer offiziellen Doktrin sind mit dem vermittelnden Charakter des Staates und von Peron selbst zu erklären. Der Faschismus konnte andererseits eine genauer bestimmte offizielle Doktrin und eine differenziertere ideologische Struktur ausbilden — um den Preis, daß er weniger »vermittelnd« als »totalitär« war. (...)

Zum Schluß müssen wir die folgende Frage beantworten: warum nicht den Gebrauch des Begriffs »Populismus« auf den zweiten analysierten Fall begrenzen und eine andere Terminologie einführen für die Fälle, wo radikalisierte populäre Anrufungen mit Sozialismus verbunden werden? Das scheint die vernünftigste Lösung zu sein, wenn man an die negativen Bedeutungen denkt, die im allgemeinen mit dem Begriff »Populismus« assoziiert werden. Ich denke trotzdem nicht, daß eine solche Entscheidung angemessen wäre, weil sie die stets vorhandene doppelte Artikulation des politischen Diskurses verdecken und zu der Illusion führen würde, daß populäre Anrufungen innerhalb des sozialistischen Diskurses durch diesen *geschaffen* worden seien und in der Ideologie der herrschenden Klassen fehlten. Das wäre der sicherste Weg, in Klassenreduktionismus zurückzufallen. Der einzig sichere Ausgangspunkt zum wissenschaftlichen Studium von politischen Ideologien liegt im Gegenteil darin, die relative Kontinuität der populären Anrufungen im Gegensatz zu den diskontinuierlichen Eingliederungen durch die Klassendiskurse zu betonen.

Richard Johnson

Edward Thompson, Eugene Genovese und sozialistisch-humanistische Geschichtsschreibung*

R. Johnson nimmt eine alte Diskussion über die Entstehung der englischen Arbeiterklasse und -bewegung wieder auf, die in den 60er Jahren zwischen Edward Thompson, Perry Anderson, Tom Nairn und vielen anderen geführt worden war. Er versucht die dort und in einer inzwischen fast unübersehbaren Forschung aufgeworfenen Probleme mit Althusserschen Termini zu theoretisieren. Das Hauptproblem sieht er im Auseinanderklaffen marxistischer Theoriebildung einerseits und empirischer Geschichtsforschung (durch Marxisten) andererseits. Sein Vorschlag: die marxistischen Historiker sollen sich in der Debatte um den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (bekannt als »Dobb-Sweezy-Debatte« oder »transition debate«¹) ein Vorbild nehmen, d.h. die empirische Geschichtsforschung mit Hilfe und als Weiterentwicklung der Theoriebildung betreiben.

Johnson hat hier einige zentrale Probleme aufgeworfen, an denen es weiterzuarbeiten gilt, und wir meinen, daß er Antwort herausfordert. Die Kenntnisnahme dieser Diskussion ist auch insofern notwendig, als sich eine ganze Reihe hiesiger Forschungsrichtungen (»Protoindustrialisierung«, »Geschichte des Alltags«, »Regionalgeschichte« u.v.a.m.) auf das hier diskutierte Werk von E.P. Thompson beziehen, teilweise sogar als dadurch angeregt betrachtet werden können. Das oft verkündete Programm einer »Sozialgeschichte von unten« schließlich stammt von E.P. Thompson.

Neu-Vorstellung des Kulturalismus

Wie ist der Kulturalismus zu charakterisieren? Wir können mit einem Zitat aus den einleitenden Seiten von *Roll Jordan Roll* beginnen:

»Aber da ich weiß, daß die Zweideutigkeit der Erfahrung der Schwarzen als nationale Frage verschiedene Lesarten der Quellen zuläßt, habe ich beschlossen, eng bei meiner primären Verantwortung bleiben: die Geschichte des Sklavenlebens so sorgfältig und getreu wie möglich zu erzählen. Viele Jahre des Studiums der erstaunlichen Anstrengung der Schwarzen, selbst in der Sklaverei anständig als menschliche Wesen zu leben, überzeugten mich davon, daß kein durch ihre Zeugnisse angeregter theoretischer Fortschritt soviel Aufmerksamkeit verdienen könnte wie die durch ihre Demonstration der Schönheit und Macht des menschlichen Geistes unter den Bedingungen extremer Unterdrückung verlangte.« (Genovese 1974, XVI)

Nehmen wir dazu eine sehr ähnliche und sehr berühmte Stelle aus dem Vorwort von *The Making*:

»Ich versuche den armen Strumpfwirker, den ludditischen Pächter, den 'obsoleten' Handwerker, den 'utopischen' Handwerker und sogar den enttäuschten Anhänger von Joanna Southcott vor der enormen Herablassung der Nachwelt zu retten. Ihre Handwerke und Traditionen mögen ausgestorben sein. Ihre Feindschaft gegenüber dem neuen Industrialismus mag rückwärts gewandt gewesen sein. Ihre kommunitären Ideale mögen Phantasien gewesen sein. Ihre auführerischen Verschwörungen mögen verübt gewesen sein. Aber sie durchlebten diese Zeiten akuter sozialer Umwälzungen und wir nicht. Ihre Bestrebungen waren gültig in den Begriffen ihrer eigenen Erfahrungen ...« (Thompson 1968, 13)

* Gekürzte Fassung von Richard Johnson: Edward Thompson, Eugene Genovese, and Socialist-Humanist History, in: »History Workshop. A Journal of Socialist Historians« No. 6, 3.Jg. (1978), 79-100. Eingeleitet und übersetzt von Mathias Eidenbenz und Thomas Lindenberger.

(...) Der erste Imperativ ist der, die Authentizität oder »Gültigkeit« oder »Rationalität« der angesprochenen Erfahrungen und Kulturen zu begreifen und zu respektieren. Neben Genoveses (...) »die Geschichte des Sklavenlebens erzählen« können wir Thompsons Betonung des »Zuhörens« stellen (und dies mit dem kühnen Interventionismus der Althusserschen »Lektüre« vergleichen):

»Aber Tatsache ist wiederum, daß das Material die Herrschaft über mich ergriff, weit mehr als ich je erwartete. Wenn Sie eine Verallgemeinerung wollen, würde ich sagen, daß der Historiker die ganze Zeit zuhören sollte. Er sollte kein Buch oder Forschungsprojekt mit einer völlig klaren Vorstellung davon, was er zu tun fähig sein wird, beginnen. Das Material selbst muß durch ihn sprechen. Und ich denke, daß dies geschieht.« (Thompson 1976, 15)

Diese Grundhaltung hat eine Reihe von Konsequenzen von theoretischer und epistemologischer Art. Sie führt in erster Linie zu einem prinzipiellen Mißtrauen gegenüber Theorie und mehr abstrakten Arten des Diskurses. McLennan hat die Verbindung zwischen diesem Mißtrauen und der Betonung der »Erfahrung« beschrieben:

»Thompsons Beschränkung auf die menschliche Tätigkeit, die er in der Geschichte 'untergeordneter' Klassen beobachtet, wird aufgewogen durch die moralische Beschimpfung derjenigen (besonders Marxisten), die die Individualität und Tätigkeit durch die Vergegenständlichung von Konzepten zu ersetzen 'beabsichtigen': eine reduktionistische Scholastik, die zu nichts anderem als zu politischer Sektiererei führen kann. Für Thompson verlangt Geschichtsschreibung äußerste Aufmerksamkeit gegenüber den Gefühlen und den Motiven derjenigen, die — aufgrund von Vorurteilen oder Philisterum — aus unserer eigenen modernen Erfahrung verschwunden sind. Historisches Studium erzwingt eine gewisse Aufhebung von Vorannahmen, eine emphatische Fähigkeit den Leuten 'zuzuhören', deren wirkliche Vernunft im Rahmen ihrer Alltagserfahrung bezüglich der Bedingungen ihrer eigenen Gesellschaft oft von der Rechten zynisch als die Spontaneität des Mob, oder durch die Linke als 'Ideologie', etwas durch eine Sozialstruktur Vorgegebenes, betitelt wird.« (McLennan 1976)

Praktisch bedeutet das, daß ein Gegenstand vorzugsweise »in seinen eigenen Begriffen und innerhalb seines eigenen Beziehungsgefüges« untersucht wird — von daher eine Präferenz (...) für das enge Studium spezifischer Fälle. Nicht daß die Analyse hier stehenbliebe; in Thompsons Arbeiten werden Einzelfälle als kristallisierte Formen von allgemeineren Zügen einer sozialen Formation verwendet. Sein Werk ist voll von Entdeckungen und Untersuchungen solcher symbolischer Momente — *Whigs and Hunters* ist dabei das beste Beispiel für diese Methode. Aber er argumentiert, daß die Verwendung von äußeren Konzepten, von Verallgemeinerungen, die auf anderen Instanzen basieren, geschweige auf deduktiven Systemen aus anderen theoretischen Ansätzen, dazu führen können — und vielleicht müssen —, daß das reale historische Material in eine Art verzerrter Schablone der eigenen Absichten des Theoretikers gezwängt wird. Dieses Vorgehen ist »irrational«, weil es der Spekulation freien Lauf läßt (vgl. Thompson 1965, besonders 336f.).

Es ist zweifelhaft, ob innerhalb dieser Konzeption »Theorie« oder »Abstraktion« überhaupt einen Platz haben können. (...) Um ein komplexes Argument zu vereinfachen: »Theorie« wird aufgefaßt entweder als eine Art kritischer Geschichtsschreibung über sehr lange Perioden; oder als eine Art politischer Prognostik und Diagnose; oder als Kritik (einschließlich empirischer Kritik) an anderen Historikern, Ökonomen oder Soziologen. Thompson selbst stellt es — die *Feuerbach-Schrift*, den *Anti-Dühring* und die Korrespondenz von Marx und Engels zitierend — so hin: »Ich denke mir Theorie als Kritik, Theorie als Polemik« (Thompson 1976, 21). Es gibt noch einen anderen Sinn, in dem Theorie verstanden wird: als etwas, das dem Weberschen »Idealtypus« oder der

»Hypothese« des Sozialwissenschaftlers, oder mehr gemeinplatzaft einer Art begründeter Vermutung ähnlich ist. Thompsons Wort dafür ist »Modell« (vgl. Thompson 1965, 349f. und ders. 1973, 47). Als solches ist Theorie ein Moment in der Methode des Historikers — eher das Moment der Formulierung von Fragen als das ihrer Prüfung, ein Moment von immer provisorischem Status, immer der letzten Kontrolle durch die »großen Tatsachen« unterworfen. (...) Wir können also sagen, daß es notwendig eine anti-theoretische Tendenz im Kulturalismus gibt, eine Tendenz, »Erfahrung« der »Theorie« vorzuziehen. (...) Trotz des epischen Ausmaßes von *The Making* bleibt es die Geschichte einer einzigen Klasse; sie steht in einer Tradition der Arbeitergeschichtsschreibung und bricht zugleich mit ihr. Thompsons spätere Arbeiten enthalten einen weitaus differenzierteren Versuch, sozial-kulturelle Totalitäten zu erfassen und beschäftigen sich mehr mit Beziehungen *zwischen* Klassen. Das Grundkonzept, das hier angewandt wird, ist eine besondere Aneignung von Gramscis »Hegemonie«. Diese Anleihe ist am klarsten in den kürzeren Aufsätzen über das 18. Jahrhundert zu finden, besonders in dem wichtigen Aufsatz »Patrician Society; Plebeian Culture« (Thompson 1976a). Aber in der eigenartig halb-bewußten Natur dieser Anleihen (die die beanspruchte Methode tatsächlich verbietet) hat der Kulturalismus vieles mit den Arten von Geschichtsschreibung gemeinsam, die als empirizistisch angegriffen werden — mit der scheinbar voraussetzungsgelosen (aber tatsächlich ideologischen) Wirtschaftsgeschichte z.B., die ein Hauptangriffspunkt von *The Making* ist.

Es gibt eine weitere Folge der Beurteilung historischer Gegenstände in ihren eigenen Begriffen: das, was Thompson »die Inwärtigkeit von Erfahrung« nennt. *The Making* ist in überwältigender Weise ein Buch darüber, wie Menschen ihre soziale Welt sehen und verstehen, und wie sie in ihrem Bewußtsein darauf antworten. Dieser Schwerpunkt war von Anfang an in den Kulturalismus eingeschrieben, in der anfänglichen Reaktion auf stalinistische Politik und auf einen theoretischen Ökonomismus. (...)

Dieses über allem liegende Hauptinteresse hat notwendige Konsequenzen dafür, wie andere Aspekte der sozialen Formation gesehen werden. Dies ist um so mehr der Fall, als die kulturalistischen Geschichten (*The Making* und *Roll Jordan Roll*) nicht sind, was wir »Regional«-Geschichten nennen würden; sie präsentieren sich nicht als »Kulturgeschichten« oder als Geschichten der Kultur bestimmter Klassen. Dennoch können sie nicht Geschichten von allem sein, was sich in einer bestimmten Gesellschaft abspielte (und sind in diesem Sinne »Abstraktionen«, wohl oder übel), sie sind durchdrungen von einem Sinn für die Totalität, *haben* die Ambition, sie zu erfassen und *sind* kritisch gegenüber Geschichten, die »fragmentieren«. Solche Geschichten schließen eine Art Konzeption ein, explizit oder implizit, oder was eine soziale Formation ist, wie sie gedacht werden kann.

(...) Thompson lehnt insgesamt die Basis-Überbau-Metapher ab und zieht es vor, von »Ökonomie« und »Werten« als »zwei Seiten einer Münze« zu sprechen, oder in einer »Dialektik der Interaktion«. Kultur kann verstanden werden als »die Art und Weise, in der das menschliche Wesen in besondere, determinierte Produktionsverhältnisse eingebaut ist« (Thompson 1976, 23). Bestimmte Wert-Systeme »stimmen überein mit bestimmten Produktionsweisen und bestimmte Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse ... sind unbegreifbar ohne übereinstimmende Wertsysteme«. Wir werden später auf diese Formulierungen zurückkommen, aber es ist wichtig zu betonen, daß nicht das Verhältnis Produktionsweise-Kultur die kulturalistische Geschichtsschreibung be-

schäftigt, sondern das Verhältnis Klasse-Kultur. Es ist in der Tat die Betonung auf Klasse, die den Anspruch des Kulturalismus begründet, Marxismus zu sein. Dies ist vor allem, was Thompson und Genovese von Marx übernehmen — die Betonung auf Klasse, Klasse-als-Verhältnis und Klassen im Kampf. Wie wir jedoch sehen werden, erhält Klasse eine ganz besondere »kulturalistische« Beugung, in einigen bedeutsamen Hinsichten um den vollen Reichtum der Kategorien von Marx reduziert. (...)

Abstraktionen

(...) ... (Es gibt) eine Reihe von Wegen, auf denen Marxens Erbe falsch angeeignet werden kann (und worden ist). Der grundlegende Mechanismus ist hier eine falsche Wahrnehmung der Reichweite und der Niveaus des Diskurses im *Kapital*, und die Verwechslung der Eigenheiten und Reichweiten einer Ebene mit denen einer anderen. So eignen sich »Philosophen« die größeren Konzepte an — besonders Produktionsweise, Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte — und ignorieren die spezifischen Tendenzen, Gesetze und Formen, die die kapitalistische Produktionsweise als einen Prozeß konstituieren. Historiker beziehen sich auf das »Historische« (z. B. die Kapitel über die »Sogenannte ursprüngliche Akkumulation«), aber mögen übersehen, daß diese mit einer früheren Serie von Abstraktionen konstruiert sind, von denen der Zusammenhang der Darstellung abhängt. In der selben Art entwickelt sich eine *pathologische* Trennung zwischen denen, die besondere Situationen analysieren (Historiker, Journalisten oder Politiker) und denen, die sich mit der Entwicklung der Theorie beschäftigen. »Kulturalismus« als epistemologische Position repräsentiert in besonders extremer Weise eine Seite dieser Trennung. Trotz der Betonung der Kritik repräsentiert er eine Form der intellektuellen Arbeit, die sich ziemlich systematisch von dem distanziert, was kennzeichnend für die Methode des reifen Marx ist.

Was ist nun mit der Reibung von »Modellen« an »Fakten«? Wie alle »empiristische« Formulierungen, nimmt diese Konzeption an, daß das Denken (eine Hypothese oder eine provisorische Konzeption des Wirklichen) in eine direkte Beziehung mit dem Wirklichen in Form von »Fakten« über die Vergangenheit gebracht werden kann. Das Problem ist, daß diese Operation *einfach nicht möglich ist*. Um einen solchen Vergleich stattfinden lassen zu können, müssen diese Gegenstände von gleicher Art sein. Damit aber dies der Fall ist, müssen »Tatsachen« bereits in »Kategorien« transformiert sein: in dasselbe Medium, in dem die Theorie ist. (Diese »Fakten« sind Kategorien auf einer niedrigeren Stufe der Allgemeinheit als jene, die die Theorie konstituieren.) Ein Prozeß der *Repräsentation* des Wirklichen ist deshalb notwendig in die Prüfung eingeschlossen. Aber dies ist das Problem, mit dem wir begannen. Wie begreifen wir das historische Konkrete? Die empiristische Lösung, die sicherlich einen Prozeß mit einem bestimmten Erkenntniseffekt anzeigt, stellt ein zirkuläres oder tautologisches Argument (einen »Beweis«) dar. Im Fall einer kulturalistischen historischen Praxis sind die »Fakten« gewöhnlich solche *über* Konzeptionen der Welt; was hier befragt wird, sind die Auffassungen der Leute von ihrem Leben. Da aber der Kulturalismus »subjektive Erfahrung« zur obersten Berufungsinstanz in Sachen Sozialwissenschaften macht — die Theorie muß hieran geprüft werden —, versorgt er uns nicht mit Vorschriften (protocols) darüber, was wir tun müssen, wenn wir mit radikal *verschiedenen* Erfahrungen oder Meinungen konfrontiert werden, er verdammt uns, wenn systematisch befolgt, zu einem Relativismus. Oder wir können versteckte und deshalb willkürliche Kriteriengruppen im Spiel

vermuten, verbunden mit einer Zuschreibung einer moralischen oder kognitiven Überlegenheit der Kultur der Volksmasse oder der Arbeiterklasse über die der Bourgeoisie.

Reduktionen

Wenden wir uns der Frage der *Reduktionen* zu. Dies schließt eine Kritik der Auffassungen der sozialen Totalität ein, die die kulturalistische Praxis erfüllt. Es gibt zwei miteinander verbundene Reduktionen. Die erste ist eine Reduktion von Klasse und sozialer Formation auf Beziehungen zwischen Gruppen von Menschen (diese Charakteristik wird von Althusserianern als »theoretischer Humanismus« begriffen); die zweite ist die charakteristische Reduktion des »Kulturalismus« — eine reduzierte Auffassung der Ökonomie.

Bei beiden, Edward Thompson und Genovese, wird das ehrenhafte Bekenntnis zu einer »wirklich menschlichen Gesellschaft« (ein notwendiges Konstituens von kommunistischer Moral und kommunistischen Zielsetzungen) transformiert in eine Theorie darüber, wie die Dinge wirklich sind oder waren. Was eigentlich ein *Ziel* ist, wird zu einem *Werkzeug der Analyse* gemacht. So gleiten die beiden Historiker von einer Sympathie mit den unterdrückten Menschen der Vergangenheit ab in ein Verständnis der Vergangenheit (oder ganzer sozialer Formationen) in Begriffen von Verhältnissen mehr oder weniger exploitativer Art zwischen Gruppen von Menschen. Klassen werden als solche Gruppen von Menschen konstituiert in einem Verhältnis zueinander und zu Menschen einer anderen Klasse. Beide Historiker haben einen hervorragenden Sinn für den *Verhältnis*-Charakter von Klasse, der die Analyse bereits über das Niveau sozialdemokratischer Auffassungen hebt (als statische Struktur oder »Stratifikation«); aber sie haben keine entwickelte Auffassung davon, daß diese Verhältnisse *über* oder *in* etwas sind. Hier z.B. Genovese über Sklaven und Sklavenhalter:

»Wie in einer dauerhaften, obwohl nicht notwendig glücklichen Ehe zwei verschiedene Individuen im Guten oder Schlechten ein Leben teilen ... so formten Herren und Sklaven einander und können nicht isoliert beschrieben oder analysiert werden.« (Genovese 1974, XVII)

Oder:

»Die Sklaverei band Völker aneinander in bitterem Antagonismus, während sie ein organisches Verhältnis schuf, das so komplex und ambivalent war, das keines von beiden das einfachste menschliche Gefühl ausdrücken konnte, ohne Beziehung auf daß andere ...«

Und vergleiche damit die folgende Passage von *The Making*:

»Darüberhinaus schließt der Begriff Klasse einen Begriff eines historischen Verhältnisses ein. Wie jedes Verhältnis ist es etwas Fließendes, das sich der Analyse entzieht, wenn wir versuchen es anzuhalten (an irgendeinem Zeitpunkt und seine Struktur zerlegen — Erg.d.Übers.). Das feinmaschigste soziologische Netz kann uns kein reines Muster von einer Klasse geben, weniger noch als es uns eines von Unterwerfung oder von Liebe geben kann. Das Verhältnis muß immer in realen Menschen und in einem realen Kontext verkörpert sein. Es gibt weder Liebe ohne Liebende, noch Unterwerfung ohne Gutsherren und Landarbeiter. Und Klasse geschieht, wenn Menschen als Resultat gemeinsamer Erfahrungen (ererbter oder geteilter) die Identität ihrer Interessen ebenso untereinander als auch gegen andere Menschen, deren Interessen von ihren verschieden (und gewöhnlich entgegengesetzt) sind, fühlen und artikulieren.« (Thompson 1968, 9)

Formulierungen wie »Die Sklaverei band ...« versprechen die Natur dieser Bindung zu erforschen. Thompsons späterer Bezug im selben Vorwort auf die »Produktionsverhältnisse, in die die Menschen geboren werden«, kündigt eine andere Art von Analyse an. Bei beiden Historikern gibt es Echos eines authentischeren Marxismus. Aber in der

Praxis werden solche Bindungen und Notwendigkeiten in diesen Geschichten nicht ausgearbeitet. (...)

Während im Prinzip der Kulturalismus »Ökonomie« und »Werte« in gleicher Stellung und in einem dialektischen Verhältnis zu etablieren versucht, sind die geschriebenen Geschichten entschieden »überbaulich«. Ihre charakteristischen Gegenstände sind Kultur und Politik. Sie zielen auf das, was wir »Verhältnisse der Autorität« nennen können. Es sind in der Tat Beziehungen der Autorität, oder was Bourdieu »symbolische Gewalt« nennt, welche die eigentliche Natur von Klassen bei beiden, Thompsons Porträt des Systems des 18. Jahrhunderts und Genoveses des Sklaven-Südens, formen. Es ist nicht so, daß »das Ökonomische« nicht in ihren Arbeiten auftaucht. Bei Genovese haben wir eine »politische Ökonomie«, aber der Gegenstand dieser Studie — einer Art polemischer Wirtschaftsgeschichte — ist hauptsächlich die Natur der ökonomischen Krise der Sklaverei oder *ihrer* Ursprünge und Grenzen. In *The Making* und in Thompsons späteren Arbeiten ist die Ökonomie auch in gewissem Sinne gegenwärtig (z.B. Thompson 1967). Aber sie ist gegenwärtig hauptsächlich durch die Kategorie »Erfahrung«; ökonomische Verhältnisse existieren in den Gefühlen, die durch die Mitglieder einer Klasse ausgedrückt werden. Die Ökonomie als ein System von objektiv gegenwärtigen Verhältnissen erscheint nur in verflüchtigter Form, *durch* das Kulturelle, *durch* die »Inwärtigkeit der Erfahrung«. (...)

Ein letztes Kennzeichen des »Kulturalismus« ist die Rezeption von Gramsci und besonders von Gramscis Auffassung von Hegemonie durch diejenigen englischen und amerikanischen Historiker, die durch diese Formulierungen angezogen wurden.² Sehr kurz können wir sagen, daß während Gramscis Konzeption das Verhältnis von Basis und Überbau betrifft (...), sie von Thompson und Genovese angeeignet wird als ein Konzept, das von Kultur und Politik allein handelt. Gramscis Konzeption der Sozialformation, trotz des Historizismus seiner Auffassung von Philosophie, ist eine einzigartig strukturalistische. Er hatte einen scharfen Sinn sowohl für die Bedeutung der Unterscheidung zwischen ökonomischen und anderen Verhältnissen als auch von der »Normalität« enormer Brüche — Nicht-Entsprechungen — zwischen ihnen. Dieser Ungleichheit zwischen Ebenen, die dennoch unterschieden werden sollten, entsprach ein sehr »harter« Gebrauch des Begriffes »Überbau«. Überbauten waren nicht nur zusammengesetzt aus Ideen oder Verhältnissen zwischen Menschen mit verschiedenen Auffassungen in ihren Köpfen. Sie waren politischer und institutioneller Organisation unterworfen. In beider Hinsicht war also seine Konzeption einer sozialen Formation ein Versuch Komplexität zu begreifen. Solch eine Konzeption kann nicht als »historizistische« beschrieben werden. Aber Thompson und Genovese werfen *tatsächlich* ökonomische Basis und politischen und kulturellen Überbau zusammen. In der Theorie lehnen sie die Unterscheidung ab; in der Praxis verschwindet die Basis *tatsächlich*. Daraus folgt, daß sie die volle Komplexität von Gramscis Konzeption reduzieren. Wenn Gramsci *kein* Historizist ist, Thompson und Genovese *sind* Historizisten.

Determination

All dies hat wichtige Implikationen für das Problem der Determination. Irgendein Begriff von Determination (was nicht dasselbe wie *Determinismus* ist) scheint grundlegend zu sein für jede *erklärende* Darstellung der sozialen Welt, wie auch immer, sicherlich für eine adäquate Geschichte. (...) Alle allgemeinen Formulierungen von erkenn-

bar kulturalistischer Art — »dialektische Interaktion«, »Konsonanz«, »zwei Seiten derselben Münze« — scheinen unlösbare Dilemmas zu produzieren. Wenn man einen Begriff von Determination zurückbehalten möchte und einen gewissen Sinn für den spezifischen Effekt kultureller und politischer Prozesse, sind Begriffe wie »Konsonanz« nicht sehr hilfreich. Sie erlauben in der Tat sehr wenig Spielraum zwischen »sozialem Sein« und »Bewußtsein« in den typischen kulturalistischen Formulierungen. »Dialektische Interaktionen« ist ein Versuch, diesem Dilemma zu entgehen, aber bringt keine brauchbare Konzeption von Determination mit sich. Genausowenig gibt es irgendeinen Punkt, wo sie als wirklich operativ in den kulturalistischen Geschichten gezeigt wird, wo die wirklich erklärende Dynamik das (undifferenzierte) Verhältnis von Menschen-in-einer-Klasse und im Kampf ist. Aber es gibt hier ein ähnliches Problem. Kulturalistische Erklärungen sind eine Art Amalgam von zwei Dikta von Marx in verstümmelter Form — »Menschen machen Geschichte« und »alle Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen«. Aber welche Klassen machen Geschichte? Welche Gruppen von Menschen und wann und wie? Sklaven? Sklavenhalter? Plebejer oder Patrizier? — Es ist symptomatisch für dieses Problem, daß, während ein Buch von Genovese den Titel trägt *Die Welt, die die Sklavenhalter schufen*, ein anderes, *Roll Jordan Roll*, mit dem Untertitel versehen ist »die Welt, die die Sklaven schufen«. Was man im Fortgang vermißt, sind die *determinierenden Bedingungen*, die Marx sehr hervorhob, und die die Grenzen für das mögliche Handeln irgendeiner Gruppe von Männern oder Frauen setzen, *die sie in der Tat als soziale Wesen konstituieren*. (...)

»Ausbeutung«

Wir können das bisher Gesagte zusammenfassen und dabei sehen, wie die allgemeinen Züge des »Kulturalismus« an einer besonderen, klassischen Stelle des Paradigmas ausgearbeitet sind. Kapitel 6 von *The Making of the English Working Class* ist dafür am angemessensten, da hier, nach Thompson (Thompson, 1976, 22), die mehr »strukturellen« Argumente des Buches gefunden werden können. Es ist ebenso das Kapitel, das dem Gebrauch Marxscher Kategorien der ökonomischen Analyse am nächsten kommt.

Das Kapitel ist ein »theoretisches« Kapitel in dem oben diskutierten, sehr idiosynkratischen Sinn des Wortes. Es ist »Theorie« als Polemik. Im besondern wird dort ein Argument gegen die beiden charakteristischen Gegenpositionen von *The Making* geführt: einen kruden Ökonomismus (»Dampfkraft plus Baumwollfabriken gleich neue Arbeiterklasse«), welcher in der Tat ein vulgärer Marxismus ist; und gegen eine »empiristische« Wirtschaftsgeschichte, die in ihren besten Zügen die Frage des Lebensstandards völlig aus dem Zusammenhang reißt, in ihren schlechtesten Geschichte mit der Ideologie des Kalten Kriegs verwechselt.

Gegen beide Abirrungen wird eine grundsätzliche theoretische Position entwickelt. Politische und kulturelle Traditionen und Ereignisse beeinflussen die Entstehung von Klassen. Die industrielle Revolution als solche ist keine adäquate Erklärung der Formierung einer Klasse. Es gab keine spontane Hervorbringung des Proletariats; eher brachte sich die Klasse selbst hervor aus dem vorher existierenden kulturellen Material und unter dem Druck sowohl der ökonomischen Revolution als auch der politischen Konterrevolution. Gegen die Wirtschaftshistoriker wird ein ähnlicher Fall diskutiert. Wie auch immer die ökonomischen Reihen³ sich bewegen, subjektiv intensivierte sich die »Aus-

beutung« und das Leiden wuchs. So zu argumentieren ist kein Mißbrauch der »Fakten«. Die Quellen zeigen, wie die Menschen fühlten — ein Baumwollspinner-Geselle bezeugt in der Tat auf dreieinhalb Seiten wie er fühlt. Obwohl die Empiristen mit Francis Place argumentieren würden, daß die Existenzbedingungen zu verschieden waren, um von einer einheitlichen Klasse sprechen zu können, zeigt in ähnlicher Weise das Material über Kultur und Erfahrungen einen klaren Sinn für gemeinsame Interessen, Mißstände und Antagonismen.

»Dennoch ist unter allen Vorbehalten die herausragende Tatsache der Periode zwischen 1790 und 1830 die Formierung 'der Arbeiterklasse'. Das zeigt sich erstens im Anwachsen von Klassenbewußtsein: dem Bewußtsein einer Identität der Interessen all dieser verschiedenen Gruppen der arbeitenden Bevölkerung untereinander und gegen die Interessen anderer Klassen. Und zweitens im Anwachsen korrespondierender Formen der politischen und industriellen Organisation. 1832 gab es selbstbewußte Institutionen der Arbeiterklasse mit einer starken Basis — Gewerkschaften, Unterstützungskassen, Erziehungs- und religiöse Bewegungen, politische Organisationen, Zeitschriften —, intellektuelle Traditionen, Gemeinschaftsmodelle der Arbeiterklasse und eine Gefühlsstruktur der Arbeiterklasse.« (Thompson 1968, 212f.)

An beiden Fronten des Engagements bleibt das Kapitel eine extrem effektive Kritik. Es organisiert, in der Art des oben zitierten zusammenfassenden Abschnitts, ein ausge dehntes Wissen über Volksbewegungen und eine durchweg »kulturelle« Lektüre zeitgenössischer Quellen. Diese werden blitzartig zu Geschichte komprimiert — »großen Tatsachen« — und ins Feld geführt, um ökonomistische und andere Thesen zurückzuweisen. Jenen (ungenannten), die argumentieren, daß die Fabrik die Arbeiterklasse geschaffen habe, wird die Vorarbeit — in Kultur und Organisation — der Heimarbeiter, Handwerker und Weber gezeigt und sie werden an die Bedeutung der Veränderung früherer populärer Auffassungen wie der vom »frei-geborenen Engländer« erinnert. Die »neue Orthodoxie« (Sir John Clapham und einige weniger beachtete Wirtschaftshistoriker) wird mit einer schnell-skizzierten Karte vom »politischen Kontext« und Beweisen gefühlter Mißstände konfrontiert. Durch diese komplizierte Mixtur von Kritik und komprimierter empirischer Bezugnahme wird eine totale historiographische Neu-Einschätzung vorgeschlagen. Die Ideologen von Hayeks *Capitalism and the Historians* (vgl. Thompson 1968, 229) werden extrem klar identifiziert; Wachstums- und »Modernisierungs«-Theorien erhalten ihre erste harte Prüfung, die Hammonds, Pioniere der Sozialgeschichte, werden sehr angemessen als Vorläufer von einigen moderneren Einschätzungen gesehen und werden rehabilitiert. Die Mixtur ist sehr wirksam und erinnert aufs Neue an den Anstoß, den dieses Werk einer ganzen Generation junger Historiker und weniger spezialisierten Lesern gegeben hat. Dennoch — dies läßt sich rückblickend leichter sagen — werden diese Siege um einen Preis erkauft. In dem am meisten »ökonomischen« oder, wenn man will, »strukturellen« Kapitel von *The Making* scheint der Angriff auf verschiedene Arten von Ökonomismus den Boden für die Analyse ökonomischer Verhältnisse überhaupt zu beseitigen. Ökonomische Prozesse sind in diesem Kapitel hauptsächlich symbolisch repräsentiert. Es beginnt mit Wahrnehmungen der Fabrik — mit »Beobachtern« — und endet mit der folgenden bekannten Bemerkung:

»1840 ging es den meisten Menschen 'besser' als ihren Vorgängern fünfzig Jahre früher, aber sie hatten diese leichte Verbesserung erlitten und erlitten sie noch als eine katastrophische Erfahrung.« (Thompson 1968, 231)

In dem Fehlen jeglicher ernsthafter Lektüre von Marx über genau diesen Übergang

gibt es eine Tendenz, in die Kategorien einer nichtmarxistischen Ökonomie zurückzufallen; »Prozeß der Industrialisierung«; »Probleme des ökonomischen Wachstums«. Immer wieder, an der Grenze des strukturellen Moments, kehrt die Argumentation zu einem kulturellen Modus zurück.

Es gibt jedoch in dem Kapitel einige Passagen, in denen die grundlegenden Schranken des »Kulturalismus« durchbrochen werden. (...) Man beachte genau die Verschiebungen im folgenden Abschnitt — vielleicht der am meisten explizite »theoretische« Teil im Kapitel, und die größte Annäherung in diesem Werk an ein Verständnis von Ausbeutung als ein ökonomisches Produktionsverhältnis:

»Das Ausbeutungsverhältnis ist mehr als eine Anhäufung von Mißständen und gegenseitigen Antagonismen. Es ist ein Verhältnis, das offensichtlich verschiedene Formen in verschiedenen historischen Zusammenhängen annimmt, Formen, die mit korrespondierenden Eigentumsverhältnissen und Staatsmacht verbunden sind. Das klassische Ausbeutungsverhältnis der Industriellen Revolution ist entpersonalisiert, in dem Sinne, daß es keinen Raum für verbindende Verpflichtungen auf Gegenseitigkeit gibt — Paternalismus oder Unterwerfung oder 'Gewerbeinteressen' —. Es ist keine Rede vom 'gerechten' Preis oder von einem Lohn, der durch soziales und moralisches Guthießen gerechtfertigt wird, im Gegensatz zur Wirkung freier Marktkräfte. Der Antagonismus wird als den Produktionsverhältnissen innewohnend angesehen. Leitungs- oder Überwachungsfunktionen verlangen die Unterdrückung aller Attribute außer derer, die eine maximale Enteignung des Mehrwerts von der Arbeit fördern. Dies ist die politische Ökonomie, die Marx in *Das Kapital* anatomisierte. Der Arbeiter wurde zum 'Instrument' oder zu einem Eintrag unter anderen Kostenpunkten. Tatsächlich könnte kein komplexes Industrieunternehmen nach solch einer Philosophie geführt werden ...« (Thompson 1968, 222)

(...) Der Abschnitt beginnt mit der (un-kulturalistischen) Einsicht, daß Ausbeutung mehr als empfundene Mißstände ist. Es ist eine historische Form von (ökonomischen?) Verhältnissen. Diese Produktionsverhältnisse stehen in Beziehung zu juristischen und politischen Formen. Soweit können wir die Analyse als »strukturell« betrachten: sie formiert sich als eine Analyse einer Produktionsweise. Aber dann fällt sie zurück in kulturalistische Definitionen. Es sind die subjektiven, empfundenen Züge des Verhältnisses, die wirklich wichtig sind — die kulturell-psychologischen Aspekte: Depersonalisierung, der Niedergang der Gegenseitigkeit (mutuality), die Zerstörung der Bräuche, die Formen der Legitimation. (...) Es geschieht dann anscheinend eine kurze Rückkehr auf die strukturelle Ebene: »Funktionen verlangen Unterdrückung« etc., aber bald sehen wir, daß das, was diskutiert wird, nicht die Strukturen der kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse sind, sondern »politische Ökonomie« (d.h. die Repräsentation dieser Verhältnisse) und eine »Philosophie«, die in der Praxis nicht insgesamt in Kraft gesetzt werden kann. (...)

Schlüsse

(...) Wir haben starken Gebrauch von kritischen Kategorien gemacht, die Louis Althusser entwickelte, aber unsere eigene Position ist *nicht* die eines generellen Angriffs auf kulturalistische Praxen aus »strukturalistischer« Sicht. Wir distanzieren uns von dieser Position in zwei Hinsichten. Erstens gibt es ganz bestimmte *Probleme von Lire le Capital* und von Versuchen, einen Teil der Logik dieses Werks auszudehnen (z.B. eine Tendenz soziale Formationen zu simplifizieren und in Funktionalismus abzurutschen). Zweitens würden wir darauf bestehen, daß es Elemente des Kulturalismus gibt, die bewahrt werden sollten. Als ein Moment in der Entwicklung des Marxismus hat sozialistisch-humanistische Geschichte einen wichtigen Platz. Arbeiten wie *The Making*

stehen für eine permanente Erinnerung, daß jede Darstellung der Welt, die nicht zu Begriffen von Intentionalität, subjektiver Erfahrung oder der »Inwärtigkeit« von Kultur kommt, einen Rückfall in mechanische Auffassungen der Gesellschaft oder in Verschwörungs-Theorien von »Kontrolle« riskiert. Eine Vernachlässigung des Inhalts von Auffassungen und »Werten« und der Natur ihrer »Macht« oder »Anziehungskraft« in besonderen Momenten für besondere Klassen und Gruppen wirft uns ähnlich auf die krudesten Modelle ideologischer Prozesse zurück — Modelle, die auf unilaterale Manipulationen oder Übertragungen zurückfallen, und die erstaunlich dauerhaft sind, nicht zuletzt innerhalb des Marxismus. In diesem Sinne sind Thompsons »Erfahrung« oder Begriffe, die weniger zweideutig eine ähnliche Sphäre bezeichnen, absolut unerlässlich. Wenn »Kulturalismus« auch inadäquat ist, können wir ohne eine Geschichte der Intentionalität überhaupt keine adäquate erklärende Geschichte haben. Wenn dies »Humanismus« ist, ist es Humanismus in einem ganz spezifischen Sinne. Ein Bestehen auf der Bedeutung dessen, was Marx allgemein »Bewußtsein« nannte (und als ein Attribut der Menschen durch die ganze Geschichte betrachtete), kann nicht als bloßer Romantizismus aufgegeben werden oder als ein Eindringen »moralischer« Betrachtungen in theoretische und wissenschaftliche Angelegenheiten. Es ist eher eine Art provisorischer Beschreibung eines Gegenstandes, den wir systematischer zu begreifen versuchen müssen. (...)

Weder reicht es aus zu sagen, daß der Kulturalismus einen Mangel im Marxismus behebt oder, um das Verhältnis umzukehren, daß wir zu Einsichten in Kultur Marxens Einsichten in die »Ökonomie« hinzufügen müssen. Noch ist es angemessen, die Vernachlässigung ökonomischer Verhältnisse durch Verweis auf andere geistesverwandte Historiker zu verteidigen. Mängel dieser Art müssen tatsächlich zu Neu-Definitionen führen — das ganze Feld der Begriffe ist betroffen. So stellt z.B. die Reduktion von »Klasse« auf »Klassenbewußtsein« und Klassenorganisation eine ernsthafte Verarmung marxistischer Kategorien dar. Es produziert ernsthafte Schwierigkeiten z.B. wenn es nötig ist, Momente in der Geschichte von Klassen zu analysieren, wenn kulturelle und politische Zersplitterung im politischen Resultat sich tatsächlich als machtvoller herausstellen als jeder Sinn von Klasseneinheit. Existieren Klassen dann nicht? Man könnte die Frage für die 1850er und 1860er Jahre in Großbritannien und für die Periode des »Verschwindens« von Klassen in der Periode nach dem 2. Weltkrieg, besonders in den 1950er Jahren betrachten.

Mit Perioden wie diesen konfrontiert, ist der charakteristische kulturalistische Schritt zu zeigen, daß reale kulturelle Differenzen überdauern — daß es keine kulturelle Homogenität gibt. Dieses Strategem mag oft ausreichen, aber hat seine eigenen Gefahren und Beschränkungen — die Gefahr z.B., Zeugnisse nur für die dramatischsten und konfliktreichsten der Klassenverhältnisse zu suchen; die Beschränkung, Klassenbeziehungen (Patrizier? Plebejer?) an einige hübsch unpräzise und idiosynkratische Kriterien von Haltung oder kollektiver Organisation zu binden. Ein weitaus wirksameres Strategem ist zu zeigen, wie selbst in Momenten konsensueller Hegemonie oder von politischer Niederlage oder Erschöpfung untergeordneter Klassen, die Klasse integraler Bestandteil der Organisation, Reproduktion und Bewegung der sozialen Formation, die zur Diskussion steht, bleibt. Dies verlangt nicht nur eine Menge sorgfältiger Forschung, sondern auch einen Begriff von Klasse oder Klassen, der nicht nur auf kulturellen oder erfahrungsmäßigen Kriterien allein beruht und eine ganz »orthodoxe« Gewichtung

ökonomischer Stellung und Verhältnisse zurückbehält. Mit einem solchen Begriff ist es möglich, die Absonderungen und Autonomien ökonomischer und ideologischer Verhältnisse zu »denken«.

In seiner Überreaktion auf ökonomistische und mechanistische Marxismen unterdrückt er (der Kulturalismus, d.Übers.) tatsächlich einige frühere Stärken der Tradition, Stärken, die am besten in Dobbs *Studien* und in den »transitions-debates« gesehen werden können. Es ist um so wichtiger, daß wir, in einer dritten Phase der Entwicklung einer marxistischen Geschichtsschreibung stehend, Inventur machen und einige Elemente der Dobbschen Praxis wiederentdecken. (...)

Anmerkungen

- 1 The Transition from Feudalism to Capitalism, London 1976 (deutsch:) Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Paul Sweezy u.a., mit einer Einführung und einem Postskript von Rodney Hilton, Frankfurt/M 1978
- 2 Die folgende Kritik gilt für Anderson, Perry: The Origins of the Present Crisis, in: New Left Review 23 (1965); ebenso für Thompson, Genovese, Raymond Williams und selbst für die klarste englische Aneignung durch Gray, R.Q.: The Labour Aristocracy in Victorian Edinburgh, Oxford 1976. Besonders gilt sie für Tholfsen, T.: Working-Class Radicalism in Mid-Victorian England, London 1976
- 3 Johnson spielt hier auf die »Lebensstandard-Debatte« in den 50er Jahren an (Ashton, Clapham, Hobsbawm u.a.), in der es um die Frage ging, ob sich die ökonomische Situation für die Arbeiterklasse durch die Industrielle Revolution verbessert oder verschlechtert hatte (referiert im 6. Kapitel in Thompson 1968)

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis und Etienne Balibar: Das 'Kapital' lesen (2 Bde.), Reinbek 1972
- Dobb, Maurice: Studies in the Development of Capitalism, London 1963.
- Genovese, Eugene: The Political Economy of Slavery, London 1966.
- ders. (1974): Roll Jordan Roll: The World the Slaves Made, New York.
- Johnson, Richard: Histories of Culture; Theories of Ideology; Notes on an Impasse (erscheint in einem Band »Papers presented at the British Sociological Association's 1978 Conference«, Croom Helm 1979).
- McLennan, Gregor (1976): Ideology and Consciousness: Some Problems in Marxist Historiography, CCCS Stencilled Occasional Paper, No.45 (Centre for Contemporary Cultural Studies, Birmingham).
- Thompson, Edward P. (1965): The Peculiarities of the English, in: The Socialist Register No.2, 1965, S.311-362 (um die redaktionellen Kürzungen ergänzt neu abgedruckt in: ders. (1978).
- ders.: (1967): Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism, in: Past & Present No.38 (1967) (deutsch in: Braun, R. u.a. [Hrsg.]: Gesellschaft in der Industriellen Revolution, Köln 1973).
- ders. (1968): The Making of the English Working Class (1963), Harmondsworth 1968ff.
- ders.: The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, in: Past & Present No.50 (1971) (deutsch in: Puls, D.; E.P. Thompson u.a.: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. u. 19. Jh., Frankfurt/M. 1979).
- ders.: Whigs and Hunters, London 1975.
- ders. (1976): »Interview with Edward Thompson« Vol.3 No.4 (Fall, 1976) (deutsch [gekürzt]: Ein Interview mit E.P. Thompson, in: Ästhetik und Kommunikation 9.Jg. [1978], Heft 33).
- ders.: Open Letter to Leszek Kolakowski, in: The Socialist Register No.10, 1973, wieder abgedruckt in ders. (1978).
- ders.: (1978): The Poverty of Theory & Other Essays, London.

Kritik der »Marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie«*

1. Weiterentwicklung oder Stagnation der Erkenntnistheorie?

Die Entwicklung der marxistischen Erkenntnistheorie ist mehr als nur ein wissenschaftsinterner Vorgang, dessen Relevanz umstritten ist, den z.B. die Althusser-Schule als Verfangensein in einer ideologischen Problematik denunziert (vgl. Lecourt 1975). Sie ist auch ein Vorgang permanenter politischer Kommunikation. In dieser Hinsicht ist ihre faktische Relevanz unbestreitbar, dafür wird umso mehr ihre Funktion problematisiert. Perry Anderson hat jüngst die dominierende Rolle, die die Erkenntnistheorie als Gegenstand der Theoretiker des »westlichen Marxismus« in den letzten fünfzig Jahren spielte, als einen »nicht enden wollenden Abweg von jeder revolutionären Praxis« beschrieben, für den die Niederlagen der Arbeiterbewegung und der Stalinismus verantwortlich seien (Anderson 1978, 68, 82, 136). Die DDR-Philosophen Wittich, Gößler und Wagner, deren erneute Gesamtdarstellung der »Marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie« auf den folgenden Seiten diskutiert wird, betonen umgekehrt gerade die *praktische* Notwendigkeit derselben. Jede Erkenntnistheorie trage »Grundnormen menschlichen Handelns« vor (14, 16). Der Anspruch der Autoren, mit *ihrer* Erkenntnistheorie adäquate Grundnormen *sozialistischen* Handelns vorzutragen, wird in meiner Erörterung nur an einem — freilich zentralen — Aspekt sozialistischer Praxis überprüft: am Normenproblem des sozialistischen Pluralismus. Natürlich kann dies nur geschehen, wenn zuvor die erkenntnistheoretische Argumentation als solche dargestellt und überprüft worden ist.

Man kann das Buch nur würdigen, wenn man seine Vorgeschichte kennt. Es geht auf zwei Prototypen zurück: Wittichs Aufsatz »Widerspiegelung und gesellschaftliche Praxis« (1968) und Gößlers Aufsatz »Erkennen als sozialer Prozeß« (1972). Beide Aufsätze stimmen in der Absicht überein, eine Schwäche bisheriger Philosophie-Lehrbücher beseitigen zu wollen, die Wittich mit dem Hinweis kennzeichnet: es werde ignoriert, daß *die Naturwissenschaft* ein Teil des gesellschaftlichen Bewußtseins sei, daher nicht nur zu ihrem intendierten Objekt, sondern auch zum gesellschaftlichen Sein im Verhältnis der Abhängigkeit stehe (1968, 42). Gößlers Kennzeichnung fällt grundsätzlicher aus. Er stellt kritisch fest, daß *überhaupt die meisten Gegenstände von Erkenntnistheorie* in den Lehrbüchern nicht als Form sozialer und d.h. gesellschaftlich bestimmter Tätigkeit untersucht werden, sondern als ahistorische Erkenntnis an sich; damit wirft er die Frage nach dem Sinn der Unterscheidung und des Nacheinander von »dialektischem« und »historischem Materialismus« auf, der die Lehrbücher konstituiert (1972, 517ff.). Zwischen beide Problemformulierungen fällt der Kampf des VIII. Parteitag der SED gegen informationstheoretische Infiltration der marxistisch-leninistischen Terminologie, gezielt z.B. auf Georg Klaus (vgl. die damals aufsehenerregende Rede von Kurt Hager). Gößler nimmt nicht nur ausdrücklich auf diese Auseinandersetzung Bezug, sondern gewinnt auch unmittelbar hieraus seine Problemverschärfung: die »Gefahr, der eine Reihe der zahlreichen Arbeiten zu kybernetischen, semiotischen und physio-

* Wittich, Dieter, Klaus Gößler und Kurt Wagner: Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR (558 S., geb., 24,80 M). — Im folgenden beziehen sich einfache Seitenangaben in Klammern auf diesen Text.

gischen Problemen des Erkennens nicht immer entgangen sind, die *philosophische* Terminologie ... durch einzelwissenschaftliche zu ersetzen«, führt er unmittelbar auf den Mangel zurück, daß »der historische Materialismus« bisher kaum der Erkenntnistheorie »theoretisch und methodologisch zugrundegelegt« wurde (517, 518).

Die *Problemlösungen* von Wittich und Gößler scheinen auf den ersten Blick eng verwandt. Wittich faßt das Verhältnis einer naturwissenschaftlichen Aussage einerseits zum intendierten Objekt, andererseits zum gesellschaftlichen Sein als Spezialfall der Existenz »zweier erkenntnistheoretisch relevanter Widerspiegelungsbeziehungen« auf (Untertitel) und zeigt anhand eines logisch-semanticen Modells, daß eine Aussage durchaus objektiv *und gleichzeitig* gesellschaftlich bestimmt sein kann (1968, 37ff.). Gößler formuliert, die Erkenntnis sei »in doppelter Weise materiell determiniert« (1972, 521): sie sei von ihrem »Gegenstand« abhängig, aber dieser werde »erst dadurch zum realen Erkenntnisgegenstand«, daß das Erkenntnissubjekt ihn »in seinen gesellschaftlichen Lebensprozeß einbezieht« (533). In dem hier zu besprechenden Buch werden die beiden Ansätze sogar auseinander abgeleitet: Gößlers Konzeption steht als Grundansatz und Klammer am Anfang, Wittich stellt arbeitsteilig die »gegenständliche« Erkenntnisdetermination dar und charakterisiert *in diesem Rahmen* seine »zwei Widerspiegelungsbeziehungen« mit den Worten, sie seien »eine unmittelbare Folge« der Gößlerschen doppelten Determination (1978, 136). — Und doch sind die Ansätze miteinander unvereinbar.

Wittich zieht aus dem Umstand, daß zwischen seinen beiden Widerspiegelungsbeziehungen begrifflich unterschieden werden kann, eine verblüffende Schlußfolgerung:

»Selbstverständlich widerspiegeln die Begriffe, Aussagen, Theorien usw. der Naturwissenschaft nicht das gesellschaftliche Sein als den ihnen zugrunde liegenden Objektbereich. Im Hinblick auf den Objektbereich stehen die Naturwissenschaften einzig zur Natur in der Relation der Widerspiegelung. Hinsichtlich des gesellschaftlichen Seins stehen sie aber insofern in einer Widerspiegelungsbeziehung, als sie den aus dem materiellen Leben der Gesellschaft entstandenen Erkenntnisbedürfnissen Ausdruck geben und zugleich den mit diesen gebotenen Möglichkeiten des Naturerkennens.« (Wittich 1968, 42) »Das ändert ... nichts an der richtigen Feststellung, daß die erreichten naturwissenschaftlichen Ergebnisse im allgemeinen klassenindifferent sind, da sie ... ihrem Inhalt nach keine Klasseninteressen darstellen.« (43)

Offensichtlich unterstellt er, daß die Natur dinglich außerhalb der Gesellschaft existiert, vielleicht in Form von Enklaven und separaten Außenposten, zu denen man sich jeweils durch einen intentionalen Akt (nämlich durch die Übernahme der Rolle des Naturforschers) Zugang verschafft. Wie nun aber, wenn die Natur von der Gesellschaft nicht ein- oder ausgeschlossen, sondern *überformt* ist? Unter gesellschaftlicher Überformung von Naturobjekten verstehe ich den Umstand, daß diese teils von vornherein in der Perspektive gesellschaftlich bestimmter Denkformen erscheinen, teils auch real, durch Einwirkung gesellschaftlicher Praxis, verwandelte Form erhalten. Für den ersten Fall sei an das Beispiel der Erkenntnis der Sonnenbewegung erinnert. In der griechischen Sage wird sie als Umkreisung der Himmelskuppel durch einen Wagenlenker mit feurigen Rossen gedacht. Aristoteles und Kopernikus gehen von der Vorstellung aus, es müsse im Weltall ein fixes Zentrum geben, das ersterer mit der Erde, letzterer mit der Sonne identifiziert. Auf den zweiten Fall, der jedenfalls für die allermeisten Objekte zutrifft, die uns auf unserem Planeten begegnen, macht schon die »Deutsche Ideologie« aufmerksam mit den Worten, daß eine von menschlicher Geschichte unberührte Natur »heutzutage, ausgenommen etwa auf einzelnen australischen Koralleninseln

neueren Ursprungs, nirgends mehr existiert« (MEW 3, 44). Man beachte: der Begriff »gesellschaftliche Überformung« impliziert weder die Nichtexistenz von Naturobjekten außerhalb bzw. »innerhalb« der Gesellschaft noch die absolute Unmöglichkeit, *sie als solche zu denken*, d.h. gesellschaftliche Projektionen und Formverwandlungen in der Erkenntnisarbeit bis zu einem gewissen Grad in Rechnung zu stellen und damit zu durchbrechen. Wohl aber impliziert er, daß die Beziehung naturwissenschaftlicher Aussagen auf natürliches statt auf gesellschaftliches Sein *keine Tatsache, sondern ein (berechtigtes) Postulat* ist. Daraus wiederum folgt, daß eine Erkenntnistheorie der Naturwissenschaft keinesfalls unterstellen darf, deren Inhalt *sei »im allgemeinen klassenindifferent«*, sondern vielmehr die Frage, *auf welchem schwierigen Weg »Objektivität«* hier gelingen kann, oftmals aber auch scheitert (Stichwort: Lyssenko), *als Problem* behandeln muß. — Diese Einsicht schwebt offensichtlich Gößler vor, wenn er zwischen »potentiellem« und »realem« Erkenntnisgegenstand unterscheidet (1972, 533) und das Verhältnis zwischen beiden durch *Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten* rekonstruieren will, ausdrücklich anknüpfend an das Paradigma des Marxschen »Kapital«, genauer: an das Kapitel über den Arbeits- und Verwertungsprozeß (530). Naturwissenschaftliche und andere Erkenntnisgegenstände, -mittel und -tätigkeiten sind deshalb für ihn keine Dinge neben anderen Dingen, sondern »einfache und abstrakte Momente« des Erkenntnisprozesses; was für die Elemente des Arbeitsprozesses gilt, gilt auch für sie: »kein konkreter Arbeitsprozeß existiert in der von Marx erwähnten abnormen Isoliertheit, sondern stets in einer konkret-historischen Totalität« (531).

Der Erkenntniswert von Gößlers Ansatz muß hier dahingestellt bleiben. Er ist jedenfalls eine *progressive Problemverschiebung*, denn er deutet eine Perspektive zur Aufhebung der äußerlichen Trennung von dialektischem und historischem Materialismus an. Jedoch, in dem hier zu besprechenden Buch ist er faktisch zurückgenommen worden. Während sich namentlich von seinem Rekurs auf die Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten nicht mehr die geringste Spur findet, geht Wittichs Aufsatz mit kleinen redaktionellen Änderungen wörtlich in das Buch ein. Das hat aber zur Folge, daß sich die Anlage des Buchs gar nicht mehr wesentlich von der Anlage der ehemals kritisierten Lehrbücher unterscheidet: auf Basis der dinglichen Unterscheidung von Natursein und gesellschaftlichem Sein kehrt auch das Nacheinander von »dialektischem« und »historischem Materialismus« wieder, jetzt als Unterschied von »gegenständlicher« und »sozialökonomischer Erkenntnisdetermination« figurierend.

Die Lehrbücher werden allerdings insofern weiterentwickelt, als ihnen ein dritter Teil angesetzt wird, in dem Wagner beansprucht, eine Synthese der beiden ersten Teile über den »einfachen« und den »formationsspezifischen Erkenntnisprozeß« zu leisten: nunmehr müßten die »kontinuierlichen Elemente« analysiert werden, »die von einer Gesellschaftsformation in die andere übergehen und damit zu Elementen des neuen formationsspezifischen Erkenntnisprozesses werden« (448f.). Was dies bedeutet, wird freilich nicht klar, da es Wagner nicht gelingt, zu zeigen, worin der Unterschied zwischen »einfachen« und »kontinuierlichen« Erkenntniselementen bestehen soll. Eher kann man sagen, daß er die Annahme eines solchen Unterschieds ad absurdum führt, denn als Beispiele für formationsübergreifende Erkenntnis zählt er »biologische, physikalische, mathematische, logische oder andere Methoden« auf, deren *kontinuierlicher* Charakter offenbar gerade in ihrem *einfachen* Charakter besteht, nämlich in »ihrer gegenständlichen Determiniertheit« (ebd.). Angesichts dieser Indifferenz liegt ein ande-

rer Grund für das Vorhandensein des dritten Teils weit mehr auf der Hand, er allerdings unterstreicht das *Scheitern der Gesamtkonzeption*: Im ersten, »gegenständlichen« Teil, der von Sinnlichem und Rationalem, Theoretischem und Empirischem, von der Entstehung neuer Gedanken und Ähnlichem handelt, nimmt *Wittich* nicht wenige Termini und Denkfiguren zuhilfe, die im Umkreis des Logischen Empirismus entwickelt wurden (s.u.). Er kommt jedoch ohne Rekurs auf dialektische Methoden aus. Diese (z.B. »Einheit von Logischem und Historischem«, »Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten«) werden von *Wagner* nachgetragen. Daß man auf diesem Wege auch nur »die philosophische Terminologie« retten kann — von einer progressiven Entwicklung der Erkenntnistheorie zu schweigen —, wage ich zu bezweifeln.

2. Der ungenutzte Beitrag der Kritischen Psychologie

Aus verschiedenen Gründen liegt es nahe, die Konzeption von *Wittich*, *Göbller* und *Wagner* mit derjenigen der Kritischen Psychologie zu konfrontieren. Aus philosophischen Gründen: auch *Holzcamp* geht von der Absicht aus, die mechanische Trennung von »dialektischem« und »historischem Materialismus« zu überwinden, so bei der Analyse der sinnlichen Erkenntnis (*Holzcamp* 1973, 49, Fn.), einer Analyse, die selbstverständlich »erkenntnistheoretischen« Charakter hat (a.a.O., 159). Die Gefahr, daß ein ahistorisch konzipierter dialektischer Materialismus sich als Durchgang zur Übernahme bürgerlicher Denkformen erweisen könnte, z.B. zu ihrer Ersetzung durch kybernetische Philosophie (s.o.), wird zwar von *Holzcamp* nicht erörtert. Jedoch hebt er in anderem Kontext drastisch genug hervor, daß die Trennung von Objektivitätsanspruch und Geschichtlichkeit des Erkennens an sich schon eine bürgerliche Denkform ist (*Holzcamp* 1974, 68). Es kommen einzelwissenschaftliche Gründe hinzu: in der Schule der Kritischen Psychologie sind eine Reihe *empirischer Theorien* entwickelt worden, die geeignet sind, mehrere philosophische Annahmen der bisherigen Erkenntnistheorie-Lehrbücher zu korrigieren, und zwar gerade im Bereich des dort ahistorisch konzipierten dialektischen Materialismus. Schließlich gibt es Gründe der wissenschaftlichen Kommunikation. *Holzcamp* hat die Auseinandersetzung mit *Göbller* anhand eines früheren Aufsatzes (*Göbller* 1968) schon aufgenommen. Hier hatte sich das *Göbblersche* Konzept von 1972 bereits angedeutet in dem Gedanken, das Phänomen Erkenntnis sei zwar *ein* Gegenstand, dieser könne aber durch unterschiedliche Herangehensweisen, physiologische und wahrnehmungspsychologische, in einem Vorgang »gedanklicher Abstraktion« getrennt analysiert werden und daraus folge, daß eine neurophysiologische Analyse des Erkenntnisakts *auf dessen gesellschaftliche Bedingtheit keine Rücksicht* zu nehmen bräuchte. *Holzcamp* weist diesen Gedanken zurück:

»Die Erforschung der gesellschaftlich-historischen Determination von Momenten am Wahrnehmungsprozeß, die als physiologische Daten in Erscheinung treten«, sei vielmehr »eine der wichtigsten Aufgaben der Wissenschaft von der menschlichen Wahrnehmung« (*Holzcamp* 1973, 166).

Offensichtlich ist von dieser Kritik auch *Göbblers* Begriff der »gegenständlichen Erkenntnisdetermination« mitbetroffen. Erst recht aber *Wittichs* Verdinglichung dieses Begriffs. *Holzcamp* verweist zwar zustimmend auf *Wittichs* Aufsatz, jedoch nur, weil er ihn mißversteht; denn *Wittich* ist gewiß nicht, wie *Holzcamp* meint, Zeuge dafür, daß sich

»die menschliche Erkenntnistätigkeit gemäß den Notwendigkeiten materieller gesellschaftlicher Lebenserhaltung ... stets — indem sie auf die 'Natur' gerichtet ist — auch auf den gesell-

schaftlichen Menschen« beziehe, und daß nicht »in scheinbar lediglich natur- bzw. gesellschaftsbezogener Erkenntnis« abstrahiert werden dürfe »von dem jeweils anderen Aspekt des einheitlichen gesellschaftlichen Prozesses« (Holzkamp 1973, 170f.).

Hatte doch Wittich gerade das Gegenteil behauptet!

Die Kritische Psychologie untersucht Erkenntnis ausschließlich in ihrer historisch vermittelten Form, denn nur so *existiert* sie. Daraus, daß die Erkenntnistätigkeit nur ein Aspekt der Lebenstätigkeit im allgemeinen — der »Praxis« — ist, leitet sie die Aufgabe ab, Erkenntnis aus ihrer *funktionalen Notwendigkeit* für die Anpassungs- bzw. Aneignungsbeziehung mit der *Umwelt* als dem realen Erkenntnisgegenstand zu begreifen, d.h. mit der je verschiedenen, sich entwickelnden und von der menschlichen Praxis mitgestalteten Umwelt. Daher ist die Erkenntnis-Analyse »funktional-historisch«, wobei »historisch« aus Gründen, die in der Sache liegen, nicht nur Berücksichtigung der Geschichte der Menschen, sondern auch der vormenschlichen Naturgeschichte meint.

Wittich, Gößler und Wagner haben die Kritische Psychologie nicht rezipiert und folglich für ihre Arbeit noch nicht nutzbar machen können.¹ Zwar formulieren sie selbst die Einsicht, daß Erkenntnistheorie die Einzelwissenschaften, die für sie einschlägig sind, »bei der Erforschung ihres Gegenstands genau beachten muß« (37). Wenn es um die westdeutsche Wissenschaft geht, beschränken sie sich jedoch auf Beachtung philosophischer Fachkollegen. Die Folgen ihrer Unkenntnis der Kritischen Psychologie sollen jetzt anhand der Ausführungen von Wittich über die »gegenständliche« Determination der Erkenntnis demonstriert werden.

3. Erkenntnis ohne bestimmten Gegenstand

Wittich entwickelt seine Argumentation in drei Hauptschritten. Zuerst untersucht er die Widerspiegelungsrelation des Ideellen überhaupt mit seinen Objekten. Dann wird die Analyse auf die Widerspiegelungsrelation lediglich der Aussagen eingengt. Schließlich wird die Handlungsanweisung als wichtigstes ideelles Glied beim Übergang von der Aussage zur Praxis thematisiert. Die Systematik ist auch im Detail beeindruckend, so daß in dieser Hinsicht der Fortschritt gegenüber früheren Lehrbüchern unverkennbar ist: z.B. wird die Widerspiegelungsrelation zuerst definiert, dann historisch betrachtet (Herausbildung des Widerspiegelungsvermögens), darauf in wichtigen Einzelaspekten analysiert, die ihrerseits je aufeinander aufbauen; die Widerspiegelungsrelation der Aussage wird in einer originellen und fruchtbaren Verknüpfung, an deren Ausarbeitung neben Wittich Wagner beteiligt ist, unterteilt in Aussage der Wissenschaft, der Moral und der Kunst; u. dgl. m. Jedoch bürgt Systematik nicht für Wahrheit. Wittichs Systematik beruht auf einer fragwürdigen Voraussetzung: sie kommt in ihrem ganzen Verlauf, angefangen mit dem allgemeinen Begriff des Ideellen bis hin zum Begriff der Theorie, ja sogar der adäquaten praktischen Orientierung, ohne die Frage nach den Eigenschaften der *Gegenstände* in der Widerspiegelungsbeziehung aus. Die Gegenstände werden als Gegenständlichkeit an sich unterstellt und konstant gesetzt. Gleichzeitig gelten sie als *reale* Gegenstandswelt — keineswegs als Abstraktion —, was man daraus ersieht, daß z.B. im Kapitel über »Sinnliches und Rationales« eine hinreichende Erklärung ihrer Erkennbarkeit durch die Sinne versucht wird.

Was hat nun dieses Absehen von der Bestimmtheit der Gegenstände für Konsequenzen?

Auf der elementarsten systematischen Ebene formuliert Wittich die These von der

»doppelten Widerspiegelungsbeziehung« alles Ideellen, die ich oben schon charakterisiert habe (131, 133f.). Hier wird die Sicht der Gegenständlichkeit quasi ein für allemal konstituiert: als sozialökonomisch determiniert gilt die *subjektive Seite* der Erkenntnis, die Seite der Erkenntnis*produktion*; ihre objektive Seite aber, die Widerspiegelungsrelation von Ideellem und intendiertem Objekt, fällt definitorisch zusammen mit Göbblers »gegenständlicher Erkenntnisdetermination«. Danach kann nun nicht einmal mehr *die Frage* aufgeworfen werden, inwiefern der *Erkenntnisgegenstand selbst* die Erkenntnis *auch sozialökonomisch* determiniert und inwiefern die sozialökonomische Determination selbst der Ausgangspunkt, wenn es überhaupt einen gibt, *auch der »gegenständlichen«* Erkenntnisdetermination ist. Wie kann es z.B. geschehen sein, daß Galilei von dem Erkenntnisgegenstand »Masse/Gewichtskraft« determiniert wurde? Hat er ihn denn jemals zu Gesicht bekommen? Wohl kaum. Oft genug aber, häufiger als die Menschen in früheren Zeiten, ist er der »Waage des Kaufmanns« begegnet, in der jener Gegenstand als abstrakte Dimension enthalten ist. Ist diese Waage nicht ebenso sehr sozialökonomischer wie physikalischer Gegenstand? — Wenn wir nun mit Wittich annehmen, die Beziehung der Erkenntnis zu ihrem intendierten Objekt sei nicht geschichtlich vermittelt, so sind die Schwierigkeiten damit noch keineswegs beseitigt. Es stellt sich dann nämlich die Frage, weshalb es überhaupt eine Erkenntnisentwicklung gibt. Wittichs Ansatz zwingt zu der Antwort: allein aus subjektiven Gründen. Die Vorstellung, man könne den Erkenntnisfortschritt »aus dem Objekt des Erkennens bzw. allein aus diesem als Abbilder der Wirklichkeit« ableiten, scheint ihm »absurd« (131).

»Welchen Sinn hat es z.B., festzustellen, daß die Entwicklung unserer Erkenntnis der Elementarteilchen die Entwicklung der Elementarteilchen widerspiegelt? Die Elementarteilchen haben sich sicher seit den Tagen des Demokrit nicht geändert, d.h. die Gesetzmäßigkeiten ihrer Umwandlung ineinander, der Aufbau des Atoms aus solchen Elementarteilchen ist derselbe geblieben.« (Zustimmend von Georg Klaus zitiert; 166)

Dieses Argument ist jedoch haltlos. Es spricht selbst aus, *was sich »seit den Tagen des Demokrit«* nicht geändert hat, nämlich die *innere Struktur* der Objekte, ihre »Gesetzmäßigkeiten«, »Aufbau« etc. Diese Struktur kann in der Tat für die Erkenntnisentwicklung nicht verantwortlich gemacht werden, aber warum? Weil sie zwar objektiv real ist, aber dennoch nicht *als solche existiert*, ebenso wenig wie »Masse und Gewicht« als solche existieren, losgelöst von einem gegebenen System von Himmelskörpern oder von der Kaufmannswaage. Wäre das Verhältnis von Masse und Gewicht nicht in der Kaufmannswaage präsent, Demokrits Atom nicht in einem gesellschaftlichen Diskurs, der dem Naturmoment »radikale politische Färbung« verlieh (Bernal 1970, 175), dann würde sich ihre Erkenntnis nicht nur nicht entwickeln, sie würde gar nicht erst *anfangen*. Da nun aber einmal physikalische Strukturen in wahrnehmbaren Gegenständen existieren und da *diese* sich entwickeln — z.T. infolge menschlicher Einwirkung —, ist sowohl Anfang als Fortgang der Erkenntnis gesetzt, eins untrennbar vom andern. — Warum kommt Wittich die Behauptung des Zusammenhangs von Erkenntnis- und Objektentwicklung »absurd« vor? Vielleicht infolge eines ideologischen Evidenzerlebnisses. Unzählige *Beispiele* des Alltagslebens, wie daß die Flüsse abwärts fließen und der Tintenfleck auf meinem Blatt Papier tatsächlich ein Tintenfleck ist, scheinen zu belegen, daß es Objekte gibt, die der Erkenntnis ohne jede sozialökonomische Vermittlung, daher in einer ahistorischen Erkenntnisbeziehung an sich entgegentreten. Die Kritische Psychologie hat diese Evidenz jedoch zerstört, indem sie zeigte, daß derartige Beispiele nicht

Beleg ahistorischer, sondern *unspezifisch-biologischer* Erkenntnisfähigkeiten sind, — über die wir deshalb verfügen, weil unsere tierischen Vorfahren es auch schon mit *historisch*, nämlich naturgeschichtlich vermittelten Erkenntnisgegenständen zu tun hatten. — Selbstverständlich entspricht es nicht den Erfordernissen der »Praxis«, diese Fähigkeiten, noch dazu in enthistorisierter Form, zum Paradigma marxistisch-leninistischer Erkenntnistheorie zu erheben.

Das Verhältnis von Biologischem und spezifisch Menschlichem in der Widerspiegelung wird von Wittich auf der nächsten Stufe seiner Systematik zwar thematisiert. Jedoch, selbst wenn nun ausdrücklich von Tieren und Menschen die Rede ist, bleibt die Betrachtung abstrakt und ahistorisch, weil Wittichs *rein neurophysiologische Argumentation* mit der Wiedergabe der Pawlowschen Theorie der zwei Signalsysteme auskommt. Hier hätten die Hinweise *Holzkamp-Osterkamps* weitgehend, die theoretisch und empirisch gezeigt hat, daß die bestimmten Begriffe von Reiz, Reflex und Instinkt, die im Konzept des tierischen »ersten Signalsystems« zusammengefaßt werden, von Erkenntnissen der Ethologie — in der das Lebewesen-Umwelt-Verhältnis untersucht wird — überholt worden sind (Holzkamp-Osterkamp 1975, bes. 146ff.; s. die Einschränkung, 148, Fn.). Nützlich wäre ferner die Kenntnis von *Holzkamp's Sprachkonzept* gewesen, das gewiß selbst noch sehr abstrakt bleibt, aber doch wenigstens über Wittichs *rein definitorische* Behandlung des Sprachproblems hinausführt.

»Ein zweites Signalsystem wird objektiv dadurch möglich, daß zu ersten Signalen erneut Signale bildbar sind ... Signale der letztgenannten Art heißen 'zweite Signale' und sind die Zeichen einer menschlichen Sprache.« (148)

Wie Holzkamp gezeigt hat, läßt sich auch eine Theorie der Sprache im Rekurs auf deren *bestimmte Gegenstände* entwickeln und so aus der Enge und Abstraktheit bloß neurophysiologischer Betrachtung herausführen: Sprache setzt hiernach die Existenz von »Weltatbeständen« voraus, in denen »verallgemeinerte menschliche Zwecke in gegenständlich-sinnlicher Form erscheinen«, m.a.W. in denen »durch menschliche Arbeit Bedeutungen realisiert wurden« (Holzkamp 1973, 118). Aus solchen »Gegenstandsbedeutungen« haben sich die Symbolbedeutungen der Sprache »herausdifferenziert« (151). Die Frage nach der Beziehung von Zeichen und Bedeutung in der Sprache wirft, wenn in dieser Weise von einer Theorie der Bedeutung *ausgegangen* wird, keine relevanten Probleme auf. Dieser Ausgangspunkt wäre aber gar nicht zu gewinnen, wenn man die »Welt« als bloße Gegenständigkeit an sich unterstelle; das unterstreicht Holzkamp in seiner Kritik an der positivistischen Sprachtheorie, bei der die Annahme der Bedeutungslosigkeit der Dinge, der Ausgangspunkt der Sprachtheorie beim Symbol, nicht bei der Bedeutung, und die unauflösbare Rätselfrage, »wie der Mensch mit seinem Symbol diese Welt je erreichen kann«, einen unglücklichen, wenn auch stringenten Zusammenhang bilden (ebd.). — Wittich setzt zwar voraus, daß das sprachliche Symbol die Welt erreicht, und übt seitenlange Kritik an bürgerlichen Sprachkonzeptionen, wobei seine Argumentation immer auf die Feststellung hinausläuft, jene materialistische These werde hier *nicht* vorausgesetzt. Seine eigene Sprachkonzeption enthält aber keine Begründung dieser Voraussetzung, sondern lediglich eine Differenzierung und Klassifizierung sprachtheoretischer Begriffe. Auf diesem Feld ist es vermutlich schwer, gegenüber den kritisierten bürgerlichen Konzeptionen originell zu sein (vgl. 154ff.).

Die Theorie der zwei Signalsysteme ist bei Wittich nicht nur Ausgangspunkt der

Sprachtheorie, sondern wird sogar — immer weiter ohne Bezug auf die Bestimmtheit der Gegenstände — zur hinreichenden Formulierungsgrundlage für den *Begriff der Rationalität*:

»Durch die heutigen (!) Ergebnisse der Neurophysiologie wird die dialektisch-materialistische Einsicht bestätigt, daß das mit dem ersten Signalsystem verbundene Sinnliche von dem mit dem zweiten Signalsystem verbundenen Rationalen verschieden ist, daß das Rationale eine für den Menschen typische Art des Psychischen darstellt, das aber zugleich nur auf der Basis des Sinnlichen existent sein kann.« (153)

Nach dieser wiederum schlicht definitorischen Zuordnung werden jetzt wissenschaftslogische, wie vorher semiotische Begriffe klassifiziert, wobei die Feststellung, daß die *Aussage* (im Sinne Freges) »das ... typische rationale Gebilde« sei (199), den Ausgangspunkt bildet.² Nun, auch hier sind »historisch vermittelte« Alternativen denkbar. Wichtig ist vor allem, daß man die Überlegenheit der Rationalität über die allein sinnliche Erkenntnis und ihre funktionale Notwendigkeit durch einen Vergleich der tierischen mit der spezifisch menschlichen, besonders der bürgerlichen Lebensumwelt aufzeigen kann. Holzkamp hat dies in seiner Theorie der »Halbirtümlichkeit« der *Wahrnehmung* unternommen: während diese in der vormenschlichen Evolution die Überlebenschancen der Organismen erhöht (Holzkamp 1973, 318), wird sie auf einem bestimmten Niveau der menschlichen Geschichte zur Barriere, weil »die Möglichkeit verborgener Eigenschaften, verborgener Zusammenhänge und verborgener Ursachen ... keinen Eingang« in sie findet (a.a.O., 321). Diese Herangehensweise erlaubt es u.a., bestimmte gängige *Interpretationen* von Rationalität zurückzuweisen. Insbesondere konnten Holzkamp und ausführlicher *Seidel* (Seidel 1976) zeigen, daß die logisch-empiristische *Problemlösungstheorie* keine Theorie spezifisch-menschlicher Rationalität (»begreifenden Erkennens«), sondern bloß *Rationalisierung sinnlicher Erkenntnis* ist. Hier bleibt Wittich schon die *Fragestellung* der Kritik verschlossen. Das hat nicht unmittelbar zur Folge, daß er jene Theorie übernimmt. Sein Kapitel über Problemlösung (236ff.) ist einfach zu allgemein gehalten, als daß man sehen könnte, wie er sie beurteilt. So viel ist aber klar, daß er sich von der Arbeit der Spezialisten für Problemlösungstheorie, bei denen die *Übernahme stattfindet* (z.B. Loeser/Schulze 1976), nicht distanziiert. Er hätte dazu freilich eine Fehlerstruktur kritisieren müssen, die mit seinem eigenen Ansatz identisch ist: man abstrahiert von der Bestimmtheit der Erkenntnisgegenstände und nimmt es auch der bürgerlichen Theorie nicht übel, daß sie ebenso verfährt. Die bürgerliche Theorie kennt den *Problemgegenstand* nur als bereits mathematisch-logisch zugerichtetes Modell, was nach Seidel zur Folge hat, daß die Methoden, die sie vorschlägt, nur zur Lösung solcher Probleme verwendbar sind, die im Grundsatz *bereits gelöst* sind (Seidel 1976, 148ff.). Übrigens wird hier nochmals deutlich, wie »sozialökonomische« und »gegenständliche« Erkenntnisdetermination *gemeinsam vom Erkenntnisobjekt* ausgehen: die falsche logische »Abgeschlossenheit« des Problems spiegelt den Kapitalismus nicht so sehr deshalb wider, weil hier das Interesse an wahrer Problemlösung fehlte o. dgl., sondern die kapitalistische *Gegenstandswelt* führt zu jener Definition: weil hier die gesellschaftliche Entwicklung nicht antizipiert, geplant, rational gestaltet werden kann, begegnen Problemgegenstände *tatsächlich* immer schon in abgeschlossener Form, tauchen unvermutet auf, sind Gegenstand nachträglicher Anpassung, d.h. man akzeptiert ihre Existenzbedingungen und löst sie immanent (Seidel 1976, 192ff.).

Welchen Inhalt müßte, wenn die Erkenntnisgegenstände als historisch bestimmte unterstellt würden, ein Kapitel mit der Überschrift »Theorie und Empirie« haben? — Hier wäre im einzelnen zu zeigen, wie es der *Wissenschaft* gelingt, jene »verborgenen Eigenschaften« der Dinge auf den Begriff zu bringen, nachzuweisen, überhaupt die Frage nach ihnen aufzuwerfen. Wie es zur Formulierung des physikalischen Begriffs der »Masse«, des politökonomischen (Marxschen, nicht ricardianischen) Begriffs des »Werts« kommen kann, obwohl der Oberflächenschein der Dinge sie nicht zeigt. Wie es aber doch die sichtbare *Entwicklung der Dinge* ist, die solche Erkenntnis herbeiführt (vgl. zur Physik Lefèvre 1978, zur Politökonomie MEW 13, 37ff.). Schließlich, wie die Wissenschaft das Paradox löst, das »Verborgene« selbst wieder sichtbar zu machen (unter diesem Aspekt wären das physikalische Experiment und die Rolle der Empirie in Marx' Methode des »Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten« zu diskutieren). All das kommt in Wittichs »Theorie und Empirie«, die natürlich auch die Bestimmtheit der *wissenschaftlichen* Gegenstände außer acht läßt, nicht vor. Unterschied und Charakter von »Empirie« und »Theorie« werden hier rein theoretisch, d.h. *rein subjektiv* bestimmt: eine Betrachtung wissenschaftlicher Aussagensysteme zeige,

»daß sich in ihnen zwei Ebenen vor: Aussagen unterscheiden lassen, und zwar nach der Funktion, welche die Aussagen in einem solchen System besitzen. Die erste Ebene enthält jene Aussagen, die innerhalb einer wissenschaftlichen Theorie die Funktion haben, die Aussagen der zweiten Ebene zu begründen, und die selbst durch die Aussagen der zweiten Ebene erklärt werden. Wir werden Aussagen der ersten Ebene 'empirische Aussagen' nennen ...« (223) »Ob eine Aussage zur empirischen oder theoretischen Ebene gehört, ist einzig davon abhängig, welche Funktion sie innerhalb einer gegebenen Theorie ausübt.« (224)

Wittich kommt hier dem Ausgangspunkt der *Stegmüllerschen Nichtaussagenkonzeption* verblüffend nahe, denn auch diese plädiert für ein »funktionalistisches« Kriterium der Unterscheidung von Theorie und Empirie, nach welchem nicht mehr das Theoretische als das nicht auf Beobachtbares Bezugnehmende definiert wird, sondern umgekehrt *das Empirische als das Nichttheoretische* im Verhältnis zu einer *gegebenen Theorie* (vgl. Stegmüller 1973, 45ff.). Natürlich stimmen beide Konzeptionen auch im Desinteresse an der Bestimmtheit der von ihnen unterstellten Theoriegegenstände überein. Die philosophische Intention ist allerdings ganz unterschiedlich. Während Stegmüller angesichts der Rationalitäts-Krise in der bürgerlichen empiristischen Wissenschaftstheorie einen einzelwissenschaftlichen Theoriebegriff zu retten versucht, der nicht mehr durch Empirie gerechtfertigt werden kann und doch als rational gelten soll (vgl. hierzu Jäger 1979), will Wittich zeigen, daß *philosophische* Aussagen wie z.B. »Die objektive Realität ist erkennbar«, die er stets anführt, wenn er seinen engeren Theoriebegriff demonstrieren will, nicht auf einzelwissenschaftliche Aussagen »reduziert werden« könnten (225); grundsätzlicher gesprochen: während Stegmüller letztlich doch *den Empirismus* verteidigt, wird dieser von Wittich *angegriffen* als falsche Lehre, die den irreduziblen Kern der Philosophie leugne (ebd.). — Aber sind diese Intentionen wirklich so verschieden?

4. Erkenntnistheorie und sozialistischer Pluralismus

Es ist wohl deutlich geworden, daß der Verzicht auf die Analyse der gegenständlichen Bestimmtheit die Widerspiegelungstheorie überall für die Konzepte des Logischen Empirismus zugänglich macht. Wäre mehr Platz, könnte dies noch weit umfanglicher belegt werden, etwa anhand der Rolle, die Freges Aussagen- und Begriffs-Begriff sowie Tarskis Unterscheidung von Objekt- und Metaebene der Sprache für Wit-

tichs Philosophie spielen, — während bereits des späten Wittgenstein gewiß noch unzulängliche, weil selber noch empiristische erste Schritte zur gegenständlichen Sprachbetrachtung (Stichwort: Kritik an Freges Sprachkünstlichkeit durch Rekurs auf die Verbundenheit von »Sprachspielen« in »Lebensformen«) den Reflexionshorizont übersteigen und folglich abgewehrt, ja diffamiert werden (vgl. 156). Dieser Zusammenhang läßt sich aber auch ohne weitere Belege als *Sachzwang* erweisen. Streng betrachtet *ist* Empirismus nämlich gar nichts anderes als das Absehen von der Bestimmtheit der Erkenntnisgegenstände, und natürlich nützt es nichts, sich von einer Philosophie zu distanzieren, wenn man gerade ihren Kern zum eigenen Ansatz macht. Alle Versionen von Empirismus in Geschichte und Gegenwart orientieren ihre *wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Reflexionen* am Modell einer bloßen Gegenständlichkeit als solcher, die zugleich für ein sinnlich vorhandenes Ding genommen wird, für »Empirie«. So läßt sich z.B. die kurze Distanz zwischen Empirismus und Idealismus erklären. Der unterschiedslose Gegenstand kann allein durch die Sinnesrezeption nicht bestimmter werden, er verwandelt sich in eine leere Grundmenge psychischer Daten (z.B. in Carnaps frühem »Konstitutionssystem der Begriffe«). Erst in theoretischer Verarbeitung scheint die Erkenntnis Gestalt anzunehmen, so daß fast alles, was die Erkenntnis zur Erkenntnis macht, dem Gehirn entsprungen zu sein scheint: abstrakte Gegenständlichkeit kippt zuletzt in Gegenstandslosigkeit um. Gegen diese Konsequenz kann man sich durch einen materialistischen Dezisionismus verwahren (vgl. hierzu Haug 1978); alle übrigen Konsequenzen muß man schlucken. In der *einzelwissenschaftlichen Arbeit* bestehen sie darin, daß der *tatsächliche* Erkenntnisgegenstand als empirisch eindimensionaler unterstellt und infolgedessen an ihm vorbeigedacht und -geforscht wird (vgl. hierzu auch Althusser 1972, 244ff.), während er in Wahrheit — wie Marx im »Kapital« paradigmatisch zeigte — empirisch »vermischt« ist und dem Forscher zunächst bloß als »Oberfläche« begegnet. Deren theoretische Durchdringung hat *verschiedene Dimensionen* im Verfahren des »Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten« freizulegen, dabei namentlich auch verschiedene *empirische* Konkretionsstufen auseinanderzuhalten (vgl. hierzu die Marxsche Kritik an Ricardo in MEW 26.2, 165; und die Interpretation in Jäger 1979, 87f.).

Kehren wir nun zur Frage der Normierung sozialistischer Praxis durch die Erkenntnistheorie zurück. Ich wollte mich auf das Normenproblem des sozialistischen Pluralismus beschränken. Hierfür gibt *Wagner* das Stichwort. Es sei »allzu offensichtlich«, schreibt er, Wittichs Empirismus billigend, daß es sich bei naturwissenschaftlichen Aussagen und Theorien »um objektiv wahre Behauptungen handelt« und nicht um klassenabhängige (277). Deshalb aber meint er sich allgemein gegen Positionen wenden zu dürfen, die »dem Pluralismus der Ansichten und der subjektivistischen Willkür ... Raum geben« (ebd.). Vermeidung von Subjektivismus, d.h. wissenschaftlicher Objektivitätsanspruch ist also gleichbedeutend, in einem Atemzug zu nennen mit *Zurückweisung von Pluralismus*? Und das soll die naturwissenschaftliche Theoriebildung belegen? Eine jetzt fünfzehnjährige Diskussion über Wissenschaftsgeschichte, die sich an Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen entzündete (Kuhn 1973), beweist die Haltlosigkeit dieser Behauptung. Gerade umgekehrt, es ist schwierig genug, den entgegengesetzten Extremismus Feyerabends zu entkräften, wonach Pluralismus überhaupt *das einzige* sei, was Fortschritt an Objektivität in der Wissenschaft erleichtern kann! Denn so viel steht fest, daß wenigstens bisher der Versuch, nur objektive Theorien zuzulassen, stets auf die Behauptung objektiv falscher Objektivitätskriterien hinausgelaufen ist, die

reaktionäre Zulassungskriterien nach sich gezogen haben (Feyerabend 1976, Lecourt 1975). Die naive Auffassung Wagners wird aber von Wittichs Empirismus zwingend nahegelegt. Wenn es möglich ist, die Objekte jenseits aller historischen Vermittlung, daher ohne wissenschaftslogische Umwege frei zu begreifen, dann muß es auch möglich sein, Objektivitäts- und Zulassungskriterien problemlos aufzustellen und zu handhaben. Der Gedankengang hat eine politische Pointe, die Gößler in seinem Abschnitt über die »sozialökonomische« Erkenntnisdetermination entwickelt. Hier wird im wesentlichen die Auffassung vorgetragen, daß die marxistisch-leninistische Partei das einzige Erkenntnissubjekt sei, welches ganz und gar ohne interessierte Erkenntnisstrahlen auskomme und insofern unverzerrt erkennen könne. Ich möchte sie nicht kommentieren. Durch den theoretischen Zusammenhang mit Wittichs Empirismus erhält sie jedenfalls eine außerordentlich problematische Zuspitzung. Freiheit von interessenbedingten Erkenntnisstrahlen ist nämlich in diesem Kontext gleichbedeutend mit Freiheit von Erkenntnisstrahlen überhaupt, Freiheit zur unmittelbaren »gegenständlichen Determination«. (Es tut nichts zur Sache, daß natürlich auch für Wittich, Gößler und Wagner der Erkenntnispielraum einer Epoche durch den ihr vorausgesetzten Stand von Erkenntnisgeschichte begrenzt bleibt.) Und dann lautet der Umkehrschluß: Erkenntnisse entgegengesetzten Inhalts, die in der Gesellschaft auftreten, müssen auf entgegengesetzte Erkenntnisinteressen zurückgeführt werden, d.h. letztlich auf Klassegegensätze, wobei stets apriorisch klar ist, daß die Erkenntnis der Partei den proletarischen Klassenstandpunkt repräsentiert. (Vgl. zur Grundstruktur von Gößlers Argumentation: 365 i. Zs. m. 417.) Diese Auffassung ist aber auf politischem Gebiet mindestens ebenso naiv wie Wagners obige Auffassung auf dem Gebiet der Naturwissenschaft. Die nicht abreißende Kette hilfloser Reaktionen der Parteiführungen im Realen Sozialismus, wenn reale Sozialisten wie Bahro, Biermann und andere politisch opponieren, zeigt dies überdeutlich. Man muß anerkennen, daß Erkenntnisgegensatz, also auch politischer Meinungsstreit stets »sozialökonomisch« und »gegenständlich« determiniert ist und daß auch hier gilt, was ich über naturwissenschaftliche Aussagen gesagt habe: das »objektive Recht« eines politischen Gegenarguments existiert nie dinglich außerhalb seiner gesellschaftlichen Überformung, deshalb wird es keinem politischen Avantgardisten je gelingen, sich durch einen intentionalen Akt (etwa durch Einnahme des proletarischen Klassenstandpunkts) unmittelbaren Zugang zu ihm zu verschaffen. Deshalb ist Pluralismus in der Politik ebenso wichtig wie in der Wissenschaft. Und doch muß sozialistischer Pluralismus auch als Herrschaftsform gefaßt werden. Das also sind die Bedingungen des Problems: man muß eine sozialistische Grundordnung definieren, die Meinungsstreit zwischen Sozialisten fördert (besonders im Proletariat, weil es sonst stets systematisch an der Artikulation gehindert wurde, aber auch aller anderen Sozialisten), bürgerlichen Kräften, so sie noch vorhanden sind, die politische Artikulationsform vorgibt, bürgerlichen Umsturz unmöglich macht, und das alles nicht durch weniger, sondern durch mehr Demokratie, als hierzulande die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« gewährt. Es ist offensichtlich, daß die Handlungsnormen, die in Wittichs Erkenntnistheorie impliziert sind, dieses Problem nicht lösen.

Anmerkungen

- 1 Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Kritischen Psychologie findet sich dagegen bei dem DDR-Philosophen Röhr (1979).
- 2 Diese Behauptung scheint mir falsch. Nach der »Antwortkonzeption«, deren Grundgedanken

ich in Jäger 1979, S.93ff. angedeutet habe, sind Aussagen ein Produkt der Abstraktion aus Antworten, d.h. ein Element des »Frage-Antwort-Spiels«. Das typisch rationale Gebilde wäre demnach die Frage. Da diese Konzeption noch nicht durchgeführt und veröffentlicht ist, kann sie hier nicht zur Kritik verwendet werden. Es sei aber auf folgendes hingewiesen: Wittich schreibt selbst, Aussagen seien nicht das *einzig* rationale Element, daneben existierten »weitere rationale Gebilde: die Fragen und die Handlungsanweisungen (bzw. Aufforderungen)« (Wittich u.a., S.199f.). In seiner Systematik gibt es, wie wir gesehen haben, einen Abschnitt über Aussagen und einen über Handlungsanweisungen. Aber keinen über das Fragen. Ich behaupte, daß schon allein deshalb der Versuch, die Voraussetzungen schöpferischen Erkennens zu entdecken (S.234ff.), zum Scheitern verurteilt ist.

Literaturverzeichnis

- Anderson 1978: Über den westlichen Marxismus, Frankfurt/M.
 Bernal 1970: Wissenschaft, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg
 Feyerabend 1976: Wider den Methodenzwang, Frankfurt/M.
 Gößler 1968: Das Verhältnis von Neurophysiologie und Erkenntnistheorie, in: DZfPh, Sonderheft »Probleme und Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie«, S.45 bis 61, Berlin/DDR
 ders. 1972: Erkennen als sozialer Prozeß, in: DZfPh, S.517 bis 546, Berlin/DDR
 Haug 1978: Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus, in: Argument 108, S.186 bis 201, Berlin/West
 Holzkamp 1973: Sinnliche Erkenntnis — Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M.
 ders. 1974: Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verknennung durch J. Bischoff, in: Argument 84, S.1 bis 75
 Holzkamp-Osterkamp 1975: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1, Frankfurt/M./New York
 Jäger 1979: Nichtaussagenkonzeption oder subjektive Rationalität? Auseinandersetzung mit Stegmüller, Westmeyer und einigen Aspekten der Verhaltenstherapie-Diskussion, in: Jäger u.a., Subjektivität als Methodenproblem, Köln
 Kuhn 1973: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M.
 Lecourt 1975: Kritik der Wissenschaftstheorie, Berlin/West
 ders. 1976: Proletarische Wissenschaft? Berlin/West
 Lefèvre 1978: Naturtheorie und Produktionsweise. Probleme einer materialistischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung — Eine Studie zur Genese der neuzeitlichen Naturwissenschaft, Darmstadt und Neuwied
 Loeser/Schulze 1976: Erkenntnistheoretische Fragen einer Kreativitätslogik, Berlin/DDR
 Marx: MEW 3, 13, 26.2
 Röhr 1979: Aneignung und Persönlichkeit. Studie über die theoretisch methodologische Bedeutung der marxistisch-leninistischen Aneignungsauffassung für die philosophische Persönlichkeitstheorie, Berlin/DDR
 Seidel 1976: Denken — Psychologische Analyse der Entstehung und Lösung von Problemen, Frankfurt/M./New York
 Stegmüller 1973: Logische Analyse der Struktur ausgereifter physikalischer Theorien. 'Non-statement view' von Theorien, Berlin (West)/Heidelberg/New York
 Wittich 1968: Widerspiegelung und gesellschaftliche Praxis. Über zwei erkenntnistheoretisch relevante Widerspiegelungsbeziehungen, in: DZfPh, Sonderheft, a.a.O., S.30 bis 44

Konflikte zwischen sozialistischen Ländern*

Vorbemerkung

Der chinesische Einmarsch in Vietnam und dessen bewaffnete Auseinandersetzung mit Kampuchea haben das Problem von Konflikten zwischen sozialistischen Ländern schärfer denn je gestellt. Wenngleich die Geschichte sozialistischer Staaten von Anfang an nicht frei von Konflikten war — man denke nur an die zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, der CSSR, Rumänien und vor allem der VR China — so ist mit den Geschehnissen in Indochina zum erstenmal die Schwelle zum Krieg überschritten und damit ein zentrales Dogma marxistischer Sozialismusauffassung verletzt worden.

Eine Befragung der Begründer der marxistischen Theorie kann zur Erklärung des Phänomens kaum etwas beitragen: Ausgehend von der Vorstellung, daß der Sozialismus zuerst in den entwickelten industriellen Monopolen siegen würde, noch dazu in zahlreichen Ländern gleichzeitig, konnten sie die Probleme nicht voraussehen, die sich aus der nationalstaatlichen Entwicklungsform des Sozialismus und aus der Bedeutung nationaler Befreiungskämpfe für seine Herausbildung ergeben haben. Darüberhinaus ist die Entwicklung des sozialistischen Lagers bisher nicht unter dem Aspekt seiner internen nationalen Differenzen untersucht worden. Vonseiten der sozialistischen Länder ist dies wohl nicht zuletzt deshalb unterlassen worden, weil ihnen die Betonung des *allgemeinen* Moments in der Sozialismusedwicklung und ihr Verständnis von internationaler Solidarität gebietet, solche Widersprüche tunlichst einzuebnen, oder, wo dies nicht möglich ist, sich polemisch auseinanderzusetzen; vonseiten der bürgerlichen Kommunismusforschung wird zwar die Suche nach Konfliktpotentialen innerhalb und zwischen den sozialistischen Ländern eifrig betrieben, aber eben nicht in dem Interesse, nach den Ursachen in der Perspektive positiver Lösungen für solche Konflikte zu suchen.

Umso verdienstvoller ist der Versuch der Zeitschrift der KP Großbritanniens »Marxism Today«, einen Schritt in diese Richtung zu tun. Im Juni 1979 wurde vom Komitee für Theorie und Ideologie der KP Großbritanniens ein Wochenendseminar zum Thema »Konflikte zwischen sozialistischen Staaten« veranstaltet. In der Augustnummer von »Marxism Today« wurden die Referate und zahlreiche Diskussionsbeiträge dieser Tagung veröffentlicht. Wir dokumentieren im folgenden knappe Ausschnitte hieraus.

Die Beiträge kreisen um drei Fragenkomplexe:

1. Welche Folgerungen müssen aus den Ereignissen in Indochina für die marxistische Theorie gezogen werden? Wie muß sie ergänzt und verändert werden? Und: Kann die Theorie letztlich selbst Ursache von Konflikten zwischen sozialistischen Staaten sein?

2. Was sind die Hintergründe des vietnamesisch-kambodschanischen Konflikts? Welche Rolle spielt der US-Imperialismus? Hat Vietnam mehr getan als sich zu verteidigen? Konnte es der Weltöffentlichkeit seine Handlungen nicht plausibler machen?

3. Hinter vielen Überlegungen standen immer wieder die Fragen: Welche politischen Lehren muß die sozialistische Bewegung bei uns ziehen? Wie kann verhindert werden, daß sich die Fronten zwischen sozialistischen Ländern einfach in neuen Gräben einer ohnehin gespaltenen Arbeiterbewegung hier fortsetzen? Können Bedingungen geschaffen werden, um dem Entstehen bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen

* Auszüge aus: Conflicts between Socialist Countries, »Marxism Today« August 1979. Übersetzt von Bettina Gransow, Frank Meyer und Frank Sufra-Friedel.

sozialistischen Staaten in der Zukunft vorzubeugen?

Einigkeit herrschte unter den Autoren darüber, daß man einem der beteiligten Länder nicht einfach den sozialistischen Charakter absprechen dürfe. Dieser sei an objektive wissenschaftliche Kriterien gebunden — insbesondere an das des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln. Das ist sicherlich zutreffend. Aber ist es nicht auch so, daß wir unter dem Druck der Realität immer mehr sozialistische Ideale über Bord werfen und unsere Ansprüche an den Sozialismus immer weiter reduzieren? Aus Enttäuschung könnte Mut werden: Wenn wir den wissenschaftlichen Sozialismus nicht als Lehrbuch auffassen, in dem die Antworten auf unvorhergesehene Fälle nachgeschlagen werden können, sondern als fortzuschreibende theoretische Verarbeitung der Erfahrungen, die beim Vorbereiten und Machen des Sozialismus gesammelt wurden und werden, dann wäre Kritik an den sozialistischen Ländern möglich und neue Entwicklungswege zum Sozialismus könnten beschritten werden, ohne daß damit der reale Sozialismus über die Klinge des idealen springen müßte.

Differenzen zwischen den Diskutanten zeigen sich bei der Suche nach den *Ursachen* von Konflikten zwischen sozialistischen Ländern:

— Liegen sie in dem Sozialismus immanenten Widersprüchen, und können diese aus sich heraus zu Antagonismen werden? Oder ist letztlich der Einfluß des Imperialismus weiterhin von entscheidender Bedeutung?

— Wie wirken die verschiedenen Instanzen — ökonomische Basis und politischer Überbau, Ideologie — in den Konflikten zwischen sozialistischen Ländern zusammen? Welches »spezifische Gewicht« haben sie?

— Ist das praktisch-politische Ungenügen außenpolitischer Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern in erster Linie auf ein historisch gewachsenes Theoriedefizit in diesem Bereich zurückzuführen oder auf mangelnde Kontrolle der Außenpolitik durch ungenügend informierte Bürger in diesen Staaten? Wie sind die Prinzipien von Außenbeziehungen und nationaler Souveränität innerhalb des sozialistischen Lagers näher zu bestimmen?

— Welche Bedeutung kommt dem sino-sowjetischen Konflikt für die Analyse der Problematik zu? Haben sich die revolutionsstrategischen Differenzen zwischen Mao und Stalin nach Gründung der Volksrepublik in veränderter Form fortgesetzt? Oder hat die Isolationspolitik der USA gegenüber der VR China in den 50er Jahren entscheidend zu Chinas Antihaltung gegenüber den beiden »Supermächten« beigetragen, zumal vor dem Hintergrund seines antiimperialistischen und nationalen Befreiungskampfes? Welche Rolle spielt gerade für Länder mit solcher Revolutionserfahrung das Problem des Nationalismus?

So viele Fragen. Bei dieser ersten Diskussion bleibt noch vieles offen oder überhaupt unangesprochen. Der Versuch, die Problematik von ganz unterschiedlichen Aspekten her zu beleuchten, führt zu widersprüchlichen Aussagen. Es werden erst vorsichtige Ansätze zur theoretischen Verallgemeinerung von Analyseergebnissen gemacht. Die müssen wir auch hier aufnehmen und vertiefen.

B.G.

Monty Johnstone

Konflikte zwischen sozialistischen Staaten

(...) Eine Analyse der Konflikte zwischen sozialistischen Staaten zeigt, daß sie normalerweise aus der Verschärfung und gegenseitigen Beeinflussung einer Reihe von Widersprüchen resultieren, die ihre Wurzeln in der Ökonomie, in der politischen oder ideologischen Sphäre haben oder — vielleicht noch öfter — in all diesen in unterschiedlichem Maße. Bei dem Versuch, einige der beteiligten Faktoren herauszukristallisieren, muß ich betonen, daß ich nicht der Meinung bin, daß bestimmte Konflikte auf den einen oder anderen von ihnen allein zurückgeführt werden können. (...)

Ökonomische Widersprüche

(...) Obwohl der Sozialismus die bekannten ökonomischen Ursachen für Kriege, die Lenin in »Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus« analysierte, beseitigt hat, so hat er hiermit nicht alle ökonomischen Ursachen für Konflikte — in Extremfällen Kriege zwischen Nationen — eliminiert. Der verstorbene Malcolm Caldwell hat nachdrücklich hervorgehoben, daß ökonomische Faktoren ein wichtiges Element im Indochina-Konflikt sind. »Die Gründe der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Kambodscha/Kampuchea und Vietnam«, so meinte er (zu einem Zeitpunkt als die Pol Pot-Regierung in Pnom Penh noch an der Macht war), »sind hinreichend real, objektiv, materiell und wichtig, um die Bereitschaft beider Regierungen zu erklären, in einen Krieg zu ziehen, um ihre Rechte zu sichern.«¹ Dies betraf sowohl das Eigentum an Öl in den Küstengebieten als auch die Kontrolle des Wassers des Mekong für die Elektrizitätserzeugung. In beiden Fällen, stellte er fest, hätten die beiden sozialistischen Staaten diametral und unverrückbar entgegengesetzte Interessen. In der Tat scheint Öl der entscheidende Faktor zu sein, der auch in der Auseinandersetzung zwischen China und Vietnam über die Spratly-Inseln eine Rolle spielt, die auch strategische Bedeutung haben.

Die Frage des ungleichen Tauschs zwischen mehr oder weniger entwickelten Ländern kann auch eine Ursache von Spannungen sein, seit die sozialistischen Länder ihren Handel untereinander auf der Grundlage von Weltmarktpreisen betreiben, die (wie Marx gezeigt hat) Länder mit einer höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals begünstigen. Nach dem Bruch mit Stalin im Jahre 1948 argumentierten die Jugoslawen auf diese Weise, daß sie unter der »Ausbeutung« der Sowjetunion und anderer entwickelterer sozialistischer Länder leiden würden.²

Die gemischten Aktiengesellschaften, die in der Stalin-Ära zwischen der Sowjetunion und der DDR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und China gegründet und nach seinem Tod aufgelöst wurden, enthielten auch Elemente ökonomischer Ungleichheit, die verständlicherweise Unmut hervorriefen. Die Möglichkeit eines sozialistischen Staates, der eine monopolistische oder quasimonopolistische Stellung für die Versorgung mit einer wichtigen Ware einnimmt, den Preis hochzuschrauben, kann ein weiterer Grund der Verbitterung sein. Solche Schritte können von wachsenden Kosten für Maschinen verursacht werden oder durch den Versuch eines Landes, die ungünstigen Handelsbedingungen mit kapitalistischen Ländern auszugleichen. Das Ausmaß und die Bedingungen technischer und militärischer Hilfe durch die entwickelteren Länder mag

auch eine Rolle spielen. So protestierte China in den frühen 60er Jahren insbesondere gegen die sowjetische Militärhilfe für Indien, mit dem es bewaffnete Auseinandersetzungen hatte, aus dem allgemeinen Gefühl heraus, daß sowjetische Hilfe statt nichtsozialistischen Ländern lieber den sozialistischen Ländern selbst gegeben werden sollte. Differenzen zwischen nationalen ökonomischen Interessen reflektieren sich in den Debatten innerhalb des RGW, der die meisten der sozialistischen Staaten umfaßt (außer China), und der eine bedeutende Funktion für die Entwicklung und Koordination der nationalen Ökonomien erfüllt. Seit Beginn der 60er Jahre waren die Differenzen um das Ausmaß der Integration und Spezialisierung zentriert. Rumänien hat beharrlich Vorschläge zurückgewiesen, die zwar die supranationale Macht des RGW stärken, aber mit der Konsequenz, daß die nationale Souveränität verringert wird und die untergeordnete ökonomische Position der weniger entwickelten Länder durch eine Einschränkung ihrer allseitigen industriellen Entwicklung fortgeschrieben wird. Rumäniens stärker unabhängige politische Positionen haben sich aus seinem erfolgreichen Kampf für seine nationalen ökonomischen Interessen entwickelt.

Politische und ideologische Faktoren

In den meisten Konflikten zwischen sozialistischen Staaten sind wahrscheinlich politische und ideologische Faktoren von größerer direkter Bedeutung gewesen als die ökonomischen, obwohl sie oft zusammengekommen sind. Kardelj hat zutreffend darauf hingewiesen, daß »die Notwendigkeit von« zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen einzelnen sozialistischen Ländern (...) Tendenzen dazu begünstigt, über andere zu dominieren, zu nationalem Egoismus und ähnlichen Phänomenen.«³ Marx und Engels haben in der »Heiligen Familie« geschrieben, daß »der Egoismus der Nation der natürliche Egoismus des allgemeinen Staatswesens« ist.⁴ Sie sahen nicht voraus, daß ein solches Problem zwischen sozialistischen Staaten existieren würde. (...) Die Sowjetunion hatte keine andere Alternative als den Sozialismus innerhalb ihrer eigenen Staatsgrenzen aufzubauen bis zum Übergreifen der Revolution auf andere Länder. Lenin hat immer betont, daß eine Revolution nicht willkürlich hervorgerufen werden kann. Der Aufbau des Sozialismus in Rußland mußte von einem sehr niedrigen ökonomischen Entwicklungsniveau ausgehen. Hierbei war Sowjetrußland gezwungen, auf den Gebieten Außenpolitik, Diplomatie, Handel, Verteidigung und Nachrichtendienst Zuflucht zu Schutzmaßnahmen traditionell bürgerlicher Staaten zu nehmen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß bestimmte Elemente von nationalem Egoismus teilweise den Internationalismus der Leninschen Periode verdrängt haben und in der Staatspolitik ihren Ausdruck fanden. Traditionelle Großmachtpraktiken, von Stalin und Molotow zu Beginn ihres Umgangs mit kapitalistischen Staaten übernommen und entwickelt, wurden in nicht zu rechtfertigender Weise auf die Beziehungen zu Nationen, die nach dem 2. Weltkrieg den Aufbau des Sozialismus begannen, übertragen. Dies spiegelte sich schon im Jahre 1948 bei den Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien wider, die, wie John Gollan betont, entstanden, »weil Jugoslawien auf seinem Recht bestand, einen unabhängigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.«⁵

Die Politik der Dominanz einer Nation

In der Vergangenheit haben Marxisten die Rolle des Nationalismus in sozialistischen

Ländern stark unterschätzt. Er spielt eine besonders große Rolle in China und in den indochinesischen Ländern, die gerade erst aus einer kolonialen bzw. halbkolonialen Vergangenheit heraus zur Nationalstaatlichkeit gefunden haben und die nach antiimperialistischen Befreiungskämpfen mit vorherrschend nationalen Inhalten schnell ein sozialistisches System errichtet haben. Der legitime Ausdruck nationaler Identität und des Nationalstolzes ging oft einher mit einem Wiederaufleben traditioneller, nationaler Feindschaften, Ressentiments und Empfindlichkeiten. Das Problem der aus vorsozialistischen Zeiten übernommenen Staatsgrenzen wird häufig durch die Existenz nationaler Minderheiten verschärft, die durch diese Grenzen von den Ländern ihres ethnischen Ursprungs getrennt werden. Es besteht die Gefahr, daß sich ein sozialistischer Staat entwickelt, der hegemoniale Ansprüche der Dominanz über diejenigen Gebiete zum Ausdruck bringt, die in früheren zeitgeschichtlichen Abschnitten von ihm beherrscht wurden. Es gibt Anzeichen dafür, daß derartige Überlegungen in der chinesischen Außenpolitik eine Rolle spielen.

Wo der Staat von einer kleinen Herrschaftsgruppe (die in interne Machtkämpfe verstrickt sein kann) autokratisch kontrolliert wird, ist immer die Möglichkeit vorhanden, Nationalismus oder gar Krieg als Mittel zur Ablenkung von politischer oder sozialer Unzufriedenheit und zur Übertragung in Haßgefühle gegenüber den »Erbfeinden« jenseits der Grenze zu verwenden, die für angebliche Untaten oder Drohungen verantwortlich gemacht werden. Dies war wohl auch ein wichtiges Element im Verhalten des Pol-Pot-Regimes gegenüber Vietnam. Kriegerische Handlungen sind besonders wahrscheinlich in Ländern, in denen die Armee eine vorherrschende Stellung einnimmt oder zumindest einen starken Machtfaktor darstellt. In sozialistischen Gesellschaften haben die Militärs auch eigene, funktionale Interessen, die, falls sie nicht politischer Kontrolle unterstellt sind, eine Gefahr darstellen können.

Politische und ideologische Differenzen können ein eigenes Kraftmoment sein und sich zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Staaten entwickeln. Dies umso mehr, wenn der Konflikt durch Fanatismus, Dogmatismus und die verzerrte Darstellung der Ansichten und Handlungen der anderen Seite verschärft wird, wobei das Volk daran gehindert wird, sich Informationen aus erster Hand zu beschaffen.

Einer der Hauptgründe für Differenzen in einer zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten aufgeteilten Welt liegt in der Frage begründet, welche politischen, diplomatischen und militärischen Strategien die sozialistischen Länder den imperialistischen Mächten gegenüber anwenden sollen. Angst vor den Auswirkungen des Austritts eines sozialistischen Landes aus dem sozialistischen Lager auf das internationale Gleichgewicht der Macht und den Weltfrieden kann ebenfalls einen Konflikt hervorrufen und stellt den Hintergrund für die sowjetische Intervention in Ungarn im Jahre 1956 dar. (...)

Schlußfolgerungen

Ich habe mich bemüht zu zeigen, daß die Konflikte zwischen sozialistischen Ländern, die vor unseren Augen ablaufen, weder unerklärlich noch mit Verteufelungen der einen oder anderen Seite zu erklären sind. Da die sozialistischen Staaten sich weiterentwickeln und an Zahl zunehmen, ist zu erwarten, daß die Komplexität und Bandbreite der Differenzen ebenfalls zunimmt. Diese basieren auf objektiven Widersprüchen, die wir untersucht haben, aber auch auf subjektiven Widersprüchen, die aus dem

Fortbestehen eigensüchtiger »Versuche, auf dem Rücken des anderen zu reiten« stammen und »nationalen Antipathien, die nicht so schnell verschwinden werden«, wie Lenin unterstrichen hat. »Die Arbeiterklasse«, sagt er, »wird nicht heilig werden und gegen Irrtümer und Schwächen nur auf Grund der Tatsache gefeit sein, daß sie die soziale Revolution durchgeführt hat.«⁶

Es müssen Bedingungen und Strukturen geschaffen werden, um diese Widersprüche zu erkennen, zu diskutieren und friedlich beizulegen. Es gibt keinen Grund, warum sie zu einem bewaffneten Konflikt führen sollten, da die langfristigen Interessen sozialistischer Länder an Kooperation bei weitem stärker sind und schwerer wiegen als alle Vorteile, die durch Verfolgung eigener Interessen bis hin zu einer militärischen Aktion erlangt werden können. Das bewußte Vortreiben eines internationalistischen Standpunkts, unbedingt notwendig auf allen Ebenen, bedingt jedoch die Anerkennung und Respektierung eines Pluralismus der Meinungen und Interessen als Langzeit-Phänomen zwischen sozialistischen Ländern. Ebenso setzt es unbegrenzte Kontakte zwischen ihren Völkern, den freien Fluß der Informationen, der Meinungen und den Zugang zu den Kanälen für ihre öffentliche Diskussion ebenso wie einen Verzicht auf Beilegung von Differenzen durch Gewalt oder die Androhung von Gewalt voraus.

Fred Halliday

(...) Außenbeziehungen

Revolutionäre Sozialisten haben erst spät die Notwendigkeit eingesehen, Außenbeziehungen zu praktizieren, die den diplomatischen Beziehungen zwischen einzelnen Staaten entsprechen. (...) Der erste Volkskommissar für auswärtige Beziehungen in der bolschewistischen Regierung, Leo Trotski, sprach wahrscheinlich für alle seine bolschewistischen Kollegen, als er feststellte, daß seine Aufgabe darin bestünde, »einige Deklarationen zu verfassen« und dann das Ministerium zu schließen. Der Ruf nach »einem Ende der Geheimdiplomatie«, der mehr als 100 Jahre durch die sozialistische Propaganda tönte, hatte ähnlich optimistischen, aber gleichwohl unrealistischen Charakter. Das Ergebnis ist, daß dort, wo kapitalistische Staaten eine klare Sprache und einen Kode für die Durchführung auswärtiger Beziehungen haben, die nachkapitalistischen Staaten bis heute Probleme haben, die Tatsache klar zu artikulieren, daß sie als Staaten besondere Interessen haben, die sich vom allgemeinen Wohlergehen der Menschheit und ähnlich allgemeinen, wenngleich positiven Erwägungen unterscheiden. Solange daher einzelne Staaten existieren, und das wird voraussichtlich für eine lange Zeit sein, müssen auswärtige Beziehungen als ein besonderer und notwendiger Bereich internationaler politischer Praxis betrachtet werden. (...)

Interne Verhältnisse

(...) Die kapitalistischen Länder können ihre Nichtübereinstimmungen offen feststellen und diskutieren, und dies ist ein Pluspunkt für sie. Die nachkapitalistischen können dies nicht, und im Ergebnis ist ein starrereres und spröderes System entstanden: Der Monolithismus in den internationalen Beziehungen ist die Widerspiegelung eines ähnlichen Monolithismus in den internen Beziehungen und hat die gleiche Anwendung eines falsch verstandenen Zentralismus in Bezug auf die politischen Beziehungen zur Folge. Es handelt sich dabei nicht einfach um die Übertragung von Gewohnheiten

aus einer Sphäre in eine andere: Wie der Fall der Tschechoslowakei 1968 deutlich gemacht hat, wird das Vorhandensein einer offenen Debatte in irgendeinem Teil des internationalen nachkapitalistischen Systems als eine Bedrohung für all diejenigen Parteiführungen angesehen, die solche Debatten in ihren eigenen Ländern ableugnen. In internen wie in externen Angelegenheiten ist Einmütigkeit die Norm: Das Ergebnis besteht in beiden Fällen darin, daß eigentlich begründete und lösbare Differenzen unterdrückt werden und das Risiko besteht, daß sie stärker und unkontrolliert zu einem späteren Zeitpunkt ausbrechen.

Die Verschränkung internationaler und interner Praxis wird besonders deutlich auf dem Gebiet der Presse. (...) Die sozialistische Presse sollte eine erzieherische Rolle in dem Sinne spielen, daß sie Interesse an internationalen Gegenständen weckt und dem Mangel an Information entgegentritt, auf dessen Grundlage so leicht nationale Phobien entstehen können. Das erfordert genau die Art von informierter und kritischer Presse, die in den nachkapitalistischen Staaten, mit m.E. einer einzigen Ausnahme, fehlt. In diesen Ländern spiegelt die Presse die monolithischen politischen Konzeptionen der Parteiführungen wider: Dies führt nicht nur zu einer einseitigen Präsentation der offiziellen Sicht des Tagesgeschehens, sondern auch, wo keine offizielle Position oder Schwerpunktsetzung vorhanden ist, schlichtweg zum Verschweigen von Ereignissen. (...) Wenngleich einige Formen von innerparteilichen instruierenden Sitzungen für Parteimitglieder stattfinden, so ist dies doch kein Ersatz für eine informierte öffentliche Diskussion über auswärtige Beziehungen. (...)

Anthony Barnett

Konflikte zwischen kommunistischen Ländern und Vietnam⁷

(...) Ein Teil imperialistischer Politik

Diese Konflikte sind ein Aspekt des Kampfes gegen die weltweite Herrschaft des Kapitalismus. D.h., daß die Konflikte zwischen sozialistischen Staaten ein Teil der imperialistischen Politik des Teils und Herrsche sind. Auf dieser Position bestehe ich nicht, um das Problem auf einfache Weise zu lösen. Im Gegenteil, es ist peinlicher, sich im Angesicht des Feindes zu spalten als unter anderen Umständen. (...) Die Hammerschläge des Imperialismus haben in den sozialistischen Ländern staatliche Systeme geschmiedet, die sich wie in einem Belagerungszustand empfinden, alles unter Geheimhaltung stellen und oft diktatorisch sein können (sogar wenn sie nicht Opfer einer kriminellen Politik, von Massensäuberungen und bizarrer und abwegiger Kulte sind wie in der UdSSR unter Stalin oder in China unter Maos persönlicher Anleitung nach 1965). Diese Staaten betreiben ihre gegenseitigen Beziehungen unter Geheimhaltung und deshalb führen ihre kommunistischen Parteien ihre internen Beziehungen als eine spezielle Form staatlicher Diplomatie durch. Das nationale Moment nimmt hier gegenüber dem sozialistischen unvermeidlich den Vorrang ein. Unter gewissen Umständen sind Geheimdiplomatie und geduldige Anstrengungen, bestehende Differenzen im Stillen zu bereinigen, natürlich notwendig. Die Vietnamesen waren bis zu ihrem Sieg Meister auf diesem Gebiet und hätten ohne diese Einstellung ihren Sieg nicht errungen. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie die sozialistischen Staaten, in dem Bemühen, sich gegen Angriffe zu schützen, eine Vorgehensweise etabliert haben, die letztlich sehr spaltend wirkt.

Ein Wendepunkt

(...) Die Krise betrifft nicht nur die Sozialisten; der Konflikt in Südostasien repräsentiert einen ganz besonderen Wendepunkt. Die Wiedervereinigung Vietnams, 30 Jahre nach dem Versuch der Franzosen, das Verdikt von Ho Chi Minhs Augustrevolution rückgängig zu machen, war einer der größten Triumphe auf dem Weg zur Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung. Mit Hilfe der unersetzbaren materiellen Hilfe der sozialistischen Staaten, aber nur mit ihrer widerstrebenden Unterstützung und zeitweise sogar entgegen ihren eigenen Wünschen, brach das vietnamesische Volk, unter Führung seiner kommunistischen Partei, die Welthegeemonie, die die USA seit dem zweiten Weltkrieg innehatte. Heutzutage versuchen die westlichen Medien und die chinesische Presse, die Bedeutung dieser großartigen Leistung zu schmälern und zu verunglimpfen. Aber damit verunglimpfen sie nur sich selbst. Der Sieg des Jahres 1975 hat mehr als die drei sozialistischen Länder Indochinas hervorgebracht. Ohne diesen Sieg gäbe es heute keine ihre Macht konsolidierenden sozialistischen Regierungen in Angola und Äthiopien, um nur zwei offensichtliche Beispiele zu nennen. Die in diesem Jahr ausgebrochenen Kriege haben den Imperialisten die Chance gegeben, diese Ergebnisse rückgängig zu machen. Als erstes startete man eine Kampagne, in der ganz bewußt in Erwägung gezogen wurde, direkten US-Interventionen wieder eine legale Basis zu geben. Im zweiten Schritt wurden die Vietnamesen angegriffen, um im Nachhinein den Krieg zu rechtfertigen. Darum ging es in der Kampagne für die »Boat-people« — der Krieg sollte rückwirkend zu einer »ehrenhaften« Sache gemacht werden. Drittens hofft man, daß die »Eindämmung« der vietnamesischen Revolution deren humanitären und demokratischen Charakter zerstören könne; man stellte die Regierung als unbeliebt und ihre Wirtschaft als erfolglos dar. Der heiße Krieg zwischen den ehemaligen sozialistischen Partnern hat einen neuen kalten Krieg entstehen lassen, dessen Angriffspunkt der Kommunismus schlechthin ist.

Das Gleichgewicht der Kräfte

Gleichzeitig dürfen die Siege des Jahres 1975 die Sozialisten aber nicht in Verwirrung in der Frage der wirklichen weltweiten Kräfteverhältnisse bringen. (...) Obwohl die Position der USA als international vorherrschender Macht gebrochen ist, sind sie ganz einfach noch das mächtigste Land innerhalb des mächtigsten Blocks der Welt. Für die Sozialisten im Westen ist es besonders wichtig, diese Tatsache zu begreifen und zu behalten, denn sonst gehen alle grundlegenden Einschätzungen daneben. Heutzutage ist es fast unmöglich, eine »ernsthafte« Zeitung zu finden, in der nicht steht, daß der sowjetische Imperialismus aggressiver und stärker sei als der Westen, daß der Westen heute die schwächere der nach Vorherrschaft strebenden Mächte sei. Das ist natürlich Unsinn. Alles was sich nach 1975 ereignete, ist die Tatsache, daß der sozialistische Block seither nicht mehr der vollkommen untergeordnete ist.

Warum sollte Kambodscha Vietnam angegriffen haben?

Die Argumentation, daß es eine viel stärkere Macht überfallen werde, erscheint unglaublich. Zum ersten scheint es mir klar zu sein, daß den Kambodschanern von Peking Zusicherungen gemacht wurden, die Garantien nahe kamen. (...) Aber sie konnten nur etwas anstacheln, was schon vorhanden war: Eine Fraktion mit Kriegsabsichten in Pnom

Penh. Das war die Pol-Pot-Gruppe. (...) In Afrika haben wir jüngst zwei Beispiele dafür gesehen, daß kleinere Staaten größere angriffen. Somalia griff Ägyptens Provinz Ogaden an, nachdem es von Saudi Arabien und den USA dazu ermutigt wurde. Uganda griff Tansania an, um innere Probleme zu lösen, die aus dem Charakter von Idi Amins Regime entsprangen. In Kambodscha waren diese beiden Zwänge wirksam. So unglaublich es erscheinen mag und obwohl es nur durch eine Analyse des gesamten revolutionären Prozesses in Kambodscha zu erklären ist, gibt es keinen Zweifel: Kambodscha hat Vietnam in den Delta-Grenzgebieten systematisch angegriffen und ein vernünftiges Friedensangebot ohne jegliche Diskussion abgelehnt. Aber dies vorausgesetzt, warum mußte Vietnam die Pol-Pot-Regierung stürzen? Hätte es nicht einfach seine Grenzen verteidigen können anstatt die »nationale Souveränität« zu verletzen? Meiner Meinung nach verliert ein Land, das ein anderes militärisch angreift, das Recht zur Verteidigung entsprechend dem Prinzip der unverletzlichen nationalen Souveränität. Dieses Prinzip kann sicherlich nicht benutzt werden, um in seinem Schutz Aggressionen zu begehen. Aber man muß damit nicht übereinstimmen, um zu akzeptieren, daß es hierbei um mehr ging als um einen Grenzkonflikt. Wegen der ökonomischen und sozialen Situation in Südvietnam bedrohten die Angriffe Kambodschas den ganzen Prozeß der friedlichen Wiedervereinigung und der Integrität der Revolution im Süden. (...)

Friedliche Zustände mußten vorherrschen, wenn die Wiederbesiedlung vonstatten gehen sollte, eben weil es *kein* Zwangssystem gab. Der Heilungsprozeß konnte nicht unter feindseligen Bedingungen vorangehen. Bei einem anhaltenden Konflikt wäre die ganze Politik der vietnamesischen KP, die auf eine friedliche Wiedervereinigung und generelle Versöhnung zielte, bedroht gewesen. Der Sieg von 1975 selbst stand auf dem Spiel.

Zersplitterungen

Vielleicht hätten auch diese Anspannungen von einer Gesellschaft, die schon geeint ist und sich in gemeinsamer Arbeit befindet, durchgestanden werden können, aber dies war nicht der Fall im südlichen Teil Vietnams nach 1975. Das Gebiet südlich Saigons war seit jeher das kämpferischste Vietnams gewesen, aber es war auch die geteilteste und chaotischste Region, ganz im Unterschied zum kompakten und homogenen Norden. Es war sowohl in ethnischer wie in ökonomischer, politischer und religiöser Hinsicht gespalten. Es gibt dort zwei ethnische Hauptgruppen: Die Khmer und die Hoas (Vietnamesen chinesischer Abstammung). Beide zählen jeweils mehr als 1 Million Menschen. Die Khmer wurden von den USA als Basis benutzt, um Spezialeinheiten zu rekrutieren. Die Hoas zogen natürlich ihren Nutzen aus dem Krieg und waren sehr aktiv im inneren Verteilungssystem, wobei sie mehr von den USA als von der FNL profitierten. (...) Wie die ethnischen Gruppen entwickelten auch die religiösen besondere und ökonomische Interessen. Man wird begreifen können, daß in einer Zeit ausgedehnter Kämpfe, in der die chinesischen Händler mit Reis spekulierten und sich die Khmer-Dörfer der Organisation durch die Kommunisten widersetzen, eine unkontrollierbare Spaltung im Rahmen des Möglichen lag.

Aber die ökonomische Situation verschlimmerte die Lage noch mehr. Zu Naturkatastrophen kam eine Nahrungsmittelknappheit hinzu, etwa als gegen Ende 1978 eine halbe Million Hektar bereits bestellten Landes verdorrte. Es war und ist für die Vietna-

mesen unbedingt notwendig, dieses Land zu kultivieren und den Kampf gegen die Nachwirkungen der Entlaubungsaktionen zu beginnen. Das aber war unmöglich während der Kriegshandlungen, als hunderttausende von Bauern von ihrem Land vertrieben wurden und noch mehr äußerst fruchtbare Reisanbaugebiete nicht umgepflügt werden konnten — es sei denn von Granaten.

Die Verluste

(...) Man muß also zu der Instabilität und der Zersplittertheit des Südens noch die Schwierigkeit hinzuzählen, sich vom Krieg zu erholen, wo die Sieger in manchen Gegenden viel größere Verluste als die Besiegten hingenommen hatten. Das bringt mich zu der letzten Gruppe: Der mehr als eine Million Mann zählenden Truppen, der zehntausenden Polizisten und Staatsbediensteten des Thieu-Regimes, ohne die vielen anderen aufzuführen, die direkt von den USA beschäftigt wurden und ihre Stellen nach dem Sieg von 1975 verloren. Die Kommunisten taten und tun alles in ihrer Macht Stehende, um diese Leute für sich zu gewinnen oder sie zumindest dazu zu bringen, die Hanoi Regierung zu respektieren und das Gesetz zu beachten, wie auch ihren Lebensunterhalt zu verdienen, ohne weiter auf die Subsidien des reichsten Landes der Welt rechnen zu können. Unter den Bedingungen eines von den kambodschanischen Kommunisten initiierten Krieges war es denkbar, daß diese neue Loyalität nicht aufrechterhalten werden konnte. Es scheint mir, daß Hanoi in keiner Weise einen »langen, langen Krieg« (Prognose des chinesischen Botschafters in Laos 1978, d. Übers.) in seinen sozial zersplitterten und wirtschaftlich ergiebigen Grenzregionen dulden konnte. Ein Krieg in den abgelegenen Gebieten des Kardamom-Gebirges war hier offensichtlich vorzuziehen. Vom militärischen Standpunkt her gesehen, würde es einen größeren Verlust an Truppen und Ausrüstung und eine größere Belastung der Wirtschaft bedeuten. Aber auf politischem und sozialem Gebiet war es zu ertragen, während ein defensiver Grenzkrieg, bei dem die Kambodschaner und ihre chinesischen Berater (von denen es mindestens 10.000 gab) die Initiative, nach Belieben anzugreifen, innehatten, nicht zu akzeptieren war. Dementsprechend mußte Vietnam zu seiner *Selbstverteidigung* mit aller Kraft zurückschlagen. Daraus folgt schließlich, daß die Vietnamesen das Pol-Pot-Regime nicht nur stürzten, weil es das Schrecklichste war, das je im Namen des Sozialismus errichtet wurde, das war vielleicht der letzte Grund für Hanoi, sondern das Hauptmotiv lag darin, seinen eigenen nationalen Aufbau zu schützen. Aus diesem Grund schlug es eine internationale Inspektion demilitarisierter Grenzgebiete vor, die jegliche vietnamesische Vorherrschaft über Pnom Penh wenigstens für absehbare Zeit verhindert hätte. Das Hauptziel Hanois war es weder, gewaltsam eine Hegemonie über ganz Indochina zu errichten, noch wollte es die Pol-Pot-Regierung aus Altruismus gegenüber der kambodschanischen Bevölkerung und gegenüber der Welt stürzen. Es war eine Verteidigungshandlung, die dem gleichen Ziel diente, die die Führung in Hanoi eine Generation lang beschäftigt hatte: Die Wiedervereinigung Vietnams.

Jean Stansfield

(...) Die Reaktion der KP auf Konfliktsituationen

Wir haben es nötig, in unseren Reaktionen auf Konfliktsituationen in der Welt vorsichtig zu sein, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit behalten wollen. Vorsichtiger als wir

auf die Entwicklungen in Indochina reagiert haben: mit einer total unkritischen Unterstützung der Invasion in Kambodscha durch von den Vietnamesen unterstützte Truppen und mit Freude über den Sieg dieser Truppen, die sich in euphorischer Begeisterung in unserer Presse ausdrückte. Wenn internationale Übereinkünfte und das Prinzip der Nichteinmischung zwischen Staaten irgend etwas bedeuten sollen, dann muß unsere Antwort auf solche Situationen objektiver sein und es müssen Kriterien festgelegt werden, anhand derer ein prinzipieller Standpunkt ausgearbeitet werden kann. (...) Wie verständlich das vietnamesische Vorgehen aufgrund des vorherigen kambodschanischen Eindringens auf ihrem Territorium war und was für ein Unterdrückungsregime Pol Pot auch errichtet hatte, der Staat wurde immer noch als sozialistischer Staat betrachtet und die Invasion stellte ein Verlassen der Prinzipien der nationalen Souveränität und Nichteinmischung dar. (...) Welche prinzipiellen Bestimmungen müssen in Bezug auf die nationale Souveränität im Lichte der jüngsten Erfahrungen gemacht werden? (...) Es scheint mir, daß die demokratischen Rechte des Volkes sehr eng mit jeglichen Prinzipien verbunden sind, die Beziehungen zwischen Staaten betreffen. Das Recht auf Selbstbestimmung muß sicherlich die Grundlage der näheren Bestimmung von nationaler Souveränität sein. (...)

John Gittings

Das Problem von Meinungsverschiedenheiten zwischen sozialistischen Staaten ist in der Tat schon sehr früh von Mao Zedong bemerkt worden, als er wegen seiner Politik unter den Druck der offenen sowjetischen Mißbilligung geriet. Als Stalin 1946 für eine Aussöhnung mit Chiang Kai-shek in China eintrat, verfaßte Mao ein Rundschreiben, um seinen irritierten Parteigenossen diese Haltung zu erklären. Er sagte dem Sinne nach, daß sich die Interessen sozialistischer Länder je nach den aktuellen Umständen ändern. Für die Sowjetunion ist es gegenwärtig notwendig, nach einem begrenzten Kompromiß mit den USA zu suchen (Stalin hatte den chinesischen Kommunisten gesagt, daß sie die USA nicht dadurch provozieren sollten, daß sie sich auf einen Bürgerkrieg einließen). Wir stehen unsererseits vor der Notwendigkeit, die Revolution fortzuführen. (...) In der Rückschau bestand das Problem in den späten 50er Jahren darin, daß die russische Führung die Tatsache der Nichtübereinstimmung mit China nicht akzeptieren konnte und Mao auf Linie zu bringen versuchte — durch die Rücknahme der Hilfe und andere Strafaktionen. Hierauf begann das chinesische Verhalten, Maos insbesondere, seinen früheren Sinn für Flexibilität und Realismus zu verlieren.

Der »imperialistische Input«

(...) Seit der »Öffnung« Chinas im Jahre 1840 war die chinesische Außenpolitik immer in der Defensive, in erster Linie damit beschäftigt, nach Wegen und Mitteln zu suchen, um den verschiedenen imperialistischen Bedrohungen zu begegnen. Dies hat zu einer eingeschränkten Sicht geführt, in der die Aktionen der Großmächte (jetzt »Supermächte«) ganz natürlich ihre Betrachtung dominiert haben und dem alles andere untergeordnet wurde. Dies hat auch die taktische Notwendigkeit geschaffen, eine Großmacht gegen die andere auszuspielen — was wiederum ein offensichtliches Charakteristikum der gegenwärtigen Politik ist. Abgesehen von dieser historischen Gewachsenheit

der chinesischen Wahrnehmung der Außenwelt sollten wir auch den Beitrag des US-Imperialismus zur Ausweitung der sino-sowjetischen Spaltung in den 50er Jahren voll in Rechnung stellen. Ein ähnlicher »Beitrag« ist von den USA gerade in Bezug auf China und Vietnam geleistet worden. Nach der Genfer Konferenz 1954 versuchte China die Art von Dialog mit den USA zu beginnen, die vielleicht in den 70er Jahren erfolgreich geworden ist: aber 20 Jahre früher hat Washington es von sich gewiesen, sie ernst zu nehmen. Von da an konnte China nur mit wachsender Besorgnis die (aus seiner Sicht) unausgeglichene Entwicklung der bilateralen Entspannung zwischen Washington und Moskau verfolgen. Selbstverständlich haben die USA dasselbe Spiel fortgesetzt, wenn auch die Taktik sich geändert hat. Unter dem Druck der Isolation und durch den wachsenden Dogmatismus der maoistischen Führung ist in der Zwischenzeit die Scharfsinnigkeit der chinesischen Diplomatie der früheren Jahre verloren gegangen. Es sei denn, daß wir jetzt Zeugen einer Reihe ernsthafter Versuche werden, die gepunktete Linie, die von Peking nach Moskau führt, auszufüllen, jetzt, nachdem die zwischen Peking und Washington durchgezogen worden ist. Es gibt immense interne Hindernisse — jeder chinesische Führer, der sich für eine Wiederannäherung mit Moskau einsetzen würde, hätte sich den Angriffen der Partei auszusetzen — und ebenso äußere Hindernisse (von sowjetischer Seite). Aber wenn es erreicht werden könnte, und es würde des guten Willens auf beiden Seiten bedürfen, würde es dazu beitragen, dieses zentrale Ungleichgewicht in den Großmachtbeziehungen zu lösen, das zu so vielen Problemen geführt hat und das weitgehend verantwortlich ist für die aktuellen intersozialistischen Konflikte, die uns gegenwärtig beschäftigen.

Anmerkungen

- 1 Race and Class, London, Frühjahr 1979, S.332.
- 2 Vgl.: Milentije Popovic: On Economic Relations among Socialist states. London 1950.
- 3 Kardelj, E.: Socialism and War, London 1961, S.189.
- 4 MEW Bd. 2, S.126.
- 5 John Gollan: »Socialist Democracy — Some Problems. The 20th Congress of the Communist Party of the Soviet Union in Retrospect«, in: Marxism Today, Januar 1976, S.26.
- 6 Lenin, Collected Works, New York/London 1942, Bd. 19, S.299.
- 7 Ein vollständiger Abdruck des Beitrages von A. Barnett findet sich in *Prokla* 37/79.



Stamokap-Theorie. Krisenpolitik.
Nationalisierungsprogramm BRD.
Demokratische Wirtschaftsplanung
Italien.

D. Albers, W. Goldschmidt, H. Jung,
N. Paech u.a.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Wie gefährlich ist Franz Josef Strauß?

Eine Kontroverse als Aufforderung zur Mitarbeit am Argument-Sonderband (AS) 51: Sozialliberalismus oder rechter Populismus?*

Vertritt Strauß das Monopolkapital? Und Schmidt die Arbeiter? Oder beide dasselbe? *Vertreten* sie überhaupt? Was tun derweil die Vertretenen? — So fragend gehen wir in eine bestimmte Richtung der Analyse politischer Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik. Die Reduktion des Politischen auf Ökonomie und auf die Klassen herrscht vor in politischer Praxis und Theorie der Linken. Was wir von Gramsci und Althusser, in den Debatten um Eurokommunismus und Austromarxismus lernen konnten, sind Begriffe für die relative Eigenständigkeit des Politischen und die Bedeutung des Handelns der Massen dabei. Die nachfolgend abgedruckten Thesen zur Strauß-Kandidatur aus der Politik-Kommission des »Argument« kommen — vom gemeinsamen Ausgangspunkt des Nicht-Ökonomismus ausgehend — zu kontroversen Ergebnissen. Sie sollen eine doppelte Funktion erfüllen: 1. alle Autoren des Bandes anregen, die vorgeschlagenen übergreifenden Fragestellungen und Begriffe bei der Bearbeitung ihres Themas zu prüfen und weiterzuentwickeln oder zu verwerfen; 2. zu weiteren allgemeinen Thesen über die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik auffordern (vgl. unten Punkt I). — Wir gehen davon aus, daß der Kampf der Blöcke um die Hegemonie auf gemeinsamen *Kampffeldern* ausgetragen wird, d.h. in Politikbereichen (vgl. unten die Punkte II.1-9), die von den Blöcken gegensätzlich artikuliert und in gegensätzliche Programme eingeordnet werden. Je Kampffeld kann eine vergleichende Analyse gemacht werden, die die beiden Blöcke aufeinander bezieht, oder zwei kürzere Beiträge über je einen Block. Den Vorrang haben nach Anlage und Funktion des Bandes themenhaft komprimierte Einschätzungen (10 Manuskriptseiten), die Pflöcke in den Sumpf der Theorie des Politischen rammen in der Analyse konkreten Materials.

Arbeitsplan: Exposé (max. 3 Seiten) bis 29.2.80 an die Redaktion. Autorenkonferenz am 29.3.80. Redaktionsschluß: 30.5.80.

Struktur des Bandes: I. Strauß-Kandidatur und politische Kräfteverhältnisse. Kontroverse Ansätze in Thesen. Vgl. die Texte von Michael Jäger und Wieland Elfferding. II. Kampffelder der Blöcke (1-2 Texte pro Punkt): 1. Diskursanalyse: »Demokratischer Sozialstaat« oder »bürokratischer Versorgungsstaat«? Individuum/Gesellschaft/Staat. 2. Sozialpolitik, 3. Gewerkschaften, 4. Familie, 5. Bildung, 6. Kommunale Politik, 7. Medienpolitik, 8. Außenpolitik, 9. Verstaatlichung/Reprivatisierung. III. Handlungschancen der Linken: 1. Die Atompolitik der beiden Blöcke als Voraussetzung eines parteifähigen linken Bündnisses? 2. Die Grünen als neue Partei »neuen Typs«? 3. Sozialistische Politik durch kritische SPD-Unterstützung?

• • •

1. Die Gefährlichkeit von Strauß besteht nicht darin, daß er Faschist oder faschistoid wäre. Strauß hat mit Hitler noch weniger zu tun als dieser mit Louis Bonaparte oder General Kornilow. Eher sind derartige Analogien gefährlich, weil sie zu falscher Bewaffnung des Widerstands gegen Strauß führen. Was spricht denn für einen spezifischen Zusammenhang zwischen Strauß und dem Faschismus?

— In der Klassenbasis der Strauß-Fraktion sind zwar die alten Mittelschichten überrepräsentiert und diese waren auch in der Klassenbasis des deutschen Faschismus überrepräsentiert. Vergleichende Betrachtung aller politischen Bewegungen in Westeuropa, in denen die alten Mittelschichten überrepräsentiert sind, zeigt jedoch, daß dieser Umstand als solcher — »als solcher«, d.h. ohne Berücksichtigung der ökonomischen Situation dieser Schichten sowie ideologischer Konstellationen — so gut wie nichts besagt.

* Vgl. dazu »Populismus-Theorie« in diesem Heft.

— Als realhistorisches Phänomen betrachtet, hatte es der deutsche Faschismus mit Problemen zu tun, die heute nicht mehr existieren (Stichworte: »Zuspätkommen« und problematisches Zustandekommen der deutschen Nationalstaatsbildung; Kontinuität vom preußischdeutschen bis zu Hitlers Kontinentalimperialismus; Belastung der ganzen Gesellschaft, namentlich auch Erschwerung einer »rationalen« kapitalistischen Entwicklung durch Widerspruch »traditioneller« und »moderner« sozioökonomisch-politischer Gruppen und entsprechender Ideologien). Die sich heute anbahnenden neuen Probleme können zwar wiederum zu katastrophalen politischen Entwicklungen führen, haben aber den spezifisch »deutschen touch« verloren und sollten daher in einem anderen Bezugssystem betrachtet werden. (Es wird hier ein »nicht-ökonomistischer« Problembegriff verwendet. Rein ökonomisch, und auch ökonomisch nur auf hoher Abstraktionsebene, haben wir es allemal mit demselben Problem und mit derselben Gefahr des Einbruchs von Barbarei zu tun.)

— Die ökonomische Situation wird sich allem Anschein nach in den nächsten Jahrzehnten in schlimmster Weise zuspitzen und schon deshalb stehen auch politisch gefährliche Zeiten bevor, besonders weil, wie wohl zureichend nachgewiesen wurde, der erreichte Stand des Akkumulationsprozesses des Kapitals »keynesianische« Lösungen nicht mehr zuläßt. Offene politische Lösungen werden erforderlich, die darauf hinauslaufen, austerität immer rigider zu erzwingen. (Wobei es die BRD wegen ihrer Vorherrschaft auf dem westeuropäischen Markt leichter haben wird als andere Staaten.) Die »rationalste« und glatteste Lösung dieser Art wäre der sogenannte gesellschaftliche bzw. liberale Korporatismus. Das ist ein System, bei dem die Gewerkschaften permanent und institutionell, nicht notwendig in verrechtlichter Form, jedenfalls aber »freiwillig« mit Staat und Bourgeoisverbänden über politische Fragen aller Art kooperieren, ökonomische Zugeständnisse machen und im Gegenzug ein Stück Staatsmacht abbekommen. Die Gefahr einer solchen Lösung wird nun aber keineswegs von Strauß verkörpert, sondern ist sozialdemokratische Politik. Sie wird von den Christdemokraten erbittert bekämpft.

— Bleibt der evidente Polittourismus von Strauß nach Chile. Freilich: wenn hierzulande die sozialistische Bewegung einmal Ausmaß und Charakter der chilenischen Allende-Zeit angenommen haben wird — den Vorbeugungsmaßnahmen unseres Verfassungsrechts zum Trotz, *auf dessen Boden Strauß steht* und dessen ideologische Abstraktion (falsche Zusammenfassung als scheinbare Grundlage) die FDGO ist —, dann werden sich noch ganz andere Figuren als Strauß in Faschisten verwandeln. Wir sollten jedoch mit unserer Analyse im Lande sowie in der Gegenwart und konkret voraussagbaren Zukunft bleiben.

Die beiden bürgerlichen Blöcke, Christdemokraten und Sozialliberale, beschuldigen sich gegenseitig der Nähe zum Nationalsozialismus. Die Sozialisten sollten Autonomie gegenüber dieser wirklichkeitsfremden Auseinandersetzung wahren.

2. Die Gefährlichkeit von Strauß besteht auch nicht darin, daß sich die Rechten in unserem Land regeneriert hätten und die Strauß-Kandidatur Ausdruck dieser Regeneration wäre. Die Identitätskrise der CDU/CSU ist noch nicht beendet. Die Christdemokraten haben seit fünfzehn Jahren in keiner wichtigen politischen Frage einen Standpunkt entwickelt, der dem entsprechenden sozialliberalen Standpunkt nicht an »Rationalität« unterlegen gewesen wäre. Der Sieg der Strauß-Fraktion innerhalb der CDU/CSU verschärft sogar (zeitweilig) deren Problem, da er zum Anachronismus einer ideologischen Rückkehr in die 50er Jahre führt. Unter anderem Aspekt ließe sich auch sagen: die Strauß-Fraktion ahmt die Politik Thatchers nach, aber ohne daß es *irgendwelche* englischen Probleme gibt. Die CDU/CSU hat zweifellos ihre Parteiorganisationspolitik verbessert. Damit hat sie aber nur Rückstände aufgeholt; gegenüber den Sozialdemokraten und gegenüber den Konservativen in vielen anderen westeuropä-

schen Staaten. Ein Vergleich mit der italienischen DC zeigt, daß eine organisationspolitische Wende, die nicht in Begleitung einer inhaltlich-programmatischen Wende auftritt, zu keiner Regeneration einer Partei führen kann. Überdies ist der organisatorische Unterbau, den sich die Christdemokraten geschaffen haben, keine Schöpfung aus dem Nichts, sondern eher eine Formverwandlung des bisherigen organisatorischen Unterbaus in der *società civile*, nämlich der politischen Organisiertheit qua Kirche (wie der organisationspolitische Avantgardismus der CSU um 1955 besonders deutlich zeigt). Ginge man den Gründen dieser Formverwandlung nach, dann könnte es sich sogar herausstellen, daß sie selbst wieder eine Degenerationserscheinung ist (Verlust der »naiven« konservativen Form von politischer Vergesellschaftung).

Ich wage sogar die Behauptung, daß die CDU/CSU ihre Schlacht auf dem Kampffeld innere Sicherheit gegen die Sozialliberalen verloren hat. Dies wird meist deshalb verkannt, weil man sich aufgrund von politischen Illusionen oder von logischen Unklarheiten der Täuschung hingibt, Berufsverbote u. dgl. würde dem sozialliberalen Programm widersprechen. Auch die Christdemokraten sind dieser Täuschung unterlegen (»Freiheit oder Sozialismus«) und haben dafür bezahlt: ihre Gegenpositionen haben das sozialliberale Programm nicht »fälschert«, sondern wurden von ihm vereinnahmt. Dabei hat sich dieses Programm noch »progressiv« entwickelt und dasjenige der Christdemokraten ist degeneriert, so daß heute die maßvolle sozialliberale Unterdrückungsvariante gegen Biertrich-Absurdismen der Strauß-Fraktion steht.

3. Auch die unbezweifelbar großen Erfolge der CSU in Bayern machen die Strauß-Fraktion nicht gefährlich. Die CSU wurde in Bayern deshalb stark, weil es ihr gelang, ein spezifisch bayrisches Problem zu lösen. In den Worten Alf Mintzels: »Bayern entwickelte sich nach 1945 ungewöhnlich rasch — in weniger als zwei Jahrzehnten — vom Agrar- zum Industrieland. Dieses Bundesland bildet somit den regionalen Sonderfall eines vergleichsweise späten Übergangs von einer noch überwiegend agrarisch, handwerklich und kleingewerblich bestimmten in eine industrielle Gesellschaft unter politischen Bedingungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.« Nun ähneln weder die Probleme im BRD-Maßstab diesem Problem, noch hat die CSU quasi zufällig Lösungsansätze entwickelt, die im BRD-Maßstab etwas »bringen« könnten. Es ließe sich sogar zeigen, daß die CSU in Bayern selbst allmählich mit ihrer Problemlösungskapazität an Grenzen stößt, die u.a. mit ihrer Klassenbasis zusammenhängen (im wesentlichen Bündnis von Großbourgeoisie und alten Mittelschichten). Die CSU war und ist (noch) in Bayern stark als »Modernisierungspartei«. Die »Modernisierungspartei« im BRD-Maßstab sind die Sozialliberalen und werden es auf absehbare Zeit bleiben.

4. Trotz allem ist die Strauß-Fraktion gefährlich. Es ist nämlich nicht zu verkennen, daß Strauß von der deutschen Großbourgeoisie favorisiert wird, wodurch die Voraussetzungen für eine *politische und gesellschaftliche Retardation* mit schweren und zuzusagen »unnötigen« Entwicklungskosten gegeben sind für den Fall, daß die Strauß-Fraktion die Politik der nächsten vier Jahre bestimmt. Die dysfunktionale reaktionäre Politik, die ein Kanzler Strauß anstrengen würde, könnte sich anfangs auf starke Parteigänger in der ökonomischen Sphäre stützen, was in der Konsequenz zu sozialen Unruhen nicht nur unter Intellektuellen, sondern auch in der Arbeiterbewegung führen, die Rolle der BRD als politischer Hegemon Westeuropas beenden und schließlich sogar die wirtschaftliche Entwicklung »übertrieben« verlangsamen würde. Eine solche Entwicklung schadet den Sozialisten: sie müßten sich in »altmodische« Kontroversen und Konflikte hineinziehen lassen und würden wertvolle Zeit verlieren hinsichtlich ihrer Aufgabe, die Beseitigung bürgerlicher Herrschaft überhaupt, d.h. da, wo sie wirklich stark und »zukunftsweisend« ist, zu erlernen. Genau das geschieht ja schon jetzt!

Die deutsche Großbourgeoisie lernt sehr langsam, was man angesichts ihrer Geschichte vielleicht auch verstehen kann. Es ist frapierend zu sehen, um wieviel »kolle-

gialer« sich SPD- und sogar Gewerkschaftsführung ihr gegenüber verhalten als sie ihnen gegenüber. Wenn sie meint, die mit solcher »Kollegialität« verbundenen Zugeständnisse einsparen zu können, wird sie noch eines besseren belehrt werden; und sie wird sich auch belehren lassen. Mit Hitler zu ziehen, hatte für die deutsche Großbourgeoisie seinen guten bzw. bösen Sinn. Mit Strauß zu ziehen, ist ein Fehler. Sich auch noch mit den Problemen zu identifizieren, die Strauß schaffen wird, wäre glatter Unfug. Das wird die Großbourgeoisie erkennen. Spätestens dann, wenn nicht schon lange vorher, kommt wieder der Sozialliberalismus an die Macht. Die Sozialisten sollten Autonomie gegenüber diesem Kreislauf wahren. Es ist bestimmt nicht unmöglich, Strauß zu bekämpfen und gleichzeitig die Bemühungen um Autonomie der antikapitalistischen Kräfte zu verstärken.

Michael Jäger

1. In den 60er Jahren Aufhäufung, krisenhafte Zuspitzung von Vergesellschaftungsaufgaben, die vom »CDU-Staat« nicht gelöst wurden. Sozialliberalismus: unter der Lösung von *demokratischer Reformpolitik* und Entspannungspolitik Formierung eines Blocks aus Gewerkschaften, Unternehmern, protestierender Intelligenz und evangelischer Kirche zur Lösung dieser objektiven Probleme: Entspannung, Modernisierung des Staates (Planung), Bildungsreform, Mitbestimmung und Umverteilung zugunsten der Arbeiter.

2. Durch Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse (BRD-Hegemonialmacht in Westeuropa, »Chinesische Karte« und Revolution in der Dritten Welt) und durch die ökonomische Krise hält das Programm den Block nicht mehr ohne seinen Umbau zusammen: Mobilisierung der Massen und Öffnung nach links. Die Sozialliberalen gehen den anderen Weg: Passivierung der Basis und Unterdrückung der Linken. Mit dem Widerruf des »Mehr Demokratie wagen« und »Mehr soziale Gerechtigkeit« können die dadurch eingebundenen Interessen aus dem sozialliberalen Block herausgelöst und in den gegnerischen Block eingegliedert werden.

3. *Strauß-Diskurs*: das Organisierende ist die Rebellion gegen die Vergesellschaftung von oben (Verstaatlichung) vom Standpunkt eines aggressiven Privat-Individualismus: mündiger Bürger contra Staat. Mehr staatliche Planung ohne mehr politische Kompetenz der Massen ergibt Bürokratismus — *Antibürokratismus* im Strauß-Diskurs. Dem Bürger wird mehr abgeknöpft — aber es kommt nicht entsprechend zurück (weil es den Monopolen in den Rachen geworfen wird) — bei Strauß als Protest gegen die *Enteignung des Bürgers durch den Staat* artikuliert. In der Sozialpolitik (»Sozialstaat«) bringt Strauß das Kunststück fertig, die Angst vor sozialer Unsicherheit mit dem Ziel des Abbaus der Staatsquote um 7 % zu einer Anrufung des Bürgers zu verdichten: *Wahre deine Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit gegenüber dem Staat*.

4. In diesen Grunddiskurs werden nun alle Probleme eingegliedert, deren umkämpfte Lösung den sozialliberalen Block spalten könnte: *Gewerkschaften: Klassenpolitik* oder *Politik für das ganze Volk?* Trotz »Sozialpartnerschaft« ziehen die Gewerkschaften die SPD immer wieder in Richtung Klassenpolitik und gefährden das »Volksparteikonzept. Der Rechtspopulismus könnte die mangelnde Hegemonialpolitik der Gewerkschaften (schlagend am Ökologieproblem) ausnutzen und Gewerkschaftsfeindlichkeit mit *Protest gegen Klassenegoismus* und *gegen Filzokratie* artikulieren. Positiv: für korporative und kommunale Gemeinschaften.

Bildungschancen: Bürgerprotest gegen eine von oben gefesselte Reform. Strauß für die Entwicklungschancen des Individuums gegen das Kollektiv. Dies verbunden mit dem Lösungsangebot für die »Sinnkrise« in der Erziehung (= Erweiterung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit der Individuen: Verwissenschaftlichung, Versachlichung bei Beschränkung der gesellschaftlichen Kompetenz) von rechts: Subjektivierung, Orientierung an Werten (des »christlichen Sittengesetzes«).

Frauen: die zunehmende Vergesellschaftung des Frauenlebens, die Krise, von der die Frauen stärker als früher betroffen sind (Frauenarbeitslosigkeit), löst Tendenzen der Reprivatisierung, Wieder-»Verweiblichung« der Frauen aus (Neue Frau, Aufwertung der Hausfrau, Feminismus usw.). Diese Elemente könnten in einen rechtspopulistischen Block eingegliedert werden. Der Kampfpunkt dabei ist die religiöse Artikulation dieser Elemente (Unterordnung unter das Gebot der Kirche, § 218).

Ökologie: die regionalistischen, d.h. vor der Bewältigung der Krise auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zurückschneidenden Tendenzen in der Ökologie-Bewegung stehen *in dieser Hinsicht* der regionalistischen Politik der CSU (Ausgehen von der Gemeinde, Aufbau der Politik von unten nach oben) näher als der an der Staatsmacht und den Gewerkschaften orientierten Politik der SPD.

Intelligenz/Medien: die SPD hat besonders in den Medien ein Feld von Praxis und Theorie für die Intelligenz eröffnet und besetzt. Die Reform und der Anspruch auf »Bewußtseinsveränderung« sind auf dem Rückzug. Bei den *Zeitungen* setzt sich das Konzept der rechten regionalen Volkszeitung durch mit hegemonialer Struktur (alle gesellschaftlichen Gruppen werden repräsentiert, auch Linke dürfen mal drin schreiben). Im *Rundfunk/Fernsehen* sind die Positionen der Sozialliberalen noch so stark, daß die CDU/CSU mit einer spektakulären Kampagne dagegen anrennen muß. — Der Rechtspopulismus hat ein Konzept für die »ländliche« Intelligenz, für die nationale noch nicht.

Die Bundesrepublik als *antisozialistische Hegemonialmacht*: Die Entspannungspolitik wird von den Sozialliberalen nicht mehr als mehrheitsfähiges Programm präsentiert und vertreten. Andererseits tritt an die Stelle kein entsprechendes Programm, das wie 1969 und 1972 wirken würde: die faktisch betriebene Hegemonialpolitik in Europa kann nicht gegen die Wähler von '69 und '72 als Programm propagiert werden. — Anders Strauß: bei ihm bilden Antisozialismus, Bündnis mit China und BRD als europäische Hegemonialmacht ein kohärentes Programm, das das antikommunistische Wählerpotential voll ausschöpfen könnte.

5. *Hauptthese:* Der Populismus der CSU enthält ein verallgemeinerbares hegemoniales Konzept, das eine Schwachstelle der sozialliberalen Politik trifft: das »Verbot« der Mobilisierung von unten. Rechtspopulistischer Kommunalismus. Die Frage: Wie gegen Strauß kämpfen? muß von einer Untersuchung dieses wesentlich ideologischen Aspekts der CSU-Politik her beantwortet werden.

6. Begreift man Strauß-Politik als Repräsentation eines Bündnisses von Monopolbourgeoisie und alten Mittelschichten (Kleinbürgertum), so wird gerade die hegemoniale Kapazität des Rechtspopulismus ausgeblendet: dadurch daß das Bündnis gar nicht auf der Ebene der Klassen geschlossen wird, sondern in der spezifischen Organisation einer Politik von unten nach oben unter Einschluß von Elementen, die weder spezifisch für die alten Mittelschichten noch für die Monopolbourgeoisie sind (jeder ist ein »kleiner Mann«, der unter den Steuern, der Bürokratie usw. leidet) — gerade dadurch also besteht die Chance, den Block in Richtung neue Mittelschichten und Arbeiterklasse zu erweitern. In Bayern ist das seit Anfang der 70er Jahre zu beobachten.

7. Nur von dem Standpunkt einer *Reduktion* des Rechtspopulismus *auf ein Klassenbündnis* erscheint die Entwicklung der CSU als Verlagerung der Politik von der »società civile« in die »società politica«: die Gewinnung organisatorischer Selbständigkeit gegenüber der Kirche z.B. ist keine Schwächung, sondern eine Stärkung des Blocks. Die Kirche kann nun hegemoniale Funktionen wahrnehmen (Stiftung kulturellen Zusammenhalts, Rekrutierung von Intelligenz), ohne daß die Partei unmittelbar damit verknüpft ist und ihre Bündnisfähigkeit gegenüber anderen Bewegungen (z.B. Protestantismus) verliert. Organisation von Hegemonie in einem gegliederten Ganzen = Block = / widerstandslose Einheit usw.

Wieland Elfferding

Christiane Markard und Fritz Vahrenholt

Chemie und Umwelt

Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (2)

Seit der Umweltkatastrophe von Seveso im Jahre 1976 ist in der öffentlichen Diskussion das chemische Gefährdungspotential aus dem Schatten der alles überlagernden Kernenergie Diskussion hervorgeholt worden. Die glanzvolle und ungebrochene Illusion vom chemischen Fortschritt schwand in dem Maße, wie ihre Kehrseite deutlich wurde: die Verseuchung der Umwelt durch Produkte der chemischen Industrie, die möglichen katastrophalen Folgen eines Störfalles und die Dauerbelastung durch Abgase, Abwässer und Abfälle der chemischen Produktion. Auf diese neu ins Blickfeld geratene Problemstellung der Risiken der Chemie reagieren Gewerkschaften, Staat und Industrie ganz unterschiedlich. Die in den diesbezüglichen Publikationen zum Ausdruck kommenden Positionen weichen bereits in der Ursachenanalyse erheblich voneinander ab. Die gewerkschaftlichen Kräfte sehen die wesentliche Ursache der Umweltprobleme in der ungehemmt wachsenden chemischen Produktion und nicht mithaltender staatlicher Kontrolle und Mitbestimmung der Betroffenen. Die staatlichen Organe hingegen verzichten im wesentlichen überhaupt auf eine Verursacheranalyse. Die Industrie beschränkt sich dagegen auf eine apologetische Argumentationsführung, die eine ansteigende Gefährdung überhaupt in Abrede stellt. Die Bewertung der Fakten über die Situation der Umwelt wird bei den Gewerkschaften aus der Sicht der Betroffenen als Ansatz zur Mobilisierung der eigenen Mitglieder formuliert. Insofern leiten sich die Forderungen der Gewerkschaften direkt ab aus den zusammengetragenen Fakten und den Interessen ihrer Mitglieder. Der Staat kommt in weiten Bereichen zur gleichen Situationsdarstellung, unterscheidet sich jedoch in den abgeleiteten Konsequenzen, da er sein Verständnis als Schlichter und Vermittler von privaten Einzelinteressen ökologische Ziele gegen andere, insbesondere ökonomische, abwägt. Die chemische Industrie läßt bereits bei der Zusammenstellung der Fakten bspw. durch Auslassung oder Verkürzung den eigenen Interessenstandpunkt eingehen. Die Bewertung der so zusammengestellten Untersuchungen ist nicht maßnahmenorientiert; sie argumentiert vorwiegend vom Standpunkt der Gegeninformation, um aufkeimende Kritik und entstandenes Mißtrauen gegenüber der Chemie aufzufangen und einer Mobilisierung der Bevölkerung entgegenzuwirken. Die hier diskutierten Publikationen sind danach ausgewählt, daß sie mit je höchstmöglichem Gehalt an Sachinformationen die charakteristischen Positionen von Staat, Industrie und Gewerkschaft deutlich werden lassen.

I. ...aus der Sicht staatlicher Stellen

Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 1978. Hg. v. Bundesminister des Innern. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn 1978 (638 S., br., 16,— DM + 2,— DM Versandkosten).

Umweltbundesamt: Was Sie immer schon über Umweltchemikalien wissen wollten. Umweltbundesamt, Berlin 1979 (143 S., br., kostenlos).

Umweltbundesamt: Luftqualitätskriterien für Blei, Cadium, Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Berichte 3/76, 4/77. Umweltbundesamt kostenlos, 1/79 (Erich Schmidt Verlag, 40,— DM).

technischer Realisierbarkeit und ökonomischer Vertretbarkeit relativ unabhängige Erstellung spricht, daß der Innenminister bei der Novellierung der Technischen Anleitung Luft diesen Werten nur begrenzt gefolgt ist. Die »luftlastige« Ausrichtung der Berichte zu Ungunsten anderer Bereiche (Wasser, Nahrungsmittel, Produkte) ist jedoch ein Mangel, der offensichtlich auch die Zersplitterung der Umweltzuständigkeiten in der Bundesrepublik widerspiegelt. Eine Aussage zu der grundlegenden Frage, ob die Verwendung von Stoffen, die mit einem derart hohen Umweltrisiko behaftet sind, wie beispielsweise Cadmium, überhaupt notwendig ist, fehlt schließlich ganz.

(Fritz Vahrenholt)

II. ... aus der Sicht gewerkschaftlicher Kräfte

Koch, E., und F. Vahrenholt: *Seveso ist überall*. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1978 (437 S., br., 19,80 DM).

Albracht, G.: *Chemie und Umwelt*. In: U — das technische Umweltmagazin, 10/78, Vogel-Verlag, Würzburg 1978.

Für gewerkschaftliche Positionen, weil in der Darstellung und Bewertung der zusammengetragenen Fakten von Gewerkschaften weitgehend übernommen, steht im wesentlichen das Buch »Seveso ist überall«. »Seveso ist überall«, das klingt reißerisch. Doch was hier über die Umweltkatastrophe von Seveso hinaus zusammengetragen worden ist, soll einer breiteren Öffentlichkeit die Gefahren deutlich machen, die bei der Herstellung, Verwendung und Beseitigung chemischer Produkte auftreten können. Mit diesem Buch, als erstem seiner Art, wurde der Versuch gemacht, ein wissenschaftliches Handbuch für Bürgerinitiativen und Gewerkschaften zu schaffen, dessen leichte Verständlichkeit nicht auf Kosten des wissenschaftlichen Niveaus geht. Eine Diskussion über den Inhalt des Buches zu verhindern war Ziel einer massiven Gegenoffensive der chemischen Industrie (einstweilige Verfügung, Gegenpublikation des VCI [Verbands der Chemischen Industrie] »Seveso ist nicht überall«, Frankfurt/M.).

Mit über 100 Seiten dokumentarischen Anmerkungen belegt, wird versucht zu zeigen, welche Risiken bei bestimmten Produktionszweigen und -techniken bestehen, bei welchen chemischen Prozessen im Störfall hochtoxische Substanzen auftreten können. Ausführlich wird z.B. eine Modellstudie des TÜV-Rheinland zitiert, derzufolge beim Aufreißen eines Phosgentanks mit tausenden Toten und Verletzten gerechnet werden muß (95). Daß die chemische Produktion nicht ungefährlich ist, ist keine neue Erkenntnis; daß das Risiko bei bestimmten Prozessen jedoch gefährlich nahe an Kernenergieisiken in ihrem Ausmaß herankommt, wurde bisher noch nicht so plastisch vorgeführt. Ein weiteres angesprochenes Problem ist die Belastung der Luft mit Schadstoffen in chemischen Ballungsgebieten. Aufgrund amerikanischer Untersuchungen, die in bestimmten Regionen einen Zusammenhang zwischen umweltbelastender chemischer Produktion und höherer Krebssterblichkeit feststellten, gibt die bis zu 60 % höhere Krebsmortalität im Ruhrgebiet (gegenüber Reinluftgebieten) erneut Anlaß zu verstärkten Immissionsschutzmaßnahmen (129). Als gravierendste Lücke in der Umweltgesetzgebung erscheint jedoch noch der unregelte Bereich der Umweltchemikalien. Rund 63.000 Substanzen gelangen in Form vermarkteter Produkte in die Umwelt, jährlich kommen 300 weitere hinzu, ohne daß die Wirkung auf den Menschen und die Umweltbelastung aufgrund gesetzlicher Vorschriften ausreichend überprüft ist (201). Der Ent-

Christiane Markard und Fritz Vahrenholt

Chemie und Umwelt

Kommentierte Bibliographie: Umweltfragen (2)

Seit der Umweltkatastrophe von Seveso im Jahre 1976 ist in der öffentlichen Diskussion das chemische Gefährdungspotential aus dem Schatten der alles überlagernden Kernenergie Diskussion hervorgeholt worden. Die glanzvolle und ungebrochene Illusion vom chemischen Fortschritt schwand in dem Maße, wie ihre Kehrseite deutlich wurde: die Verseuchung der Umwelt durch Produkte der chemischen Industrie, die möglichen katastrophalen Folgen eines Störfalles und die Dauerbelastung durch Abgase, Abwässer und Abfälle der chemischen Produktion. Auf diese neu ins Blickfeld geratene Problemstellung der Risiken der Chemie reagieren Gewerkschaften, Staat und Industrie ganz unterschiedlich. Die in den diesbezüglichen Publikationen zum Ausdruck kommenden Positionen weichen bereits in der Ursachenanalyse erheblich voneinander ab. Die gewerkschaftlichen Kräfte sehen die wesentliche Ursache der Umweltprobleme in der ungehemmt wachsenden chemischen Produktion und nicht mithaltender staatlicher Kontrolle und Mitbestimmung der Betroffenen. Die staatlichen Organe hingegen verzichten im wesentlichen überhaupt auf eine Verursacheranalyse. Die Industrie beschränkt sich dagegen auf eine apologetische Argumentationsführung, die eine ansteigende Gefährdung überhaupt in Abrede stellt. Die Bewertung der Fakten über die Situation der Umwelt wird bei den Gewerkschaften aus der Sicht der Betroffenen als Ansatz zur Mobilisierung der eigenen Mitglieder formuliert. Insofern leiten sich die Forderungen der Gewerkschaften direkt ab aus den zusammengetragenen Fakten und den Interessen ihrer Mitglieder. Der Staat kommt in weiten Bereichen zur gleichen Situationsdarstellung, unterscheidet sich jedoch in den abgeleiteten Konsequenzen, da er sein Verständnis als Schlichter und Vermittler von privaten Einzelinteressen ökologische Ziele gegen andere, insbesondere ökonomische, abwägt. Die chemische Industrie läßt bereits bei der Zusammenstellung der Fakten bspw. durch Auslassung oder Verkürzung den eigenen Interessenstandpunkt eingehen. Die Bewertung der so zusammengestellten Untersuchungen ist nicht maßnahmenorientiert; sie argumentiert vorwiegend vom Standpunkt der Gegeninformation, um aufkeimende Kritik und entstandenes Mißtrauen gegenüber der Chemie aufzufangen und einer Mobilisierung der Bevölkerung entgegenzuwirken. Die hier diskutierten Publikationen sind danach ausgewählt, daß sie mit je höchstmöglichem Gehalt an Sachinformationen die charakteristischen Positionen von Staat, Industrie und Gewerkschaft deutlich werden lassen.

I. ...aus der Sicht staatlicher Stellen

Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 1978. Hg. v. Bundesminister des Innern. Verlag Dr. Hans Heger, Bonn 1978 (638 S., br., 16,— DM + 2,— DM Versandkosten).

Umweltbundesamt: Was Sie immer schon über Umweltchemikalien wissen wollten. Umweltbundesamt, Berlin 1979 (143 S., br., kostenlos).

Umweltbundesamt: Luftqualitätskriterien für Blei, Cadmium, Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Berichte 3/76, 4/77. Umweltbundesamt kostenlos, 1/79 (Erich Schmidt Verlag, 40,— DM).

Der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen — durch Erlass des Bundesministers des Innern vom 28. Dezember 1971 eingerichtet — mit der Maßgabe, in völliger »Unabhängigkeit« (§ 3 Errichtungserlaß) die »Situation der Umwelt und deren Entwicklungstendenzen darzustellen sowie Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung aufzuzeigen« (§ 2 Errichtungserlaß), trat 1974 zum ersten und 1978 zum zweiten Mal mit einem »Umweltgutachten« an die Öffentlichkeit (vgl. zu Umweltgutachten 1974 auch Hassenpflug, »Umwelt zu Marktpreisen«, Argument 93). Zahlreiche namhafte Wissenschaftler unterschiedlicher Provenienz haben den Rat bei seiner Arbeit unterstützt. Das Gutachten 1978 enthält auf 579 eng bedruckten Seiten fast 2000 Textziffern, womit der Umfang gegenüber dem 74er Gutachten nahezu verdoppelt wurde (vgl. auch zu anderen Aspekten des Umweltgutachtens 78, Hampicke, »Das neue Umweltgutachten«, Argument 114). Bekannte Namen und eine Fülle von Daten vermitteln dem Leser den Eindruck einer vollständigen Rezeption allen zur Verfügung stehenden Wissens um ökologische Zusammenhänge, auf das zur Lösung von Umweltproblemen überhaupt zurückgegriffen werden kann. Die Schwerpunkte des Gutachtens sind die Kapitel »Situation der Umwelt und deren Entwicklung«, das allein drei Viertel des Gutachtens ausmacht, und »Volkswirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes«; die Kapitel »Umweltfragen in Gesellschaft und Politik« und »Aspekte einer längerfristigen Umweltpolitik« runden zwar das Bild vom Umweltverständnis des Rates ab, sind aber im wesentlichen nur schmückendes Beiwerk, da sie für die Aussage des Gutachtens unwesentlich sind.

Die umfassende Beschreibung von Chemikalien und Schadstoffen in der Umwelt und den damit verbundenen Risiken ist als Einführung in die Problematik durchaus informativ. Detailliertheit und Umfang des Gutachtens reduzieren den Kreis der Leser. Deshalb hat auch der Rat gleich eine Kurzfassung herausgegeben, die — als wären alle Informationen durch ein grobes Sieb gefallen — nur noch Schlußfolgerungen enthält, glatt und widerspruchlos. Die Detailfreude täuscht aber auch gleichzeitig darüber hinweg, daß eine Bewertung der gebotenen Fakten nahezu vollständig fehlt. Die letztlich entscheidende Frage nach dem Risiko durch Chemikalien und dem verursachenden Faktor wird erst gar nicht gestellt. Der vom Rat zu gebende Rat bleibt aus. Etwa wird hinsichtlich der Belastung der Gewässer zwar festgestellt, welche Schadstoffe in welchen Konzentrationen vorliegen. 240000 Tonnen schwer abbaubarer organischer Verbindungen werden allein im Rhein transportiert. Über die konkreten Einleiter organischer Chlorverbindungen wie Chlorphenole, Chlorbenzole, PCBs, Pestizide — sämtlich Stoffe der ersten Giftgarnitur — schweigt sich der Sachverständigenrat aus. Noch 1976 war im Rheingutachten des Rates (SRU, Umweltprobleme des Rheins, 1976) zu lesen: Die organischen Chlorverbindungen dürfen im wesentlichen »aus Einleitungen der chemischen Industrie, der chemischen Produkte weiterverarbeitenden Industrie, sowie chemieverwandter Industrien und Betriebe« stammen (TZ. 111). Im Bereich der chemischen Produkte, den sog. Umweltchemikalien erhofft sich der Rat von einer gesetzlichen Regelung »einen wichtigen Beitrag zur Lösung des Krebsproblems«. Die Palette der gefährlichen Stoffe gibt er bis auf wenige Ausnahmen allerdings nicht an. Die Schilderungen im Bereich der Luftreinhaltung stellt sich ähnlich unpräzise dar. Die Erfolgsbilanz hinsichtlich der Staub- und Schwefeldioxidemissionen wird primär auf die restriktive Wirkung der Umweltgesetzgebung zurückgeführt. Im Detail zeigt sich jedoch, daß die positiven Effekte im wesentlichen auf Verfahrensumstellungen bei der

Produktion oder im Energiebereich auf der Umstellung von Kohle auf Öl beruhen. Hinzu kommt eine großräumigere Verteilung der Schadstoffe durch den Bau höherer Schornsteine.

So sind denn auch die Schlußfolgerungen des Rates relativ bescheiden »... daß in den nächsten Jahren Möglichkeiten bestehen, den Status-quo hinsichtlich der Immissions-situation in Ballungsgebieten zu erhalten, ihn trotz der erwarteten Steigerung von Produktion und Konsumtion auf Teilgebieten sogar zu verbessern«. Ansonsten beschränken sich die Empfehlungen im wesentlichen darauf, daß man die Forschung intensivieren müßte, um die Faktenbasis zu verbreitern. Daß dies jedoch nur ein Vorwand ist, zu vermeiden, zu konkret anliegenden Fragen deutliche Position zu beziehen, zeigt die Stellungnahme des Rates zu der Frage einer möglichen Verschärfung der Immissionswerte der Technischen Anleitung Luft, für Schadstoffe, deren toxikologische Überprüfung in den letzten 10 Jahren immerhin beträchtliche Forschungsgelder verschlungen hat: »... ist der Rat sich nicht schlüssig geworden, ob auch eine Verschärfung der Werte der TA Luft vorgeschlagen werden kann. S.E. reichen für diese Entscheidung die vorliegenden biologischen und medizinischen Ergebnisse noch nicht aus. Auch müßten bei weiteren verschärfenden Schritten die ökonomischen Konsequenzen für die Energiepolitik, aber auch für die Industriepolitik gegen Umweltqualitätsziele abgewogen werden«. Diese Position — im Zweifel nichts zu tun — wird immer wieder mit einer »notwendigen« Abwägung ökologischer gegen ökonomische Ziele gerechtfertigt. Dieser Aspekt, der — obwohl nicht ursprünglicher Auftrag des Sachverständigenrats — immer wieder durchklingt, kommt am deutlichsten im Kapitel »Volkswirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes« zum tragen. Aus der Erkenntnis, daß das bisher propagierte Verursacherprinzip im Begriff ist »zu einem allgemeinen Alibibegriff« zu werden, weil es gegenüber der Industrie aufgrund von Wachstums- und Beschäftigungszielen nicht durchgesetzt werden konnte, soll nicht mehr »dogmatisch« auf der Position des reinen Verursacherprinzips verharret werden. Die Propagierung des sog. Gemeinlastprinzips (vgl. auch K. Gauer »Vom Verursacherprinzip zum Gemeinlastprinzip«, Argument 118) wird damit verflochten, daß große Teile der Bevölkerung bereit wären, für Maßnahmen im Umweltbereich sogar persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen (Arbeitsplatzverlust, höhere Preise u. ä.).

Es ist erstaunlich zu sehen, daß die Bewertung von Risiken durch Chemikalien auf der Ebene der direkt zuständigen Umweltschutzbehörden demgegenüber oft freier und konkreter anmutet. Sowohl auf Länderebene (insbes. das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NW) als auch bei den Bundesbehörden hat die Publikationsbereitschaft zugenommen, die die Informationsmöglichkeiten des Bürgers verbessern. Jüngstes und wohl gelungenstes Beispiel ist die Broschüre des Umweltbundesamts »Was Sie schon immer über Umweltchemikalien wissen wollten«. Hier wird der Versuch gemacht, im Taschenformat lesbar lexikalisches Umweltwissen für jedermann verfügbar zu machen. Die an den »Environmental Health Criteria« der Weltgesundheitsorganisation, der amerikanischen Umweltbehörde EPA u. ä. Organisationen orientierten »Luftqualitätskriterien«-Bände des Umweltbundesamts stellen sich zum Ziel, nicht allein konkrete Umweltdaten über die Belastung in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzustellen, sondern auch die verfügbaren toxikologischen Angaben über die Wirkung der Schadstoffe auf den Menschen und seine Umwelt so zu bewerten, daß sie zur Ableitung eines Grenzwertvorschlages für Schadstoffe in der Luft führen. Für ihre von

technischer Realisierbarkeit und ökonomischer Vertretbarkeit relativ unabhängige Erstellung spricht, daß der Innenminister bei der Novellierung der Technischen Anleitung Luft diesen Werten nur begrenzt gefolgt ist. Die »luftlastige« Ausrichtung der Berichte zu Ungunsten anderer Bereiche (Wasser, Nahrungsmittel, Produkte) ist jedoch ein Mangel, der offensichtlich auch die Zersplitterung der Umweltzuständigkeiten in der Bundesrepublik widerspiegelt. Eine Aussage zu der grundlegenden Frage, ob die Verwendung von Stoffen, die mit einem derart hohen Umweltrisiko behaftet sind, wie beispielsweise Cadmium, überhaupt notwendig ist, fehlt schließlich ganz.

(Fritz Vahrenholt)

II. ... aus der Sicht gewerkschaftlicher Kräfte

Koch, E., und F. Vahrenholt: *Seveso ist überall*. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1978 (437 S., br., 19,80 DM).

Albracht, G.: *Chemie und Umwelt*. In: U — das technische Umweltmagazin, 10/78, Vogel-Verlag, Würzburg 1978.

Für gewerkschaftliche Positionen, weil in der Darstellung und Bewertung der zusammengetragenen Fakten von Gewerkschaften weitgehend übernommen, steht im wesentlichen das Buch »Seveso ist überall«. »Seveso ist überall«, das klingt reißerisch. Doch was hier über die Umweltkatastrophe von Seveso hinaus zusammengetragen worden ist, soll einer breiteren Öffentlichkeit die Gefahren deutlich machen, die bei der Herstellung, Verwendung und Beseitigung chemischer Produkte auftreten können. Mit diesem Buch, als erstem seiner Art, wurde der Versuch gemacht, ein wissenschaftliches Handbuch für Bürgerinitiativen und Gewerkschaften zu schaffen, dessen leichte Verständlichkeit nicht auf Kosten des wissenschaftlichen Niveaus geht. Eine Diskussion über den Inhalt des Buches zu verhindern war Ziel einer massiven Gegenoffensive der chemischen Industrie (einstweilige Verfügung, Gegenpublikation des VCI [Verbands der Chemischen Industrie] »Seveso ist nicht überall«, Frankfurt/M.).

Mit über 100 Seiten dokumentarischen Anmerkungen belegt, wird versucht zu zeigen, welche Risiken bei bestimmten Produktionszweigen und -techniken bestehen, bei welchen chemischen Prozessen im Störfall hochtoxische Substanzen auftreten können. Ausführlich wird z.B. eine Modellstudie des TÜV-Rheinland zitiert, derzufolge beim Aufreißen eines Phosgentanks mit tausenden Toten und Verletzten gerechnet werden muß (95). Daß die chemische Produktion nicht ungefährlich ist, ist keine neue Erkenntnis; daß das Risiko bei bestimmten Prozessen jedoch gefährlich nahe an Kernenergie Risiken in ihrem Ausmaß herankommt, wurde bisher noch nicht so plastisch vorgeführt. Ein weiteres angesprochenes Problem ist die Belastung der Luft mit Schadstoffen in chemischen Ballungsgebieten. Aufgrund amerikanischer Untersuchungen, die in bestimmten Regionen einen Zusammenhang zwischen umweltbelastender chemischer Produktion und höherer Krebssterblichkeit feststellten, gibt die bis zu 60 % höhere Krebsmortalität im Ruhrgebiet (gegenüber Reinluftgebieten) erneut Anlaß zu verstärkten Immissionschutzmaßnahmen (129). Als gravierendste Lücke in der Umweltgesetzgebung erscheint jedoch noch der unregelmäßige Bereich der Umweltchemikalien. Rund 63.000 Substanzen gelangen in Form vermarkteter Produkte in die Umwelt, jährlich kommen 300 weitere hinzu, ohne daß die Wirkung auf den Menschen und die Umweltbelastung aufgrund gesetzlicher Vorschriften ausreichend überprüft ist (201). Der Ent-

wurf eines Umweltchemikaliengesetzes, der lediglich ein Anmeldeverfahren, aber kein Zulassungsverfahren, wie beim Arzneimittelrecht vorsieht, wird als »bedenklich naives Konzept« kritisiert (263). Wenn das nicht geändert wird, bleibt es auch in Zukunft keine Ausnahme, daß Chemikalien erst nach jahrelangem Gebrauch als beispielsweise kanzerogen erkannt werden. Die Auswirkungen von Chemikalien auf den Menschen werden an konkreten Fällen demonstriert. Besonders erwähnt wird die weltweite Verseuchung mit persistenten Chemikalien, wie PCB (Polychlorierte Biphenyle), die in die Nahrungskette eingeschleust werden und bis hin zum Menschen im bedrohlichen Maße akkumulieren. Makabre Konsequenz: »Allerletztes Glied der Kette ist der Säugling, der an der Mutterbrust ernährt wird, und dabei die größte Dosis des Giftstoffes abbekommt ... deutsche Muttermilch ist inzwischen mit 3.5 mg/kg PCB vergiftet, daß sie nach den deutschen Lebensmittelvorschriften (für Trinkmilch, d.Verf.) für den menschlichen Genuß nicht mehr geeignet ist« (182).

Ein Ausweg wird hier vor allem in strengen gesetzlichen Richtlinien und in besseren Kontrollen gesehen. Nur so kann erreicht werden, daß nicht mehr der Konsument allein das Risiko trägt. Wie all diese Forderungen zum Schutz des Menschen vor den Risiken der Chemie politisch umgesetzt werden können, sagen die Autoren nicht. Es werden jedoch durch die umfassende Darstellung der Probleme und Fakten für die »unmittelbar Betroffenen (Konsumenten, Anlieger, Arbeiter)« die Voraussetzungen verbessert, »ein sehr wohl relevantes Urteil darüber abzugeben ..., ob sie eine risikoreiche chemische Produktion ... hinzunehmen bereit sind oder nicht« (14). Darüberhinaus wird bezweckt, daß eine Verbreiterung der Informationsbasis zu einer Ausweitung der Umweltdebatte von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen auf die Risiken der chemischen Industrie führt, die auch Konsequenzen für das Handeln der politisch Verantwortlichen hat (Umweltchemikaliengesetz, Störfallverordnung etc.).

Die Reaktion der Gewerkschaften erfolgte postwendend: So wurde von der Ludwigshafener Verwaltungsstelle der IG Chemie ein auszugsweiser Nachdruck des Buches in hoher Auflage veranlaßt. Mittlerweile hat die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik in der Frage des Schutzes des Arbeiters und des Verbrauchers vor schädlichen Umweltchemikalien deutlich Position bezogen. Dies belegt der Beitrag »Chemie und Umwelt« von Gerd Albracht, Leiter der Abteilung Umweltschutz beim Hauptvorstand der IG Chemie. Ausgehend von der Feststellung, daß nur ein Bruchteil der von der chemischen Industrie produzierten Stoffe auf ihre Gesundheits- und Umweltrisiken überprüft sind, kommt Albracht zum Ergebnis: »In fast allen Industriestaaten hinkt der Staat der industriellen Risikoproduktion hinterher« (12). Albracht sieht gerade im ungehemmten und unkontrollierten Wachstum der chemischen Produktion Fehlentwicklungen angelegt: »Die industrielle Kapazität zur Entwicklung neuer chemischer Stoffe übersteigt bei weitem das wissenschaftliche Potential zur Bestimmung der umwelt- und gesundheitsgefährdenden Wirkungen«. Die Positionsbestimmung der Gewerkschaften zur Gefährdung durch Chemikalien setzt natürlicherweise am Arbeitsplatz an. Die Scheinalternative »Umweltschutz oder Arbeitsplätze« ist für die IG Chemie — im Unterschied zu anderslautenden Stellungnahmen bspw. der IG Bergbau zu Fragen der Kernenergie — schon längst zusammengebrochen, weil die Probleme der Gefährdung durch Chemikalien am Arbeitsplatz im Prinzip die gleichen sind, wie in der Umwelt und der Nachbarschaft von Chemie-Anlagen, mit dem einzigen Unterschied, daß die Arbeitnehmer als erste von gefährlichen Stoffen betroffen sind. Dies eröffnet auch

politisch-strategische Chancen eines Bündnisses von Gewerkschaften mit den Bürgerinitiativen. Nicht zuletzt der Initiative der IG Chemie ist es zu verdanken, daß im Aktionsprogramm '79 des DGB unter dem Abschnitt »Menschengerechte Arbeit« die Forderung »Gesundheit darf nicht gegen Geld eingetauscht werden« verankert wurde. So besteht die Chance, über die beginnende Diskussion über Umweltrisiken der Chemieproduktion auch eine neue Qualität der Auseinandersetzung um »sichere« Arbeitsplätze einzuleiten.

(Christiane Markard)

III. ... aus der Sicht der Industrie

Kremer, B.: Sicherheit verfahrenstechnischer Anlagen. Schriftenreihe Chemie und Fortschritt, Heft 1/78, hrsg. v. Verband der chemischen Industrie (VCI), Frankfurt/M. 1978.

Weise, E.: Sicherheit chemischer Produkte. Schriftenreihe ..., Heft 1/79, VCI, Frankfurt/M. 1979.

Schäfer, H.: Sicherheit bei Planung und Betrieb chemischer Anlagen. Schriftenreihe ..., Heft 2/79, VCI, Frankfurt/M. 1979.

BASF (Hrsg.): Sicherheit in der Chemie. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1979 (340 S., br.)

BDI (Hrsg.): Antworten auf eine Herausforderung. Eigenverlag, Köln 1978 (119 S., br.)

Ist die Darstellung des Gefährdungspotentials der chemischen Produktion durch Gewerkschaften, Wissenschaftler und Bürgerinitiativen auf wenige Einzelpublikationen beschränkt, so kann seit 1978 als Reaktion auf die zunehmende Problematisierung der Chemie eine breite kontinuierliche publizistische Gegenoffensive der chemischen Industrie verzeichnet werden. Sie begann mit einem ersten verunglückten Versuch, mit dem im Dezember 1978 erschienenen, wenige Monate später jedoch aus dem Verkehr gezogenen Buch »Seveso ist nicht überall«, (hrsg. v. Verband der chemischen Industrie), durch grobe Verfälschungen, Textmanipulationen und »kleinkarierte Spiegelfechtereie« (die Zeit v. 29.1.79) eine »schlichte Umkehrung der Wahrheit« zu erzielen (so der Vorsitzende der MAK-Kommission Prof. Henschler, der im übrigen auch das Buch »Seveso ist überall«, wegen »fehlender Lösungsvorschläge« als »vertane Chance des Wissenschaftsjournalismus« kritisierte, in: Nachrichten aus Chemie und Technik, 27 (1979) 144). Als nächstes beauftragte der Verband eine Frankfurter Werbeagentur, für 30 Millionen DM das angekratzte Image aufzubessern. Ergebnis: Eine verharmlosende Anzeigenkampagne der Chemie-Initiative »Geschützter Leben« (»Im Zeichen der Human-Chemie«). In diese Gegenoffensive fällt aber auch eine neue Schriftenreihe, die wegen des Versuchs einer wissenschaftlichen Argumentation ernst zu nehmen ist.

Gottfried Kremer beschäftigt sich in Heft 1/78 dieser Reihe mit der »Sicherheit verfahrenstechnischer Anlagen«. Der in der Einleitung formulierte Anspruch: »Die Industrie braucht wirtschaftliche Anlagen mit hoher Verfügbarkeit. Hohe Verfügbarkeit läßt sich nur mit sicheren Anlagen erreichen.« (3) ändert sich schnell, wenn es konkret wird. So schreibt Kremer, Sicherheitsexperte der Hoechst AG, zur geplanten Störfallverordnung (»Seveso-Verordnung«), die Anforderungen für Chemieanlagen festlegen soll, in denen mit gefährlichen Stoffen umgegangen wird: »Wem nützt es eigentlich, wenn in formaler Anlehnung an das Gebiet der Kerntechnik hier Eintrittswahrschein-

lichkeiten von 10^x bzw. die unwahrscheinlichsten Auswirkungen einer Anlage auf die Nachbarschaft formuliert werden ... derartige neue Vorschriften und Unterlagen (führen) doch nur zu einer Verunsicherung der Öffentlichkeit bzw. zu Material für diejenigen, die prinzipiell gegen eine Weiterentwicklung von Technik *und* Gesellschaft sind.« (5; Hervorhebung d.d.Verf.) Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen, Transparenz der unternehmerischen Entscheidungsprozesse, das ist der Chemieindustrie nicht geheuer. Selbstverantwortlichkeit der Unternehmer heißt die Parole, nach der die Risiken in den Griff zu kriegen seien: »Das Infragestellen von Verantwortungsbewußtsein, Sachverstand und technischer Regel kann auf dem Wege zur Sicherheit nur hinderlich sein« (6). Daß hier der Weg zum ökonomischen Erfolg gemeint ist, wird wenige Zeilen später deutlich: »Wir dürfen diese Erfolge (unseres Exportes, Anm.d.Verf.) aber nicht dadurch gefährden, daß wir in unserem Lande immer neue Gefahren und Risiken in unserer Technologie vermuten« (6). Warum man trotzdem zu Sicherheitsfragen Stellung nimmt, hat seinen Grund darin, daß »die chemische Industrie kein gutes Image in der Öffentlichkeit (hat), was ihre eigenen Bemühungen um die Sicherheit ihrer Anlagen angeht. Eine Studie aus dem vergangenen Jahr — vom VCI in Auftrag gegeben — hat dies erneut bestätigt« (8).

Während Kremer sich auf eine politische Argumentationsweise beschränkt, versucht demgegenüber Helmut Schäfer, Direktor bei der Hoechst AG in Heft 2/79 »Sicherheit bei Planung und Betrieb chemischer Anlagen« die Position der Industrie als notwendige Folge von Sachzwängen darzustellen. Er sieht die Fehler der Vergangenheit, Gefahren erst nach Unfällen zu beseitigen und stellt fest, daß mögliche Gefahren im voraus erkannt und beherrscht werden können. Schäfer lehnt dagegen eine quantitative Ermittlung des Risikos ab, wie es bspw. in der Kernenergienutzung bereits üblich ist. Er begründet dies mit dem Fehlen einer statistisch genügend großen Zahl von Informationen. Dies Argument wird schnell zum Eigentor, wenn man bedenkt, daß es gerade die chemische Industrie selbst war, die in der Vergangenheit die Sammlung von Störfällen, von Ausfällen einzelner Aggregate nicht vorgenommen hat. Gleichwohl gibt Schäfers Beitrag eine informative Übersicht über technische und organisatorische Maßnahmen zur Erhöhung der Anlagensicherheit.

»Die Sicherheit chemischer Produkte« behandelt Eberhard Weise, Werksleiter der Bayer AG, in Heft 1/79. Die Darstellung benennt durchaus Risiken beim Umgang und bei der Verwendung chemischer Produkte und erklärt einleuchtend die Gründe: »Für die Umwandlung in eine gezielte und gewollte Produktionsrichtung müssen sie (die Naturstoffe, Anm.d.Verf.) daher mit aggressiven Reaktionsmitteln oder hohen Energien behandelt werden und verwandeln sich dabei unter Umständen selbst zu schnell reaktionsfähigen und gefährlichen Zwischenprodukten« (4). Aufgabe der Chemie sei es nun, »unvertretbare hohe Belastungen« weder in der Arbeitswelt noch in der Umwelt entstehen zu lassen. Dem Kern der Fragestellung aber, warum risikobehaftete Produktionen in Gang gesetzt oder aufrechterhalten werden, weicht Weise aus. Er gibt zwar zu, daß »Werbung kurzfristig Wünsche weckt oder verstärkt, die nicht allseits vorhanden sind und somit unter Umständen einen nicht vorhandenen Bedarf erzeugt.« Doch Schuld für möglicherweise umweltgefährdende Produkte hat letztendlich der mündige Verbraucher und nicht der Hersteller, denn »kein mündiger Verbraucher wird sich auf Dauer ein Produkt einreden lassen, von dessen Nutzen er nicht langfristig überzeugt ist« (4). Das werden die mündigen Verbraucher von Seveso möglicherweise anders se-

hen, die sich als Opfer vom damaligen Verbandspräsidenten Matthias Seefelder auf dem BASF-Symposium »Sicherheit in der Chemie« verhöhnern lassen mußten: »Die einzigen Menschen, die ihr Leben verloren, sind jene Ungeborenen, die durch Abtreibung das Opfer einer Hysterie wurden, die in die Bevölkerung getragen wurde« (17). In diesem umfangreichen, aufwendig bebilderten Buch dieses Symposiums zeigt sich durchaus aufschlußreich, wie schnell Industriewissenschaftler durch einseitige Darstellung und Weglassen von Fakten wissenschaftlich unredlich werden. So schreibt der Werksarzt der BASF, Alfred Thiess, zum Ergebnis von Seveso: »Keine Todesfälle, keine Fehlgeburten, keine Mißbildungen« (115). Ernesto Marni, der Koordinator der Kinderärzte von Seveso, hat folgende Zahlen bekanntgegeben: 1975 — vor der Katastrophe — 8 Mißbildungen, 1976: 95; 1977: 120; 1978: 101. In der Zone B kam jedes siebte Kind verunstaltet zur Welt (nach: Die Neue, 6.6.1979). Eigene schwere Unglücks- und Ver-seuchungsfälle werden ohnehin heruntergespielt. Da wird nur von »schweren Gesundheitsschäden« gesprochen, wenn die Stoffe TCDD oder Dichlordimethyläther angesprochen werden (116). Immerhin hat es die BASF verstanden, den Stoff Dichlordimethyläther in den 60er Jahren durch 30 Chemiearbeiter im Versuchstechnikum herstellen zu lassen. Mehr als die Hälfte sind mittlerweile an Lungenkrebs gestorben. Eine Prüfung des Stoffes bspw. im Tierversuch vor Ingangsetzung der Produktion hatte man nicht für notwendig gehalten. Die IG Chemie hierzu in ihrer Zeitschrift Umschau 6/78: »Die Kollegen hätten nicht zu sterben brauchen, wenn der todbringende Stoff vorher intensiver untersucht worden wäre.« Ein solches Buch, wenn auch mit einer Fülle von informativen Details, kann nicht wissenschaftlich ernst genommen werden, wenn schon im Vorwort zu lesen ist: »Verantwortlich für die Schreckensrate (der Herz-Kreislaufschäden, Anm.d.Verf.) werden hauptsächlich der technische Fortschritt und die Zivilisation genannt. Zu dieser Betrachtung gehört aber auch die Aussage: 100 % der Menschen müssen sterben — eine noch schrecklichere Feststellung. Und kein Mensch kann dagegen etwas tun.« (18)

Abgesehen von einem derart 100 %igen Zynismus ziehen sich bestimmte Argumentationen, die das Umweltverständnis der Industrie kennzeichnen, durch alle Publikationen, im folgenden noch einmal deutlich gemacht an einer Schrift des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. »Antworten auf eine Herausforderung«. Unter dem Motto »Machet Euch die Erde untertan« gilt sowohl der Eingriff des Menschen in den Naturhaushalt zur Nahrungs- und Überlebenssicherung als auch der Raubbau der Großkonzerne an den Naturressourcen zur Optimierung der Gewinne als gleichermaßen gerechtfertigt. Industrielle Produktion und Entwicklung werden als Reaktion auf den ständig »unzufriedenen«, unersättlichen Konsumenten zurückgeführt. Anders jedoch als früher hat der Wissenschaftler seine Verantwortung für seine Forschungsergebnisse erkannt, so daß heute mögliche Implikationen für die Umwelt »automatisch« in Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse mit eingehen. Sollten dennoch Probleme entstehen, so lassen sie sich durch die Technik lösen. Dies versucht das Buch durch zahlreiche Beispiele zu belegen. Was dem im Wege steht? Nicht das Kapitalinteresse, möglichst wenig Geld für die Wiederherstellung der Ressourcen aufzubringen (»Umweltschutz kostet Geld«), sondern der »individuelle Egoismus« der Menschen. Der BDI wehrt sich ganz energisch gegen »scheinbar einfache Pauschallösungen«:

- » — Verringerung des Wachstums, also weniger Produktion und Konsum,
- Veränderung unseres Gesellschaftssystems, also Sozialismus,

— Mehr staatliche Lenkung, also mehr Gesetze, mehr Vorschriften, mehr Verbote.«
(Hervorh.d.d.Verf.)

Ja so ist es wirklich zu einfach! Die Lösung, die sich der BDI vorstellt, folgt der Devise 'Jeder kehre vor seiner Tür': »Wir sollten alles dafür tun, daß sich jeder in seinem Lebensbereich selbst verantwortlich fühlt und diese Verantwortung auch praktiziert«. Der Unternehmer fühlt sich für das Unternehmen verantwortlich, der Bürger für die Bürgersteige, die Hausfrau für das Haus und die Arbeiter — für die Produktion?

(Christiane Markard / Fritz Vahrenholt)

DAS
ARGUMENT
118

Umwelt-Politik (II)
Gewerkschaften, Staat, Kosten,
Ressourcen. Kommentierte Bibliogra-
phie. — Alternative Lebensformen.
K. Krusewitz, M. Massarrat, S. Hall
u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



Subjektivität.
Wissenschafts- und Erkenntniskritik.
»Dialektische« Psychologie USA.
Neue Rubriken: Werkstattpapiere,
Arbeitsgruppen, Bibliographie.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

DAS
ARGUMENT
120

Faschismus und Ideologie (II).
Koloniale Gewaltformen. Dritte Welt:
Kulturelle Identität, Grundbedürfnisse,
self-reliance. Spontaneismus. Biblio-
graphie: Umweltfragen. Haug, Opitz.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

Bruno Frei

Otto Bauer und der Eurokommunismus

Im Editorial zu AS 44* — einer zum Denken anregenden Kollektivarbeit — wird u.a. vorgeschlagen »über die Rekonstruktion des wissenschaftlichen Sozialismus seiner Begründer hinaus, die *Marxistische Tradition* fruchtbar zu machen, und zwar mit Gramsci und Bauer, solche Theoretiker, die in engem Zusammenhang mit der Praxis der sozialistischen Massenparteien, deren Vorsitzende sie waren, die nationalen Bedingungen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften reflektieren«. Die Beschäftigung mit Otto Bauer soll helfen, »die produktive Herausforderung des Eurokommunismus zu verarbeiten« (Detlev Albers). Mit anderen Worten: Der Austromarxismus wird wiederentdeckt mit der Absicht, von ihm zu lernen, wie der Klassenkampf in der BRD zu führen sei. Die Gleichstellung Otto Bauers — Gramsci erfordert eine Analyse der Theorie und Praxis Otto Bauers, nicht um dessen Verhältnis zu Gramsci, sondern um das zum Eurokommunismus abzustimmen.

Vorweg sei gesagt: Für einen österreichischen Kommunisten, der die »Zeit zwischen zwei Weltkriegen« rätig miterlebt hat, ist der Versuch einer Rehabilitierung des Austromarxismus nicht nachvollziehbar. Ist der Rückgriff auf den Austromarxismus wirklich ein nützlicher Beitrag zum Lernprozeß westeuropäischer Sozialisten der Gegenwart?

Der Widerstand gegen solches Tun liegt keineswegs am Weiterwirken verkrusteter Polemiken, es liegt an Erfahrungen jüngster Vergangenheit. Kann man z.B. die Forderung »die bewaffnete Staatsmacht zum Hüter der Verfassung« zu machen (These 2.4.1.) lesen, ohne an Chile zu denken? Ist es richtig, die vom 7. Weltkongreß der Komintern entworfene Strategie der Einheits- und Volksfront mit dem Eurokommunismus oder gar mit dem Integralen Sozialismus, wenn auch differenziert, gleichzustellen? (Was schon Otto Bauer getan hat 295)**

Bei diesen und andern Vergleichen sollten die definitorischen Unterscheidungen nicht verloren gehen: Der Eurokommunismus ist Kommunismus, minus sowjetischen oder sowjetisch inspirierten Dogmatismus (vgl. die im Editorial von AS 44 wiedergegebene Definition von Carillo). Der Austromarxismus dagegen ist Sozialdemokratie plus revolutionärsozialistisches Vokabular. Der Eurokommunismus ist kein Kompromiß zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie, kein »dritter Weg« und schon gar nicht hat er zu tun mit dem Integralen Sozialismus, was diese Zeilen zu belegen versuchen.

In dem 1936, zwei Jahre vor Otto Bauers Tod, in der Brünner Emigration geschriebenen Buch »Zwischen zwei Weltkriegen« wird der Integrale Sozialismus als Methode zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung in ein reformistisches und ein kommunistisches Lager präsentiert. Die Aufgabe sei »die Überwindung der *Verirrungen* auf beiden Seiten« (289). Freilich handelt es sich um sehr verschiedene »Verirrungen«. Der Reformismus sei »keine bloße Verirrung ... er war Taktik und Ideologie der Arbeiter-

* Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik. *Argument-Sonderband AS 44*, Berlin/West 1979. Darin zum Austromarxismus Detlev Albers: Otto Bauer und das Konzept des »integralen Sozialismus«, 83-102; Volker Gransow/Michael Krätke: Thesen zur politischen Theorie im Austromarxismus, 103-121.

** Zitiert wird nach Otto Bauer: Werkausgabe. Europaverlag. Band 4. Ziffern in Klammer sind Seitenzahlen dieser Ausgabe.

klasse in einer historischen Situation, in der einerseits eine proletarische Revolution aussichtslos schien, in der andererseits dem Proletariat eine breite Möglichkeit geboten war, seine Interessen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft mit gesetzlichen Mitteln erfolgreich zu vertreten« (253). Anders die »Verirrungen« der Kommunisten. »Der Glaube der Kommunisten, in einer Zeit industrieller Prosperität durch bloße Demagogie ... durch eine Taktik revolutionärer Gymnastik die Massen gewinnen zu können, war eine Illusion«.

Das sind zwei sehr verschiedene Dinge, »Verirrungen« sind beide nicht. Der Reformismus ist eine historisch notwendige Phase des Kampfes, die Praxis der Kommunisten ist eine selbstzerstörerische Demagogie. Wie soll da integriert werden? Bauer macht aus der Schuldfrage nicht das Hauptthema — 1936 in Brünn wäre es zu solchen Rekrimationen weder der richtige Ort noch die richtige Zeit gewesen — er sucht, was ihm zu Ehre gereicht, den Weg zur Überwindung der Spaltung durch Einsicht in die gesellschaftlichen Ursachen ihres Entstehens: Der Integrale Sozialismus sei der Weg. Dieser »ist keine Halbheit, kein zaghaftes einerseits-andererseits, kein innerer Widerspruch, sondern die Anwendung der dialektischen Methode, wenn wir den zwieschlächtigen Charakter der Entwicklungsphasen der bürgerlichen Demokratie, des reformistischen Sozialismus, der Diktatur des Proletariats erkennen und gerade durch diese Erkenntnis die polaren Gegensätze des reformistischen und des bolschewistischen Sozialismus in der Synthese des Integralen Sozialismus aufheben.« (324) Auf den Begriff der Synthese kommt Otto Bauer immer wieder zurück. Gegensätze durch Synthese überwinden, ist das nicht dialektisch? Sehen wir aber näher zu, wie diese Synthese in der Praxis aussehen soll, stellt sich heraus, daß die Synthese eine Schlagseite hat, die sie wieder als Synthese aufhebt. Letzten Endes bedeutet die Integration die Liquidation einer der zu integrierenden Elemente, natürlich des kommunistischen Elements.

Wie soll »integriert« werden? Ganz einfach: Durch die Rückkehr zum Kommunistischen Manifest. Dort heißt es bekanntlich: »Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen ... die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.« Die Kommunisten unserer Epoche machen aber gerade das, was sie nach dem Kommunistischen Manifest nicht machen sollen: »Sie haben besondere Parteien gegenüber den anderen Arbeiterparteien gebildet, sie haben besondere Prinzipien aufgestellt, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen, sie haben damit die Arbeiterbewegung gespalten« (307). — Das Ei des Columbus! Die Spaltung wird überwunden, indem »der Marxist, der begriffen hat, daß die reformistische Ideologie und Taktik die unvermeidliche Entwicklungsbasis des proletarischen Klassenbewußtseins unter bestimmten Klassenbedingungen, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe ist« ... »seine Aufgabe darin sehen (wird), in die reformistischen Massenparteien einzutreten« (Detlev Albers möchte diese Seite des Integralen Sozialismus, die organisatorische, ausklammern; vgl. S. 94 seines Artikels in AS 44). Aber wie wird dann integriert? Die zentrale Frage des Integralen Sozialismus bleibt offen. »Es geht nicht darum, zwischen den beiden Lagern zu vermitteln und Kompromisse zu schließen (...). Die Aufgabe, die die Zeit selbst

dem Sozialismus stellt, ist vielmehr die sozialdemokratische These und die kommunistische Antithese in einer neuen Synthese zu überwinden« (296). Aber Wie? Das Rezept Otto Bauers (siehe oben) ist *keine* Synthese, sondern eine organisatorische Vereinbarung.

Der Marxist, der verstanden hat, soll also in die reformistische Massenpartei eintreten, »ohne Zellen zu bilden« (304). Da er die Einsicht in die großen Zusammenhänge vor der großen Masse voraus hat, wird er, diszipliniert versteht sich, für die Ideen des revolutionären Sozialismus werben. Wie lange er das tun kann, ohne hinausgeworfen zu werden, darüber wird nicht gesprochen. Man stelle sich die Lage eines solchen »Marxisten« innerhalb einer reformistischen Massenpartei vor. Die Eisenbahner wollen streiken. Die reformistische Führung ist gegen den Streik. Was macht unser »Marxist«? Er kann kein Flugblatt für den Streik schreiben, dann stünde er in Verdacht kommunistischer Zellenbildung. Es bliebe ihm nichts anderes übrig, als in seiner Kammer theoretisch über seine höhere Einsicht zu meditieren und den Streik gegebenenfalls abwürgen zu lassen. — Was für den »Marxisten« gilt, gilt auch für die Internationale. Der Marxismus verfißt seine Ideen innerhalb der reformistischen Parteien und »innerhalb einer von reformistischen Arbeiterparteien geführten Internationalen« (305). Er versteht, daß diese Notwendigkeit »nur transitorisch, nur vorübergehend ist«, er kann innerhalb dieser Entwicklungsstufe selbst schon die »revolutionären Ideen entwickeln und verbreiten«. Auf diese Weise erhebt er sich über die »bornierten« Gegensätze und »wird zum integralen, die gegensätzlichen Auffassungen in sich überwindenden Sozialismus und damit zur integralen Kraft innerhalb der gespaltenen Arbeiterbewegung« (306).

Es erweist sich, daß der Integrale Sozialismus nichts weiter ist als die Liquidierung der Kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale. Das Aufgehen dieser Organisation im Reformismus. Der Gegensatz zum Eurokommunismus kann nicht schärfer definiert werden: Der Eurokommunismus will die Kommunistischen Parteien reformieren, der Integrale Sozialismus will sie liquidieren. Zum Programm der Liquidierung der Kommunistischen Parteien bedarf es keiner »dialektischen« Bemühung. Otto Bauer habe »die Marx'sche Dialektik studiert und anderen beigebracht«, sagt Lenin (»und vieles von dem, was Otto Bauer und die anderen in dieser Hinsicht getan haben, wird für immer ein wertvoller Beitrag zur sozialistischen Literatur bleiben), sie machten aber bei der Anwendung dieser Dialektik einen derartigen Fehler oder erwießen sich in der Praxis als solche Nicht-Dialektiker, als Leute, die so wenig zu begreifen vermochten, wie schnell die Formen wechseln und die alten Formen sich mit neuem Inhalt füllen« (LW 31, 89). Insofern der Eurokommunismus Kommunismus ist, ein dem dogmatischen Kommunismus kritisch gegenüberstehender Kommunismus, wird Bauer sich mit dem Eurokommunismus nicht identifizieren, sondern dessen Eintritt in die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordern.

Man kann von Otto Bauer nicht sprechen, ohne als ideologischen Hintergrund den Austromarxismus heranzuziehen (das hat auch der AWA eingesehen und deshalb neben Detlev Albers' Beitrag über Bauer die Arbeit von Volker Gransow und Michael Krätze publiziert, in welcher die politische Theorie des Austromarxismus in Form von Thesen verarbeitet wird. Sollen diese Thesen die Rehabilitierung des Austromarxismus begründen, so verfehlen sie dieses Ziel allein schon damit, daß ihr Gegenstand die Theorie des Austromarxismus ist, die Praxis aber ausgeklammert wird. Eine von der Praxis getrennte Theorie des Austromarxismus gibt es nicht und kann es nicht geben. Austromarxismus ist Widerspruch zwischen Wort und Tat, zwischen Theorie und Pra-

xis. Den revolutionären Worten folgt nie die revolutionäre Tat. Die Tat (Praxis) hebt das Wort (Theorie) auf. Die beiden Beiträge in AS 44, die aufeinander folgen, sind ideologisch zwei Elemente einer und derselben Sache. Otto Bauer und der Austromarxismus sind eines.

Der Verfasser von »Zwischen den Weltkriegen« bekennt zwar, »nicht alle, wohl aber manche der Irrtümer der internationalen Sozialdemokratie geteilt zu haben« (288), aber von der austromarxistischen Praxis ist er nicht abgerückt. Der Beispiele, daß Theorie und Praxis, Wort und Tat, im Austromarxismus Gegensätze sind, gibt es zahlreiche. Schon das Linzer Programm der »defensiven Gewalt« und die darauf folgende »Praxis« des 15. Juli 1927 sagt zu dem Thema »Wort und Tat« alles. Am 26. Juli 1927 erklärte Bauer im Parlament: »Die Polizei zog durch die Stadt und schoß, und es fielen Tote und Verwundete. Als wir hinkamen, um zu retten, was zu retten war, da stürmten uns die ruhigsten und besonnensten Arbeiter entgegen mit dem einzigen Schrei: 'Gebt uns Waffen, damit wir uns wehren.'« War das nicht der Augenblick, die Theorie von der »defensiven Gewalt« in die Tat umzusetzen? Wie wir wissen, blieb die Tat aus. Nicht anders war der Gegensatz von Wort und Tat in der kritischen Phase am Vorabend des 12. Februar 1934. Angesichts der drohenden faschistischen Gefahr beschloß die austromarxistische Führung jene berühmten drei Punkte, die den Abwehrkampf der Arbeiter *automatisch* auslösen sollten: 1. Auflösung der Partei, 2. Auflösung der Gewerkschaften, 3. Besetzung des Wiener Rathauses. Das war die Theorie. In der Tat bremste die Führung der SP den Willen der Arbeiter zum Widerstand. Der Widerstand des Republikanischen Schutzbundes gegen die faschistische Offensive brach aus gegen den Willen der Parteiführung, er brach aus durch die Eigeninitiative eines Schutzbundführers in Linz.

Dieser auf den Widerspruch von Theorie und Praxis beruhende Austromarxismus soll die Theorie und Praxis des Sozialismus in der Bundesrepublik fördern? Otto Bauers Buch beweist gerade das Gegenteil. Auf dem Wege des Austromarxismus gibt es keine Siege, nur Niederlagen. Bauers Theorie beruht auf dem mechanischen, undialektischen Schema von den objektiven »Sozialfaktoren«, deren Verabsolutierung die Grundlage seiner Einschätzung der Rolle des Reformismus ist. Objektive Sozialfaktoren, ohne Rückwirkung auf das Bewußtsein, ohne Auswirkung auf den ideologischen Überbau, führen in die Sackgasse, in der der Austromarxismus stecken geblieben ist. Zur Freude des reaktionären Teiles der Bourgeoisie. Lenin hat sich lustig gemacht über die »Sozialisten«, die, wie Otto Bauer, gebannt auf die »Sozialfaktoren«, nicht auf die handelnden Menschen starren und das Subjekt in der Geschichte, den Menschen, bloß als Anhängsel der »sozialen Faktoren« begreifen. »Otto Bauer hat das innerste Wesen der Auffassungen des internationalen Opportunismus in einem einzigen Satz ausgezeichnet zum Ausdruck gebracht, wofür wir ihm — wenn wir in Wien tun könnten, was wir wollen — noch bei Lebzeiten ein Denkmal setzen müßten. Die Anwendung der Gewalt im Klassenkampf in den heutigen Demokratien — orakelt Otto Bauer — sei eine 'Vergewaltigung der sozialen Machtfaktoren'« (LW 32, 217). Otto Bauer verlangt, daß auch die Kommunisten ihre »Verirrungen« einbekennen und aus der Geschichte lernen — hier liegt ein Kardinalirrtum von ihm vor. Diese Korrektur ist nämlich auf dem 7. Weltkongreß der Komintern von Dimitroff vorgenommen worden: die Politik der Einheits- und Volksfront ist die Folge. Wenn in der Durchführung dieser Politik fehlerhafte Einschränkungen, dogmatische »Irrungen« auftreten, so ist es gerade der Eurokommunismus, der nach dem Rechten zu sehen sucht. Der Eurokommunismus ist demnach mit

dem Integralen Sozialismus nicht identisch, mit ihm nicht zu verwechseln. Er ist, wenn nicht dessen Gegenteil, so doch etwas ganz und gar Anderes. Er ist undogmatischer Kommunismus.

Der Rückgriff auf Otto Bauer und auf den Austromarxismus würde den Rückfall der westeuropäischen Arbeiterbewegung in den Opportunismus bedeuten. Dies gilt für Otto Bauer, nicht aber für Gramsci, den Begründer der KPI, der in der Formung des Eurokommunismus maßgebend beteiligt war — und ist. Gramsci ist das Gegenteil von Otto Bauer.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS) Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag Programm 1980

- AS 45 FRAUEN — Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation. Herausgegeben von Frigga Haug
- AS 46 GULLIVER 7 — Literatur und Politik in Irland. Sean O'Casey zum 100. Geburtstag
- AS 47 MATERIALISTISCHE KULTURTHEORIE — Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung der Alltagskultur. Herausgegeben von W.F. Haug und K. Maase
- AS 48 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 5
- AS 49 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 6: HANDLUNGSSTRUKTURTHEORIE. Herausgegeben von Klaus Holzkamp
- AS 50 DIE AKTUALITÄT BRECHTS — Versuche, Brecht für die Gegenwart neu zu gewinnen. Mit Beiträgen von Claas, Haug, Hermand, Knopf, Pierwoss, Mittenzwei u.a.
- AS 51 SOZIALLIBERALISMUS ODER RECHTER POPULISMUS? Hegemonie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland
- AS 52 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK 2: POLITIK UND STAATSFINANZEN. Politische Durchsetzungsbedingungen Alternativer Wirtschaftspolitik; Wirkungsweise und Probleme der Finanzierung expansiver Staatshaushalte
- AS 53 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 6
- AS 54 MATERIALISTISCHE WISSENSCHAFTSGESCHICHTE am Beispiel der Evolutionstheorie
- AS 55 GEWERKSCHAFTEN UND AUTOMATIONSARBEIT. Projekt Automation und Qualifikation, Bd. 5
- AS 56 ALTERNATIVE UMWELTPOLITIK — Probleme, Aufgaben, Fronten in der Umweltdebatte
- AS 57 GULLIVER 8 — Commonwealth und Dritte Welt
- AS 58 SCHULE UND ERZIEHUNG VIII: Die Wertfrage in der Erziehung
- AS 59 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 7: THERAPIE. Schwerpunkte: Kritische Psychologie und Philosophie; Ideologie; Formationsspezifische Erkenntnisbeschränkung. Herausgegeben von Klaus Holzkamp
- AS 60 PROJEKT IDEOLOGIE-THEORIE 2: FASCHISMUS UND IDEOLOGIE. Materialstudien
- AS 61 INTERNATIONALE SOZIALISMUS-DISKUSSION. Beiträge von der Cavtat-Konferenz 1979: »Die subjektiven Kräfte des Sozialismus«

Aus dem Programm 1979 erscheinen verspätet (Frühjahr 1980):

AS 42 MUSIK 50er JAHRE. Herausgegeben von Dietrich Stern

AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE. Projekt Automation und Qualifikation. Bd. 4

Auswahl-Abo: mind. 3 Bände des laufenden Jahrgangs. Abo-Preis pro Band: 12,80 (statt 15,50), f. Stud. 11,- (statt 12,80) zzgl. 1,50 Versandkosten.

GULLIVER bzw. FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE - Abo: jeweils 2 Bände im Jahr zu Abo-Preisen.

Manfred Herzer

Wie politisch ist die gleichgeschlechtliche Liebe?

Anmerkungen zu Ilse Bindseil und Volkmar Sigusch*

»Was wird aus meinem Sexuellen werden, kann ich mich etwa fragen jetzt, wo ich meine homosexuellen Bedürfnisse nicht mehr zu verdrängen brauche?« Diese Frage stellt Ilse Bindseil als Konsequenz aus ihrer Beobachtung, daß »heute die Homosexualität — mit allem Vorbehalt gesagt — dazu tendiert, toleriert zu werden« (551). Liest man die Frage im Kontext, dann erweist sich, sie ist tatsächlich so naiv gemeint, wie sie formuliert wurde. Womöglich gibt es vereinzelt derart wundersame Menschen, die ihre Wünsche nach homo- oder heterosexuellem Sex je nach dem aktuellen Toleranzniveau zu unterdrücken in der Lage sind, auch hat man schon gehört, daß Heteros faute de mieux gleichgeschlechtliche Befriedigungsformen ausprobieren, und es gibt auch Schwule und Lesben, die sich um der Anpassung willen auf Heterosexuelles einlassen. Dies alles hat jedoch nichts mit Verdrängung zu tun, es sind vielmehr bewußte Reaktionen auf erfahrene Unterdrückung. Die Verdrängungsleistung, die einer erbringt, ist doch gerade nichts, was mit bewußten und willentlichen Entscheidungen zusammenhängt, ist vielmehr ein gerade wegen seiner starken und frühen Konflikthaftigkeit nicht bewußtseinsfähiger Vorgang, der gleichsam wie ein unkontrolliertes Schicksal abläuft. Den Begriff des »Tribschicksals« verwendet Ilse Bindseil selbst am Anfang ihrer Überlegungen, gibt ihn aber undiskutiert auf, wenn sie die Toleranz der Gesellschaft zum maßgeblichen Faktor für Verdrängung erklärt. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die homosexuelle oder heterosexuelle Entwicklung eines Menschen nicht vom Maß der Toleranz abhängt, daß seine Mitmenschen aufbringen. Welche Anteile seiner sexuellen Möglichkeiten der Verdrängung unterliegen, ist vielmehr von Bewußtsein und Willen unabhängig und wird in frühen Phasen der Kindheit fixiert. Ilse Bindseil schiebt die gleichgeschlechtliche Liebe mit ihrer Konstruktion von Verdrängung auf eine abseitige politische Ebene: »Es geht also um die Koexistenz konträrer Objektbeziehungen im einzelnen Individuum und nicht etwa um die Duldung abartiger Lebensformen bei Randgruppen, mit denen man ohnehin nur dann zu tun bekäme, wenn man sich zu ihnen bekennte.« (551)

Hier liegt die Vermutung nahe, daß nicht die gleichgeschlechtliche Liebe allgemein, sondern lediglich die besondere Gruppe manifest bisexueller Individuen von Ilse Bindseil thematisiert wird. Nur für diese mag gelten, daß sie je nach Gelegenheit und augenblicklichem Toleranzniveau zwischen der Realisierung homosexueller und heterosexueller Wünsche wählen können. Für Lesben und Schwule wie für Heterosexuelle dürfte diese freie Entscheidung kaum möglich sein. Diesen Sachverhalt vernachlässigt zu haben, ist eine der Unzulänglichkeiten in Ilse Bindseils Überlegungen. Eine andere liegt in den politischen Konsequenzen, die sie aus ihrer falschen Verallgemeinerung der Erfahrung Bisexueller zieht. Die Erfahrung der Schwulen und Lesben, für die der Kampf um die sogenannte »Duldung abartiger Lebensformen bei Randgruppen« lebenswichtig ist, findet in Ilse Bindseils Theorie keinen Niederschlag.

Ilse Bindseil argumentiert nun so, wie das unter liberal gestimmten Heteros, aber

* Ilse Bindseil: Theoretisches über die gleichgeschlechtliche Liebe. In: Das Argument 116, 21. Jg. (1979), S. 549-553. — Im folgenden beziehen sich einfache Seitenangaben in Klammern auf diesen Text.

auch unter zaghafteren und um Rechtfertigung ihrer Zaghaftigkeit bemühten Homosexuellen üblich ist: abwieglertisch. Sie muß sich deshalb mit einem schwerwiegenden Vorwurf auseinandersetzen: wer das heute vorherrschende Maß an Schwulen- und Lesben Diskriminierung und die allenfalls in manchen Kreisen großstädtischer bildungsbürgerlich orientierter Mittelklassen sich ausbreitende Toleranzstimmung gegenüber der gleichgeschlechtlichen Liebe schon mit ihrer demokratischen Integration in die Heterogesellschaft verwechselt, der hat nicht begriffen, was Demokratie und der Kampf für demokratische Rechte bedeutet. Das Tabuisieren und Verharmlosungen der Homosexuellendiskriminierung ist ein altes traditionsreiches Laster der Linken. Neu ist bei Ilse Bindseil der Begründungszusammenhang. Sie sagt etwa, früher war alles ganz anders, da hatte die gleichgeschlechtliche Liebe noch einen »Protestcharakter«, und »von jeher« soll sie »politische Sprengkraft« (553) gehabt haben. Das waren noch bewegte Zeiten, was aber tut die gleichgeschlechtliche Liebe heute? »Sie hört auf, ein Seismograph für die politische Unterdrückung in einem Gemeinwesen zu sein und verliert den Protestcharakter, den sie wie immer unfreiwillig durch die leidvollen und unbezweifelbar politischen Erfahrungen der Homosexuellen angenommen hatte.« Sie gerät daher, wie man sich leicht denken kann, ins politische Zwielicht: Von nun an »tendiert sie« dazu, »zu einer Ersatzlösung zu werden, die für Probleme in Anspruch genommen wird, für die sie gar keine Lösung ist.« (553) Was das für Probleme sind, wird leider nicht ausgeführt.

Die Annahme eines wie auch immer gearteten Protestcharakters der Homosexualität läßt sich mit historischem Tatsachenmaterial nicht belegen, was Ilse Bindseil bezeichnenderweise auch gar nicht erst versucht. Seitdem Gisela Bleibtreu-Ehrenbergs Untersuchung über die Geschichte der abendländischen Homosexuellenverfolgung vorliegt, erhält diese Annahme nicht nur den Charakter des Grotesken, seine finstere Tradition läßt sich jetzt genauer benennen: sie entstammt dem klassischen Repertoire der die Homosexuellenverfolgungen begleitenden Rechtfertigungspropaganda. Die Vorstellung, nach der Homosexualität ein bewußter Akt der Auflehnung gegen göttliche Ordnung sein soll, der mit Verrat und Rebellion einhergeht und folglich Strafe verdient, wurde von Bleibtreu-Ehrenberg auf ihren historischen Ursprung im vorchristlichen Germanentum zurückgeführt. In germanischen Quellen läßt sich erstmals der Gedankenkomplex Homosexualität-Kriegsscheu-Verrat, schließlich nach der Christianisierung Ungehorsam gegen Gott und später: gegen die Natur als ideologische Grundlage für Verfolgung und Diskriminierung nachweisen. Ein Protestcharakter wurde den Homosexuellen zwar schon immer von ihren Verfolgern zugeschrieben, war aber kaum mehr als ein für die Verfolger funktionaler Rechtfertigungsmythos. In den Bereich der Mythen mußte auch Herbert Marcuse ausweichen, als er einen ähnlichen Gedanken wie Ilse Bindseil formulierend in seinem Buch »Triebstruktur und Gesellschaft« Homosexualität als »Große Weigerung« verstanden wissen wollte. Die Orpheus-Mythe betrachtend, schreibt er:

»Die klassische Tradition setzt Orpheus mit der Einführung der Homosexualität in Verbindung. Wie Narziß verwirft er den normalen Eros, nicht um eines asketischen Ideals, sondern um eines noch volleren Eros willen. Wie Narziß protestierte er gegen die unterdrückende Ordnung der zeugenden Sexualität. Der orphische und der narzißtische Eros ist bis zum Ende die Verneinung dieser Ordnung — die 'Große Weigerung'« (Marcuse 1965, 169).

Es wäre jedoch unzureichend, wollte man Ungehorsam, Verrat, Protest und Große

Weigerung der Schwulen nur als kollektive Wahngelbte verfolgungswütiger Heteros entschlüsseln. Daß Marcuse und Ilse Bindseil diese Idee in durchaus wohlwollender Absicht aufgreifen, verweist auf die andere Seite dieses Verhältnisses von Unterdrückern und Unterdrückten. Bei diesen besteht nämlich durchaus die Tendenz, sich dem Bild anzupassen, das jene sich von ihren Opfern machen. Magnus Hirschfeld teilte die Beobachtung mit, daß unter Anarchisten mehr als in anderen politischen Parteiungen Homosexuelle zu finden seien (Hirschfeld 1914, 523). Nur läßt sich aus dieser vermutlich zutreffenden Beobachtung nicht folgern, daß umgekehrt für Homosexuelle ein besonderes Potential zu sozialem Protest und zu »Großer Weigerung« charakteristisch wäre.

Frauenliebe und Männerliebe

Womöglich wird man aber den Ausführungen Ilse Bindseils gerecht, wenn man den ihnen unterlegten Erfahrungshintergrund nicht der männlichen, sondern der weiblichen Homosexualität berücksichtigt. Es gibt Anzeichen dafür, daß gerade im Ausmaß an Flexibilität und Verdrängungszwang im Umgang mit gleich- und gegengeschlechtlichen Wünschen ein wesentlicher Unterschied zwischen Frauen und Männern besteht. Eine empirische Studie von Lising Pagenstecher über die Lebenssituation lesbischer Frauen legt diese Vermutung nahe.

Während es bei schwulen Männern nach den bisherigen Erkenntnissen eher zu den Ausnahmen gehört, daß der Selbstwahrnehmung als Schwuler und der entsprechenden Lebenspraxis eine längere und als befriedigend empfundene heterosexuelle Phase vorhergeht, scheint dies bei homosexuellen Frauen nach Lising Pagenstechers Beobachtung derart häufig der Fall zu sein, daß sie deshalb eine Revision des Coming-out-Begriffs vorschlägt. Coming-out, bisher hauptsächlich zur Beschreibung jenes Lebensabschnitts von der beginnenden Selbstwahrnehmung als Homosexueller bis zum Austritt aus der Isolation und der Integration in die Homosexuellensubkultur verwendet, will Lising Pagenstecher in bezug auf Lesben als *lebenslangen* Prozeß definieren, da sich Frauen, um mit Ilse Bindseil zu reden, viel weniger »nach ihren heterosexuellen und ihren homosexuellen Bedürfnissen sortieren lassen« (551); die Übergänge und Grenzen scheinen bei Frauen heute fließender zu sein als bei Männern. Das wird beispielsweise auch deutlich an einer vor dem Hintergrund männlich-homosexueller Erfahrung zu verstehenden Formulierung von Günter Amendt in seinem neuen Sexualaufklärungsbuch:

»Es gibt keinen Sex à la carte. Wenn du es als Hetero mit Jungs oder mit Männern treibst, gut für dich! Wenn du es als Homo mit Mädchen oder Frauen treibst, gut für dich! Wenn du es als Lesbe mit Männern oder Jungen treibst, gut für dich! Wenn du es als heterosexuelle Frau mit Mädchen oder Frauen treibst, gut für dich. Aber rede dich nicht raus. Du bleibst ein Hetero oder ein Homo. Dem einen oder anderen wirst du schließlich den Vorzug geben. Du wirst nicht immer beliebig umsteigen können. Das Bett ist kein Verschiebebahnhof. Sing nicht das Hohelied der Bisexualität. Es tönt falsch. Es ist das Gewäsch von Leuten, die sich entweder nicht zu ihrer Homosexualität bekennen wollen, oder die potenzprotzerische Angeberei von Leuten, die sich als Partyunterhalter interessant machen wollen. Achte auf die Sprüche solcher Leute: 'Es ist doch egal, ob Mann oder Frau!' schon gehört? Oder: 'Mit Jungen oder Mädchen, das ist doch das gleiche!' Nichts ist egal und schon gar nicht das gleiche.« (Amendt 1979, 128).

Bringen diese Ausführungen Amendts die Perspektive und Selbsterfahrung homosexueller wie heterosexueller *Männer* zum Ausdruck, dann ist an Ilse Bindseils Theorie die vorschnelle Verallgemeinerung von Beobachtungen zu kritisieren, die allenfalls für die gleichgeschlechtliche Liebe von *Frauen* gelten können.

Theoretisches zur individuellen Geschlechtsliebe

»Und doch wollen wir alle lieben und geliebt werden. Und doch wollen wir alle mit *einem* anderen Menschen glücklich sein, unsere Sinne befriedigen — ob Frau, ob Mann, ob hetero- oder homosexuelle, so genannt«, schreibt Volkmar Sigusch in einem Aufsatz, der ebenfalls Theoretisches zum heutigen Liebesleben enthält. Sigusch akzeptiert hier unkritisch einen Sachverhalt, den Ilse Bindseil als »Ausschließungsverfahren« oder »Ausschließungsverhältnis« problematisiert: Ilse Bindseil sieht darin einen »konkreten Widerspruch«, daß »nicht nur eine Befriedigungsform von allen anderen Befriedigungsformen ausschließt (...), sondern daß das Ausschließungsverfahren selber zum Strukturprinzip beim Aufbau der Person wird.« (551) Das praktische Problem, als das das Ausschließungsverfahren heute erscheint, liegt aber weniger in der von Bindseil benannten Form vor (wenn ich als Mann mit Männern ficke, habe ich meist die Lust am Heterosex verdrängt und umgekehrt); vielmehr erscheint es in der von Sigusch wenn auch als scheinbare Selbstverständlichkeit indirekt angesprochenen Form der Treue und der Promiskuität: mit *einem* Menschen glücklich sein.

Sigusch begründet seine Behauptung, daß wir alle mit einem Menschen glücklich sein wollen, allein damit, daß er das Zahlwort »einem« kursiv drucken läßt. Das ist, wie gesagt, ein allzu unkritischer Umgang mit dem Problem. Womöglich werden auch hier eigene Erfahrungen allzu unvermittelt in Theorie übersetzt. »Partnertausch und Grupensex« sind nach Siguschs Erfahrung nämlich »an keinbürgerlicher Stupidität kaum zu überbieten«.

Immerhin macht aber Sigusch auf einen für die Theorie der gleichgeschlechtlichen Liebe wichtigen Zusammenhang aufmerksam: die individuelle Geschlechtsliebe ist ein Produkt bürgerlicher Produktionsverhältnisse. Sie ist mit diesen »aufgekommen«, schreibt er, wurde aber durch die gleichzeitig sich entwickelnde Disposition zur Lohnarbeit »gewürgt und bis heute in der Latenz gehalten«. Diese letztere These scheint mir schon deshalb fragwürdig, weil sie allzu offensichtlich auf einem am christlichen Sakrament der Ehe orientierten emphatischen Liebesbegriff beruht, der mit den wirklichen Menschen so viel zu tun hat wie der Kleine Katechismus von Dr. Martin Luther: Institut zu sein zur herrschaftskonformen Zurichtung menschlicher Sinnlichkeit und Emotionalität und die Menschen zu hindern, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen. Der umgekehrte Zusammenhang scheint plausibler und ohne den Rückgriff auf christliche Ideologie darstellbar. Demnach wäre es denkbar, daß die sogenannte Disposition zur Lohnarbeit die individuelle Geschlechtsliebe erst ermöglicht hat, denn sie setzt voraus und ist konstituiert durch die Anerkennung der Menschen untereinander als freie Subjekte und Vertragspartner. »Geschlechtsgemeinschaft ist der wechselseitige Gebrauch, den ein Mensch von eines anderen Geschlechtsorganen und Vermögen macht«, schreibt beispielsweise Kant am Beginn der bürgerlichen Epoche über diesen Sachverhalt (Metaphysik der Sitten, § 24). Daß unter dem Deckmantel des freien und gleichen Tauschs die Ausbeutung vor sich geht, ist ja gerade nicht der bewußten Anwendung unmittelbarer Gewalt geschuldet, sondern geschieht als von den Beteiligten nicht durchschauter sich selbst mystifizierender Prozeß bei Beachtung der wechselseitigen Freiheit und Gleichheit der Waren- und Geldbesitzer. Folglich nimmt auch die Prägung sexueller Verhältnisse durch vorbürgerliche patriarchalische Gewaltverhältnisse, wo Raub, Entführung und Vergewaltigung

von Frauen und Knaben die vorherrschenden Beziehungsformen waren, mehr und mehr ab. Wo diese noch vorkommen, sind sie in der bürgerlichen Gesellschaft nicht dieser selbst geschuldet, sondern der Fortvegetation altertümlicher überlebter Produktionsweisen mit ihrem Gefolge von zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen.

Für Sigusch werden die Liebesverhältnisse heute verdorben durch Arbeitsinhalte wie: Maschinen bedienen, nutzlose Waren an den Käufer bringen, tote Akten gegen Menschen führen usw. Dieser allzu sehr einer moralisierenden Kritik verpflichteten Erklärung für das Mißraten individueller Geschlechtsliebe heute steht eine andere, von Ute Holzkamp-Osterkamp vertretene Auffassung gegenüber, die wesentlich genauer den Zusammenhang zwischen Geschlechtsleben und allgemeiner Lebenserfahrung beschreibt: die vermeintlich privaten Sexualbeziehungen dienen heute nicht allein der sexuellen und emotionalen Befriedigung, sondern werden überfrachtet und überfordert, indem sie einen weitgehend illusionären Ersatz für emotionale Absicherung, gesellschaftliche Integration und produktive Bedürfnisbefriedigung bieten müssen. Die geheime Ahnung davon, daß die individuelle Geschlechtsliebe, die in freiwilliger Übereinkunft wechselseitige Sexualbefriedigung sich nicht zur privaten Kompensation öffentlich erlittener Ausbeutung und Unterdrückung eignet, fungiert nach Holzkamp-Osterkamp als eine Art Angst vor Strafe im Bewußtsein der Menschen und verdirbt so immer wieder das sexuelle Glück:

»Die Angst vor Strafe gewinnt hier die Qualität einer allgemeinen Angst vor dem Versagen als Antizipation der Unfähigkeit, den Ansprüchen des anderen zu genügen und so dessen Liebe und die damit verbundene lebensnotwendige emotionale Einbettung zu verlieren, und führt angesichts der Gewißheit des unausbleiblichen Nachlassens der eigenen Attraktivität, der mit dem Alter abnehmenden körperlichen Anziehungskraft, Potenz u.ä. und angesichts der Vergleichenheit des Anknüpfens gegen diesen natürlichen Prozeß zu tiefer Resignation und Verzweiflung.« (Holzkamp-Osterkamp ²1978, 393f.)

Somit wäre der Gedanke von Sigusch, daß Kapitalismus und individuelle Geschlechtsliebe irgendwie zusammenhängen, daß der Kapitalismus die Liebe »behindert«, weiterzudenken und zu präzisieren: die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, also der Kontrakt zwischen rechtlich gleichen Personen zum Zweck des Warentauschs als allgemeine Formbestimmung des Gesamtprozesses kapitalistischer Produktion prägen auch die Geschlechtsverhältnisse und geben ihnen die Form der gleichberechtigten und freiwilligen Übereinkunft *mindestens* zweier Menschen in einer Geschlechtsgemeinschaft. Individuelle Geschlechtsliebe ist, wie Sigusch richtig sagt, behindert, aber nicht durch die »Disposition zur Lohnarbeit«, die sie vielmehr erst als gesellschaftliche Möglichkeit hervorgebracht hat, sondern durch die an sie herangetragene illusionäre Erwartung, Glück und Lebenserfüllung durch »private« sexuelle Beziehungen in einem Maße finden zu können, wie das als Kompensation für das Ausgeschlossenensein von der bewußten Teilhabe an der gesellschaftlichen Realitätskontrolle erforderlich wäre. Hinzukommt, daß die aus vorbürgerlichen Gesellschaftsformationen tradierten Geschlechtsrollenstereotypen immer noch die von Friedrich Engels so genannte Männerherrschaft zum charakteristischen Moment heutiger sexueller Beziehungen werden läßt. Wenn auch in modifizierter Form, spielen diese Geschlechtsrollenstereotype auch in gleichgeschlechtliche Liebesbeziehungen herein, so daß der durch die Geschlechterrollen bedingte Unterschied zwischen schwulen, lesbischen und Heterobeziehungen nur ein gradueller ist.

Politik der Lesben und Schwulen

Die Frage nach der systematischen Vermittlung zwischen Geschlechtsliebe und gegenwärtiger Gesellschaftsformation, die von Sigusch mindestens angedeutet wurde, stellt sich für Ilse Bindseil überhaupt nicht, ebenso wenig wie die nach der politischen Implikation der im bürgerlichen Rahmen ablaufenden Veränderungsprozesse in der Sexualkultur. Es geht ihr vielmehr um die tiefer liegenden Probleme des Seelenlebens, um die Spekulation darüber, was geschehen wird, wenn im Zuge zunehmender Toleranz der »Verdrängungsdruck« nicht mehr auf die ins Unbewußte verdrängten homosexuellen Strebungen der Heterosexuellen wirkt. Es liegt auf der Hand, daß die Sexualunterdrückung und damit auch die Diskriminierung der vom Landläufigen abweichenden schwulen und lesbischen Formen der Sexualbetätigung nicht ein Wesensmerkmal der bürgerlichen Gesellschaft darstellt, »sondern nur eine bestimmte, derzeit keineswegs abgeschlossene Entwicklungsphase innerhalb des Kapitalismus kennzeichnet und mit fortschreitender Entwicklung der Produktivkräfte möglicherweise vom Kapitalstandpunkt aus gänzlich überfällig oder gar schädlich wird« (Holzkamp-Osterkamp 21978, 380).

Diese allgemeine Tendenzbestimmung, die sich auch bei Ilse Bindseil findet, ist aber bei ihr, wie gezeigt werden konnte, mit den schon klassischen Ausgrenzungsversuchen der um ihre Gleichberechtigung kämpfenden Schwulen und Lesben aus dem Bereich des Politischen verquickt.

Am Schluß des Aufsatzes stellt Ilse Bindseil resümierend folgende Behauptung auf:

»War, solange die Homosexualität programmatisch unterdrückt wurde, die offene Politisierung dieses angeblich bloß moralischen Problems die angezeigte Strategie, so würde die fortdauernde politische Interpretation einer offiziell längst geduldeten Lebensform geradewegs in die Entpolitisierung führen und die Homosexualität zu einer Ersatzlösung werden lassen, die die Notwendigkeit weiterreichender politischer Lösungen vergessen macht.« (553)

Wenn ihr der Nachweis gelungen wäre, daß Homosexualität heute zu »einer offiziell längst geduldeten Lebensform« geworden ist, dann wäre ihre Problematisierung des politischen Kampfes von Schwulen und Lesben als einer Ersatzlösung, die weiterreichende politische Lösungen vergessen macht, womöglich diskutabel. Ilse Bindseil bemüht sich aber überhaupt nicht, diesen Nachweis zu erbringen. Sie begnügt sich mit der doktrinären Behauptung vom einstigen Protestcharakter und heutiger Ersatzlösung. Ihr Bemühen um eine Theorie der gleichgeschlechtlichen Liebe erweist sich dort, wo sie auf politische Praxis zu sprechen kommt, als althergebrachten Vorstellungen verhaftet.

Theoretisches Bemühen um die gleichgeschlechtliche Liebe, das nicht von den praktischen und theoretischen Problemen der Schwulen- und Lesbenbewegung ausgeht, stattdessen die historische Berechtigung dieses Kampfes leugnet, erweist sich so als durchsichtiger Rechtfertigungsversuch linker Homophobie und homosexueller Selbstunterdrückung. Vieles spricht dafür, daß Ilse Bindseils Ansichten symptomatisch sind für die vorherrschende Stimmung unter linken Heteros und auf Selbstverleugnung bedachten Lesben und Schwulen. Wie in vielen anderen Bereichen auch hat die hiesige Linke in bezug auf die politischen Aspekte der gleichgeschlechtlichen Liebe ihre Lernfähigkeit und Korrekturmöglichkeit tradiert Fehlhaltungen noch nicht bewiesen. Solange aber weder die Arbeiterparteien, noch die Gewerkschaften noch die dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichteten Theoretiker sich am Kampf für die Gleichberechtigung der Homosexuellen am Arbeitsplatz, für die Abschaffung der §§ 175 und

176 des Strafgesetzbuches, für die Beseitigung antihomosexueller Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen; und für die vollständige Beseitigung der Homosexuellenunterdrückung nicht nur bei uns, sondern auch in den sozialistischen Ländern beteiligen, solange trifft sie der Vorwurf politischer und moralischer Inkonsequenz.

Womöglich ist die Tatsache, daß es immerhin schon wie in Ilse Bindseils Aufsatz geschehen, für nötig erachtet wird, diese Haltung zu rechtfertigen, sie also der Kritik zugänglich zu machen, ein Anzeichen für die beginnende Auflösung sozialistischer Homophobie. Diesen Auflösungsprozeß zu beschleunigen ist demnach die vordringlichste politische Aufgabe der gleichgeschlechtlich Liebenden mit sozialistischer Gesinnung.

Literaturverzeichnis

- Amendt, Günter: Das Sexbuch. Dortmund 1979.
- Bindseil, Ilse: Theoretisches über die gleichgeschlechtliche Liebe. In: Das Argument 116, 21. Jg. (1979), S. 549-553.
- Bleibtreu-Ehrenberg, Gisela: Tabu Homosexualität. Geschichte eines Vorurteils. Frankfurt/M. 1978.
- Graf, Thorsten, und Mimi Steglitz: Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft. In: Probleme des Klassenkampfes 16/1974, S. 17-50.
- Herzer, Manfred: Homosexuellenemanzipation und Arbeiterbewegung — am Beispiel der Gewerkschaften. In: Seminar Gesellschaft und Homosexualität, hrsg. von Rüdiger Lautmann. Frankfurt/M. 1977, S. 480-484.
- ders.: Die Psychoanalyse der Schwulen und das Grimassieren des Volksschülers. In: Homosexuelle Emanzipation Nr. 5/1979, S. 15-18.
- Hirschfeld, Magnus: Die Homosexualität des Mannes und des Weibes. Berlin 1914.
- Holzcamp-Osterkamp, Ute: Motivationsforschung 2. Frankfurt/M./New York 2/1978.
- Marcuse, Herbert: Triebstruktur und Gesellschaft. Frankfurt/M. 1965.
- Pagenstecher, Lising: Homosexuelles Coming-out, ein lebenslanger Prozeß. In: Dokumentation der Tagung Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, München 1978.
- Schulze, Hartmut: Homosexuelle und Kommunisten. Über die Schwierigkeit einer Minderheit mit der andern. In: Konkret Sexualität. Hamburg 1979. S. 66-70.
- Sigusch, Volkmar: Das gemeine Lied der Liebe. In: Konkret Sexualität. Hamburg 1979, S. 6-9.

Zum Thema *Sexualität und Herrschaft* erschienen im *Argument* u.a. folgende Aufsätze:

E. Bornemann: Geld im Patriarchat, in: *Argument* 97

K. Ottomeyer: Zur Diskussion um das Patriarchat, in: *Argument* 97

T. Graf/M. Herzer: Zur neueren Diskussion über die Homosexualität, in: *Argument* 93

S. Tömmel: »Männlicher« Kapitalismus und »weiblicher« Sozialismus, in: *Argument* 93

E. Busche: Sexualpädagogik als Disziplinierungsmittel, in: *Argument* 56

W.F. Haug: Zur Strategie der Triebunterdrückung und Triebmodellierung an Gymnasien, in: *Argument* 56

Kongreßankündigungen und -berichte

Volksuniversität, Pfingsten 1980, West-Berlin

Der Name »Volksuniversität« ist angeregt von der jährlich an Pfingsten stattfindenden »Folkuniversität« (veranstaltet von der schwedischen »Linkspartei«). Bei »Volk« stellen sich im Deutschen Assoziationen ein vom »Volksfest« über die »Volkshochschule« bis zum faschistisch beschlagnahmten Begriff des »Völkischen«. Die Rechte hat den Begriff »Volk« stets zu Unrecht übernommen. Wir verstehen ihn im demokratischen Sinn. Gegenüber dem Block aus Privilegien, Herrschaft und Reichtum steht — das Volk, stehen die plebejischen Traditionen und die Kräfte der Arbeit, der kritischen Wissenschaft, der Frauenbewegung, der Grünen, der Studentenbewegung und der alternativen Kultur. Ihnen soll die Volksuni gewidmet sein.

Die Volksuni soll den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Kultur und der Umweltbewegung eine Möglichkeit bieten, sich mit ihren Problemen theoretisch auseinanderzusetzen. Eine dreitägige Reihe von Vorlesungen und Diskussionen wird Beiträge zur Theorie, Geschichte und aktuellen Problemen der Arbeiterbewegung und der alternativen Kultur bringen. Träger der Volksuni sind einzelne Gewerkschafter und Wissenschaftler — keine Organisationen.

Ein solches Projekt ist heute möglich geworden, obwohl die Linke politisch schwach ist. Die Elemente arbeitsorientierter Wissenschaft und alternativer Kultur sind stärker als je zuvor im westlichen Nachkriegsdeutschland. Nie zuvor gab es ein intensiveres Interesse der gewerkschaftlich Organisierten an der wissenschaftlichen Durchdringung der ökonomischen Entwicklung. Und erstmalig gibt es aussichtsreiche Ansätze einer Politik umweltfreundlicher Kontrolle von Wirtschaft und Technik.

Die Dozenten der Volksuni kommen aus Gewerkschaften und Betrieben, aus der progressiven Wissenschaft, aus der sozialkritischen Bewegung der Christen, aus der Frauenbewegung, aus der alternativen Kultur und aus der Umweltbewegung. Die Dozenten der Volksuni kommen aus allen Lagern der Linken. Namhafte ausländische Theoretiker werden teilnehmen.

Die linken Wissenschaftler, Lehrer, Studenten und Schüler finden in der Volksuni einen Ort, wo sie — über bestehende Ansätze hinaus — ernst machen können mit der als notwendig erkannten Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern, mit Kollegen aus den Betrieben. Die verwissenschaftlichte Arbeit und die arbeitsorientierte Wissenschaft können hier einen Schritt aufeinander zu tun.

Die sprunghaft gewachsene Rolle der Wissenschaft in der Produktion droht die Stellung vieler Arbeitnehmer zu schwächen. Automation und Rationalisierung gefährden Arbeitsplätze und entwerten herkömmliche Qualifikationen. Zugleich ist es die Automation, die Arbeit und Wissenschaft zusammenführen muß und die den Arbeitenden auch einen Zuwachs an Handlungsfähigkeit bringen kann. In dieser Situation darf nicht das Kapital das Monopol im Zusammenbringen von Arbeit und Wissenschaft behalten.

Die Situation von Studenten, Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern usw. ist von wachsender Unsicherheit gekennzeichnet. Nur im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern läßt sich ihre Situation langfristig wirksam verbessern.

Die Studentenbewegung hat auf ihrem Höhepunkt die Kritische Universität hervorgebracht. Dort wurde die Ideologiekritik der bürgerlichen Wissenschaft in Angriff genommen. *Die Frauenbewegung* hat in Gestalt der westberliner »Sommeruniversität« und in anderen Formen Elemente eines demokratischen Frauenstudiums entwickelt. *Die Volksuni* möchte die Traditionen der Kritischen Universität der Studenten und des Frauenstudiums aufnehmen und zusammenbringen mit den Elementen einer arbeitsorientierten Wissenschaft und alternativen Kultur.

Vorläufige Planung:

Die Volksuni wird von Samstag bis Pfingstmontag dauern. Drei Vorlesungsreihen laufen parallel:

- 1) Zur Theorie und Geschichte der sozialen Bewegung(en)
- 2) Probleme der Arbeitswelt/Gewerkschaft und Betrieb
- 3) Kultur und Ideologie

Jede der drei Reihen wird Elemente des Frauenstudiums enthalten. Desgleichen werden ökologische Themen in allen drei Reihen behandelt. — Ein Kulturprogramm bringt an den Abenden Konzerte und Theater. Filmvorführungen, Diskussionen mit Kunstproduzenten werden organisiert.

Gründungskuratorium: Detlev Albers, Elmar Altvater, Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Helmut Gollwitzer, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Johannes Hodek, Klaus Holzkamp, Ute Holzkamp-Osterkamp, Robert Jungk, Ulf Kadritzke, Klaus Peter Kisker, Ekkehart Krippendorff, Ernst-Randolf Lochmann, Jutta Menschik, Christel Neuss, Uwe Wesel, Axel Zerdick.

Vorläufige Anschrift: *Volksuni*, c/o Das Argument, Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33. Für die Unterstützung der Volksuni: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin, Christian Dreyer, Sonderkonto »Volksuni« Nr. 20.85.47.29.01 (BLZ 100 101 11).

Ästhetische Praxis und politische Kultur von unten. Kongreß der GEW Hamburg, 15.-17. Februar 1980

Auf dem Kongreß wird die Kulturarbeit von z.B. Mieter- und Bürgerinitiativen, Kommunikationszentren, Medienläden und in Betrieben vorgestellt. Im Vordergrund stehen dabei die ästhetischen Aktivitäten wie Plakate entwerfen, Theater spielen, Filmen, Fotografieren, Musizieren und Räume ausgestalten — Aktivitäten, die der Selbstdarstellung und der Demonstration politischer Interessen dienen. Sie sollen auf ihre Bedeutung für die ästhetische Erziehung in und außerhalb der Schule hin befragt werden.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch solche schulischen Projekte, die die Hoffnung beflügeln, daß Schule doch anders — lustvoller und lebensnah — werden kann.

Anmeldeformulare und weitere Informationen bei: Renke Masphuhl, Knauerstr. 21, 2000 Hamburg 20 (bitte —,60 DM in Briefmarken beilegen).

Klinische Psychologie und Psychotherapie. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie und der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie, 18.-23. Februar in Berlin/W.

Mit Hilfe von Referaten über die neuesten Psychotherapieforschungen aus den unterschiedlichen Schulen und Gebieten und deren Diskussion, durch Seminare und durch die Vermittlung von »psychotherapeutischen Know Hows« in Workshops sollen die Möglichkeiten und Grenzen einer Integration psychotherapeutischer Methoden ausgelotet werden.

Informationen: DGVT-Geschäftsstelle, Postfach 1343, 7400 Tübingen.

Fortschritt der Computer — Computer für den Fortschritt? Ein Kongreß über Erfahrungen mit der Informationstechnologie in der Arbeitswelt, 22. - 24.2.1980 in Kassel.

Der Kongreß wird hauptsächlich durch die Diskussion in Arbeitsgruppen geprägt. Themenschwerpunkte sind:

1. Arbeitsprozesse und Arbeitsinhalte; Kontrollformen; Qualifikation und Motivation, Beanspruchungen und Belastungen

2. Entwurf und Einführung neuer informationstechnisch-organisatorischer Konzepte — Planungs- und Implementationsprozesse, Partizipation, Information und Schulung
3. Auswirkungen von DV-bezogener Rationalisierung auf die Arbeitsplätze (regionale und branchenmäßige Gesamtentwicklung, Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes, individuelle Folgen wie Arbeitsplatzverlust, Umsetzung, Umgruppierung)
4. Auswirkungen der Informationstechnologie auf das Arbeitsprodukt (Sachgut wie Dienstleistung); Veränderungen der Produktqualität, seines Gebrauchswertes; Folgen für das Verhältnis zum Kunden, Klienten, Bürger
5. Veränderungen des individuellen, betrieblichen und gesellschaftlichen Informationsumfeldes — Informationsgleichgewicht, Zugang zu Informationen, Datenschutz

Referenten sind: M.J.E. Cooley, H.F. Sherwood, F. Haenschke, H. Brinckmann, U. Briefs.

Anfragen und Anmeldungen an den Tagungsleiter Prof. Dr. Hans Brinckmann, Forschungsprojekt Verwaltungautomation, Henschelstraße 2, 3500 Kassel, Tel. 0561/8042324.

Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten

Wissenschaftliche Konferenz des DGB zur Geschichte der Gewerkschaften, München, 12.-13.10.1979

H.O. Vettors einleitendes Grundsatzreferat »Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten« akzentuierte die »Komplexität politischer Prozesse« und die »Vielfältigkeit einer politischen Entscheidungssituation«, der gegenüber sowohl Verrasttheorien als auch glatte Erfolgsbilanzen nicht gerecht würden. Organisationsgeschichte sei erst in der Verknüpfung mit der Geschichte der Lebenslage von Arbeitnehmern fruchtbar. Ähnlich ausbalanciert auch die beiden historischen Ereignisse, die Vetter ansprach: Etwaige Rechtfertiger des Hitler-Stalin-Paktes wollten historische Tabu-Zonen schaffen (dies wohl gegen marxistisch orientierte historische *Erklärungen* des Paktes); »demagogische« Geschichtsfälschung sei es, Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken. Unmißverständlich klar wurde Vetter zu einer Hauptfrage der Konferenz: Die Weimarer Republik war vor ihrem Ende bereits sturmreif geschossen. »Die Schützen kamen aus jenen nationalen Kreisen, die für das demokratische System ... von Anfang an nur Verachtung übrig hatten.«

Die sich an Vettors Referat anschließende »Bestandsaufnahme — Perspektiven« — Thematik wurde durch Kurzreferate eingeleitet: *W. Conze* sprach informativ über Frühgeschichte der Gewerkschaften und den Gegensatz zwischen liberalen (soziale Partnerschaft) und sozialdemokratischen (Klassenkampf) Orientierungen. *H.J. Wallraff SJ* verblüffte mit der These, die freigewerkschaftlichen und konfessionellen Gewerkschaften der 70er Jahre seien im Grunde eine »frühe Einheitsgewerkschaft« gewesen, die jedoch »von außen« (Papst, Bismarck, Gerichte) dividiert worden seien. *G.A. Ritter* regte an, die Rolle der Gewerkschaften bei der Ausbildung der »Arbeiterkultur« und ihrer Organisationen zu erforschen. *H.U. Wehler* kritisierte den deutschen Liberalismus, der die Abspaltung der Arbeitervereine »nie wieder gut gemacht habes«, und Bismarcks Sozialistengesetze, die die »Anziehungskraft Marxscher Theorie« in der Arbeiterbewegung gesteigert haben. *H. Grebing* fragte kritisch, warum nicht »spätestens mit dem Staatsstreich Papens« die von SPD und Gewerkschaften verfolgte »Legalstrategie« korrigiert wurde: die Aufkündigung des Verfassungskonsens durch Bürgertum und Unternehmer mußten doch zu einer strategisch prinzipiellen Korrektur führen, wenn

die »emanzipatorischen Normen der Verfassung« verteidigt werden sollen. *G. Beier* wollte »die Stationen des Integrationsprozesses« der Gewerkschaften in den »demokratischen Staat« ab 1925 nachzeichnen, die im Sozialstaatsbegriff des Grundsatzprogrammwerfs von 1979 ihren Höhepunkt erreicht haben sollen.

Die Plenumsdiskussion wurde durch *Hans Gottfurcht* eröffnet, der sehr präzise zur Angestelltenbewegung G.A. Ritter ansprach, indem er auf die Unterschiede zwischen deutsch-nationalen und freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen hinwies. Sein pauschaler Satz, vor 1933 hätten sich »Literaten und Schriftsteller« von der Republik distanzieren, wurde von *W. Fabian* zurechtgerückt: solche gab es, ja; aber Schriftsteller gab es auch andere ... *Eberhard Schmidt* berichtete von Versuchen in Emden, das Verhältnis von (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitern zu ihrer eignen Geschichte, von der viele »abgeschnitten« worden seien, durch Selbsttätigkeit (Rekonstruktion von Arbeits- und Lebensbedingungen) — nicht durch »Linien«-Geschichte — herstellen zu helfen.

*Fritz Vilmar*s global gehaltene Frage schien niemanden sehr zu interessieren (»Haben die Gewerkschaften auf dem Reformwege versagt?«); vielleicht hing dies damit zusammen, daß er sie gleich selbst beantwortete (»Dieser Weg ist allein erfolgreich gewesen!«). Anders *P.von Oertzen*, der sich an den »versammelten historischen Sachverständigen« auf dem Podium wandte, um in demonstrativer Naivität Fragen zu stellen, zu denen er selbst als historischer Sachverständiger gearbeitet und veröffentlicht hatte: zum Problem 1918 — notwendige oder nicht-notwendige Entwicklung? *Tensfelde* kritisierte die Frage als eine noch zu organisationsgeschichtlich, zu ideologisch und zu theoretisch(!)-orientiert, und zu wenig sozialgeschichtlich. Damit waren die neueren Tendenzen historischer Forschung benannt: Arbeiterkultur (versus Organisation) und sozialgeschichtliche Breite (versus Theorie).

Am Nachmittag teilte man sich in zwei Arbeitsgruppen auf, um einmal die Novemberrevolution, zum andern die Krise der Weimarer Republik 1930-1933 zu diskutieren. In der zweiten Arbeitsgruppe ging es um die Frage, ob die Arbeiterbewegung vor 1933 alles getan hat, um Hitler zu verhindern. Das Referat von *H. Skrzypczak* sah als eine der wenigen verbliebenen »Handlungsspielräume« für die ADGB-Führung im Jahre 1930, »durch eine Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen der Unternehmer ein demonstratives Zeichen gemeinsamen Stabilisierungswillens zu setzen«. Leider jedoch wurde diese Möglichkeit ausgeschlagen, erschienen doch den meisten leitenden Funktionären eine solche »konzertierte Aktion als Produkt eines praxisfernen Illusionismus«.

Das Korreferat von *Frank Deppe* setzte der These Skrzypczaks, bei der Politik der ADGB-Führung habe es sich in Wahrheit um »die Anwendung einer durchdachten Strategie hinhaltenden Widerstands« gehandelt, eine differenzierte Analyse der Bedingungen des Scheiterns gewerkschaftlicher Strategie gegenüber dem aufziehenden Faschismus entgegen: am Beispiel der Rationalisierung und der Krise wurde der Autonomieverlust gewerkschaftlichen Handelns dokumentiert, an deren Endpunkt ein Staats- und Politikverständnis stand, das für selbständige Aktionsmöglichkeiten »von unten« kaum mehr offen war.

O. Flechtheim fragte, — da es mit Hitler 1933 »schlimmer nicht hätte kommen können« —, ob die Gewerkschaften nicht mehr hätten tun können, ob die Arbeiterbewegung trotz aller gegenseitigen Verteufelung nicht angesichts Hitler »hätte zusammengehen müssen«. Und zu *Steinberg* (»Generalstreik wäre illusionär gewesen«) gewandt: »Es gibt Situationen, in denen die Niederlage vielleicht das kleinere Übel gegenüber einer feigen Anpassung ist!« *H.-G. Schumann* wies auf das schwierige Problem für Gewerkschaftsmitglieder hin, einen Staat in der Krise verteidigen zu müssen, der sozialpolitisch nicht der ihre war.

Mitten in diese spannende Diskussion platzten die hilflosen Versuche von *F. Vilmar*,

H. Weber und H. Skrzypczak, Niedriges zu oberst zu kehren. Vilmar kam mit seinem Bild von F. Deppe nicht mehr zurecht (»Vor uns steht eine andere Persönlichkeit als im Buch!«): Skrzypczak fühlte sich bei Deppes Referat an Lenins Brief an einen englischen Genossen erinnert, der zur Vorsicht und Zurückhaltung bei der Gründung einer Zeitung mahnte. Und H. Weber forderte Deppe auf, »noch weiterzugehen« und die kommunistische Politik Ende der Weimarer Republik zur Wurzel allen Übels zu erklären. In diese Kerbe haute dann auch noch *Mommsen*: »Wenn, Herr Deppe, bei Ihnen auch die Hilflosigkeit kommunistischer Politik 1930-1933 deutlicher würde, wäre die gesamte Ausweglosigkeit deutlicher geworden!«

Gleichwohl erreichte die Diskussion mit den Beiträgen von E. Matthias (Die SPD und die Freien Gewerkschaften haben sich die Tolerierungspolitik zu billig abkaufen lassen) und anderen zum Schluß wieder das Niveau, das sie über weite Strecken zuvor gehabt hatte. Es fehlte allerdings ein engagierter Diskutant, der viel zu spät, nachdem allerorten gegen seine Nicht-Einladung protestiert worden war, dann noch verschämt hinzugebeten wurde und dies zu Recht dann ausschlug: Wolfgang Abendroth.

Dietfrid Krause-Vilmar (Kassel)

Staatlich verwaltete Ungleichheit

Soziologentag der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) in Wien, 19.-20.10.1979

Im Vergleich mit bundesdeutschen Soziologentagen (vgl. *Argument* 116, S.571ff.) fielen in Wien wichtige Unterschiede der nationalen Soziologieentwicklungen auf mindestens drei Ebenen auf: 1. im Verhältnis der Soziologie zur gesellschaftlichen Praxis, 2. in der Behandlung der Professionalisierungsproblematik und 3. in der Auseinandersetzung mit den in der BRD praktizierten Berufsverboten.

1. Während für die DGS und ihre Soziologen das Verhältnis von Theorie und Praxis ein Dilemma darstellt, in dem die Wahl zwischen abstraktem Theorievergleich fern jeder gesellschaftlichen Praxis oder sozialtechnologischem Pragmatismus bar jeder Reflexion auf Systemzusammenhänge zu bestehen scheint, zeigte schon die Programmgestaltung des Österreichischen Soziologentags ein hohes Maß an Bewußtheit in der Reflexion des Theorie-Praxis-Verhältnisses. Die Themen der Arbeitskreise (1: Verflechtung zwischen wirtschaftlichen Interessen und staatlicher Politik, 2: Die 'alte' und die 'neue' Bourgeoisie, 3: Reproduktion von Bewußtsein, 4: Sozialwissenschaft zwischen Aufklärung und Kontrolle, 5: Das staatliche Gewaltmonopol, 6: Die 'sanften' Kontrolleure, 7: Staatliche Distributionsleistungen, 8: Räumliche Disparitäten) stellten Problemvertiefungen der theoretischen Erörterungen der Hauptreferenten dar und spiegelten konkrete Probleme gesellschaftlicher Realität — nicht nur Österreichs — wider. blieb man auf dem 19. Deutschen Soziologentag zum wiederholten Male auch bei den praxisnah gestellten Themen im großen und ganzen vor dem Nachweis der Krisenhaftigkeit des Systems stehen, um Stückwerktechnologie zu verkaufen, so behandelte demgegenüber die österreichische Soziologie die praxisrelevanten Probleme mit durchaus materialistischen Ambitionen und mit für uns ungewohnter Unbefangenheit unter Einbezug von Kategorien marxistischer Theorie-Tradition, ohne auf die Erarbeitung umsetzbarer Lösungen zu verzichten. So machte z.B. E. Nowotny in seiner minutiösen Analyse einzelner wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen deutlich, daß die Herrschaftsverhältnisse in Österreich — trotz aller Besonderheiten der nationalen Entwicklung, wie z.B. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Neutralitätspolitik, langjährig praktizierte friedliche Koexistenz — die einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind, die durch bestimmte Aspekte dieser Besonderheiten eher verschleiert als gemildert werden.

Während die BRD-Soziologie gerade auch in ihrer pragmatisch ausgerichteten Variante die Funktion der Verschleierung tatsächlicher Herrschaftsverhältnisse übernimmt, fällt an der österreichischen Soziologie Seriosität und Verwirklichungsgrad der immer wieder postulierten Aufklärungsfunktion auf. E. Gehmacher zeigte dies am Beispiel der AKW-Diskussion in Österreich: wenn die als Strukturänderung in den Sozialwissenschaften geforderte »Wissenschaftsdiskussion«, d.h. eine öffentliche und politische Diskussion wissenschaftlicher Theorien und Methoden, die »breite Beteiligung zuläßt und ermutigt«, heute deutlich an Boden gewinnt, ist dies ein Hinweis darauf, daß die Anwendungsdiskussion auf der Grundlage wissenschaftlicher Durchdringung des Stellenwerts der Soziologie in der Gesellschaft beruht. Die Stellungnahme des Vorsitzenden der ÖGS, P. Kellermann, in der Öst. Zeitschrift für Soziologie (ÖZS) 1/1978 steht für den Versuch, Soziologie als »Oppositionswissenschaft«, als Gesellschaftskritik zu vermitteln mit der Ausrichtung ihrer Ergebnisse auf Anwendbarkeit.

2. Aus dieser Rationalität erklärt sich auch die offensivere Haltung der ÖGS gegenüber tagespolitischen Fragen wie den Gesetzesentwürfen für ein neues Psychologengesetz und ein Forschungsorganisationsgesetz. Die den Soziologentag bestimmende Diskussion dieser Gesetzesentwürfe, die die Bedingungen soziologischer Forschung entscheidend tangieren, stellt gleichzeitig die Bemühung um eine Professionsentwicklung dar, die sich der 'Selbstbindung an gesellschaftliche Verwertung durch die Herrschenden' widersetzt (vgl. Lohmann/Marwedel, in: Ahlemeyer/Schellhase, Soziologie im Arbeitnehmerinteresse, Köln 1977).

Die sich von der BRD-Soziologie abhebende Sicht von Professionalisierungsproblemen ist notwendige Folge des skizzierten Praxisverständnisses: die Untrennbarkeit beider Ebenen verdeutlicht die Herangehensweise der österreichischen Soziologie an Professionalisierung, nämlich über den Weg »eine(r) Auseinandersetzung um die Definition der Handlungsziele, also der gesellschaftlichen Aufgaben der Soziologie, ... weil die bewußte, auch kontroverse Erörterung dieser Ziele und Aufgaben eine Voraussetzung zur gerichteten Institutionalisierung und Professionalisierung der Soziologie ist« (Öst. Jahrbuch f. Soziologie 1974, S.28).

Während die Deutsche Gesellschaft für Soziologie als eine »gelehrte Gesellschaft« (Scheuch) Professionalisierung als externes Problem begreift, was zur Gründung des Berufsverbandes Deutscher Soziologen (BDS) geführt hat, wird sie in Österreich seit Jahren als theorierelevant begriffen und planmäßig betrieben mit der Intention der Institutionalisierung einer Wissenschaft, deren gesellschaftliche Relevanz auf der Einsicht in objektive soziale Prozesse und darauf gründenden Anstrengungen zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse mit dem Ziel der »Erhöhung kollektiven Lebenswerts« (Kellermann) beruht.

Daß die ÖGS jedenfalls nicht die Absicht hat, »Soziologie ohne Soziologen« zu verkaufen (Bolte) und auch im Rückzug keine Alternative sieht, zeigte die Diskussion im Arbeitskreis 4 über Probleme engagierter, kritischer Sozialwissenschaft. So wurden auf der Grundlage des Problemaufrisses von H. Fabris, der betriebliche Zugangsprobleme einer an Arbeitnehmerinteressen orientierten Industriesoziologie analysierte, Strategien einer dezidierten Interessenbindung industriesoziologischer Forschung entwickelt: die Berücksichtigung des gegebenen Vergesellschaftungsgrades der Soziologie als Basis erfolgreicher Professionalisierung bedeutet in erster Linie die organisierte Zusammenarbeit mit Arbeiternehmerorganisationen auf breiter Ebene und setzt geradezu zwingend die Organisation soziologischer Forschungsarbeit in Teamgruppen auf die Tagesordnung, wie auch F. Fürstenberg mit seiner Forderung nach Interdisziplinarität ausdrückte.

3. Daß in diesem Klima der Steuerung von Wissenschaft durch Rationalität die herrschende Berufsverbotspraxis in der BRD offen diskutiert und prinzipiell abgelehnt

wird, ergibt sich folgerichtig. So war der vom Berufsverbot betroffene Soziologe P. Marwedel als Referent für den AK 4 eingeladen, um dort über Berufsverbote als »Grenzfall der Anwendung« von Soziologie zu sprechen. Angesichts der Bemühungen österreichischer Soziologen um die Einheit von Theorie und Praxis ist es nur konsequent, daß Berufsverbote als Behinderung der Anwendung marxistischer Soziologie und damit des Prozesses der theoretischen und ideologischen Systemauseinandersetzung auf wissenschaftlicher Ebene interpretiert wurden, die eine Gefährdung der Soziologie als Wissenschaft überhaupt bedeuten. Vor diesem Hintergrund versteht sich nicht nur das lebhafteste Interesse, das die Teilnehmer des AK 4 Marwedels Referat sowie seinem konkreten »Fall« entgegenbrachten, sondern auch das Engagement von Vorstand und Mitgliederversammlung der ÖGS in dieser Frage. Die Gegner der Berufsverbote in der BRD dürfen sich der Unterstützung der ÖGS auch in Zukunft sicher sein.

Gudrun Luthringshausen (Münster)

Philosophische Probleme von Natur und Technik

Internationale Philosophische Sommerakademie Brixen, 28.7.-4.8.1979

Die Sommerakademie galt dem Ziel der Fortbildung von Philosophielehrern. Hochschullehrer referierten den neuesten Stand philosophischer Diskussion über Naturwissenschaft (einschließlich Mathematik und Logik) und Technik. In Arbeitsgruppen wurde die didaktische Umsetzung derselben im gymnasialen Philosophieunterricht beraten. Der mehrheitlich durch Philosophielehrer gebildeten Teilnehmerschaft trug sowohl ein einführendes Symposium »Unterschiedliche Lage und Konzeption des Philosophieunterrichts in verschiedenen Ländern« Rechnung wie auch die abschließende Generaldiskussion »Didaktische Konzepte und Probleme des Philosophie-Unterrichts«.

Über ihren Fortbildungszweck hinaus verdeutlichte die Veranstaltung den gegenwärtigen Stand philosophischer Diskussion von Natur und Technik. Dreierlei bleibt festzuhalten:

1. Innerhalb der philosophischen Verallgemeinerung der Naturwissenschaften zeigen sich spontan materialistische Tendenzen. So wenn J. Meurers (»Philosophische Probleme der Kosmologie«, Wien) die Entstehung des Universums aus dem gegensätzlichen Zusammenwirken von Materie und Antimaterie ableitet und damit die Natur selbst als Geschichte faßt, welche, obgleich sie einen Anfang hat, doch keines transzendentalen Ursprungs bedarf. Oder wenn A. Menne (»Philosophische Probleme der Mathematik«, Bochum) hinsichtlich des Verhältnisses der mathematischen Gegenstände zur Wirklichkeit die logistische (Frege, Cantor), formalistische (Hilbert) und konstruktivistische (Erlanger Schule, vgl. dazu *Argument* 116) Schule kritisiert, um selbst daran festzuhalten, daß die mathematische Wahrheit objektive wirklichkeitsbezogene Strukturen reflektiere, die außerhalb des Bewußtseins existent seien.

2. Die der unberührten Natur zugestandene Materialität verschwindet, sobald zu der von den Menschen veränderten, der Technik, fortgeschritten wird. W. Oelmüller (»Die Ambivalenz des technischen Fortschritts«, Paderborn) und H.M. Elzer (»Anthropologie der Technik«, Frankfurt) faßten das Verhältnis der Gesellschaft zur Technik als rein ideelles, d.h. nur durch Normative regulierbares Verhältnis auf, innerhalb dessen der ökonomischen und politischen Verfaßtheit keine technikdeterminierende Qualität zueignet. Der Technik als quasi zweiter Natur, die aus ihr immanenten Rationalisierungstendenzen (vgl. dazu die Positionen Kurt Hübners, der das Einleitungsreferat »Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Naturerfahrung« hielt) die abendländischen Erregenschaften gefährde, bleibt nur eine Freiheit der Individuen gegenüberzustellen, welche im diskursiven Prozeß um veränderte Normative ringen, mit denen Technik zu steuern sei (Oelmüller).

3. Die Beziehung von Natur und Gesellschaft in der Dualität von Materie und Geist zu belassen, überschneidet sich mit dem für die Sommerakademie konstitutiven Ansatz, die soziale Dimension der Naturwissenschaft als rein philosophisches Problem zu behandeln. Paradigmatisch hierfür der Vortrag M. Frescos (Leiden): »Die Verantwortung des Naturwissenschaftlers als philosophisches Problem«. Dies ist Chance und Gefahr zugleich: Chance, wenn bei W. Strombach (»Philosophische Probleme der Informatik«, Dortmund) die Kritik an Shannons quantifizierendem Informationsbegriff zu einer philosophischen Konzeption von Information entfaltet wird, die deren qualitative Dimension enthüllt, in welcher der Übergang zu gesellschaftlicher Bedeutung und sozialen Folgen notwendig angelegt sei. Gefahr, wenn aus der, der analytischen Theorie verpflichteten, Ineinsetzung von (formaler) Logik und Ontologie eine Auffassung von Philosophie resultiert, für welche die Abstraktion von der Zeitdimension ihrer Objekte, das ist aber auch deren Entwicklung, zur Voraussetzung wird, wie I.M. Bocheński (»Philosophische Probleme der Logik«, Fribourg) ausführte. Die bloß »philosophische« Behandlung des Sozialen enthüllt hier ihren banalen Sinn: die konstatierte Geschichtlichkeit der Natur gerade nicht auf die (bürgerliche) Gesellschaft zu übertragen, die in ihrer Gewordenheit nicht mehr als grundsätzlich transzendierbare gilt. Daher kann der gewaltsamen Materialität des technischen Fortschritts sich nur noch die Veränderbarkeit von Ideen und Normativen entgegenstemmen, deren geschichtliche Ohnmacht gleichwohl angesichts in ökonomischer Praxis verwurzelter ökologischer Krisen nicht erst seit Seveso und dem Hamburger Giftgaskandal virulent ist. Daß marxistische Positionen weder dargestellt noch überhaupt zum Gegenstand der Diskussion wurden, liegt weniger an einer bloßen Ignorierung, als vielmehr an diesbezüglichen Defiziten materialistischer Philosophie von Natur und Technik. Sie zu beheben bleibt als Aufgabe gestellt.

Sybille Krämer-Friedrich (Marburg)

Soziale Kulturarbeit

Kongreß des Modellversuchs Soziale Studiengänge der Gesamthochschule Kassel, 2.-4.11.1979

Die kulturpolitische Desillusionierung der Linken in der Bundesrepublik angesichts der Stagnation oder gar Reduzierung öffentlicher Kulturleistungen einerseits und der allenfalls zähflüssigen Bewegung in der DGB-Kulturpolitik andererseits hat sich in den letzten Jahren eher noch verstärkt. Sie ist allerdings einhergegangen mit einer zunehmenden kulturellen Aktivität »im kleinen«. Die Vielfalt und Vielzahl von kulturellen Initiativen in Stadtteilen, Kommunen, ja sogar »auf dem flachen Lande«, die sich um die Aufarbeitung von Regional- und Lokalgeschichte bemühen, die für die Einrichtung eines »alternativen« Museums oder die kulturelle Nutzung geeigneter Gebäude kämpfen, ist inzwischen nicht mehr überschaubar. In der kulturwissenschaftlichen Diskussion ist — auch als Folge dieser neuen kulturellen »Kleinarbeit« — eine Orientierung der Forschung auf die »Alltagskultur«, auf Mikrobereiche unübersehbar. Die Sozialarbeit hat — dies zeigt sich besonders in der Entwicklung der »Methode Gemeinwesenarbeit« — großen Anteil an dieser Bewegung gehabt, und selbst immer mehr kulturelle Methoden und Inhalte aufgesogen (man denke nur an die Ausweitung der Videoarbeit in den letzten Jahren).

Ein Kongreß »Soziale Kulturarbeit« in der Kasseler Zusammensetzung (Kulturwissenschaftler, »Kulturarbeiter«, Kulturpolitiker — letztere allerdings waren etwas spärlicher vertreten) hätte hier die wichtige Funktion übernehmen können, einen Überblick über die vielen Fasern kultureller Aktivitäten zu verschaffen und so eine Hilfestellung bei der Beantwortung der letztlich entscheidenden Frage zu geben: Kann man derzeit

von einer *Chance* reden, die in Deutschland traditionelle Kulturpolitik »von oben herab« (auch der Arbeiter-Organisationen) endlich von unten her aufzurollen? Oder überwiegt die *Gefahr*, daß die in der Alltagskultur angelegten regressiven Momente des Provinzialismus und des Provinzialismus am Ende übergreifende kulturelle Perspektiven verstellen?

Ob der Kasseler Kongreß diese Funktion erfüllt hat, kann noch nicht beantwortet werden. Die Ergebnisse der 11 Arbeitsgruppen, in denen diese Leistungen hätten erbracht werden müssen, wurden dem Kongreß-Plenum faktisch nicht zugänglich gemacht. (Rolf Schwendter versuchte sich — natürlich nicht sehr erfolgreich — an der Aufgabe, 11 sechs- bis siebenstündige Arbeitsgruppendifkussionen in 15 Minuten zusammenzufassen.)

Die einleitende Podiumsdiskussion »Kultur für wen?« jedenfalls leistete wenig zur Strukturierung der zu bearbeitenden Fragestellungen. Das lag zum nicht geringen Teil an der schweren Hypothek, die der Veranstalter den Referenten und Kongreßteilnehmern aufgebürdet hatte: Zur Beantwortung der Frage beizutragen, ob ein Studiengang, bzw. eine berufliche Qualifikation »Kulturarbeiter« wünschenswert und machbar sei. Diese über allen Diskussionen schwebende Problematik hatte die fatale Wirkung, die Argumentationen um die Frage »Kultur für wen« (bzw., wie Fred Eckhard verbesserte: »Kultur von wem«) arg zu verkürzen. Ein Beispiel: Zwar wurde wiederholt die Notwendigkeit betont, den realen Kulturprozeß in der Bundesrepublik zu analysieren — aber diese Aufgabe blieb letztlich als Ziel eines künftigen Curriculums »Kulturarbeit« im Raum stehen, ohne daß a) versucht wurde, diese Analyse *in Angriff zu nehmen*, um b) die Problematik der Professionalisierung kultureller Tätigkeiten als Teil dieses Kulturprozesses einordnen zu können. Die Stringenz, mit der Dieter Kramer in seinem Referat zu den »kulturpolitischen Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik« zu Werke ging, hätte man lieber auf die ökonomischen und sozialen Determinanten und auf die empirischen Ausprägungen des Kulturprozesses angewendet gesehen.

Wer an letzterem interessiert war, hat den Kongreß sicher als vertane Chance erlebt. Und was die Ausgangsfrage der Veranstalter betrifft, so dürfte die von Dieter Oelschlägel in seinen Kongreß-Thesen formulierte Ratlosigkeit: »... ist denn Gemeinwesenarbeit und Kulturarbeit nicht dasselbe? Ist das überhaupt eine notwendige Frage? Geht es nicht vielmehr darum, was im Stadtteil geschieht, unabhängig davon, welches Etikett verwendet werden soll?« sicher nicht geringer geworden sein. Der Verdacht jedenfalls, der vor allem von den Kasseler Sozialarbeit-Studenten geäußert wurde, ist nicht von der Hand zu weisen: daß hier die persönliche Motivation einiger Hochschullehrer, sich — zu Lasten der »klassischen« Methoden der Sozialarbeit — auf die derzeit attraktivere »Kulturarbeit« umzuorientieren, öffentlich legitimiert werden sollte.

H. Gerd Würzberg (Dortmund)



Marx, Engels, Lenin. Lukács. Gramsci.
Althusser.

Bürgerliche Ideologietheorie,
Luhmann, Berger/Luckmann.

Eigene Position des PIT.

Projekt Ideologie-Theorie (PIT).

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Interventionen

Fehlen lesedidaktischer Bemühungen

Das lange Zeit ziemlich einmalige Profil des Argument ist durch die Fülle der Fachzeitschriften im sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Bereich schwerer als früher zu vermitteln. Andererseits sind gerade die über die Tagesaktualität hinausgehenden theoretischen Artikel und der Rezensionsteil in vieler Hinsicht unverzichtbare Studienmaterialien. Der Wert des Argument für Studenten ist bisher viel zu wenig bekannt.

Ein weiteres Problem dürfte die sehr unterschiedliche Lesbarkeit der einzelnen Artikel sein. Es geht mir hier keineswegs um eine schlechte »Popularisierung« notwendigerweise komplexer Inhalte. Man hat aber bei vielen Autoren und Beiträgen den Eindruck, daß sie von vorneherein auf »Insider«-Information abzielen und sich um Vorkenntnisse bzw. Vorverständnisse nicht allzuviel kümmern. Das betrifft nicht so sehr die Kompliziertheit der Theorien, als vielmehr das Fehlen jeder lesedidaktischen Bemühung, z. B. in Richtung auf erläuternde und nicht bloß hinweisende Anmerkungen, auf Zwischenzusammenfassungen, thesenhafte Darstellungen etc.

Prof. Dr. Michael Daxner (Osnabrück)

Versteinertes Marxismus-Verständnis

Kurzbegründung der Abbestellung (ebenso abstrakt wie Ihre Apologetiken): Ich bin seit langem der Meinung, daß »Argument« nicht bleiben muß. Mir hängt die Blauäugigkeit (und Weinerlichkeit) eines versteinerten »Marxismus«-Verständnisses zum Halse heraus, das unter Diskussion und »Bündnispolitik« nichts anderes versteht, als die verkrampte, vielfach gewundene und kaschierte, vor allem aber pseudokritische Unterstützung eines »real existierenden« Unterdrückungs-»Sozialismus«, dessen Theorie und Praxis seit Jahrzehnten und jetzt mit erneuter Brutalität Begriff und Namen des Sozialismus beschmutzt und — auch damit — der Sozialismus-Diskussion in der BRD schwer schadet. Ich vermag — auch nicht mehr als Anregung zur kritischen Überprüfung — nichts mehr aus der Zeitschrift und aus der in ihr dominierenden Richtung eines bemüht aufpolierten, abstrakten Neo-Leninismus zu lernen. — Sorry!

Priv.-Doz. Dr. Martin Glaubrecht (Hannover)

Fünf Gründe, warum *Das Argument* bleiben muss

Warum? Es gibt doch auch sonst lesenswerte Zeitschriften für sozialistische Theorie. Sie können aber *Argument* nicht ersetzen.

1. *Argument* vereinigt als älteste von diesen Zeitschriften die Traditionen der Ostermarsch-Bewegung, der Vietnam-Demonstrationen, der Studenten-Bewegung und der Neuen Linken.

2. *Argument* vereint die theoretischen Diskussionen der verschiedenen linken Gruppen zu einer gemeinsamen Diskussion über heutige sozialistische Theorie.

3. *Argument* vereinigt zur Weiterentwicklung der marxistischen Theorie die verschiedenen Tendenzen heutiger marxistischer Wissenschaft zu offener und kontroverser Aussprache.

4. Ohne *Argument* zerfällt die sozialistische und marxistische Diskussion im deutschen Sprachbereich in isolierte Positionen, die sich gegeneinander abkapseln.

5. *Argument* verhindert durch Selbstkritik und Diskussion unfruchtbare Selbstbestätigung und dient dadurch der ständigen Erneuerung marxistischen Denkens.

Darum muß *Argument* bleiben.

Prof. D. Helmut Gollwitzer (Berlin / West)

Besprechungen

Philosophie

Bachelard, Gaston: Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Beitrag zu einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (365 S., Ln., 46,— DM).

Dies ist ein Standardwerk der französischen Philosophie, erschienen 1938 und in deutscher Übersetzung bislang nicht zu haben. Der Import der von Bachelard begründeten »Epistemologie« geht zurück auf die Initiative der soziologischen Wissenschaftsforschung. Foucault und Canguilhem sind seit einiger Zeit auf dem Markt, Bachelard selbst dagegen kursierte nur als Geheimtip, und zwar nicht zufällig eher unter Soziologen wie Luhmann oder Lepenies als bei den etablierten Wissenschaftstheoretikern oder Philosophen. In Frankreich, wo er noch vor ein paar Jahren heftig diskutiert wurde, reicht sein Einfluß von Althusser bis Roland Barthes. Was man sich hierzulande von ihm verspricht, steht im Vorwort von Lepenies: eine neue Konzeption der Wissenschaftsgeschichte, die sich nicht an den institutionellen Rahmen der Disziplinen hält und besser als die traditionelle Wissenschaftsgeschichte die Bedingungen für Entstehung, Dynamik und Transfer von Theorien erfassen kann (30f.). Dahinter steckt das Forschungsinteresse der Wissenschaftsforschung, die mit einer epistemologischen Fragestellung arbeitet: in welchen Formen wird Wissen produziert (und wie läßt sich diese Produktion politisch steuern)? Wissenschaft wird aufgefaßt als sozialer Prozeß — das ist ein Bruch mit der erkenntnistheoretischen Fragestellung der traditionellen Wissenschaftstheorie, die unhistorisch verfährt und vom einsamen Forschensubjekt ausgeht. Die angelsächsische Wissenschaftstheorie hat sich erst spät — mit Lakatos, nach der Kuhn Debatte — davon gelöst. Anders in der französischen Tradition, wo Bachelard bereits in den 30er Jahren eine epistemologische Orientierung durchsetzte.

Lepenies hat trotzdem Mühe, ihn für eine historische Wissenschaftssoziologie im Gefolge von Merton und Kuhn zu vereinnahmen. Sein Vorschlag: »Bachelard gegen den Strich zu lesen« (28). Draußen bleibt bei dieser selektiven Lektüre vor allem die »normative Intention«, die im Begriff des »epistemologischen Hindernisses« mitschwingt. Dieser Zentralbegriff der Epistemologie ist der eigentliche Gegenstand des Buchs (der Übersetzer hat *obstacle épistemologique* mit »Erkenntnishindernis« übersetzt — nicht gerade glücklich, weil er damit in die erkenntnistheoretische Problematik zurückfällt). Bachelard entwickelt ihn durch die Interpretation von Material aus der Geschichte der Physik und Chemie. »Sucht man nach den psychologischen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Fortschritts, so gelangt man bald zu der Überzeugung, daß das Problem der wissenschaftlichen Erkenntnis unter dem Begriff des Hindernisses angegangen werden muß« (46). Dabei handelt es sich um ein Unbewußtes der Wissenschaft, um kulturelle Selbstverständlichkeiten und »Mythen« des Alltags, die den wissenschaftlichen Fortschritt behindern und erst durch »epistemologische Brüche« überwunden werden. Ein Kuhnsches »Paradigma«? Nicht ganz. Die von Bachelard angeführte »Vielzahl von Beispielen für geistige Revolutionen« (49) soll mehr sein als bloß Wissenschaftsgeschichte. Er interpretiert das »epistemologische Hindernis« psychoanalytisch als mit Widerstand besetzte Alltagserfahrung. Die Epistemologie soll als wissenschaftliche, nicht-spekulative Philosophie diese Hindernisse bewußt machen und damit beitragen zu einer »wissenschaftlichen Kultur« (354).

Das aber verschweigt das Vorwort von Lepenies: Bachelards »Beitrag zu einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis« ist nicht nur eine polemische Abrechnung mit der Universitätsphilosophie, sondern vor allem eine Kritik am französischen Schulsystem, ein Beitrag zur Diskussion um die Reform des Bildungswesens in den 30/40er Jahren.

Tatsächlich gibt er der Schule die Hauptschuld an dem, was sich in der Wissenschaftsgeschichte als epistemologisches Hindernis auswirkt. Der Textfetischismus, die kanonische Schulbuchform, die Vermittlung von absolut »wahrem«, fertigen Wissen verhindern die Erzeugung von wissenschaftlichen Haltungen. »Der Begriff des Erkenntnishindernisses läßt sich in der geschichtlichen Entwicklung des wissenschaftlichen Denkens und in der Praxis der Erziehung untersuchen.« (50) Wie man sieht, braucht man Bachelor nicht »gegen den Strich« zu lesen, wenn man, wie die Althusser-Schule, das Unbewußte der Wissenschaft ideologietheoretisch interpretiert: als verdrängten gesellschaftlichen Bezug, der in Form von spontanen Wissenschaftler-Ideologien wiederkehrt und durch ideologische Staatsapparate reproduziert wird. Auch das wäre eine neue Konzeption der Wissenschaftsgeschichte.

Thomas Laugstien (Berlin/West)

Dudek, Peter: *Naturwissenschaften und Gesellschaftsformation. Zum Problem der historischen und begrifflichen Konstitution der klassischen bürgerlichen Naturwissenschaften.* Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1979 (189 S., br., 36.— DM).

Mit der vorliegenden Arbeit strebt der Verfasser eine Synthese der verschiedenen Richtungen in der sozialgeschichtlich orientierten Wissenschaftsgeschichtsschreibung an, insbesondere die Überwindung der Scheidung zwischen »externen« (sozialgeschichtlichen) und »internen« (kognitiven) Momenten der Wissenschaftsentwicklung. Letzteres wird vornehmlich aufgrund der »Denkformtheorie« von A. Sohn-Rethel unternommen, welcher der Verfasser im allgemeinen zwar zustimmt, die er jedoch als ergänzungsbedürftig erachtet (weil Sohn-Rethel die Bedeutung des Arbeitsprozesses für die Formulierung naturwissenschaftlicher Theorien leugnet), wie er auch kritisiert, daß sie nur unzureichend durch geschichtliche Studien begründet sei.

Drei Kapitel (IV - VI) sind der Lösung dieser Aufgaben gewidmet. Unter »Historische Konstitutionsbedingungen der bürgerlichen Naturwissenschaften« (IV) versteht der Verfasser den sozialen Aspekt des veränderten Theorie-Praxis-Verhältnisses, das durch Zusammenarbeit von »Ingenieuren« und Gelehrten entstand; im wesentlichen referiert der Autor die Arbeiten von Ziesel und Krohn. Im Kapitel über »Die begriffliche Konstitution der bürgerlichen Naturwissenschaften« (V) versucht der Verfasser, drei aufeinander aufbauende Entwicklungsstufen der Naturwissenschaft — vertreten durch Copernikus, Galilei und Newton — nachzuzeichnen. Die überaus dürftigen Darstellungen sind mit gravierenden Fehlern, aber auch Widersprüchen gespickt. So soll Copernikus z.B. »als erster radikal den Mechanismus der Planetenbewegung von deren Erscheinung« unterschieden haben (110/11; 130), weshalb der Verfasser eine Übereinstimmung zwischen mittelalterlicher Astronomie und Naturphilosophie unterstellen muß, in denen eine »Identität von sinnlicher Wahrnehmung« und »mathematischer Beschreibung« bestanden haben soll (108). Von der Kluft zwischen »physikalischer« Erklärung und astronomischen Modellen, welche nach dem Grundsatz der »Rettung der Phänomene« konzipiert wurden, weiß der Verfasser nichts zu berichten. Ebenso unbekümmert sind seine sozialgeschichtlichen Bestimmungen: Newton soll das Verhältnis Gott-Welt »analog dem Verhältnis eines konstitutionellen Monarchen zu seinen Untertanen, nämlich als Herr-Knecht Verhältnis« (!) definiert (154), aber auch einen Naturbegriff vertreten haben, »dessen Struktur der des idealtypischen absolutistischen Staates (!) ähnelt, in dem eine allwissende Polizei die Einhaltung der Gesetze durch die Bürger garantiert« (154), was freilich nicht verhindert zu haben scheint, daß sein Naturbild »bis zum heutigen Tage ... die philosophische Grundlage des bürgerlichen Liberalismus« (!) bildet (155).

Neben zahlreichen vermuteten Analogien zwischen der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft und naturwissenschaftlicher Theorien, vermehrt durch willkürliche Kon-

struktionen (abstrakter Raum und abstrakte Zeit, behauptet der Verfasser mit Sohn-Rethel, seien »durch die Eliminierung jeglicher Gebrauchshandlung« im Warentausch gewonnen: 160ff.), versucht der Verfasser »Formationscharakteristische Spezifika der bürgerlichen Naturwissenschaften« (VI) aufzuzeigen, indem er parallel den experimentellen Meßvorgang einerseits, die Wertform der Ware andererseits analysiert, um nachzuweisen, daß beide den Anforderungen an eine Äquivalenzrelation genügen (191ff.). Einen Hinweis auf den Aufsatz von P. Ruben, Wissenschaft als allgemeine Arbeit, in dem diese Frage besprochen wurde, läßt der Verfasser vermissen, obwohl ihm dieser mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bekannt ist (er zitiert einen anderen Aufsatz aus demselben Heft: SOPO 36; vgl. auch die Erklärung der »Subjekt-Objekt-Genüberstellung«: 118).

Zwischendurch streut der Verfasser Zitate der Frankfurter Schule (der er in vielem verpflichtet ist), aber auch eigene Bemerkungen über das angebliche Verhältnis von Naturwissenschaft und gesellschaftlicher Herrschaft: »Indem der bürgerliche Naturwissenschaftler die Natur nur als Summe von Faktizitäten erkennt und anerkennt, heiligt er das gesellschaftliche Unrecht als ewig und natürlich. Vor der Macht der Tatsachen und Sachzwängen soll der kritische Geist kapitulieren müssen« (180/1). Angesichts des heutigen Standes der Wissenschaftsgeschichtsschreibung ist es zu bedauern, daß der Campus-Verlag die Schrift druckte.

Gideon Freudenthal (Berlin/West)

Diemer, Alwin (Hrsg.): Konzeption und Begriff der Forschung in den Wissenschaften des 19. Jahrhunderts. Referate und Diskussionen des 10. wissenschaftstheoretischen Kolloquiums 1975. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1978 (235 S., Ln., 68,— DM).

Die Referate versuchen überwiegend, *Alwin Diemers* These zu bewähren, wonach die moderne Wissenschaft sich erst im 19. Jh. als »Forschungswissenschaft« konstituiert habe (unpag. Vorw.). In dem Maße, wie sie nicht bloß das wissenschaftslogische Selbstverständnis der Forscher dieses Jahrhunderts referieren, sondern im Zusammenhang damit die Entwicklung der wissenschaftlichen Resultate andeuten, sind sie auch bei anderer Fragestellung interessant, zumindest als Materialsammlung. Insofern ist, um mit den Extremen zu beginnen, *Hoppes* Untersuchung über die Geschichte der biologischen Forschung von Aristoteles bis Darwin (104-188) nicht nur am ausführlichsten, sondern auch am informationshaltigsten, während *Engelhardts* ebenfalls durch Ausführlichkeit herausragende Untersuchung über den Forschungsbegriff der Mediziner in der 2. Hälfte des Jahrhunderts (58-103) maximale Informationsarmut erzielt, denn sie orientiert sich ausdrücklich nur an der »Phänomenalität« des »medizinischen Bewußtseins« und streicht selbst deren Irrelevanz heraus mit den Worten, der Anteil der Rationalisierung in den Äußerungen der Mediziner sei »keineswegs unerheblich« (96). Weitere Beiträge: *Hardtwig* zeigt die Entwicklung des Wissenschaftsverständnisses in der bürgerlichen Geschichtsschreibung von Wachsmuth über Ranke bis Droysen und kommt zu dem Resultat, daß empirische Forschung zwar zunehmend wichtiger wurde, sich jedoch »der Intention nach nicht gegen Metaphysik« richtete, sondern »diese vielmehr überall voraus(setzte)« (25). *Horstmann* stellt die Entwicklung der Klassischen Philologie dar, die den »Konflikt zwischen einer als 'klassisch' geltenden Tradition und dem Prinzip vorurteilsloser Forschung« nicht überwand (36). *Rapp* beschreibt die Etablierung der Technologie als Disziplin zwischen handwerklerischem Versuch und Irrtum einerseits, der theoretischen Physik andererseits: »Durch die Untersuchung von Materialien, Maschinen und Apparaten im natürlichen Maßstab wird ... ein Gegenstandsbereich für genuin ingenieurwissenschaftliche Forschungen geschaffen« (215).

Die Grenze all dieser Materialsammlungen ist ihr rein deskriptiver Charakter: es wird nur gelegentlich (z.T. bei Hoppe) nach wissenschaftsinternen und überhaupt nirgends

nach sozioökonomisch-politischen Ursachen der sich verändernden Einstellung zur Forschung gefragt. Rapp macht aus solcher Not sogar eine Theorie, indem er behauptet, für den emportauchenden »Willen zur Technik« hätten jedenfalls »der ökonomische Konkurrenzkampf und das private Konsumverhalten gleichsam nur das Vehikel« gebildet (224).

Weit schärfere Kritik noch verdient der intendierte theoretische Begründungszusammenhang der Referate, der von Diemers eingangs erwähnter These ausgeht. Zum einen ist angesichts ihrer die Entscheidung, Physik und Chemie aus den Untersuchungen auszublenden (unpag. Vorw.), kaum nachvollziehbar. *Gernot Böhmes* Diskussionsbemerkung, die Referate hätten lediglich die Übertragung des Konzepts von Forschung (im wissenschaftslogischen Sinne) auf Nachzüglerwissenschaften demonstriert (228), bleibt unwiderlegt. Zum andern gerät die Explikation dieses Konzepts vom Standpunkt heutiger Wissenschaftslogik allzu banal. *Nikisch* in einem etymologischen Bericht und *Hogrebe* in einer philosophischen Randbemerkung definieren Forschung zutreffend, aber viel zu allgemein, als daß man das Jahrhundert damit aufschlüsseln könnte, als »Wechselspiel von Frage und Antwort« in der »Gegenstandsbegegnung« (3) bzw. als systematische »Suche und Findung« (233). Diejenigen, die die Referate halten, wechseln unwillkürlich in die Terminologie von »Hypothese und Experiment«, »Bewährung«, »Empirie« usw. über, die fast ebenso allgemein ist, aber den zweideutigen Vorteil hat, mit der Terminologie des Selbstverständnisses der erforschten Forscher übereinzustimmen. So wird denn z.B. Engelhardt motiviert zu unerträglicher Redundanz in der Wiedergabe immer gleicher, immer gleich begriffs- und spracharmer Formulierungen über Wissenschaftslogik vonseiten der bahnbrechenden Mediziner des 19. Jahrhunderts, über deren Originalität man sich gewiß bei anderer Fragestellung ein adäquateres Bild machen könnte. Hoppes sonst so interessante Arbeit mündet sogar in unfreiwillige Komik, wenn sie resümierend feststellt: »Die seit Aristoteles die Naturforschung tragende Verknüpfung von induktivem Studium der Naturgegenstände und theoretischer Systematisierung der Wahrnehmungen ist trotz der mehrfachen Wandlungen der Natursysteme, der Interpretationstendenzen und der Wissenschaftsauffassungen erhalten geblieben.« (188) Zeigt das nun, daß nichts Neues unter der Sonne geschieht, oder demonstriert es die Absurdität einer Wissenschaftstheorie, deren Kategorien auf die bescheidene Frage nach der »Verknüpfung« von »Induktion« und »Wahrnehmungssystematisierung« hinauslaufen?

Michael Jäger (Berlin/West)

Hübner, Kurt: Kritik der wissenschaftlichen Vernunft. Verlag Karl Alber, Freiburg/München 1978 (442 S., br., 59,— DM).

Im Mittelpunkt der Abhandlung steht Hübners »historistische Theorie der empirischen Wissenschaften« (Kap. IV, VIII, XIII). Als Paradigma dient die Physik. Zunächst geht es dem Autor um das Problem der empirischen Begründung von Naturwissenschaften. Basissätze werden für die empirische Grundlage von Theorien gehalten. Aber Basissätze haben immer schon einen theoretischen Gehalt, sie sind durch Deutungen bestimmt, gewissen Entscheidungen, Festsetzungen entspringend. Daraus folgert er: es gibt keine verbindlichen Kriterien für die empirische Verifikation oder Falsifikation physikalischer Theorien.

Festsetzungen sind nur historisch begründbar, sie sind a priori und kontingent.

Die Gründe für diese Festsetzungen können in mannigfaltigen außerhalb der Physik liegenden Bereichen liegen, in der Theologie, Metaphysik, in der gesamten geistigen Lage, aber auch in der Politik, der Wirtschaft, der Technik usw. Hier hat in der Konzeption Hübners die Wissenschaftsgeschichte ihre Funktion. Mit ihrer Hilfe ist eine Typologie von Festsetzungen und ihren Beziehungen, sowie der Gründe für sie und ihre Annahme herauszuarbeiten. Und überall dort, wo die kategorialen Voraussetzungen

aus historischen Bereichen stammen, die nicht genuin physikalischer Natur sind, muß die wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung auf sie ausgedehnt werden.

Der Boden ist bereitet für Hübners allgemeine historistische Theorie der empirischen Wissenschaften, denn jetzt geht es um die Frage, wie die Geschichte systematisch fruchtbar zu machen ist für die Begründung der den wissenschaftlichen Theorien vorausgehenden Festsetzungen. Wissenschaftliche Systeme sind Teil einer Gesamtmenge von »geschichtlichen Regelsystemen«. Als Regeln begreift der Autor alle Arten von Regeln des täglichen Umgangs unter Menschen, Regeln der Geschäftswelt der Wirtschaft, des Staatslebens, der Kunst, der Musik, der Religion, schließlich der Sprache. Die Entwicklung der Wissenschaften ist hervorgerufen durch Unstimmigkeiten innerhalb von Systemmengen und besteht im inneren Wandel solcher Mengen. Hübner entwickelt sieben allgemeine »historische Strukturgesetze«, die es ermöglichen sollen, die »Selbstbewegung der Systemmengen« (202) zu erfassen. Dabei unterscheidet er zwei Grundformen des wissenschaftlichen Fortschritts: Explikation von wissenschaftlichen Systemen (Fortschritt I) und deren Mutation (Fortschritt II). Explikation ist in der Wissenschaft schon insofern ein Fortschritt, als sie sichtbar macht, was alles in einem System steckt, was es leistet und was es nicht leistet. Werden die Grundlagen von Systemen selbst geändert, haben wir es mit einer Mutation zu tun. Wie Hübners drittes historisches Strukturgesetz besagt, verändern sich alle Systemmengen als Ergebnis des Versuchs Unstimmigkeiten zu beseitigen. So kann von einem stetig wachsenden Fortschritt weder in Form I noch Form II die Rede sein. Fortschritt besteht ausschließlich darin, vorübergehende Entlastung zu finden, um alsbald neue und andere Lasten dafür einzutauschen. — Schließlich wendet Hübner seine Theorie der empirischen Wissenschaften auf die Geschichtswissenschaften an, in der Absicht, die Trennung der Wissenschaften in »Erklärende« und »Verstehende« aufzuheben. Der Autor greift die von westdeutschen Historikern noch kaum bearbeitete Diskussion amerikanischer und angelsächsischer Historiker auf. Er schließt sich Dantos Auffassung an, wonach eine streng deduktive Erklärung und eine historische Erzählung nur zwei verschiedene Formen der Erklärung sind, die eine in die andere überführt werden kann.

Im letzten Teil des Buches wendet Hübner seine Aufmerksamkeit der »Welt der wissenschaftlichen Technik« (361) und der »Bedeutung des griechischen Mythos für die Zeitalter von Wissenschaft und Technik« (395) zu. Hier wird es nun zur Spekulation mit Fetischstruktur. Technik fungiert als mit Bewußtsein und Willen begabtes Subjekt.

»Sie (die Technik) stellt sich nunmehr neue Aufgaben, (sie) erweckt ihre eigentümlichen früher nicht einmal geahnten Bedürfnisse.« (365) »Sie selbst setzt Zwecke ..., ob wir sie nun alle für wünschenswert halten oder nicht.« (384) Da sich Hübner mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und deren Zusammenhang mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik nicht beschäftigt, einen solchen Erklärungszusammenhang als monistisch ablehnt, muß ihm der Mensch als Hexenmeister erscheinen, der die Geister zwar rief, aber nun nicht mehr bannen kann.

In der mythischen Sichtweise — als Paradigma dient der griechische Mythos — sieht Hübner eine Alternative zur Wissenschaft. Und es scheint dies nicht weiter verwunderlich, denn »die Götter sind das Apriori des mythischen Griechen« (405), so wie Festsetzungen und allgemeine Grundsätze das Apriori für wissenschaftliche Theorien.

Jörg Tuguntke (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Schmitz, Ulrich: Gesellschaftliche Bedeutung und sprachliches Lernen. Entwürfe für eine tätigkeitsbezogene Semantik und Didaktik. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1978 (280 S., br., 38,— DM).

Ulrich Schmitz stößt mit seiner Arbeit den Leser erst einmal vor den Kopf, läßt ihn dann neugierig werden, fasziniert ihn stellenweise, entläßt ihn aber schließlich mißmutig und enttäuscht. Ein höchst widersprüchliches Buch also.

Die Verärgerung hat ihre Ursache zunächst im Stil. Besonders in den ersten Abschnitten hat man den Eindruck, daß hier ein belesener Zeitgenosse seine logisch-philosophischen Impressionen aus dem Zettelkasten kippt. Dieses ständige herbeizitiere, nur halb entwickeln, längst Zerkautes wiederkäuen, macht wütend, der argumentative Weg wird dadurch vernebelt. So wird im Einführungskapitel (*»Leerziele und Sprachfülle«*) die Intention von Schmitz zwar deutlich — er will auf der Basis des realen Sprachgebrauchs das Verhältnis zwischen außersprachlicher Realität und sprachlicher Interpretation untersuchen und dabei die Vermittlung beider Seiten durch die Tätigkeit im Auge behalten — es erfolgt aber weder, wie die Überschriften versprechen, eine saubere Erläuterung der Begriffe (*»Sprache«, »Tätigkeit«, »Kognition«, »Realitätsaneignung«* usw.), noch eine Klärung des Stellenwertes von Semantik und Sprachdidaktik, noch wird die Kritik an der traditionellen Sprachwissenschaft und an den traditionellen Lernzielen systematisch geführt.

Im zweiten und dritten Kapitel wird Schmitz dann etwas präziser. Er untersucht dort das Verhältnis von *Sprachbedeutung und Realitätsbezug*, stützt sich dabei auf den Bedürfnis- und Arbeitsbegriff, entwickelt den Begriff des *»Sachverhalts«* als seine eigene semantische Arbeitskategorie und begibt sich in die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Argumenten der kulturhistorischen Schule (Wygotski, Galperin, Leontjew u. a.). Sodann klärt er die Frage, wie es zu der *relativen Autonomie der Sprech-tätigkeit* kommt. Er führt dazu die Kategorie der *»symbolischen Negation«* ein; als antizipatorische Möglichkeit der Verwirklichung gesellschaftlicher Zwecke ist sie die *»grundlegende Verallgemeinerungsleistung menschlicher Tätigkeit«* (83). Im Rekurs auf Praxis können die verallgemeinerten Wortbedeutungen (*»Hieroglyphen«*) entschlüsselt, ihre Verfremdung erkannt werden. Anknüpfend an die Tätigkeitstheorie (Leontjew) entwickelt Schmitz einleuchtend, daß neben der dort vorgenommenen Differenzierung zwischen allgemeiner Bedeutung und besonderem Sinn ein dritter Differenzierungsbereich, der die konkret-psychische Realisierung des besonderen Sinns im einzelnen Individuum erfaßt, anzusetzen ist. Es werden dann drei Typen der Bedeutungsmodifikation entwickelt und in ein kategoriales Schema der relevanten Bedeutungsdimensionen eingebracht. Der logisch-synchronischen Betrachtung der *Variabilität von Bedeutungen* folgt die historische Betrachtung, die *Geschichte der Bedeutung*. Es ist freilich eher ein Kapitel über die Geschichte der Bedeutung bei *»maßgeblichen«* Linguisten, vor allem bei Saussure; immerhin läßt der Rekurs auf Malinowski den Umriß einer Sprachgeschichte als Kulturgeschichte erahnen. Die nächstfolgenden Kapitel haben alle einen (schul)praktischen Hintergrund. Flüchtig, nichtsdestoweniger richtig sind Schmitz' Hinweise darauf, daß in den gängigen Deutsch-Didaktiken Bedeutungsfragen zu kurz kommen; er fordert deshalb eine Bedeutungslehre, die *»Unterweisung in der Reflexion des Verhältnisses von sprachlicher und realer Bedeutung und im angemessenen Gebrauch sprachlicher Bedeutungen«* (153) zu leisten hat. Er nennt dazu einige Forschungsdesiderate und gibt ein schulpraktisches Beispiel. Daran anschließend behandelt er, sich überwiegend auf die Interiorisationstheorie Galperins stützend, den Aneignungsprozeß selbst; die in diesem Zusammenhang abgeleiteten Lernziele *»Kritikfähigkeit«* und *»Umgang mit Widersprüchen«* tauchen dort freilich ziemlich unvermittelt auf. Die subjektive Seite des Aneignungsprozesses erörtert er dann gesondert davon, gestützt auf den Begriff der *»Erfahrung«* und auf die, wie er es nennt, *»Analyse des Lernsubjekts«*. Die *»Begriffserziehung«*, die Schmitz abschließend fordert, hat die Reflexion der sprachlichen Widersprüche, Doppelsinne und Sinnmodifikationen der alltäglichen Rede zum Gegenstand, durch sie soll eine *»möglichst bewußte Vermittlung*

wissenschaftlich unanfechtbarer Kenntnisse und Fähigkeiten« erfolgen (208).

Warum nun bleibt die Arbeit insgesamt so verwirrend, zusammenhangslos, unpraktisch? Das hat erstens mit dem Zustand der Tätigkeitstheorie zu tun und zweitens mit der eigenwilligen Denk- und Arbeitsweise des Autors. Die tätigkeitsbezogene Sprachdidaktik, die Bedeutungstheorie, ja die Tätigkeitstheorie als ganzes kranken hauptsächlich daran, daß sie sich nicht genauer auf gesprochene Sprache und alltägliche Rede beziehen; sie kranken vor allem daran, daß sie nur sehr bedingt auf spezifische Gesellschaftsformationen »passen«, d.h. die besonderen historischen Seins- und (verstellten!) Bewußtseinlagen vermögen sie noch nicht historisch-kritisch aufzuarbeiten. Zu beiden Gesichtspunkten — dem empirischen und historisch-kritischen — bringt Schmitz nichts Neues. Seine Arbeit ist ein einziges Plädoyer für die alltägliche Rede als linguistische Arbeitsbasis — aber er redet halt nur davon. Er meint, eine Bedeutungstheorie müsse nicht von speziellen gesellschaftlichen Verhältnissen ausgehen, was wohl richtig ist, nur kann sie dann nicht praktischen Ansprüchen genügen, wenn sie keine Vermittlungsmöglichkeiten läßt.

Der Verbleib auf der bloß logisch-funktionalen Ebene verhindert also den Praxisbezug, den Schmitz ständig vergeblich herzustellen sucht. Hinzu kommt, daß auf diese Weise die Geschichtlichkeit praktischer Tätigkeit, von der Schmitz selbst spricht (104), das geschichtliche Ensemble kultureller Tätigkeit und die geschichtlichen Etappen der Bedeutungsbildung, klassenbedingte Widersprüche und Bedingtheiten, sowie die grundlegenden Aspekte der Theorie zweier Kulturen ausgelassen oder nur zitathaft erfaßt werden.

Diese für eine tätigkeitsbezogene Bedeutungstheorie gravierenden Einseitigkeiten summieren sich noch durch Auslassungen der in der Tätigkeitstheorie selbst zu findenden Vorarbeiten. So wird etwa der Bedürfnisbegriff völlig unabhängig vom relativ entwickelten Motivationsbegriff der Tätigkeitstheorie eingebracht; der didaktische Motivationsbegriff wird gar nicht erst wahrgenommen. Verhängnisvoll wirkt sich der funktionale Ansatz dort aus, wo der sprachstrukturellen Seite der Rede (wie übrigens auch den Lerntheorien) quasi inhaltliche Neutralität unterstellt wird. Es kommt ein unkritisches und unpolitisches Bewußtsein zum Vorschein, welches sich auch im Gebrauch von nichtssagenden Worthülsen (»angemessener Gebrauch der Bedeutungen«) und bei den wahllos herangezogenen didaktischen Prinzipien (Projektunterricht, exemplarisches Prinzip usw.) wiederfindet. Stellenweise wird die Argumentation sogar gefährlich, weil sie der Alltagsrede die wissenschaftliche Begrifflichkeit entgegensetzt, ohne deutlich machen zu können, *welche* Wissenschaft und *welche* Begriffe gemeint sind. Inhaltliche Kriterien der Arbeit mit den Lernenden, wie etwa der Begriff des »Widerspruchs«, werden nicht genutzt; immer wieder müssen halt die Interessen und Erfahrungen der Schüler erhalten. Man hat es oft genug gehört.

Also die Arbeit ist punktuell interessant, insgesamt aber unergiebig. Den Entwurf einer tätigkeitsbezogenen Semantik und Didaktik hat Schmitz nicht vorgelegt. Er hat an manchen Stellen das tätigkeits-theoretische Konzept weitergeführt (so bei der Entwicklung der Modifikationstypen oder bei der Differenzierung des Sinnbegriffs), er hat manche Bedingungen der zu leistenden Arbeit angeschnitten, ein »Entwurf« aber ist schon deshalb nicht erreicht, weil er weder begriffliche Klarheit bringt noch ins Wissenschaftssystem eingefügt ist. Mir scheint, bei der berechtigten Kritik an der kritischen Theorie ist Ulrich Schmitz in deren eigene logisch-philosophische Fallen getappt.

Klaus Schüle (Bremen)

Leist, Anton: Sprachen und Dinge. Der Gegenstandsbereich instrumentellen Handelns. Metzler Verlag, Stuttgart 1979 (232 S., br., 42,— DM).

Nach der Publikation eines vor vier Jahren erschienenen Herausgeberbandes zur ma-

terialistischen Sprachtheorie legt Leist jetzt seine Dissertation aus dem gleichen Themenbereich vor — ein Buch, dem man die Vorarbeiten positiv abliest. Der sehr lakonische Titel gibt nur vage zu erkennen, auf was für eine umfassende Aufgabenstellung der Autor sich eingelassen hat: Leist erstrebt nicht weniger, als die Geltungsgründe unserer Erkenntnis »im Funktionskreis instrumentellen Handelns« zu erklären, wozu er sich der Methode der Sprachanalyse bedient. Daß der Verfasser sich bei seinem Rekonstruktionsversuch erfahrungs- und handlungsoptimierender Sprachsysteme auf die »Dingsprache«, d.h. auf jenes Begriffssystem beschränkt, das Objekte und Ereignisse identifiziert und dem Gattungssubjekt instrumentell wie kognitiv verfügbar macht, erscheint hinsichtlich der Bedeutung der Dingsphäre für das Sprachhandeln ebenso legitim wie in Bezug auf den äußeren Umfang der Themenstellung. Dennoch läßt sich vermuten, daß für diese Entscheidung außer einer sich disponierend und selektiv auswirkenden Vertrautheit mit der sprachanalytischen Theorie auch ausschlaggebend war, daß die als gleichberechtigt und gleichursprünglich anerkannte »Personensprache« erheblich größere Beschreibungsprobleme aufwirft.

Für das Verständnis der Kernaussagen und der Argumentationsstruktur der Darstellung möchte ich eine kurze Zusammenfassung geben: Nach einer detaillierten Begründung der begriffsanalytischen Methode, die Leist aus der Kritik an sprachrealistischen und -idealistischen Positionen und deren Überwindung durch einen Rekurs auf die Alltagssprache und -erfahrung bzw. auf die Handlungstheorie gewinnt, wendet sich der Autor einer stufenweisen Rekonstruktion des sich im Verlauf der Phylogese ausdifferenzierenden Begriffsystems zu. Er bedient sich dabei eines deutlich an Piagets Arbeiten zur genetischen Erkenntnistheorie erinnernden, von diesem allerdings methodisch und perspektivisch wiederum abweichenden Verfahrens: dem der »systematischen Primitivierung«; d.h. er unternimmt einen Versuch der Ableitung von universalen Begriffen (nach Leist besser: von »Exemplifikationen« kognitiver Schematisierungen bzw. Kategorisierungen wie Ding, Eigenschaft, Raum, Zeit etc.) mithilfe von Abstraktionen aus der Alltagssprache. Leist postuliert — wohl an einer entscheidenden Schwelle der Anthropogenese — zunächst eine primitive »Sprache« L_1 , in der sogenannte Quasi-Prädikate noch eng an Wahrnehmungssituationen gebunden sind und die, ähnlich dem rein reaktiven Verhalten immer auf unmittelbare Sinneseindrücke bezogen, noch nicht zur Identifikation oder echten Prädikation geeignet ist. Im Verlauf der durch das initiale Begriffssystem ermöglichten Entwicklung neuer Wahrnehmungs- und Handlungsfähigkeiten wird L_1 durch das Sprachsystem L_2 abgelöst, in dem schon minimale assertorische Sätze mithilfe der Identifikation raumzeitlich festgestellter Dinge sowie einfache Klassifikationsleistungen möglich werden. Jedes neuerworbene kognitive Vermögen wirkt sich weiterhin handlungsoptimierend aus, wodurch neue Erfahrungen fundiert werden und Dispositionen für die Ausbildung höherer Sprachstufen entstehen. Auf L_2 folgt somit L_3 , in der aufgrund von Klassen- und Sortenbezeichnungen raumzeitliche Erstreckungen abgegrenzt werden, und schließlich L_4 , ein hoch entwickeltes Sprachsystem, in dem Kausalität und damit auch die für das instrumentelle Handeln wesentliche Beziehung zwischen Werkzeug und Material, Naturding und Artefakt ausdrückbar wird. — Ebenso wie die rekonstruktionstheoretischen Aussagen in den Struktur-Funktionsbeschreibungen der einzelnen Begriffs- bzw. Sprachsysteme bestehen, überzeugen auch jene, die sich auf die Aufdeckung allgemeiner entwicklungslogischer Prinzipien beziehen, wie etwa auf das der Wahrnehmungsstabilisierung durch Ausbildung raumzeitlicher Kontinuität zwischen L_1 und L_2 oder qualitativer Kontinuität (aufgrund von Merkmalsdifferenzierung) zwischen L_2 und L_3 . — Soweit also stellt sich Zufriedenheit mit dem Dargestellten ein. Jedoch, wenn das Thema selbst so faszinierend ist, wie ist es dann möglich, daß sich durch die Art der Darstellung so wenig von der Faszination des Themas vermittelt? Wie bringt Leist es fertig, über weite Passa-

gen hinweg Indifferenz oder Unlustgefühle bei der Lektüre zu erzeugen? Zumindest zwei Antworten lassen sich auf diese Fragen geben: Einmal liegt es daran, daß der Verfasser, da es sich nun einmal um eine Dissertation und damit um einen Qualifikationsnachweis handelt, relativ schonungslos den Inhalt seines gesamten Zettelkastens in diese Arbeit zu investieren scheint. Im konkreten Fall zeigt sich das daran, daß Leist offenbar jede ihm nun mögliche Gelegenheit zu legitimierenden, aber auch ausschweifenden Theoriediskussionen nutzt, deren Dringlichkeit nicht unbedingt einschbar wird — sei es in der Auseinandersetzung mit Positionen von Strawson, Tugendhat, v. Wright oder anderen. Wenn auch dadurch der — wahrscheinlich richtige — Eindruck verantwortungsbewußten und peniblen Denkens erzeugt wird, so nährt dies andererseits doch gleichfalls den Verdacht einer relativen Beliebigkeit der theoretischen Exkurse zu sprachanalytischen Detailproblemen, da letztere sich oft weniger der Stützungsbedürftigkeit der Hauptthesen als eben der Karteikartenlogik zu verdanken scheinen. Kurzum, das so ausführliche Eingehen auf Zulieferungstheorien sprengt die Einheit des zentralen Argumentationsstranges und beraubt so den Leser seiner Willigkeit zur Haftung am Gedanken. Der zweite Grund dafür, daß der Text störende Distanz schafft, besteht schließlich in der Unübersichtlichkeit der Gliederung, in der unscharfen Trennung zwischen verschiedenen Feldern der Argumentation — häufig wird nicht ganz klar, ob eine These anthropologisch, handlungstheoretisch, wahrnehmungspsychologisch oder logisch begründet wird — und in den wirklich mangelhaft und mehrfach dysfunktional angebrachten Resümees, die leider häufig dort fehlen, wo sie am dringendsten gebraucht würden.

Eine letzte Bemerkung zur äußeren Form, die auch den Verlag angeht: Selten habe ich ein so teures Buch gesehen, in dem derart schlampig und regellos — nicht einmal in der Regelwidrigkeit steckt System! — mit der Interpunktion umgegangen wird und in dem auch sonst zu viele grammatikalische Fehler, beispielsweise in den Numerus- und Kasusbildungen oder in den kasualen Bezügen, vorkommen. Zumindest am letzten Punkt könnten und sollten der Verfasser und die Verlagskorrektoren doch etwas ändern!

André Lundt (Berlin/West)

Lorenz, Wolfgang, und Gerd Wotjak: Zum Verhältnis von Abbild und Bedeutung. Überlegungen im Grenzbereich zwischen Erkenntnistheorie und Semantik. Akademie Verlag, Berlin (DDR) 1977 (520 S., br., 38,— M).

Zahlreiche sprachwissenschaftliche DDR-Publikationen der letzten Jahre bemühen sich, bei genauer und umfassender Rezeption der internationalen Forschung, um Kritik und Überwindung neopositivistischer Auffassungen zwecks Entwicklung einer marxistisch begründeten Sprachtheorie, die doch den strukturellen Charakter des Sprachsystems berücksichtigt und auch praktische Fragen etwa der Übersetzung, der Sprachplanung und des Sprachunterrichts lösen hilft. Im Anschluß an eine traditionsreiche (zuletzt Koschmieder) bzw. im Rahmen einer gegenwärtig umfangreichen (Apresjan, Bierwisch, Meier, Mel'cuk, Viehweger u. a.) Diskussion um den kognitiven Gehalt semantischer Merkmale versuchen im vorliegenden Buch ein Philosoph (Lorenz) und ein Linguist (Wotjak) die Unterschiede und die Beziehungen zwischen erkenntnistheoretischen Abbildern und sprachlichen Bedeutungen herauszuarbeiten. Die neopositivistische Identifizierung beider gestattet bekanntlich die Reduktion von Erkenntnistheorie auf Sprachkritik.

Gedankenführung und Resultat zeigen, wie schwer die selbstgestellte Aufgabe tatsächlich zu bewältigen ist. Bei klarerem Aufbau, weniger Wiederholung und weniger Umständlichkeit der Argumentation hätte der Text um mindestens ein Drittel, vielleicht gar die Hälfte, seines Umfangs gekürzt werden können. Oft genug betonen die Verfasser den »hypothetischen Charakter« (z. B. 394) erheblicher Teile ihrer Ausführun-

gen. Im einführenden ersten Kapitel (9-69) über »erkenntnistheoretische Prämissen« einer materialistischen Auffassung von Sprache, Denken, Arbeit, Erkenntnis und Kommunikation, wie man sie ebenso allgemein in fast allen ähnlich ambitionierten Veröffentlichungen wiederfindet, wird neu insbesondere die sprachliche Bedeutung als »durchschnittliches Abbild« vorgestellt (62-69). Erkenntnistheoretisch könne man zwischen individuellen und gesellschaftlichen Abbildern unterscheiden, die dem Abgebildeten mehr oder weniger adäquat sein können. Demgegenüber spiele das Wahrheitskriterium im Falle der sprachlichen Bedeutung eine untergeordnete Rolle: sie sei »das Invariante in Bezug auf die Kommunikation«, die »Norm des Gebrauchs«, zugleich virtuell gesellschaftlich wie realiter individuell (65). Undiskutiert werden hier klassisch-strukturalistische Auffassungen von de Saussure in all ihrer ebenso wichtigen wie ungelösten Problematik übernommen und in das andere Thema der materialistischen Erkenntnistheorie nur eingesetzt, nicht vermittelt. Nicht zufällig gelten denn kurz darauf, wie im Rest des ganzen Buches, Abbild und Bedeutung als verschieden zusammengesetzte Mengen aus gleichen »Substanzen«, nämlich kognitiven Elementen (69), deren Status selbst unklar bleibt, weil die Verfasser nicht historisch, nicht psychologisch, nicht empirisch, sondern im wesentlichen nur logisch, systematisch und theoretisch-hypothetisch argumentieren.

Die so gestellte Hauptfrage, wie und warum nämlich jene nicht näher bezeichneten kognitiven Elemente als »die eigentlichen Vermittler zwischen Bedeutung und Abbild« (121) dank verschiedenartiger Zusammensetzung im Abbild mehr kognitive und in der Bedeutung als einer spezifischen Form des Abbildes (187) mehr kommunikative Funktionen ausüben können, wird in den folgenden drei Hauptteilen des Buches nicht gelöst. Im 2. Kapitel »Zur Bedeutung sprachlicher Zeichen« (70-158) und im 3. Kapitel »Zum Verhältnis von Bedeutung und Abbild« (159-271) finden sich allerdings zahlreiche interessante und kenntnisreiche Einzeldiskussionen zu den großen Themen der Semantik, deren Qualität und Ergebnisse sich keineswegs in den beigegebenen, recht schematisch zusammenfassenden Schaubildern (101, 119, 174, 177-179) erschöpfen, hier aber auch nicht im einzelnen gewürdigt werden können.

Das letzte und längste Kapitel »Zur Konstituierung einer Semetik/Noematik« (272-399; danach folgen Anmerkungen und umfangreiche Bibliographie) enthält die für weitere Arbeiten wohl fruchtbarsten Beiträge. Die hier (284-287) am kompaktesten vorgestellte Unterscheidung zwischen Noemen (als innerindividuellen Abbildelementen, in ihrer Gesamtheit zugleich potentiell universellen, möglichen Denkeinheiten der Menschheit) und Semen (als einzelsprachlichen Formativen zugeordneten, überindividuellen Bedeutungselementen) bleibt zwar weiterhin in vielen Punkten unklar, ist aber merkwürdigerweise für die beigegebenen vergleichsweise umfangreichen »Semtabellen« (310-369) auch einigermaßen unerheblich. Sie unterscheiden sich nicht wesentlich von semantischen Merkmalslisten »neopositivistischer« Provenienz.

Die von Lorenz/Wotjak erneut aufgeworfene Frage nach dem intimen Verhältnis von Sprache und Erkenntnis kann unter Beschränkung auf den Systemcharakter der Sprache vermutlich nicht gelöst werden. Man wird vielmehr die Genesis des Systems und jedes einzelnen Elements aus den Bedingungen und Zielen der Sprechfähigkeit, diese wiederum aus den Eigenarten der allgemeinen menschlichen Tätigkeit je konkret erklären müssen. Die Kluft zwischen erklärter marxistischer Theorie und abgelehnter positivistischer Methode kann mit Hypothesen und Tabellen möglicherweise verdeckt, nicht aber überbrückt werden.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Calvet, Louis-Jean: Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus. Verlag Das Arsenal, Berlin (West) 1978 (222 S., br., 19,80 DM).

Gewiß, das linguistische Problem ist im ökonomischen und politischen Prozeß der

Kolonisation zunächst zweitrangig. Doch weil dem Herangehen an die Sprache(n) schon immer ein historisch-gesellschaftlicher Stellenwert zukommt, sind in Sprachbeschreibungen und Theorien über Sprache zugleich Spuren von Ideologie zu finden, die Gemeinschafts- bzw. Gesellschaftsbeziehungen betreffen, oder auch den »Keim einer darüber hinausgehenden Praxis« (25) enthalten; hier: Linguistik als Wegbereiter, Sprachpolitik als Mittel kolonialistischer und rassistischer Unterdrückung.

Calvet versucht in seinem aus dem Französischen übersetzten Buch zu zeigen, wie koloniale Unternehmungen aus linguistischer Sicht gerechtfertigt werden konnten, welche Rolle die Sprache in der kolonialen und neo-kolonialen Unterdrückung spielt, aber auch welche Bedeutung ihr im Kampf um die nationale Befreiung zukommt. Er zeigt, wie die Theoretisierung der Überlegenheit der eigenen Sprache bereits Tradition hat: mit der Suche nach einer Ursprache und dem Nachweis, daß man einer solchen mit der eigenen am nächsten käme, reicht sie zurück bis ins 16. Jahrhundert, gefolgt von Versuchen der Sprachbereinigung gegenüber fremden Einflüssen, bis aus der diskriminierenden Geisteshaltung gegenüber anderen Sprachen (der Provinz, des Auslands oder besonders der neuentdeckten Länder) schließlich eine »europa-zentristisch« orientierte Einteilung in entwickelte und minderwertige Sprachen vorgenommen wird. Calvet zeigt auf, daß der expandierende Imperialismus — gerade in seiner französischen Ausprägung — die Sprachen anderer Völker systematisch erniedrigt, verneint und einverleibt hat: *Glottophagie*, das ist für ihn Gewalt gegen die Sprache der anderen, damit aber zugleich gegen ihre Kultur, gegen ihre Gemeinschaft. Die Beurteilung der Sprachen der anderen als Beweis der eigenen Überlegenheit, »als Fossilien eines überlebten Stadiums unserer eigenen Evolution« (24), das sind Keimformen von Rassismus und Rechtfertigungen kolonialistischer Expansion: »Der erste Menschenfresser ist aus Europa gekommen, er hat den Kolonisierten zerfleischt. Und auf der uns im besonderen betreffenden Ebene hat er seine Sprache zwischen lokaler Sprache und vom Kolonisator eingeführter Sprache ergeben oder ein Ergebnis des Kontakts von Gruppen und Individuen mit mehreren völlig unterschiedlichen Sprachen (z.B. Zusammenschluß von Sklaven unterschiedlicher Herkunft) sind. Meist wird jedoch der Kampf zwischen beherrscher und herrschender Sprache im Spannungsfeld von *Bi-* und *Monolinguisimus* ausgetragen: die oberen Schichten des kolonisierten Landes, die »Kompradorenbourgeoisie«, die die Sprache des Kolonialisten zum Zwecke eigenen Vorteils angenommen hatte (*Bilinguisimus*), tendieren in Zeiten des »triumphierenden« Kolonialismus zum erneuten *Monolinguisimus*, indem sie die beherrschte Sprache immer mehr aufgeben, während in den Städten die unteren Schichten, die nur die lokale Sprache kannten (*Monolinguisimus*), dazu neigen, sich die herrschende Sprache anzueignen (*Bilinguisimus*) (vgl. 60ff.). Die Frage nach dem Widerstand gegen *Glottophagie* impliziert für Calvet das Problem der nationalen Befreiung. Weil die Befreiung eines Volkes auch die Befreiung seiner Sprache bedeutet, kann es weder einen Kampf für die Sprache allein noch einen Kampf ohne die Sprache geben: »Das bedeutet, daß jede sich so nennende nationale Befreiung, die nicht von einer Umwandlung der linguistischen Suprastruktur begleitet ist, keine

Befreiung für das Volk bedeutet, das die beherrschte Sprache spricht, sondern eine Befreiung der Klasse, die die herrschende Sprache benutzte und sie auch weiterhin benutzt« (115). Diese zentrale These vom Befreiungskampf auf der Basis der eigenen kulturellen Identität (und dazu gehört eben auch die eigene Sprache) ist zugleich ein Schlag gegen die Idee der *Frankophonie*, wie sie von einigen afrikanischen Politikern (z.B. von Senghor und Bourguiba) vertreten wird: die Übernahme der französischen Sprache als angeblicher Faktor der Einheit Afrikas und zugleich Mittel zur Repräsentation afrikanischer Kultur (*négritude*) gegenüber der nicht-afrikanischen Welt wird zum Betrug an den verschiedenen afrikanischen Ländern. Während ihre lokalen Sprachen allmählich aussterben, werden sie dazu gezwungen, das Französische als Träger europäischen Gedankenguts (so Sékou Touré) anzuerkennen. Kein Wunder, daß Frankreich diese Idee der einigen Staatenfamilie begeistert aufgriff, sicherte sie doch auch in der Zeit der »Entkolonialisierung« eine enge ökonomische und kulturelle Bindung zur einstigen Kolonie.

Sicher ist die vorliegende Studie nicht mehr als ein Versuch, wie dies der Untertitel auch zum Ausdruck bringt, denn eine umfassende Untersuchung hätte gerade auch die Situation in Südamerika (etwa Peru) miteinzubeziehen. Von welcher Aktualität jedoch der Beitrag ist, zeigen willkürlich herausgegriffene tagespolitische Ereignisse: in Kapstadt werden Deutschkurse für schwarze und farbige Schüler angeboten, erfolgreiche Absolventen 'dürfen' nach drei Jahren ihre Aufnahme in die dortige deutsche Schule 'beantragen'; bundesdeutsche Rechtsanwälte fordern Rechtsbelehrungen für ausländische Arbeiter in der jeweiligen Landessprache; Grönland setzt seine Unabhängigkeit gegenüber dem einstigen Kolonisator Dänemark durch und erhebt Grönländisch — eine von den Eskimos hergeleitete Landessprache — zur ersten Amtssprache vor dem Dänischen. Die Beispiele mögen die Komplexität der Problematik andeuten.

Niemand, der sich ernsthaft mit Sprachgeschichte beschäftigt, kann an diesem Kapitel Sprachpolitik bzw. sozialgeschichtlich fundierter Linguistik vorbeigehen, und Studenten der Romanistik und Linguistik sollten sich davon überzeugen, welchen politischen Aspekt ihrer Wissenschaft man in ihrem Studium auszuklammern pflegt.

Harro Schweizer (Berlin/West)

Naumann, Manfred: *Prosa in Frankreich. Studien zum Roman im 19. und 20. Jahrhundert.* Akademie-Verlag, Berlin (DDR) 1978 (306 S., br., 10,— M.).

Naumann legt mit seinen Studien zu Stendhal, Balzac, Flaubert, den Goncourts, Proust, Sarraute, Robbe-Grillet und Butor keine bloßen Übersichten vor. An den Problemfeldern Romantik-Realismus-L'art pour l'art-Naturalismus-Nouveau Roman entlang gelingt es ihm, literatur- und werknah zu argumentieren und zugleich literaturgeschichtliche Zusammenhänge darzustellen. Die in einem Zeitraum von knapp 20 Jahren entstandenen und für diesen Band redigierten Arbeiten (»Balzac und die 'Armen Verwandten'« ist ein Originalbeitrag) lesen sich für den Spezialisten wie für den interessierten Laien (Zitierweise ist deutsch, deutsche Ausgaben sind angegeben) durch die wohltdosierte Mischung von Einführung in den Gegenstand und Forschungsdiskussion sowie die Sorgfalt der Sprache mit informatorischem Gewinn und ästhetischem Vergnügen.

Den roten Faden bildet explizit und implizit die Auseinandersetzung mit der Realismuskonzeption von Georg Lukács. Nicht auf dem Wege einer politisch ansetzenden Auseinandersetzung, sondern in der Argumentation am Gegenstand wird wider den ästhetischen Dogmatismus darauf abgehoben, »die jeweils neuen literarischen Lösungen zu verdeutlichen, die der Roman für die Probleme fand, die sich ihm im Fortgang der Geschichte stellten«, d.h. die »Realismusfrage« »historisch-konkret an Ort und Stelle zu behandeln.« (9) Herauskommt z.B. eine differenzierte Einschätzung des »L'art

pour l'art« und seiner wechselnden Funktionen — Auseinandersetzung mit der Kapitalisierung der lit. Produktion, Wendung gegen die von der Großbourgeoisie propagierte positivistische Moralästhetik Comtes etc. —, welche simplifizierende Antinomien wie »Realismus versus Dekadenz« vermeiden hilft, ohne daß der rationale Kern der Lukácsschen Auffassung entfällt. Ähnlich verfahren wird bei der Einschätzung des Nouveau Roman, dessen »Leistung und Grenzen« (262) als Ideologiekritik mit V-Effekt, die allerdings die »Gegenstände aus der Verfremdung nicht wieder zurückkehren läßt — so N. mit Brecht — bestimmt werden. Hier wie bei den anderen Analysen geht es nicht nur um die literaturhistorische Rekonstruktion, sondern auch um zeitgenössische und gegenwärtige Funktion und Wirkung. So werden die Widersprüche aufgezeigt, in die die Vertreter des Nouveau Roman geraten, wenn ihr Insistieren auf »Schreiben« als »Produktion« zwar zunächst an der Zerstörung hergebrachter Schöpfungsmythologie arbeitet, das Beharren auf der »Reinerhaltung« der Werke von bedeutungstiftenden Bezügen dann doch wieder der Literatur eine »autonome Zone« sichern soll, in der der Schreibakt ähnlich frei »wie einst der Schöpfungsakt« (267) walten kann. Wie hier werden Abwehrmechanismen gegen die herrschenden Literaturverhältnisse auch dort in ihrem Sinn verkehrt, wo eine Erkenntnis fördern wollende antikonventionelle Schreibweise die Mehrzahl der Leser nicht erreicht und ungewollt alte Dichotomien auf neue Weise erzeugt. Daß es für diese Ziel-Mittel-Dialektik keine einfachen Lösungen gibt, zeigt Naumann an Stendhal, der bereits vor ähnlichen Aporien stand. Dessen Orientierung an einem Publikum der »happy few« wird nicht kurzschlüssig als elitäre Esoterik begriffen, sondern als »sozialkritisches Moment« gegen die »ökonomischen und ideologischen Verwertungsmechanismen« (68) gefaßt.

Neben der Lukácsdiskussion bildet die Entwicklung der Darstellung des literarischen Helden den anderen zentralen Strang der Analysen. Von Julien Sorel über den Jean Santeuil Prousts bis zu den Antihelden des Nouveau Roman, in dem die »Chance des Individuums« zur Behauptung in der ihm entfremdeten Gesellschaft (269) fragwürdig geworden ist, wird der Gestaltung des »Antagonismus zwischen bürgerlichem Individuum und bürgerlicher Gesellschaft« (269) nachgegangen. Hier hätte man sich eine deutlichere Klärung der Sonderstellung der »Comédie humaine« Balzacs gewünscht, in der, wie Naumann richtig bemerkt, ein »Kollektiv von Figuren« und ein »Kollektiv von Romanen« (134) eine andere Form der Realitätsverarbeitung leisten. Liegt dies, wie man vermuten kann, an der im Gegensatz zu anderen Schriftstellern aktiveren Verankerung Balzacs in den ökonomisch-sozialen Verhältnissen seiner Zeit, so wäre der Problematik Individuum versus Gesellschaft in der literarischen Darstellung u.a. über den Weg der Analyse der Lebensverhältnisse der Autoren näher zu kommen als über einfaches Konstatieren allseits wirkender Entfremdung. Schriftsteller schreiben nicht nur von sich, aber auch von sich. Damit soll keinem Soziologismus oder schlechtem Biographismus das Wort geredet werden. Naumann selbst fordert bei Stendhal zu Recht eine »systematische Untersuchung« seiner »Stellung« »zu und in den gesellschaftlichen Literaturverhältnissen« (61). Die von ihm schon geleistete, proportional den größten Raum des Bandes einnehmende Verknüpfung von Biographie, Zeit- und Literaturgeschichte ist als vorbildlich hervorzuheben. Sie ist nicht nur geeignet, in der Forschung die Reduktion einer auf Klassen- bzw. Gruppenbewußtsein beschränkten Zurechnungssoziologie zu überwinden — Naumann differenziert im übrigen sorgfältig die verschiedenen Bourgeoisiefractionen im 19. Jahrhundert und die entsprechenden literarischen Strömungen —, sie ist, richtig gehandhabt, auch für die Lehre und die popularisierende Vermittlung die adäquate Form der Darstellung. Stendhal zerfällt bei Naumann nicht mehr, wie V. Klemperer einst monierte, in eine aristokratische und eine jakobinische Hälfte mit wechselseitiger Pointierung von bürgerlicher und marxistischer Forschung, sondern kann in diesem Widerspruch verstanden und ausgehalten werden. Wer sich

mit Hugo Friedrichs nietzscheanischer Deutung Stendhals nicht mehr zufriedengeben mag, sein Niveau bei der Darstellung der »Drei Klassiker des französischen Romans« aber auch nicht vermissen will, kann guten Gewissens zu dieser kleinen Geschichte der französischen Romanentwicklung aus marxistischer Sicht greifen.

Heinz Thoma (Wuppertal)

Franzbach, Martin: Plädoyer für eine kritische Hispanistik. Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt 1978 (197 S., br., 24,— DM).

Franzbach, Martin: Kritische Arbeiten zur Literatur- und Sozialgeschichte Spaniens, Frankreichs und Lateinamerikas. Bouvier Verlag, Bonn 1976 (125 S., br., 18,— DM).

Ähnlich der Italianistik ist die Hispanistik geschädigt durch eine braune Vergangenheit im Rahmen des »Panfaschismus«, die ihr Selbstverständnis erschütterte und sie trotz der wachsenden Bedeutung Spaniens und Lateinamerikas zum universitären Schattendasein eines Orchideenfaches verdammt hat. Franzbachs Plädoyer für eine neue, »kritische Hispanistik« nimmt Lehren der Selbstverständnisdebatte der Germanisten der Sechzigerjahre auf und bewegt sich in zwei Richtungen: Aufarbeitung faschistischer Fach-Vergangenheit und Kritik der gegenwärtigen Inhaltsvermittlung. Die alte Einsicht, daß beides miteinander zu tun hat (vgl. v.a. auch Michael Nerlichs grundlegenden Aufsatz »Romanistik und Anti-Kommunismus«, *Argument-Studienheft 18*) erweist sich dabei nicht nur im entsprechenden Kapitel des *Plädoyer* (18-48), sondern auch in der Polemik gegen die detailbesessene Editionsarbeit an religiösen Barockspielen in der »Hamburger Schule« Hans Flasches (»Calderón, Salazar und Mussolini«, *Arbeiten*, 111-120).

Franzbachs Ansatz ist ideologiekritisch. Im *Plädoyer* bezieht sich dies zumeist auf Materialien des Universitätsbetriebs. In der Kritik von Kurzdarstellungen zur spanischen Literaturgeschichte (90-101), von »Spanienkunden«, deren Geschichtsbild unter dem Motto »Spanien ist anders« gesellschaftliche Entwicklungen (Franco-Zeit!) gezielt aussparen (117-124) und damit zusammenhängend in der Diskussion um die Stellung der Landeskunde im Bereich der neueren Philologien (102-116), wie in der Kritik der Darstellung des chilenischen Putsches in den bundesdeutschen Massenmedien (141-155) zeigt er die Zähigkeit hispanistischer Ideologeme auf. Seiner Kritik stellt Franzbach modellhaft zwei eigene Forschungsansätze gegenüber: eine Analyse spanischer Massensliteratur (Corín Tellado, mit bisher etwa 1500 wöchentlich erscheinenden Illustriertenromanen; 78-89) und eine erste Darstellung der deutschsprachigen Exilliteratur zum Spanischen Bürgerkrieg als Modell vergleichender Literatur- und Sozialgeschichte (61-77; mit einer Bibliografie von 99 Titeln).

Franzbachs Literaturbegriff entspricht dem »Bremer Modell«: »Literatur ist künstlerische Objektivierung gesellschaftlicher Verhältnisse und Widersprüche, die in ihrer ideologiestiftenden Funktion zu untersuchen sind, um Lernprozesse in Gang zu setzen, die befähigen, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Widersprüche zu erkennen und an ihrer Veränderung mitzuwirken. Ideologie ist dabei notwendiges falsches Bewußtsein, in dem sich Wahrheit und Unwahrheit verschränken.« (79) Diesen Literaturbegriff exemplifiziert Franzbach in seinen *Kritischen Arbeiten* am Lateinamerikabild deutscher Trivialromane (v.a. Courths-Mahler), an der deutsch-französischen Rheinlyrik des Patriotismus (43-66) und an französischen religiösen Kleinblattdrucken. Drei weitere Aufsätze befassen sich mit Fragen der Wirkung spanischsprachiger Literatur: mit der Büchzensur des spanischen Barock (9-24), der Sprachvermittlung des Spanischen im deutschen 18. Jahrhundert (wobei im Sinne ideologiekritischer Methodik allerdings eine stärkere Auseinandersetzung mit den Inhalten der »rein grammatischen« Beispielsätze wünschenswert gewesen wäre), und mit einem Vergleich der Re-

zeption lateinamerikanischer Literatur in der BRD und Frankreich anhand des Nobelpreisträgers Miguel Angel Asturias (99-110).
Thomas Bremer (Giessen)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Knödler-Bunte, Eberhard, Ulf Preuß-Lausitz und Werner Siebel (Hrsg.): *Normalzustände. Politische Kultur in Deutschland*. Verlag Ästhetik und Kommunikation, Berlin (West) 1978 (320 S., br., 16,50 DM).

»Das vorliegende Buch nimmt die zahlreichen Strafverfahren, die gegen die Herausgeber des Mescalero-Buback-Nachrufs in Gang gesetzt wurden, zum Anlaß, öffentlich darüber nachzudenken, was Freiheit der Meinungsbildung, ..., was Pressefreiheit, ..., aber auch was Selbstzensur heißt und was dies alles in uns anrichtet.« (8) »Ein wenig soll dieser Band (...) ermuntern, tausend Blumen der Kritik, der Analyse und der offensiven Gefühle blühen zu lassen.« (9) Damit sind Gegenstand und Absicht dieses Bandes global benannt. »Analyse« und »Gefühl«, in der Regel in verschiedenen Sparten der literarischen Produktion voneinander geschieden, hier soll beides unter einem Dach zur Geltung kommen. Dieses Bemühen prägt den Gesamtcharakter des Buchs als »Mischform« — eben »Lesebuch«.

Neben politischen, juristischen, kommunikationstheoretischen und sozialpsychologischen Analysen finden sich Glossen und Satiren, Gedichte, Karikaturen und Comics. Das den verschiedenen Sichtweisen und Mitteilungsformen gemeinsame Anliegen ist, Bewußtsein gegenüber dem Prozeß einer tendenziellen Transformation des bürgerlichen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland zum sich selbst ein Recht jeweils nach den Bedürfnissen der Herrschaftssicherung setzenden absoluten, vorkonstitutionellen Staat zu schaffen. Sebastian Cobler hat diese Entwicklung als »Verrechtlichung der Entrechtung« (48), als Verwandlung der Grundrechte aus »Schutznormen der Bürger vor dem Staat« in Staatsschutznormen (47) beschrieben.

Der Beitrag von Lienhard Wawrzyn über die listige Auseinandersetzung E.T.A. Hoffmanns mit dem preußischen Polizeidirektor Albert von Kamptz, wie auch der Abdruck zweier Gedichte von Heinrich Heine richten den Blick über die Analyse der aktuellen Situation hinaus auf deren Einbettung in die spezifisch deutsche Tradition obrigkeitstaatlich organisierter Machtausübung.

Gegenüber diesen Ansätzen historischer Vertiefung scheint mir das Zentrum des Bandes, die Auseinandersetzung vor allem von Herausgebern des »Mescalero-Buback-Nachrufs« mit den gegen sie erlassenen gerichtlichen Verfügungen, zu sehr vom Ereignisfeld und der Reichweite persönlichen Betroffenseins geprägt. Zumindest aus der Massierung tendenziell persönlich bleibender, vor allem die Sache des »Einzelfalls« verfechtender Stellungnahmen und Rechtfertigungen, erwächst dem Band die Gefahr, nur einer begrenzten Gruppenöffentlichkeit rezipierbar zu sein.

Diese Enge nun scheint konzeptionell — schon die Einleitung richtet sich im vereinnahmenden und ausschließenden »wir« (7,8,9) nur an die von vorneherein Einverstehenden, gar nur an selbst »Betroffene«. Den sich hier abzeichnenden Abbau des Denkens in sich aufs »Ganze« richtenden politischen Kategorien, finde ich in den vorfindbaren Ansätzen einer Staatstheorie und der aufgewiesenen Perspektive einer Gegenbewegung wieder.

Es soll gelten: »Die Gesellschaft gegen den Staat.« (94) (Herv., G.F.) Indem die *gesellschaftlichen* Antagonismen im Dualismus von »Gesellschaft« und »Staat« verschwinden, geht hier die Einsicht in die widersprüchliche Notwendigkeit des Staates für die Gesellschaft — um sich des Staates entledigen zu können — verloren. Die Perspektive politischen Handelns muß dieser Denkfigur letztlich verschlossen bleiben — an ihre

Stelle tritt die eines »Selbstheilungsprozesses« der Gesellschaft, der Individuen gegen den Staat und die Sphäre des Politischen. »Wir müssen wieder radikal denken lernen, Alltagsutopien entwerfen und somit Lebensweisen zur praktischen Kritik machen (...) Die internationale sozialdemokratische und kommunistische Politik, auch der Eurokommunismus — dämmt, da sie mit den ökonomischen und herrschaftlichen Mitteln des Systems arbeitet, diese Möglichkeiten durch ihre organisatorischen und technologischen Strategien ein.« (301)

So gewinnt das Buch zu seiner aktuellen politischen Bedeutung die Nützlichkeit — gegen den Strich gelesen — die Einsicht zu vermitteln, daß »politische Kultur« als Zielbegriff (10) nicht heißen darf: Kultur (Lebensweise) gegen und statt Politik, sondern als Widerspruch auszuhalten ist solange das »Leben« gegen seine *klassengesellschaftlich* organisierte Destruktion — um den Preis partieller Selbstentäußerung — der Politik bedarf.

Gerhard Friedrich (Marburg)

Pflaum, H.G., und H.H. Prinzler: *Film in der Bundesrepublik Deutschland*. Der neue deutsche Film. Herkunft / Gegenwärtige Situation. Ein Handbuch. Hanser Verlag, München/Wien 1979 (332 S., br., 26,— DM).

Intention der beiden Verfasser ist es, eine Orientierungshilfe über den Film in der BRD seit dem Oberhausener Manifest von 1962 zu geben. Die Publikation enthält neben einem Essay über Tendenzen im 'jungen deutschen Film' seit 1962 ein Sachlexikon zur Filmpolitik, Bio- und Filmographien zu 100 ausgewählten deutschen Filmemachern, sowie eine Auswahlbibliographie zum jungen deutschen Film.

Der vorangestellte, kritische Essay ist geeignet, den interessierten Laien mit Entwicklungstendenzen im bundesdeutschen Film seit '62 und inzwischen namhaften Filmemachern bekannt zu machen. Erschwert wird ihm die Orientierung allerdings durch das fehlende methodische Konzept der Autoren in der Strukturierung des historischen Materials. Der Versuch einer Analyse der besprochenen Filme im Blick auf filmische Genres scheitert ebenso wie der einer Periodisierung. Beides hätte erfordert, über eine bloße Beschreibung des historischen Materials hinauszugehen, um es auf Begriffe zu bringen. Statt dessen flüchten sich die Autoren in das Nächstliegende: Filmgeschichte = Geschichte der Filmemacher. So ist es nicht verwunderlich, daß Verweise auf die Produktions- und Distributionsbedingungen des bundesdeutschen Films spärlich bleiben, der an der Herstellung von Filmen beteiligte Stab keine Erwähnung findet, Bezüge zur historischen Entwicklung der BRD nur am Rande Erwähnung finden.

Nur zum Teil werden diese Mängel durch das Sachlexikon ausgeglichen. Es enthält in etwa einem Dutzend Stichwortartikeln wichtige Daten und Informationen zur ökonomischen Situation des bundesdeutschen Films, zur staatlichen und durch andere Institutionen betriebenen Filmpolitik und zur Filmkritik, die dem Interessierten schwer zugängliche Informationsquellen erschließen und so die selbständige Auseinandersetzung mit dem Medium Film ermöglichen. Hierin liegt das Verdienst des Handbuchs. Sein Wert wird allerdings durch die Publikationsform erheblich eingeschränkt. Schon jetzt sind einzelne Stichwortartikel, wie auch Filmographien veraltet. Ein anderes Konzept, etwa nach der Art einer jeweils zu ergänzenden Loseblattsammlung, hätte unter Beweis gestellt, daß der Verlag mehr intendiert, als die schnelle Verwertung eines wachsenden Informationsbedürfnisses.

Harald Kargus (Heidelberg)

Wir tanzen um die Welt. Deutsche Revuefilme 1933 bis 1945. Zusammen- gestellt von Helga Belach. Hanser Verlag, München 1979 (271 S., br., 29,80 DM).

Der Sammelband erschien erstmalig als Begleitbuch zur gleichnamigen Retrospektive auf den Berliner Filmfestspielen 1979. Den zweiten Teil des Buches bildet ein ausführlicher Materialteil, der eine Filmographie und eine Diskographie zu den themati-

sierten Filmen enthält. Diesem Materialteil sind auch die Beiträge Helga Belachs, »... als die Traumfabrik kriegswichtig wurde« (139ff.), und Karsten Wittes »Versuch, die Filme zu beschreiben« (208ff.) zuzuordnen. Belach führt vornehmlich Produktionsdaten zu den einzelnen Streifen auf, soweit sie aus den verbliebenen Akten der UFA rekonstruierbar sind. Witte skizziert knapp deren jeweilige Handlungen und versieht diese mit einem ideologiekritischen Aperçu.

Theoretisch und filmhistorisch relevant ist der erste Teil. Hier werden Erklärungsansätze versucht zur Genese des *Genres*, unter dem die einzelnen Filme subsumiert sind. In diesem Sortierungsversuch offenbart sich ein Dilemma, dem alle Autoren des Bandes gleichermaßen zum Opfer fallen: Obwohl durchgehend konstatiert wird, daß ein Großteil der vorgestellten Filme nur unzureichend die Kriterien des Genres »Revuefilm« erfüllt, werden sie fleißig als solche behandelt. Der phänomenologische Verweis, daß in allen thematisierten Filmen Revue-Nummern vorkommen, ist schlicht unzureichend. Zwar versucht Karsten Witte in einem einleitenden Aufsatz verallgemeinerbare Charakteristika des »deutschen Revuefilms« herauszuarbeiten. Aber er verstrickt sich nicht nur in der Vielfalt der Erscheinungen, sondern auch in seinen eigenen Kategorien. So steht am Beginn seiner Abhandlung die Behauptung: »Die Revuefilme sind die Heerschau des Propagandaministeriums, seine Paradebeispiele der höchsten Produktionskapazität und zugleich der höchsten Rezeptionsintensität, viel stärker noch als die manifest politisch intendierten 'Filme der Nation' von *Heimkehr* bis *Kolberg*.« (7) Läßt sich der erste Teil der Behauptung in dieser Verallgemeinerung nicht aufrechterhalten, weil ihr die durchschnittlichen Aufwendungen für die Produktion, die feststellbaren Einspielergebnisse und Zuschauerzahlen widersprechen, so enthält sie im zweiten Teil mit den »manifest politisch intendierten« Filmen eine Kategorisierung, die zwar aus der Untersuchung Gerd Albrechts (von 1969) hinlänglich bekannt, aber nichts destoweniger irreführend und falsch ist. Enthält sie doch ebenso die Behauptung, daß es *nicht* »manifest politisch intendierte« Filme gegeben habe, was zumindest vom Standpunkt des Propagandaministeriums, von dem aus hier argumentiert wird, nicht zutreffend ist. Im übrigen verurteilt Witte einige Seiten weiter diese gleiche Kategorisierung, auf die er sich hier apologetisch bezieht (31).

Gewinnbringend ist Wittes Abhandlung dort, wo er exemplarische Filminterpretation betreibt, etwa in der Auseinanderlegung einzelner Sequenzen von Leni Riefenstahls »Triumph des Willens« (31). Es wäre sinnvoll gewesen, die daraus gewonnene These von Riefenstahls Film als »Revuefilm« durch einen intensiveren Vergleich mit Prototypen des Genres weiterzuverfolgen, als durch das Zitieren aus einer Fülle von Filmen den Nicht-Cineasten zu verwirren. Denn gerade in dem Aufbrechen der traditionellen Trennung von sogenannten »Unterhaltungs- und Propagandafilmen«, das durch die These Wittes am konsequentesten vollzogen wird, steckt der generelle Wert des Buches.

Witte bleibt — wie fast alle Beiträge des Bandes — bei einer *ästhetischen* Kritik stehen. »Die Mängel, die sich im Revuefilm ausbilden, sind Defizite der Ästhetik« (15). In diesem Satz faßt er seine Untersuchungsweise zusammen. Er vergleicht eine Vielzahl von ästhetischen Erscheinungen um den »Revuefilm«, sowohl aus der amerikanischen als auch der weimar-deutschen Tradition, und erhält als Surrogat die These von der »gehemmten Schaulust«, die den Revuefilm der Nazis auszeichne. Hier hätte allerdings in Richtung der Bedingungen von Filmproduktion weitergedacht werden müssen. Denn dieses Merkmal der »gehemmten Schaulust« zeichnet insgesamt den kapitalistisch produzierten Unterhaltungsfilm aus — soviel Schauwert er im Einzelnen an der Oberfläche auch immer produzieren mag. Kapitalistisch vermittelte Sinnlichkeit ist kastrierte Sinnlichkeit, weil sie sich wesentlich über den Warenaustausch realisiert. Und in diesem Vermittlungsprozeß ist der Mensch Kastrat, der weitgehend von seinen wirklichen Be-

dürfnissen abgeschnitten agiert.

Der Zusammenhang zur *Kulturindustrie*, in den die Spielfilme des deutschen Faschismus gehören, stellt am deutlichsten Lothar Prox in seinem Beitrag heraus, der sich vornehmlich auf die Musikelemente der vorgestellten Filme bezieht. Die *Schlager*, ohne die diese Streifen nicht denkbar sind, begreift er nicht nur als Ideenkonstrukte oder ästhetische Gebilde, sondern vornehmlich als »Konsumartikel« (83), die ihrer eigenen, am Markt orientierten, Gesetzlichkeit unterliegen. Dies tritt für Prox besonders in dem »kokettierenden Umgang« (78) mit dem offiziell verpönten Jazz zutage, den er bei einer Reihe von Filmkomponisten beobachtet. Einleuchtend verallgemeinert er, daß sich die untersuchten Filme durch eine auffällige Widersprüchlichkeit auszeichnen, die durch »die Kluft zwischen Ideologie und praktischen Bedürfnissen« (79) gesetzt ist.

Dietrich Steinbeck führt vornehmlich am Beispiel der Funktion des Tanzes die Gedanken Wittes von der »gehemmten Schaulust« und der ideologischen Funktion der »Revuefilme« fort. Ulla Stöckl umreißt die Rolle der Frau in verschiedenen Exemplaren der als »Revuefilme« apostrophierten Kino-Stücke. Ihr Beitrag ist eine Textcollage aus Filmzitaten, Kernsätzen Maria-Antonietta Maccioccis, nationalsozialistischer Programmatik und knappen eigenen Kommentaren. Das Essential »Heiraten und Kinder kriegen sollst Du!« (94), das für sie die ideologische Botschaft der Filme bestimmt, ist freilich auch über die Phase des Faschismus hinaus auf die kapitalistische Massenkultur zu verallgemeinern. Unverständlich ist, was die Beiträge Walter Kauls (»Die Berliner Theater-Revuen: Bilderflut und Tempora, 87ff.) und Carla Rhodes (»Leuchtende Sterne?«, 119ff.) in dem Sammelband zu suchen haben. Mit ihrer anekdotenhaften, anbietenden Geschwätzigkeit würden sie eher ins Feuilleton einer Springer-Zeitung passen.

Die stärkere theoretische Beziehung der filmischen Phänomene auf die Tradition und die Gesetzmäßigkeiten der Kulturindustrie hätte die Autoren der analytischen Beiträge sicher auch zur Verwertung und Rezeption der behandelten Filme im Fernsehen und Kino der Bundesrepublik geführt. Dieser wichtige Aspekt, der zugleich aus der Gefahr einer nostalgischen Betrachtungsweise der »Revuefilme« herausführt, fehlt leider.

Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Seeßlen, Georg, und Claudius Weil: *Ästhetik des erotischen Kinos. Eine Einführung in die Mythologie, Geschichte und Theorie des erotischen Films*. Roloff und Seeßlen, München 1978 (269 S., br., 18,— DM).

Die Verleger Roloff und Seeßlen wollen den »populären Film« systematisch erschließen. Konzipiert sind zwei sich ergänzende Reihen: Die »Enzyklopädie«-Reihe dokumentiert jedes Film-Genre, seine Regisseure, Darsteller und seine Themen; die »Grundlagen«-Reihe — deren 4. Band der vorliegende ist — soll »griffige Darstellungen zu Geschichte und Mythologie des Film-Genres« (Klappentext) bieten. Dementsprechend ist auch die Verfahrensweise im vorliegenden Buch. Die »Mythologie der erotischen Unterhaltung« (15) kann als systematischer Teil gewertet werden, während Teil B die »Geschichte des erotischen Films« (80) thematisiert. Bildmaterialien und eine umfangreiche »Filmografie« (248) finden sich im Anhang.

Im ersten Kapitel, »Die kulturelle Botschaft der Erotik«, bedienen sich die Autoren eines Konglomerates von Gesellschaftstheorien unterschiedlicher Provenienz, um ein Modell einzuführen, »das grundsätzlich die gesellschaftliche Organisation im Zusammenklang von Ökonomie und Sexus in zwei Formen einteilt: die paternistische und die maternistische Gesellschaftsform« (26). Daraus schlußfolgern sie, daß »die Geschichte des Abendlandes (...) nicht nur die Geschichte der Unterdrückung der Frau, sondern auch die des stetigen Kampfes zwischen Patriarchat und maternistischen Rebellen« (31) sei. Eines jedoch sei beiden Gesellschaftsformen gemeinsam, die Unterdrückung menschlicher Sexualität. Diese Unterdrückung aufzubrechen und »womöglich in verän-

derter, bisweilen nahezu unkenntlicher Gestalt« (15) Sexualität zu demonstrieren, sei Aufgabe der erotischen Unterhaltung.

»Die Formen der erotischen Unterhaltung und ihre Umsetzung im Film« (58) sind Inhalt des anschließenden Abschnittes. Ein Exkurs auf Literatur und bildende Kunst belegt die Kontinuität erotischer Unterhaltung bis zur Einführung des Mediums Film. Die Darstellung von Sexualität aus unterschiedlichen Sichtweisen gilt für die Autoren als Beweis, daß die erotische Unterhaltung ein Spiegelbild der gerade dominierenden maternistischen oder paternistischen Gesellschaftsform sei.

Im historischen Teil beschreiben die Autoren die Darstellungsmöglichkeiten von Sexualität von den Anfängen des Stummfilms bis Mitte der siebziger Jahre. Diese Entwicklung demonstrieren sie in der zeitlichen Abfolge des Auftretens der Schauspielerinnen, angefangen bei Theda Bara, dem »Stummfilm-Vamp«, bis hin zu den Sexstars der Soft-Pornos, Sylvia Kristel oder Maria Schneider. Denn, so die Begründung, »die 'Ästhetik des erotischen Kinos' ist die (Selbst-)Inszenierung der Schauspieler, der Stars als allgemeinverständliches 'Ikon' ...« (11). Diese Vorgehensweise ist irreführend. Es entsteht der Eindruck, als sei die Entwicklung des Films allein abhängig von den zur Verfügung stehenden Stars, seine vielfältigen Sujets und seine Ästhetik allein deren Körper angepaßt. Durch die Kaprizierung auf die Stars werden aber für die Entwicklung des Films entscheidende Bedingungen ausgespart: die Entwicklung der Filmindustrie selbst, aber auch der Einfluß staatlicher Maßnahmen (Investitionen, Zensur usw.). Bedauerlich ist auch, daß das Postulat im Vorspann, »daß jeder Film ein erotischer Film ist« und »sich der unterschiedlichsten Erzählformen, von der Komödie bis zum Thriller bedienen kann«, von den Autoren kaum mehr berücksichtigt wird. Vielmehr haben sie sich in ihrer Präsentation fast ausnahmslos auf sexistisch herausragende Phänomene im Film konzentriert.

Dietrich Klitzke (Berlin/West)

Soziologie

Durkheim, Emile: Über die Teilung der sozialen Arbeit. Eingeleitet von Niklas Luhmann. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (456 S., br., 36,— DM).

Emile Durkheims erste große Schrift »De la division du travail social« (1893), die nun endlich in deutscher Übersetzung vorliegt, markiert einen Wendepunkt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Zwar folgt Durkheim in dieser Untersuchung noch der geschichtsphilosophischen Denkweise Auguste Comtes, die er an manchen Stellen darwinistisch modifiziert (vgl. 306); aber zugleich entwickelt er Programm und methodisches Instrumentarium der »positiven Wissenschaft« von den »faits sociaux«, somit die Idee von einer »Soziologie, die nur Soziologie sein will«. Ablesen läßt sich an diesem frühen Werk jedoch auch der für die positivistische Soziologie beispielhafte Weg Durkheims, der von einem an den Naturwissenschaften orientierten Erkenntnisverfahren (72) zur Setzung sozialer Normen für die Bedürfnisse der III. französischen Republik führt und die Etablierung einer »neuen Moral« zur ersten »Pflicht« der Sozialwissenschaften erhebt (450).

Die Untersuchung über die Arbeitsteilung entstand in der Auseinandersetzung mit Comte und Spencer, sowie aus einer nur oberflächlichen Beschäftigung mit der zeitgenössischen Nationalökonomie — so steht der Ausdruck »Arbeitsteilung« für »soziale Differenzierung« und hat mit dem volkswirtschaftlichen Zusammenhang nur den Namen gemeinsam. Zum Klassiker wurde Durkheims Abhandlung, weil sie erstmals präzise das Problemniveau formuliert, von dessen Analyse aus sich die moderne Soziologie verstand und versteht: Im Zentrum steht die Frage nach der integrativen Kraft hochdifferenzierter und komplexer Gesellschaften. »Wie geht es«, schreibt Durkheim am Ende

der Einleitung, »daß das Individuum, während es immer autonomer wird, immer mehr von der Gesellschaft abhängt?« (78) Die Darstellung selbst überholt dann diese Fragestellung. Sie begreift und erklärt Individualität als gesellschaftliches Produkt, somit als Resultat jener durch Arbeitsteilung entstandenen »organischen Solidarität«, die Durkheim als Strukturmerkmal fortgeschrittener Gesellschaften interpretiert. Er versucht dabei das Problem in einem methodischen Zugriff zu erfassen, der — vor allem mit Blick auf seine späteren, Gesellschaft statisch-funktional erklärenden Schriften — »historisch-typologisch« genannt werden muß: Individualität wird auf zwei einander ablösende, idealtypisch beschriebene Formen des »Kollektivbewußtseins« bezogen, welche die für Durkheim denkbaren gesellschaftlichen Grundmodelle repräsentieren. Archaische Gesellschaften charakterisiere demnach die in sozialer Ähnlichkeit gegründete »mechanische Solidarität«, während die durch Teilung der Arbeit bedingte »organische Solidarität«, die zwischen den durch ihre unterschiedlichen sozialen Funktionen definierten Individuen besteht, entwickelte Gesellschaften auszeichne. Ungeklärt bleibt allerdings die Ablösung der mechanischen Solidarität durch die organische, da Durkheim einerseits die soziale Arbeitsteilung als Ursache für die Entwicklung des organischen Kollektivbewußtseins annimmt, andererseits zur Erklärung sozialer Differenzierung selbst wiederum auf die »conscience collective« zurückgreift. Der Grund dieser Widersprüchlichkeit liegt nicht nur im Durkheimschen Mangel an historischer Reflexion, der dazu führt, daß Handlungen nur verdinglicht ohne einen Begriff von subjektiver Tätigkeit verstanden werden; er muß vielmehr in der ausschließlichen Bestimmung des Gesellschaftsbegriffes über den des kollektiven Bewußtseins, somit in der Gleichsetzung von »kollektivem Bewußtsein« und »Gesamtheit der sozialen Ähnlichkeiten« (122, Anm.) gesucht werden, die eine Unterscheidung von objektiven materiellen Verhältnissen und subjektivem Reflex auf diese nicht zulassen.

Die Rezeptionsgeschichte der Fruchtbarkeit des Werks, dessen weiterer Verbreitung im deutschsprachigen Raum zunächst die ablehnende, gleichwohl falsche Kritik durch Ferdinand Tönnies, dann die langanhaltende und mit keinem anderen Land vergleichbare Abstinenz deutscher Soziologen gegenüber französischen Texten entgegenstand, liegt zum einen darin, daß die spezifischen Schwierigkeiten Durkheimschen Denkens sichtbar werden, ohne daß sie durch den Ausschließlichkeitsanspruch des positivistischen Methodeninstrumentariums der »Regeln« und die metaphysische Anthropologie vom »Dualismus der menschlichen Natur« verstellt werden. Die »Division du travail social« ist überaus reich an noch immer relevanten Fragestellungen, ohne der Verengung des späteren Problemansatzes bei Durkheim zu unterliegen. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Begründer der modernen Soziologie aufgrund eben dieses Werks in den Geruch der Sozialismusfreundlichkeit geriet: die Sache selbst zwang zu Argumentationen, die von Gegnern Durkheims als marxistisch ausgelegt werden konnten. Zum anderen zeigen sich in der Untersuchung die zentralen methodologischen und sachlichen Probleme jeder gesellschaftswissenschaftlichen Theorie, welche die Beziehung Individuum-Gesellschaft weder dialektisch noch (angemessen) historisch zu bearbeiten vermag. Sie lassen sich in Durkheims Schrift unverstellt an ihrem Ursprung studieren.

Michael Winkler (Nürnberg)

Jany, Brigitte, und Lisa Wallmuth: *Arbeit und Gesellschaft*. Ein Grundkurs in Soziologie. Beltz Verlag, Weinheim u. Basel 1978 (239 S., br., 24,— DM).

Gegenüber traditionellen Einführungen — soziologische Grundbegriffe und/oder Ideengeschichte der Disziplin aber auch gegenüber systematischen Einführungen in Gesellschaftstheorien wählt der hier vorgestellte Grundkurs einen eigenen Zugriff. (Er wurde im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten, hochschuldidaktisch orientierten Forschungsprojekts zur Entwicklung von »Arbeitsgrundlagen für

den Anfängerunterricht in Soziologie« (9) an der Universität Göttingen erarbeitet.) Als Arbeitsbuch konzipiert, werden — zentriert um das Thema »Arbeit und Gesellschaft« — längere Textauszüge aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Theorietraditionen und Forschungsbereichen, statistische Materialien u.a.m., versehen mit problemstrukturierenden Vor- und problembearbeitenden Nachbemerkungen, in der Absicht zusammengestellt, Grundbedingungen wissenschaftlichen Denkens, sowie Voraussetzungen für die Beschäftigung mit Gesellschaftstheorie zu vermitteln (10). Mit der leitenden Fragestellung nach der Bedeutung der Arbeit für die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Verhältnisse (21), verweisen die Verfasser auf den Kontext der Marx'schen Theorie als wesentlichen Bezugspunkt. Allerdings setzen sie die Problemstellung zunächst bewußt unterhalb der Ebene theoriegeleiteter Reflexion im Bereich empirischer Anschauung und des Alltagswissens an. Ausgehend von einer gängigen Bedeutung des Wortes 'Arbeit' werden die Phänomene dargestellt, die unter der Kategorie »Erwerbstätigkeit« insbesondere in der amtlichen Statistik, aber auch in sozialstrukturellen und industriesoziologischen Untersuchungen (z.B. Osterland, Kern/Schumann, Steiner) thematisiert werden.

Das Problem der begrifflichen Fassung von Arbeit als bestimmte Art menschlicher Tätigkeit strukturiert das folgende Kapitel. Am Beispiel konkreter Arbeitsvollzugsbeschreibungen (80-92) wird die Entwicklung eines solchen Begriffs — Arbeit als in ihrem Ablauf durch Zwecke bestimmte Tätigkeit (96) — demonstriert, der ob seiner Allgemeinheit einen Vergleich mit ähnlich abstrakten, in der Soziologie als Grundbegriffe fungierenden Handlungsbegriffen nahelegt. Mit dieser Intention werden der handlungstheoretische Ansatz Webers (Textpassagen aus »Wirtschaft und Gesellschaft« und »Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie«), der verhaltenstheoretische Ansatz Homans und eine phänomenologisch orientierte Analyse Bahrds (»Arbeit als Handeln in vollständiger Situation«) vorgestellt. Es fällt die theoretische Uninteressiertheit im Umgang mit diesen Positionen auf. Einzig unter dem Aspekt der Defizienz ihrer Arbeitsbegriffe scheinen sie für die weitere Argumentation bedeutsam. Insgesamt nämlich — so die Verfasser — gilt für alle bisher präsentierten Zugangsweisen, »daß das Resultat von Arbeit kaum in den Blick gerät« (131). Daher der Versuch, ausgehend vom Arbeitsprodukt selbst etwas über den gesellschaftlichen Charakter von Arbeit zu erfahren (Kap. III). Damit ist der Übergang zur Marx'schen Theorie eröffnet. Die Verfasser beginnen mit einem Abschnitt über »Theorie und Methode« als Zusammenfassung der wichtigsten Resultate aus »Vorwort« und »Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie«, um dann im Rahmen einer problematischen Kurzfassung der ersten beiden Abschnitte des »Kapital« Bd. I — problematisch, weil selektiv: unter anderem entfällt jede Beschäftigung mit dem Fetischkapitel — »Elementarkategorien« (144) zur Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise vorzustellen. Gegen ein solches Vorgehen lassen sich Einwände formulieren; als 'begriffliche Einstimmung' in die im Diskussionszusammenhang um eine materialistische Theorie der Persönlichkeit entwickelte Handlungsstrukturanalyse W. Volperts und hieran anschließende Untersuchungen zum Verhältnis von gesellschaftlicher Produktionsweise und individuellem Handeln (Kap. IV) mag dieses Kapitel dennoch von Nutzen sein. Die abschließende Einführung in Probleme der Sozialstrukturanalyse (Kap. V) findet ihren Ausgangspunkt in der Darstellung und Kritik der klassischen Schichtungsforschung (Bolte, Scheuch u.a.), aus der sich der Übergang zu marxistischen Erklärungsversuchen begründet, die anhand der kontroversen Positionen von IMSF und Projekt Klassenanalyse diskutiert werden.

Man findet die konzeptionelle Idee dieses Kurses in dem Versuch einer Anwendung der Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten. Ähnlich wie die Ökonomen des 17. Jahrhunderts (vgl. MEW 13/632), beginnen die Verfasser mit dem lebendigen Ganzen (der empirischen Vorstellung von Arbeit) und enden folgerichtig zu

nächst mit der Feststellung einiger abstrakter Beziehungen (Arbeit als zweckbestimmte Tätigkeit; soziales Handeln als soziologischer Begriff); der Erläuterung der »wissenschaftlich richtigen Methode« (632) dienen dann die Marxsche Theorie und ihre gegenstandsspezifischen Anwendungen. Mit dem Einbezug von Alltagsvorstellungen und deren sukzessiver Destruktion wird ein wesentliches Problem des Studienanfangs positiv aufgegriffen und gelöst. Allerdings produziert die intendierte Systematik ein anderes, ebenso zentrales Problem. Die angeführten soziologischen Theorien des 20. Jahrhunderts geraten nämlich, allein durch den Argumentationszusammenhang, in den sie gestellt werden, in die Gefahr, wie die Ökonomie des 17. Jahrhunderts, zwar als notwendige, aber eben nur als Vorformen wissenschaftlicher Analyse (als systematisierter gesunder Menschenverstand, wenn man so will) begriffen zu werden. Vertritt man eine solche These, sollte man sie argumentativ ausweisen, nicht aber 'unter der Hand' entstehen lassen. Trotz einiger Mängel, die sich nicht zuletzt aus der gewählten Form eines Material strukturierenden Arbeitsbuches ergeben, bietet sich dieser Grundkurs, schon wegen der Breite der angesprochenen grundlagentheoretischen Thematik, als eine Möglichkeit der Einführung in sozialwissenschaftlich relevante Fragestellungen an.

Helmut Berking (Berlin West)

Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Stadtentwicklungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern. Rowohlt, Reinbek 1978 (366 S., br., 16,80 DM).

Großstädte in kapitalistischen und sozialistischen Ländern: welche Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede kennzeichnen ihre Entwicklung, die Planungen und deren Verhältnis zur realen Entwicklung? Ausgehend von diesen Fragen (8) werden die fünf Städte London, Hamburg, Berlin (DDR), Warschau und Moskau vergleichend untersucht. In weitgehend beschreibend gehaltenen Einzeldarstellungen breiten die Autoren auf 260 Seiten umfangreiches Material zu deren Entwicklung seit der Jahrhundertwende aus. Die Gliederung der Beschreibungen ist an der historischen Entwicklung der jeweiligen Stadt ausgerichtet und innerhalb der einzelnen Phasen einheitlich strukturiert: ihre Entwicklungen werden so untereinander vergleichbar, Zusammenhänge treten relativ deutlich hervor. Die zu vergleichenden Merkmale werden von einem »sozialökologisch« orientierten Stadtforschungskonzept her systematisiert und in ihrer Gewichtung begründet: einem Konzept, das »Aussagen über die Beziehungen von menschlichen Kollektiven zu ihrer Umwelt« (17) ableitet aus quasi-naturwüchsigen und eigendynamischen Expansionsprozessen von städtischen Ballungsräumen: gesellschaftsstrukturelle Bedingungen sind im Interpretationsrahmen dieses Konzepts den Stadtentwicklungen äußerlich, sind modifizierende Variablen oder gar »Verzerrungen« für die als naturwüchsig vorgestellten Entwicklungsprozesse. Leider wird im vergleichenden Ergebniskapitel (305-336) nicht die Frage untersucht, ob der sozialökologische Ansatz die wesentlichen Dimensionen des *Zusammenhangs von Gesellschafts- und Stadtentwicklung* erfassen kann. Es dominiert das Bemühen, das theoretische Konzept mit den Beschreibungen des Hauptteils in Einklang zu bringen. Dieses Vorgehen hat immer dann einige augenfällig-gezwungene Interpretationen zur Folge, wenn es um auch aus sozialökologischer Sicht relevante Entwicklungstendenzen geht, die aber nur als 'Abweichungen' dem Erklärungsschema eingefügt werden können. Beispiele dafür finden sich in den Passagen zum klassisch-sozialökologischen Modell einer »konzentrischen Expansion«: der Stadt (Burgess, vgl. v.a. 23ff., 326ff.); so wird z.B. der »relativ hohe Anteil von citynahen Wohngebäuden in Berlin (Ost), Warschau und Moskau« zu einer jener »offenkundige(n) Verzerrungen« (326), die auch in den Augen der Autoren zwar die »Anwendbarkeit« des Burgess-Modells einschränken, die selbst aber kaum systematisch in den Vergleich einbezogen werden, deren Relevanz damit ungeklärt bleibt.

Zwar modifizieren die Autoren das »klassische« Sozialökologie-Konzept, aber die neu

hereingenommenen »Teiltheorien« bleiben dem Ansatz doch im wesentlichen äußerlich: z. B. werden gesamtgesellschaftlich sich begründende *Planungen* und ihre Auswirkungen nur auf jene Entwicklungsprozesse bezogen und im Rahmen jener Modelle interpretiert, die im Kern bereits den »klassischen« Schulen wesentlich waren. Ihren Niederschlag findet diese Tendenz im Ergebnis des Vergleichs, wonach »der Einfluß der politischen und ökonomischen Verfassung der einzelnen Länder auf die Struktur und Entwicklung der Städte geringer (sei), als allgemein angenommen wird« (334): Mit zeitlichen Verzögerungen bilde sich eine ähnliche Struktur der Nutzungsverteilung heraus, aufgrund der starken Ähnlichkeit ihrer Entwicklung käme es zu ähnlichen planerischen Maßnahmen, und diese seien in allen Städten durch meist geringen Erfolg gekennzeichnet. Die hier manifest werdenden 'konvergenztheoretischen' Interpretationen (z. B. 28ff., 309) beziehen ihre Plausibilität aus den vielfältigen Ärgernissen und Fehlentwicklungen, die die Versuche einer sozialistischen Entwicklungsplanung großstädtischer Ballungsräume hervorgebracht haben und hervorbringen; aber diese Konvergenzthese bleibt vom Ansatz der Autoren her *Konstrukt*. Eine genetisch-rekonstruierende Analyse sozialistischer Stadtentwicklungen wird nicht geleistet: Indem sich die Autoren bei der vergleichenden Interpretation ihres umfangreichen Materials wesentlich auf jene »Bedingungen« beziehen, die bereits dem konkurrenzkapitalistisch geprägten Modelldenken der klassischen Chicagoer Schule »bedeutsam« waren, bleibt das Blickfeld der Autoren systematisch eingeengt. Obwohl die vorliegende Studie kaum den Forderungen der Themenstellung nach gesellschaftstheoretischer Fundierung von Stadtanalyse entsprechen kann, muß sie dennoch nachdrücklich empfohlen werden: als Informationsquelle, als erster Einblick in gegen- und gleichläufige Entwicklungstendenzen von Großstädten im Kapitalismus bzw. Sozialismus.

Matthias Lange (Göttingen)

Benjamin, Michael, und Gerhard Schulze: *Entwicklung des Territoriums als komplexe Aufgabe*. Staatsverlag der DDR, Berlin/DDR 1978 (64 S., br., 6,- M.).

Die beiden Autoren (Professoren an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR) versuchen in dieser Arbeit den Nachweis zu führen, daß im Zuge der »zunehmenden Intensivierung der Produktion ... der territoriale Aspekt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung neue Dimensionen« erhält (8) und daher die gleichgewichtige Berücksichtigung bzw. Integration der Territorialplanung durch das staatliche Planungssystem im Interesse der Optimierung und Effektivierung der ökonomischen Entwicklung des Landes unumgänglich ist. Diese Forderung ist an sich nicht neu, ist vielmehr »Hauptanliegen« der Territorialplanung seit den 50er Jahren. Anders jedoch als in den vergangenen Jahren wird den »örtlichen Organen der Staatsmacht der DDR« (also den Bezirks-, Kreis-, etc. Räten) eine wachsende Verantwortung in »Fragen der komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen des Territoriums« (11) ausgewiesen. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sollten die örtlichen Staatsorgane (vor allem auf Bezirksebene) nach Meinung der Autoren die Ausarbeitung von »langfristigen und komplexen Entwicklungskonzeptionen« forcieren, diese öffentlich beraten, das »Zusammenwirken« mit der zentralen Planung und Leitung wie auch mit den Entscheidungsträgern der unteren Ebene (Betriebe, Genossenschaften etc.) verbessern und »größeres Augenmerk auf eine bessere Koordinierung und Abstimmung zwischen den Territorien legen« (46ff.).

Die Berechtigung dieser Forderung ergibt sich für Benjamin/Schulze aus der »wachsenden ökonomischen und sozialen Rolle des Territoriums« (11ff.), die vor allem darin besteht, daß im Prozeß der *intensiv* erweiterten Reproduktion die territorialen Bedingungen der Produktion (Standort- und Ressourcenverteilung, Infrastrukturentwick-

lung, Arbeits- und Lebensbedingungen etc.) an Bedeutung gewinnen. Für die »Förderung der Leistungsentwicklung der Volkswirtschaft und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen« (57) sei es daher unumgänglich, diese Bedingungen besser als bisher zu berücksichtigen bzw. »planvoll« zu koordinieren, zu optimieren und zu verändern: durch Ausnutzung der territorialen »Grundfonds«, Entwicklung von Gemeinschaftsarbeit zwischen den Betrieben, Investitionskoordination usw.

Unausgesprochen bleibt jedoch, warum trotz »ausreichender rechtlicher Mittel und beträchtlicher materieller und finanzieller Fonds« der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte (13), die de jure schon seit 1972 bzw. 1973 durch das Ministerrats-Gesetz bzw. das »Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe« bestehen, die Planungsinstanzen der mittleren Entscheidungsebene (vor allem die Bezirks- und Kreisräte) ihre Kompetenzen de facto nicht oder nicht besser ausgeübt haben. Tatsächlich läßt sich ja das Problem auf der Ebene formaljuristischer Argumentation allein auch nicht lösen. Die »Frage der richtigen Verbindung der Zentralisierung mit den Rechten, der Initiative und der Verantwortung der örtlichen Organe« (11) scheint aber in der DDR (derzeit) so beantwortet zu werden, daß Entscheidungskompetenzen (wieder) stärker als in den vorangegangenen Phasen staatlicher Planung dezentralisiert werden sollen. Wie sich derartige Maßnahmen auf die Qualität regionaler Planung auswirken, wie der Territorialplanung die angestrebte *Integration* ins gesamte Planungssystem gelingt, bleibt Gegenstand weiterer Untersuchung. Michael Langhof (Bielefeld)

Erziehungswissenschaften

Huppertz, Norbert, und Engelbert Schinzler: Grundfragen der Pädagogik. Eine Einführung für sozialpädagogische Berufe. Bardtschlagel Verlag, München
 31977 (382 S., br., 18,80 DM).

Was die Autoren sagen: Da es »Einführungswerke zur Pädagogik für jedermann« genug gibt, beabsichtigen sie eine »Alternative« dazu: eine »Pädagogik für Sozialpädagogen« (11). Sie soll als »Auswahlprinzip« die Bedeutung des Inhalts für den Erzieher in der sozialpädagogischen Praxis zugrundelegen (12) und am »Prinzip Verständlichkeit« orientiert sein (11). Da es »die« Theorie der Erziehung »nicht gibt«, verzichten sie auf eine systematische Grundlegung und beschränken sich auf eine Anordnung von 15 »Grund-Fragen« (12), aus der sich dann eine »Problem-Pädagogik« ergibt« (12). Gleichwohl halten sie es für möglich, daß der Leser ein »Kategoriengefüge« aus ihrer Einführung zieht, »das ihm bei der Reflexion und Bewältigung seiner Praxis hilfreich und nützlich ist.« (13)

Was sie machen: Sie schreiben das »Funkkolleg Erziehungswissenschaft« für Sozialpädagogen um — allerdings unter korrekter Beibehaltung der didaktischen Konzeption, der Gesamtanlage, zentraler Gliederungsaspekte und Überschriften sowie ganzer Kapitelgliederungen, Abschnittsbezeichnungen, Zitate und Belege (gänzlich unübersichtbar im Kapitel VII, 176-206). Die Vorlage wird ergänzt um einige spezifisch sozialpädagogische »Grundfragen« (Kindergarten, Elternarbeit, Sexualerziehung, Sozialpädagogik, Vorschulerziehung, sozialpädagogische Berufsbilder), an einigen Stellen um neueres Material angereichert, neu geordnet und nach dem bewährten Vorbild mit »Denkimpulsen« und Beispielen versehen. Alles in allem: ein »Funkkolleg für Sozialpädagogen« — nicht schlechter als die Vorlage, aber auch nicht besser.

Nun könnte man es dabei bewenden lassen; jedenfalls wenn man nichts dagegen hat, daß Aussagen, die — vielleicht — vor zehn Jahren dem Stand der Theoriebildung entsprachen, auch heute noch, d.h. nach Jahren einer geradezu stürmischen Entwicklung in der erziehungswissenschaftlichen Forschung, mit dem Anspruch von »Grund-

fragen« bzw. Orientierung aktueller Praxis vorgetragen werden — mit der Begründung etwa, es handle sich ja »nur« um eine Einführung. »Indessen, machen wir uns einmal klar, welches die Voraussetzungen einer Einführung in eine bestimmte wissenschaftliche Disziplin sind: Man muß offenbar eine Vorstellung vom Gesamtzusammenhang der betreffenden Disziplin haben; wie könnte man sonst jemanden so in sie einführen, daß er sich in ihr zu orientieren vermag. ... In letzter Konsequenz kommt man zu dem überraschenden Ergebnis: Man müßte das, was man mit Recht als eine wissenschaftliche Spitzen- und Endleistung zu betrachten pflegt, nämlich den geprüften und bewährten Entwurf einer umfassenden Gesamtheorie des betreffenden Wissenschaftsgebietes eigentlich schon geleistet haben, bevor man eine brauchbare Einführung geben kann.« (Klafki, Funkkolleg, 28) Läßt man an dieser Stelle dahingestellt, ob das Funkkolleg selbst dieser Anforderung gerecht wurde, so muß man jedenfalls festhalten, daß dies seiner von den Autoren weiterentwickelten Variante nicht gelingt; selbst dann nicht, wenn man auf Klafkis Forderung nach wissenschaftlicher Spitzenleistung ausdrücklich verzichtet. Betrachten wir dafür statt vieler Möglichkeiten, die zentrale »Grund-Frage« nach dem Wesen der Kategorie Erziehung, mit deren Hilfe üblicherweise in den Gesamtzusammenhang der Disziplin Erziehungswissenschaft eingeführt wird.

»Alles, was zur Menschlichkeit gehört, muß erst gelernt, anezogen werden; Menschlichkeit bekommen wir nicht in die Wiege gelegt; sie zu erlangen, wird zur zentralen Aufgabe der Erziehung.« (39) M.a.W.: »an sich« ist der Mensch nicht menschlich, er muß es erst werden, mit Hilfe der Erziehung. Erziehung = Humanisierung. Da aber dieser Prozeß auch nach Meinung der Autoren nur über gesellschaftliche Inhalte und Strategien laufen kann, d.h. als Prozeß der Sozialisierung, sind »Anpassung und Konformität für das Individuum und die Gesellschaft gleichermaßen notwendig und vorteilhaft« (185). Humanität = Gesellschaftskonformität! »Erziehung zur Anpassung« ist konsequenterweise »ein legitimer und lebensnotwendiger Aspekt des Sozialisierungsprozesses« (185). Auf der anderen Seite stehen die Autoren dieser These von der Humanisierung des Menschen durch Vergesellschaftung in Form fremdregulierter Determination selbst kritisch gegenüber. Ohne Subjektcharakter des Menschen wären schließlich »Fortschritt und Umbruch« nicht zu erklären (185). Da aber jenes rätselhafte Wesen »an sich« kein Subjekt ist, da es in seinem Ursprung biologistisch (als Mängelwesen u.ä., 37-38) und in seiner weiteren Entwicklung mechanistisch-materialistisch als Produkt der Wechselwirkung von Anlage und Umwelt betrachtet wird (44), bleibt ebenso rätselhaft, woher dieser Subjektcharakter kommen soll. Die Antwort der Autoren: »Neben« dem Sozialisierungsprozeß muß es noch einen anderen, von ihm qualitativ verschiedenen, einen Personalisationsprozeß geben, wobei unter »Personalisation« die Fähigkeit verstanden wird, »die Umweltverhältnisse, die Normen und Werte absichtlich, zielstrebig und in von ihm (dem Individuum, d.V.) zu verantwortender Weise umzugestalten.« (185)

Was ist das für ein Wesen, dessen Menschlichkeit zugleich und konstitutiv als Gesellschaftskonformität wie als Kritik aller Bedingungen, »die eine volle Entfaltung seiner Menschlichkeit behindern, einschränken oder unmöglich machen« (74), d.h. sowohl als Identität mit der Gesellschaft als auch als Nicht-Identität verstanden werden soll? Das zugleich und konstitutiv immer als Produkt innerhalb der Gesellschaft ablaufender Prozesse, und gleichwohl als Voraussetzung für die Kritik der seiner Menschlichkeit zuwiderlaufenden Bedingungen begriffen werden muß? Und wie könnte eine Erziehung gedacht werden, die solchermaßen schizophrene diese widersprüchlichen Ziele einer gesellschaftskonformen Sozialisation und gesellschaftskritischen Personalisation gleichzeitig anzusteuern hätte? — zumal der Entwicklungsprozeß des Menschen ja ausdrücklich als Wechselwirkung von Anlage und Umwelt bezeichnet wurde, die den Menschen im-

mer nur als Produkt, d.h. als Objekt entlassen kann? Schließlich: Wie soll jene Erziehung zu absichtlicher, zielstrebigem und verantwortlicher Fähigkeit zu Kritik und Umgestaltung der Gesellschaft real möglich sein angesichts der von den Verfassern konstatierten Tatsache, daß diese Erziehung immer Bestandteil der Gesellschaft selbst ist? Wenn also die »Chancen zu personaler Selbstbestimmung« »durch die Strukturmerkmale der Gesellschaft« selbst begrenzt sind, was sich »vielfach« (!) in der repressiven Wirkung des Zwangscharakters von Produktion und Konsum und »oft« auch der Massenmedien und anderer Institutionen zeigt (186), wo liegt dann nach allem die Instanz, die oberhalb der gesellschaftlichen Zwangsmechanismen die Chance der personalen Selbstbestimmung gewährleistet? Und wie wird ihre an den praktischen Problemen der Sozialpädagogen und Sozialarbeiter orientierte und deren Praxis anleitende Wirkweise gesehen? Wie wenig die Autoren den widersprüchlichen Charakter ihrer »Grund-Frage« begriffen haben, dokumentiert ihre Antwort: »in der Pädagogik«, in der »zurecht neben der gesellschaftlichen Anpassungserziehung die Realisierung emanzipatorischer Ziele gefordert« (!) werden soll (186).
Georg Rückriem (Berlin / West)

Gottschalch, Wilfried: Vatermutterkind. Deutsches Familienleben zwischen Kulturromantik und sozialer Revolution. Wagenbach Verlag, Berlin (West) 1979 (153 S., br., 8,50 DM).

Die Erläuterungen und Erklärungen für das Entstehen des spezifischen autoritätsgebundenen »deutschen Sozialcharakters« beziehen sich auf deutsches Familienleben zwischen »1848 und dem Ende der Kaiserzeit«. Nach einer Einleitung zu »Strukturveränderungen der Gesellschaft und Familiendynamik« (7-18) dokumentiert G. Familienleben anhand von Texten in den Abschnitten: Arbeitsbedingungen (19-32) — Wohnung, Ernährung, Kleider (33-68) — Ehe, Sexualität und Kindeswohl (69-100) — Die rechtliche Sicherung von Ehe und Familie (101-111) — Gesellschaftliche Wertorientierungen (111-130) — »Wunschziele und Zukunftsperspektiven« (131-142) — Die leise Stimme der Psychoanalyse (143-150). Dabei ist der letzte Teil — die Wiedergabe einiger Positionen zum Nutzen der Psychoanalyse für die Kindererziehung — relativ unverbunden an die aus historischen Quellen bestehenden Teile angehängt. Gut ist die Illustration des Bandes durch Fotos, Karikaturen etc., die die recht ausführlich dokumentierten Texte (u.a. von R.G. Binding, Th. Fontane, A. Popp, W.H. Riehl) eindrucksvoll erläutern. Dies wiegt die Mängel des Bandes nicht auf, dazu im Folgenden drei Anmerkungen:

1. Die »sozial-historische Bedingtheit« (9) der Familienentwicklung als Voraussetzung für Erkenntnis und Verstehen wird zugunsten der subjektiven Erfahrung und Interpretation vernachlässigt. Der betrachtete Zeitraum erscheint dadurch unstrukturiert und dies verhindert geradezu das Begreifen von Veränderungen. Die Behandlung verschiedener Textarten (Autobiographien, Romanteile, amtliche Berichte etc.) auf einer Ebene und ihr weitgehend unkommentierter Abdruck, macht es für den Leser schwierig, den Stellenwert jeweils einzuschätzen.

2. Durch die mangelhafte historische Einordnung kommt der Charakter eines bunt durcheinander gewürfelten Lesebuchs ohne Struktur auf; demgemäß wird auch die Auseinandersetzung um den Familienbegriff zum Verwirrspiel: Verschiedene und z.T. kontroverse Positionen (u.a. R. König und H. Rosenbaum) werden in Bruchstücken referiert, aber weder auf die zugrundeliegenden Konzepte, noch auf die historisch-politische Verortung dieser Ansätze bezogen. Übrig bleibt bei diesem Verfahren eine sehr selektive Interpretation von Familie als psychischer Agentur der Gesellschaft. Dieser lediglich ein-funktionale Begriff schränkt die Erfassung verschiedener Familienformen und deren Entwicklungspotentiale erheblich ein.

3. Besonders deutlich wird dies bei der Darstellung der Arbeiterfamilie und den

Konzepten des wissenschaftlichen Sozialismus. *Arbeiterfamilie* erscheint lediglich tief im Elend versunken ohne Berücksichtigung der emanzipativen Potenzen, die gerade durch das Elend entstanden bzw. erzwungen sind. Auf der *Ebene der Theorien* von Marx und Engels wird zum einen zu zeigen versucht, daß bei Engels mit dem Übergang zum Sozialismus die mit dem Privateigentum entstandene Monogamie nicht verschwinde und zum anderen angeführt, daß man »Nähere Angaben über Ehe und Familie im Sozialismus« (141) bei den beiden Autoren vergebens suche. Dazu zwei Bemerkungen: Monogamie in der bürgerlichen Gesellschaft ist für Engels ein Herrschaftsmittel des Mannes gegenüber der Frau. Im Sozialismus ist (für Engels) das Kriterium für die Beziehungen zwischen Mann und Frau die »wirkliche Liebe«. Die oben skizzierte Darstellung ist unlauter und nur bei selektiver Interpretation der Engelsschen Aussagen (MEW 21:25-173) möglich. — Von Marx und Engels »Nähere Angaben« zu Ehe und Familie im Sozialismus zu verlangen (über die hinaus, die der Autor verschweigt, wie zum Beispiel die Vergesellschaftung der Hausarbeit) heißt, die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft in Richtung Spekulation umzudrehen. Zusammenfassend erscheint die Arbeit von Gottschalch als gescheiterter Versuch, sich gleichzeitig in der historischen Familienforschung und im Ansatz der Alltagsforschung dem bestehenden Trend anzuschließen.

Manfred Herzer (Mainz)

Elschenbroich, Donata: *Kinder werden nicht geboren. Studien zur Entstehung der Kindheit.* Päd.-Extra-Verlag, Frankfurt/M 1977 (220 S., br., 19,80 DM).

Im Anschluß an die späte Übersetzung der Arbeit von Ph. Ariès begann auch deutschsprachig eine breitere Diskussion um die Geschichte der Kindheit, ihre kulturelle Ausstattung und pädagogische Betreuung. Ein »sozialer Status Kindheit« (45) und damit ein »Status 'Erwachsener'« (110) hätten sich — so die zentralen Thesen — geschichtlich erst herausgebildet. Das historische Novum 'Kindheit' sei zuerst im Bürgertum gelebt worden, während eine »Konstituierung proletarischer Kindheits- und Jugendphase« (49) erst später und mit anderer Funktion notwendig geworden sei. An diese Thesen aus der Diskussion um die »Geschichte der Kindheit« schließt D. Elschenbroich an. Ihr besonderes Interesse gilt dabei den »Entstehungsbedingungen von systematischer Spielpädagogik« (49), mit welcher die Pädagogen des Bürgertums das vom ersten Alltag zunehmend getrennte 'Reich der Kindheit' in Familie und Erziehungsanstalt beleben wollten. Anhand eines breiten, verschiedene Interpretationstechniken provozierenden Materials (Quellen aus der Rechtsgeschichte, Dichtung, Malerei etc.) verfolgt D. Elschenbroich die »Entwicklungslinien in der Herausbildung des bürgerlichen Sozialcharakters und seine Auswirkungen auf das Erwachsenen-Kind-Verhältnis und das Kinderspiel« (154). Insbesondere die ausführlich dargestellte »Antimasturbationspädagogik der bürgerlichen Aufklärung« (133) mache deutlich, »welche barbarische Gewalt das Bürgertum im Verlauf der Herausbildung des bürgerlichen Sozialcharakters gegen sich selbst, gegen seinen eigenen Nachwuchs, richten muß« (147). Ein erschreckender Widerspruch werde sichtbar »zwischen der sogenannten 'Antimasturbationspädagogik', »die mit Besessenheit Spielverbot propagiert — und der scheinbar optimistischen Spielideologie der Philanthropisten« (28). Der Interpretation dieses Widerspruchs liegt die Annahme zugrunde, »kindliche Sexuale Erfahrung« sei »die Norm kindlicher Spieltätigkeit« und dies sei »wissenschaftlich erwiesen« (147). Die beiden Seiten dieses Widerspruchs herauszuarbeiten, scheint das wichtigste Anliegen der Autorin; dabei konzidiert sie, eine konsequente historisch-materialistische Ableitung nicht vorlegen zu können. Sie erklärt vielmehr die Herausbildung einer speziellen Spielpädagogik bzw. die Domestizierung der kindlichen Triebäußerungen unter den Denkfiguren einer psychoanalytisch inspirierten Kulturtheorie: die ökonomisch erzwungenen Qualifikationsanforderungen an Bürger-Kinder legten intensivere, pädagogisch über-

wachte Triebregulierung (Sublimierung als der grundlegende Mechanismus [151]) nahe. Eine Spieltätigkeit solle bei den Kindern erreicht werden, die auf den bürgerlichen Alltag vorbereitet und sich in ihm sehen lassen kann.

Der vom Bürgertum 'erfundenen' und in seiner Tradition weiterentwickelten Spielpraxis ist, folgt man D. Elsenbroichs Einschätzung, von Anfang an zu mißtrauen. Diese Spielpraxis errichte Berührungspunkte zwischen Kindheit und Erwachsenen, sie führe längerfristig zur Infantilisierung der Kinder und trainiere in »außerinstitutionellen Spielschüngeln« (41) ausgesprochen sinn- und nutzlose Tätigkeiten. Die aktuelle Krise dieser spielpädagogischen Praxis bildet, durch vorangestellte Fotos eindrucksvoll illustriert, den eigentlichen Ausgangspunkt der Arbeit. »Ohne die Erfahrung der Zwänge, die vom 'Status Kindheit' sowohl innerhalb der gesellschaftlichen wie der privaten Kindererziehung ausgehen, hätte sich das Interesse an der Geschichtlichkeit, an der Relativität, an der Aufhebbarkeit dieses 'Status Kindheit' nicht in dieser Weise praktisch entwickeln können« (32). Zwar wird dem Leser mit einem weiten, von solchen alltäglichen Erfahrungen ausgehenden bis zu historischen Bildbetrachtungen sprunghaft fortschreitenden Gedankengang einiges zugemutet, doch könnten es gerade diese Alltagserfahrungen aus der Kinder-Erziehung sein, die das Interesse an der vorliegenden Untersuchung wachhalten und eine bloß akademische Debatte über die Geschichte der Spielpädagogik verhindern.

Klaus-Dieter Lenzen (Bielefeld)

Bettelheim, Bruno: Kinder brauchen Märchen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1977 (320 S., Ln., 32,— DM).

In der Rahmenerzählung zum Märchen-Zyklus »Tausendundeine Nacht« schützt sich das Mädchen Scheherezade vor dem Frauen-hassenden König und heilt ihn zugleich, indem sie ihm tausend Nächte lang Märchen erzählt. Bruno Bettelheim findet in dieser Geschichte den »Beweis für die persönlichkeitsverändernde Macht des Märchens« (87); er behauptet, das Märchen könne als Therapeutikum kathartisch wirken; Märchen seien insbesondere Kindern hilfreicher als realistische Geschichten insofern sie Grundprobleme der Heranwachsenden — wie sie die psychoanalytische Entwicklungspsychologie beschreibt — zur Anschauung brächten. »Das Märchen ist gleichsam die Bibel, aus der das Kind die eigenen Gedanken im Bild lesen lernt« (153). So soll es ohne historische oder soziologische Differenzierungen für »das Kind« und »die Kindheit« — »Zeit des Glaubens an das Zauberhafte« (52) — schlechthin gelten: Märchen helfen als heilende Lehren »sogar durch das dornenreichste Dickicht, die ödipale Phase« (72). — In einer sehr weitläufigen, durch Wiederholungen gedehnten Darstellung sucht Bettelheim diese These von der heilenden Kraft der Märchen durch subtile Einzelinterpretationen sowie durch unmittelbare Rückgriffe auf allgemeine Hypothesen der psychoanalytischen Theorie plausibel zu machen. Im ersten Teil seiner Arbeit (»Die Kraft der Verzauberung«) erprobt Bettelheim in interpretatorischen Skizzen die Verwendung grundlegender psychoanalytischer Kategorien, um die Eigentümlichkeiten der Gattung Märchen zu bestimmen. Der zweite Teil (»Im Märchenland«) konzentriert sich ganz auf das Entschlüsseln der symbolischen Konstruktionen einiger bekannter Märchen. — Insbesondere dieser zweite Teil der Arbeit könnte beim Leser eine sehr ambivalente Haltung zur psychoanalytischen Märchen-Deutung erzeugen. Wie zur Bestätigung von Bettelheims Thesen wird man bei der Lektüre Märchen-Ängste und -Freuden wiedererinnern; gleichzeitig erscheinen die eigentümlichen Reduktionen der Märchen-Deutungen auf Einsichten, die ohnehin bereits als psychoanalytische Lehrsätze festgeschrieben sind, oft ungläubhaft. — Die psychoanalytische Märchen-Interpretation (Bewußtmachen eines angeblich aufs Unbewußte oder Vorbewußte abzielenden Inhalts) bringt, auch wenn eine Affinität von psychoanalytischer Erkenntnis und Märchen-Einsicht vorab postuliert wird (74), am Ende etwas gänzlich Un-Märchenhaftes zutage: der

Ball, der im »Froschkönig« der Prinzessin in den Brunnen fällt, »steht für eine noch unentwickelte narzißtische Psyche« (274); das Lebkuchenhaus in »Hänsel und Gretel« bedeutet »die gute Mutter, die ihren Körper für die Ernährung ihres Kindes hergibt« (153); der Pantoffel im »Aschenputtel« wird Symbol der Vagina (252), etc. Daß sich solche z.T. willkürlich anmutenden Symbol-Enttarnungen dennoch zu konsistenten Interpretationen fügen, scheint an der Wendigkeit der in Traum und Literatur-Analyse bereits reichlich erprobten Interpretationsmethode zu liegen. In dem Verwirrspiel der Deutung »symbolisieren«, »repräsentieren«, »verkörpern« (97) manifeste Bezeichnungen wie selbstverständlich stets einen tieferen, psychoanalytisch faßbaren Sinn. Um dieses eigentliche, latent Gemeinte herauszufinden, werden in den spannenden Vorgang des Symbol-Entschlüsselns häufig Vermutungen, spontane Querverweise auf andere Wissenschaften, unbelegte Spekulationen eingebaut, um die eigentliche »Botschaft« (278) des Märchens finden zu können, dürfen Analogien gestiftet werden (»Die Zahl drei im Märchen bezieht sich oft auf das, was die Psychoanalyse als die drei Aspekte der Persönlichkeit ansieht« [99]), können Widersprüchlichkeiten beliebig zu Ambivalenzen geglättet werden (böse Hexe und gute Fee stehen für zwei Seiten einer Mutter-Figur).

Eine systematische Kritik sollte an dieser Logik der Interpretation ansetzen. Insbesondere für die aktuelle Diskussion um eine neue Kinderliteratur, die sich von Bettelheims Thesen betroffen fühlen muß, wäre eine solche Kritik hilfreich. Schließlich bräuchte man sich über eine alternative Kinderkultur die Köpfe nicht länger zu zerbrechen, wenn Märchen bereits die der kindlichen Psyche angemessensten, »realistischsten« Texte böten.

Klaus-Dieter Lenzen (Bielefeld)

Makarenko, Anton: Gesammelte Werke. Marburger Ausgabe. Herausgegeben von L. Froese, G. Hillig, S. Weitz, I. Wiehl. Makarenko-Referat der Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg. Erste Abteilung: Veröffentlichungen zu Lebzeiten. Verlag Otto Maier, Ravensburg. Band 1: Veröffentlichungen 1923-1931 (1976, 146 S., br. 9,80 DM). Band 2: Der Marsch des Jahres dreißig (1976, 143 S., br., 9,80 DM). Band 7: Kleinere Veröffentlichungen 1932-1936 (1976, 212 S., br., 10,80 DM). Band 9: Kleinere Veröffentlichungen 1937 (1978, 210 S., br., 10,80 DM).

Die I., auf 13 Bände berechnete Abteilung dieser Neuausgabe der Werke A.S. Makarenkos umfaßt sämtliche Veröffentlichungen zu Lebzeiten, die später erscheinende II. Abteilung soll den pädagogischen und literarischen Nachlaß, Vortragsstenogramme, Tagebuchaufzeichnungen, Briefe u.a. in voraussichtlich 7 weiteren Bänden enthalten. Parallel zu der hier angezeigten Studienausgabe erscheint eine zweisprachige Werkausgabe. Die auf langjährigen Vorarbeiten beruhende Ausgabe des 1968 eingerichteten Makarenko-Referats hat gegenüber der siebenbändigen, von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR in den 50er Jahren veröffentlichten Sammlung (Sočinenija, 2., erweiterte Auflage Moskau 1957-1958), auf der auch die in der DDR erschienene Übersetzung (Werke, Berlin 1956-1962) und zahlreiche Einzelausgaben basieren, verschiedenen Vorzüge: 1. Es sind mehrere wichtige, bislang nicht bekannte Arbeiten aufgenommen, beispielsweise eine frühe Veröffentlichung von 1923 über die von Makarenko 1920-1928 geleitete Gor'kij-Arbeitskolonie bei Poltava, ein 1930 erschienener Bericht über eines der während des ersten Fünfjahrplans errichteten großen Getreidegüter im Nordkaukasus, eine Studie über die »Kinderverwahrlosung und ihre Bekämpfung« von 1931, kleinere Beiträge über die Dzeržinskij-Jugendarbeitskommune in Char'kov, in der Makarenko 1927-1935 arbeitete, ein Beitrag zur Diskussion der Verfassung von 1936, Hinweise für die Verbesserung des Kinderspielzeugs u.a. 2. Die neue Übersetzung hält sich eng an den ursprünglichen Quellentext, der in früheren Sammelausgaben teilweise redaktionellen Überarbeitung ausgesetzt war (die Namen

Stalins und Molotovs wurden oft getilgt, Hinweise auf die schwierigen materiellen Verhältnisse z.T. umformuliert, die Bezeichnung schlampiger Arbeit als »russische Arbeit« ausgelassen; solche Änderungen sind in den Fußnoten der besprochenen Ausgabe notiert). 3. Der umfangreiche Anmerkungsapparat untersucht die historischen Hintergründe der Entstehung, Veröffentlichung und Wirkung der einzelnen Texte, die Konflikte Makarenkos mit den staatlichen Bildungsinstitutionen und die Herausbildung seiner Konzeption der Erziehung im Kollektiv, die seit den 30er Jahren erheblich an Einfluß gewann. 4. Die im 1. Band mit großer Sorgfalt zusammengetragenen Daten zu Leben und Werk Makarenkos sind wichtige Bausteine für eine noch zu erarbeitende wissenschaftliche Biographie dieses »modernen Klassikers der Pädagogik« (L. Froese).

Makarenkos Schriften sind auch für die sozialhistorische Forschung von Bedeutung, da sie zentrale Probleme der nachrevolutionären Übergangsperiode mit thematisieren. So beschreiben sie die große Armut des Landes und die begrenzte materielle Grundlage der Bildungspolitik (»Bei unserer Umwälzung des gesamten Bildungswesens mußten wir vom ersten Tag der Revolution an dem armseligen Zustand unserer Papierindustrie Rechnung tragen, die wir vom alten Rußland übernommen hatten«, Bd. 9, 155), die Schwierigkeiten der Einbeziehung der pädagogischen und literarischen Intelligenz in den gesellschaftlichen Neuaufbau, die nicht unkomplizierten Beziehungen der Kinder- und Jugendkommunen zu den Kräften des gesellschaftlichen Umfeldes, Fragen der beruflichen Qualifizierung, gesellschaftlichen Bewußterdung und politischen Organisation der nach der Revolution aufwachsenden Generation, die lernen mußte, historisch neue Probleme anzugehen. Was Makarenko über die Werke Gor'kij's schrieb, die eine entscheidende Wirkung auf ihn ausgeübt haben, kann auch für seine eigenen gelten: sie vermitteln »ein großes Wissen vom Menschen in dem gewaltigen Umfang seiner Möglichkeiten« (Bd. 7, 150). Vgl. auch die ausführlichere Besprechung von Marianne Krüger-Potratz in der Zeitschrift für Pädagogik, 1978, 141ff.

Gert Meyer (Marburg)

Medizin

Berger, E., u.a.: Systemanalyse des Gesundheitswesens in Österreich — Eine Studie über Entstehung und Bewältigung von Krankheit im entwickelten Kapitalismus, durchgeführt im Auftrag des Bundeskanzleramtes am Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (Projektleitung F. Natschold, W. Schönböck). 2 Bände. Fachverlag für Wirtschaft und Technik, Wien 2/1978 (1022 S., Ln., je Band 340 Ös.).

Die Autoren stellen sich die Aufgabe, die Funktionsprinzipien und Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu analysieren und an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu messen. Um Reformstrategien, und zwar sowohl hinsichtlich einer »radikalen Gegenperspektive« als auch in Bezug auf »kurzfristig realisierbare Vorschläge« zu entwickeln, müssen die Zusammenhänge zwischen dem Gesundheitssystem und den wichtigsten gesellschaftlichen Teilbereichen in die Analyse einbezogen werden. Dabei sollen die »gesellschaftlichen Probleme von Gesundheit und Krankheit nicht mehr allein der Wissenschaft und den Ärzten überlassen werden«, sondern ausdrücklich »in den Bereich öffentlicher Diskussion und politischer Auseinandersetzung« einbezogen werden (I/XXIIIff.).

Ein umfassender Anspruch also, der Gesundheitspolitik bei den Ursachen ansetzen lassen will und als »Ausweitung der demokratischen Lebensgestaltung« versteht (I/XXV). Bedenkt man, daß die Studie mit dieser Zielsetzung vom österreichischen Bundeskanzleramt in Auftrag gegeben wurde, so trifft die von den Autoren verschie-

dentlich betonte besondere Rückständigkeit Österreichs zumindest für den Bereich staatlicher Forschungsförderung nicht durchweg zu: In der Bundesrepublik Deutschland wurde eine vergleichbar umfassende und die gesellschaftliche Krankheitsverursachung einbeziehende Untersuchung noch nicht vorgelegt und schon gar nicht staatlich gefördert. Die Autoren haben diese Chance genutzt und eine interdisziplinäre Studie produziert, deren Methoden und Ergebnisse weit über die österreichischen Grenzen hinaus für die Analyse der »Entstehung und Bewältigung von Krankheit im entwickelten Kapitalismus« (Untertitel) von Bedeutung sind und verwendet werden können. Dies liegt neben der durchweg politisch-ökonomischen Herangehensweise daran, daß zu allen behandelten Problemaspekten ausführlich internationale Literatur berücksichtigt wurde. Dadurch gewinnt der Leser relativ leicht einen Überblick über den jeweils erreichten Forschungsstand. Das ist umso wertvoller, als auch die vorhandenen Daten- und Forschungsdefizite explizit benannt werden. Da außerdem die jeweiligen Defizite der Politikformulierung und -durchsetzung sowie deren Gründe benannt werden, ergibt die Studie gleichsam nebenher einen ausgezeichneten Forschungs- und Reformkatalog.

Die äußere Gliederung der Studie besticht ebenfalls: Sie geht (Teil I: Krankheit im entwickelten Kapitalismus ...) von der Analyse des herrschenden Paradigmas von Gesundheit/Krankheit aus und kommt zu dem Ergebnis, daß dieses »als Basis einer gesundheits- und sozialpolitischen Gesellschaftsgestaltung untauglich ist« und »den gesundheitlichen Bedürfnissen der Bevölkerung zuwiderläuft« (I/16), da es weder die Verursachungszusammenhänge noch die Krankheit selbst begreift und deshalb auch kein Heilungskonzept anbieten kann. Dieser Zustand kann nur durch »die integrale Erklärung von Krankheit in der gegenwärtigen Gesellschaft« sowie »die Überwindung des negativen, biologisch verengten Krankheitsbegriffs und die Entwicklung eines positiven, letztlich politisch-gesellschaftlich bestimmten Gesundheitsbegriffs« (I/39) unter Einbeziehung des Konzepts der morbiden Episoden und Berücksichtigung, aber nicht Verabsolutierung, der individuellen und kollektiven Subjektivität von Krankheit überwunden werden. Dem stehen aber nicht primär begriffliche Schwierigkeiten, sondern gewachsene und mächtige Strukturen entgegen, die im zweiten Teil (II. Politisch-ökonomische Systemanalyse) in ihren Entwicklungstrends und wechselseitigen direkten und indirekten Beeinflussungen skizziert werden: Gesundheit/Krankheit und Struktur des Gesundheitssystems mit seinen mannigfaltigen klassen-/schichtspezifischen sowie regionalen Filtern, Ausgrenzungen und Fragmentierungen erweisen sich so als wesentlich bestimmt von vier gesellschaftlichen Teilsektoren: »kapitalistischer Produktionsprozeß«, »Klassen-Schicht-System«, »politisch-administratives System« und »Gesundheitssystem«. In diesem systemanalytischen Ansatz sind freilich noch etliche Lücken zu schließen. So wird z.B. von der weltweiten Struktur und Dynamik des kapitalistischen Produktionsprozesses kaum vermittelt auf konkrete Verschiebungen gesundheitsbeeinträchtigender Arbeitsbelastung geschlossen, ohne die notwendigen analytischen Zwischenschritte zu benennen oder zu leisten (I/49f.), oder es wird die Frage nach dem konkreten Zusammenhang zwischen der Machtkonstellation der am Gesundheitswesen interessierten (Kapital-)Fraktionen und bestimmten Erkenntnis- und Versorgungsdefiziten als abschließend beantwortet dargestellt (I/53f.). Kritisch muß auch die Sichtweise beurteilt werden, derzufolge das Gesundheitssystem »Produkt der Auseinandersetzungen von fünf gesundheitspolitisch relevanten Interessens- und Machtgruppierungen anzusehen (ist): Den allgemeinen Kapitalinteressen, dem medizinisch-ökonomischen Komplex ..., den »professionellen Monopolisten« (Ärztenschaft), dem sozialbürokratischen Komplex (reformistische Arbeiterbewegung und ihre sozialstaatlichen Institutionen) sowie denjenigen Gruppen der Arbeiterbewegung und »radikalen Professionalisten«, die sich auf den »Standpunkt der Gesundheitsbedürfnisse der Lohnarbeiterschaft

stellen« (I/67f.). Die darin zum Ausdruck kommende Betrachtung der kritischen Intelligenz als eigenständiger politisch wirksamer Instanz und ihre Trennung von dem, was die Autoren als reformistische Arbeiterbewegung bezeichnen und umstandslos dem »sozialbürokratischen Komplex« zurechnen, erinnert stark an SelbstEinschätzungen aus den Zeiten der Studentenrebellion, die sich in Wissenschafts- und Politik-Praxis inzwischen als weitgehend unfruchtbar erwiesen haben. Diese Position durchzieht das gesamte Werk, wobei die grundsätzliche und harte Kritik an Organisation und Politik der österreichischen Gewerkschaftsbewegung (»fortschreitende Bürokratisierung«, »Machteliten«, »Selbstfesselung« [I/402ff.]) sowie die Vorstellung, daß »Anstöße in erster Linie nur von der betroffenen Bevölkerung selbst und engagierten Minderheiten der im Gesundheitswesen Beschäftigten ausgehen« können (I/448), mit der ebenfalls festgestellten »entscheidenden Rolle der Arbeitnehmer-Interessenvertretungen bei der Durchsetzung sozialpolitischer Maßnahmen« (I/460, auch II/8ff.) erheblich kontrastiert. Diese Schwäche beeinträchtigt indes nicht wesentlich die Klarheit der Strukturanalyse des Gesamtsystems, die noch durch ein quantitatives Simulationsmodell (I/74ff.) mit dem Versuch der Prognose einiger wichtigen Indikatoren unter verschiedenen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen bis 1995 ergänzt wird.

Vor dem Hintergrund der Systemanalyse werden sodann wesentliche Bereiche der Gesundheitsbeeinträchtigung untersucht. Umfassend (im Sinne von Vollständigkeit der Berücksichtigung krankmachender Faktoren und Verarbeitung der relevanten Literatur) gerät dabei die Analyse der Arbeitswelt (I/131ff.), während die Kapitel zur klassenspezifischen Sozialisation und zum Gesundheits/Krankheitsverhalten, die zu Recht als »Materialien« bezeichnet werden, mehr auf die offenen Fragen hinweisen. Methodisch und inhaltlich exemplarischen Charakter haben dagegen die Kapitel zu Lebensmitteln, Kraftfahrzeugverkehr und Radioaktivität als krankmachenden Lebensbedingungen.

Die historischen Bedingungen und gegenwärtige Funktionsweise des österreichischen Gesundheitssystems, seine Ökonomie, Verteilungseffekte, Institutionsgliederung und rechtliche Gestaltung bilden einen weiteren Schwerpunkt der Analyse, aus dem die politischen Bedingungen für Erfolge und Mißerfolge der bisherigen Gesundheitspolitik deutlich werden. Damit ist der analytische Rahmen abgesteckt, in dem sich das heutige medizinische Versorgungssystem bewegt, von dem die niedergelassenen Ärzte, die psychiatrische Versorgung, das Krankenhaus sowie das Arzneimittelwesen eingehend dargestellt werden. Vor diesem Szenario wird schließlich eine Reformperspektive entwickelt, die den Anspruch erhebt, aus den »Ergebnissen der Analyse der Verursachungsdynamik gesellschaftlicher Mißstände innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens abgeleitet zu sein« sowie die entgegenstehenden wirtschaftlichen und politischen Interessen zu benennen (II/268). Eine solche Reformperspektive muß a. primär-präventiven Charakter haben, b. den Ärzten und herkömmlichen Einrichtungen wieder die ihnen zukommende bloß unterstützende Funktion zuweisen und c. das herrschende »medizinische Modell« von Krankheit auf ein »gesundheitspolitisches Modell« von Gesundheit ausweiten. Das nach diesen Kriterien entwickelte Reform-Modell entspricht weitgehend diesem Anspruch bzw. benennt Instrumente, um ihn einzulösen. So wird z.B. für die wirksame Verbesserung der Gesundheits-Sicherung im Produktionsbereich eine »öffentlich-rechtliche Forschungs-, Aktions- und Kontrollstelle zur Humanisierung der Arbeitswelt« (II/307) mit weitgehenden Rechten unter Kontrolle der gesamt-österreichischen Betriebsrätekonferenz vorgeschlagen, die eng mit einem zu schaffenden Gesundheitsinformationssystem unter der gleichen Kontrolle zusammen arbeiten soll. Modelle für ambulante, gemeinde-psychiatrische und Krankenhausversorgung werden vorgestellt, deren Konkretheit für die bundesdeutsche Reform-Diskussion nur nützlich und anregend sein kann.

Rolf Rosenbrock (Berlin / West)

Petri, Horst: Soziale Schicht und psychische Erkrankung im Kindes- und Jugendalter. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1979 (201 S., br., 28,— DM).

Gibt es auch einige, fast ausschließlich angloamerikanische Studien zum Zusammenhang von sozialer Schicht und psychischer Erkrankung, so existieren doch nur sehr wenige, zumeist rein deskriptive Studien zur sozialen Verteilung psychischer Störungen im Kindes- und Jugendalter. Anhand der Patientenunterlagen der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Poliklinik der FU Berlin wird retrospektiv für 1040 Patienten auf der Basis eines psychoanalytischen Konzeptes eine sozial-ätiologische Analyse unternommen. Neben dem deskriptiv-epidemiologischen Teil wird die Frage untersucht, ob sich in Schwere und Art der psychischen Störung eine Abhängigkeit von der sozialen Schicht der Eltern der untersuchten Kinder und Jugendlichen nachweisen läßt. Dabei werden die in den Patientenunterlagen verwendeten Diagnosen, Symptombeschreibungen, Sozialdaten etc. verwendet. Anhand dieser Daten wird von sieben psychoanalytisch orientierten Psychiatern eine Skalierung der wichtigsten Symptome zu Strukturen psychischer Störung vorgenommen (schizoid, depressiv, zwangsneurotisch, hysterisch, Verwahrlosungssymptomatik).

Ergebnis ist, daß die Kinder und Jugendlichen der Unterschicht in einem früheren Alter als die der Mittel- und Oberschicht in der Poliklinik vorgestellt werden. Da sie gleichzeitig im Durchschnitt eine höhere Symptommhäufigkeit und schwerere Symptome aufweisen, wird — sehr plausibel — geschlußfolgert, daß dies Ausdruck schwererer und früher auftretender psychischer Erkrankung in der Unterschicht im Vergleich zu Mittel- und Oberschicht ist.

Bei der Analyse der Art der Störung sind statistisch signifikant mehr Patienten mit Verwahrlosungssymptomatik in der Unterschicht nachzuweisen. In der Tendenz sind in der Mittel- und Oberschicht mehr Patienten mit zwangsneurotischer und depressiver Symptomatik. In einem zweiten Schritt der Analyse wird die Gesamtgruppe aufgeteilt nach 'sozial und familiär günstigen' und 'ungünstigen' Bedingungen. Dabei wird als 'ungünstig' verstanden: vorehelich gezeugt, nichteheliche Geburt, unvollständige Familie, ganztägige Berufstätigkeit der Mutter, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse und schlechte Wohnverhältnisse. Wie zu vermuten, sind die 'sozial ungünstigen' Bedingungen signifikant häufiger in der sozialen Unterschicht zu finden. Betrachtet man aber wieder Häufigkeit, Schwere und Art der psychischen Störung *innerhalb* der Gruppe mit 'sozial ungünstigen' Bedingungen, so werden die zuvor nachgewiesenen sozialen Unterschiede deutlich geringer. Mit den genannten Bedingungen ist also offensichtlich die Variable beschrieben oder dieser näher gekommen, die die Korrelation zwischen sozialer Schicht und psychischer Erkrankung inhaltlich vermittelt, d.h. diese Korrelation verständlich macht.

Die Arbeit von Petri beschränkt sich vernünftigerweise auf die Darstellung der Befunde und deren Einordnung in vorhandenes Wissen. Es wird nicht der Weg eingeschlagen, aus den gefundenen Daten für das Material ungerechtfertigte Theoriegebäude zu entwerfen.

Kritik an der Untersuchung kann sich allein gegen den retrospektiven Ansatz der Studie und die damit verbundenen Interpretationsschwierigkeiten richten. Dies aber ist ein nicht besser zu lösendes methodisches Problem bei der Aufarbeitung vorhandener Krankenunterlagen.

Heinz-Harald Abholz (Berlin/West)

Winter, Kurt: Lehrbuch der Sozialhygiene. Volk und Gesundheit, Berlin 1977 (414 S., Ln., 19,80 M.).

Es handelt sich hier um das Nachfolgewerk des gleichnamigen Lehrbuches von Beyer/Winter (s. Rez. Argument 69:1027). Im wesentlichen liegt der gleiche Text vor,

die Kapitel über Arbeitsweise der Statistik und Anthropometrie sind nicht mehr enthalten.

Ein Teil der Mängel des Lehrbuches von Beyer/Winter kann heute darauf zurückgeführt werden, daß zum Zeitpunkt des ersten Erscheinens 1968 die Sozialmedizin und Epidemiologie noch nicht sehr weit entwickelt bzw. im deutschen Sprachraum aufgearbeitet war. 1977 jedoch — mit Vorlage des jetzigen Buches — mutet der Text sehr formal und an der funktionslosen Trennung zwischen Sozialhygiene einerseits und Sozialmedizin einschließlich der Epidemiologie andererseits festhaltend an. Besonders deutlich wird dies beim dritten und letzten großen Abschnitt des Buches, der Sozialhygiene wichtiger Erkrankungen: Im Vordergrund der Darstellung stehen zeitliche und jahreszeitliche Abhängigkeiten sowie Ländervergleiche. Wichtige sozialmedizinische Befunde zur Krankheitsentstehung, zur Behandlungsorganisation und zur Prognose fehlen. Ausgespart ist auch der gesamte Bereich der klinischen Epidemiologie, die sich mit volksgesundheitlichen Aspekten der Behandlung und Behandelbarkeit von Erkrankungen beschäftigt. Die gesamte angelsächsische Literatur, aus der die wichtigsten Arbeiten hierzu stammen, wird im Text nicht einmal angesprochen.

Im Abschnitt »Wissenschaftliche Grundlagen der Sozialhygiene« wird ein sehr formal gehaltener Überblick zu Methoden, Arbeitsweise, Geschichte und Anwendungsbereichen der Sozialhygiene gegeben. Auch hier fehlen wichtige Beiträge der Epidemiologie; Ergebnisse sozialepidemiologischer Arbeiten werden überhaupt nicht erwähnt.

Einen guten Überblick über die Organisation des sozialistischen Gesundheitswesens erhält man im zweiten Teil des Buches. Aber auch hier hätte man sich zu der formalen Darstellung beispielhafte Erläuterungen zur Arbeitsweise des Gesundheitswesens — z. B. an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit oder an der Entstehung eines Planes — gewünscht.

Heinz-Harald Abholz (Berlin / West)

Schicke, Romuald K.: Sozialpharmakologie. Eine Einführung.

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1976 (96 S., br., 14,80 DM).

In der Pharmakologie mehren sich die Zeichen, daß mit dem bislang verfolgten, exklusiv naturwissenschaftlichen — lies: organismisch-biochemischen — Ansatz ein Punkt erreicht ist, an dem die Überprüfung eben dieses Ansatzes unabweisbar wird. Der Widerspruch etwa zwischen sozialwissenschaftlicher Methodologie einerseits und naturwissenschaftlichem Ansatz und individualmedizinischer Interpretation andererseits deutet darauf hin, daß zumal in der klinischen Pharmakologie die gesellschaftliche Existenz der Arzneimittelanwender als weitere biologische Integrationsstufe zu berücksichtigen ist: Arzneimittel verursachen nicht nur zelluläre, organismische und individuelle, sondern auch gesellschaftliche *Wirkungen*. Aus diesen erst leitet sich der Begriff der *Wirksamkeit* her, der sich ausschließlich naturwissenschaftlichem Verständnis offenkundig entzieht. Ein anderer Sachverhalt, der auf eine veränderte Betrachtungsweise der Arzneimitteltherapie drängt, besteht in der Unmöglichkeit, bei der naturwissenschaftlichen Erklärung von Arzneimittelwirkungen subjektive, individuelle Faktoren einzubeziehen, und dem resultierenden Zwang, derart wichtige Ursachenbestandteile zu eliminieren. Erst der Übergang von der exklusiv naturwissenschaftlichen zu einer Populations- oder Sozialpharmakologie läßt die Lösung dieser Widersprüche möglich erscheinen.

Schicke weiß von dieser Situation der Pharmakologie und ihren wissenschaftstheoretischen Implikationen offenbar nicht. Fast durchgängig werden lediglich medizinsoziologische Aspekte der Arzneimittelanwendung und -versorgung — Schicke würde sagen »des medikamentösen Prozesses« — referiert. Unter Verzicht auf jedweden Erklärungsansatz wird diese Auflistung als »Sozialpharmakologie« hingestellt. Was Schicke indes auf achtzig Seiten Text als »soziale Lehre vom Arzneimittel« (9) anbietet, löst diesen

Anspruch nicht ein, sondern stellt ein Agglomerat weitgehend bekannter medizinisozziologischer Aussagen dar, die allerdings mit einer Fülle von Literaturangaben bestückt sind.

Schicke betont, daß seine Zusammenstellung »soweit wie möglich wertfrei gehalten wurde« und dazu gedacht ist, »dem Leser ein wissenschaftlich fundiertes, möglichst unvoreingenommenes Wissen zu vermitteln« (10). Dieser Beteuerung zum Trotz, auf deren Widersinnigkeit an dieser Stelle nicht einzugehen ist, läßt Schicke laufend wertende Behauptungen einfließen, so zum Beispiel, wenn er die unterschiedliche »Einstellung zu Gesundheit« ableitet aus der »größeren Sensitivität bei höheren als bei niederen Schichten« und feststellt: »Gesundheit war besonders bei niederen Schichten nur dann wichtig, wenn sie schlecht wurde und sich auf die alltäglichen Aktivitäten und die Unabhängigkeit störend auswirkte (Di Cicco u. Apple 1960)« (12). Sicherlich wäre aufschlußreich nachzulesen, wie Di Cicco und Apple ihre These formuliert haben: Schickes Methode, aus rund 170 Untersuchungen und Quellen eine Unzahl mehr oder weniger prinzipieller, aber dubioser Thesen und Schlüsse »abzuleiten« unter Berufung auf eben diese ad hoc nicht verfolgbaren Literaturangaben, hat mit wissenschaftlicher Zitierweise nur noch wenig zu tun, sondern läßt eher Zweifel an Relevanz und kritischer Sichtung des — unbestritten umfangreichen — Materials aufkommen.

Ferner fällt Schickes Hang zu unhandlichen Instrumentalisierungen auf, die zudem häufig ihren Zweck verfehlen, weil sie Phänomene zwar etikettieren, aber nicht analysieren. Ähnlich verhält es sich mit Schickes Manier, medizintheoretische Grundsatzfragen wie zum Beispiel den Krankheitsbegriff (10-15) relativ ausgiebig, aber unsystematisch und leider auch ergebnislos vorzustellen in einer möglichst lückenlosen tour d'horizon. Während diese phänomenologischen Auflistungen jedoch noch versöhnen durch ihren unbestreitbaren Informationsgehalt und das Interesse an den aufgeworfenen Fragen wachhalten, wird es ärgerlich, wenn Schicke in der gleichen Manier nach den »großen Zusammenhängen« langt: Die Abfertigung etwa der »Entwicklung, Sicherheit und Effektivität von Arzneimitteln« auf sechs Seiten (65-71) ist schlicht unbrauchbar.

Schickes Broschüre liefert Material, das ist ihr Verdienst. Ihr Nachteil ist aber, daß sie mit ihrem unausgewiesenen und vordergründigen Begriff von Sozialpharmakologie geeignet ist, Verwirrung zu stiften. Schickes Material ist in der vorliegenden Form — sicherlich gegen seinen Willen — auch benutzbar von den Apologeten der exklusiven Naturwissenschaftlichkeit der Pharmakologie: so »wertfrei«, so mißbrauchbar.

Sigurd v. Ingersleben (Berlin/West)

Geschichte

Borscheid, Peter: *Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Industrielle Welt*, Bd. 25. Klett-Cotta, Stuttgart 1978 (584 S., Ln., 120,— DM).

Hentschel, Volker: *Wirtschaftsgeschichte der Maschinenfabrik Esslingen AG. 1846-1918. Industrielle Welt*, Bd. 22. Klett-Cotta, Stuttgart 1977 (170 S., br., 29,— DM).

Rabe, Bernd: *Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel. Mit einem Vorwort von Oskar Negt.* Campus Verlag, Frankfurt/New York 1978 (216 S., br., 22,— DM).

Schomerus, Heilwig: *Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen.* Klett-Cotta, Stuttgart 1977 (336 S., Ln., 89,— DM).

Schröder, Wilhelm H.: *Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert.* Campus Verlag, Frankfurt/New York 1978 (316 S., br., 39,— DM).

Zang, Gert (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region. Regionale Unterentwicklung und liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz im 19. Jahrhundert. Untersuchungen zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz. Syndikat Verlag, Frankfurt/M. 1978 (539 S., br., 48,— DM).

Die Diskussion um neue Wege der Sozialgeschichte läßt sich in der Bundesrepublik noch immer etwas mühsam an und erreicht bisher weder den Grad konzeptioneller Reflexion noch das Ausmaß empirischer Begründung, die etwa die englische und amerikanische Forschung charakterisieren. Immerhin aber entwickelten sich auch bei uns Diskussionsstränge in beide Richtungen. Solide, methodisch gesicherte Monographien zur neueren Sozialgeschichte der Arbeit liegen also zunächst nur vereinzelt vor.

Dabei wird diejenige Forschungsrichtung, die sich in die Tradition von Conzes Strukturanalyse der Industriegesellschaften stellt, durch mehrere imposante Publikationen aus dem Heidelberger Forschungsprojekt »Arbeitskräftepotential, Berufsdifferenzierung und soziale Lage der unselbständigen Arbeitskräfte im Industrialisierungsprozeß des Königreichs Württemberg« repräsentiert. Zwei Autoren, Heilwig Schomerus und Volker Hentschel wollen die Lage der Arbeiter bzw. die Wirtschaftsgeschichte der Maschinenfabrik Esslingen im 19. Jahrhundert beschreiben, während Peter Borscheid die Textilarbeiterschaft im gleichen Zeitraum untersucht.

Dem gemeinsamen Forschungsansatz verpflichtet, stehen die räumliche und gesellschaftliche Mobilität der Arbeiter und ihrer »sozialen Lage«, genauer: vor allem ihre Einkommens- und Vermögenslage im Mittelpunkt. Eine glückliche Quellenlage führte dazu, daß unter Einsatz von EDV Grundzüge von sogenannten quantitativen Biographien erstellt werden konnten. Gerade wo die zeitgenössischen Statistiken weitgehend versagen oder nur unscharfe Angaben liefern, ließen sich nun repräsentative Massendaten gewinnen. Dieses Material fand sich einerseits in Personalunterlagen der betreffenden Firmen, andererseits in den sogenannten Inventuren, die bei jeder Eheschließung und bei jedem Todesfall detaillierte Aufstellungen der Vermögen registrierten. Damit ließ sich ein altes Dilemma der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts umgehen. Bisher erschöpfte sich die Diskussion darüber, ob die Industrialisierung eine Besserstellung oder eine direkte Verelendung des werdenden Proletariats mit sich brachte, oft in einer fruchtlosen Konfrontation von Lohn- und Preistabellen. Diese waren aber nur bedingt aussagekräftig, weil sie von den damaligen Statistikern nur punktuell erhoben wurden, weil außerdem die Unterschiede der lokalen Märkte und der Berufsgruppen kaum Vergleiche zuließen, und nicht zuletzt, weil das Gesamtfamilieneinkommen in der Regel aus verschiedenen Erwerbsquellen, Nebentätigkeiten und privater Kleinlandwirtschaft zusammengesetzt war. Die Inventuren hingegen erlauben es, Veränderungen des gesamten Familienvermögens im Lebenslauf und zwischen den Generationen zu verfolgen. Dabei konstatiert Borscheid einen kontinuierlichen Anstieg des Lebensstandards der Textilfabrikarbeiter und des selbständigen Heimgewerbes (wobei allerdings die Kinder ärmerer Heimarbeiter den Beruf des Vaters in der zweiten Jahrhunderthälfte nicht weiterführten) seit der Jahrhundertmitte. In der Maschinenfabrik Esslingen hingegen sanken gleichzeitig Anteil und Lebensstandard der anfangs relativ wohlhabenden Facharbeiter ab, was mit dem Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage der Firma wohl nur vordergründig erklärt ist. Alle untersuchten Gruppen waren jedoch durch eine große Altersarmut gekennzeichnet, die bis zum Tode in der Regel die ganzen Ersparnisse absorbierte. Die prinzipielle soziale Unsicherheit der Lohnabhängigen zeigte sich auch darin, daß schon kurze Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit etwa durch Krankheit an die Substanz der Vermögen griffen. Der Lebensverdienstzyklus der untersuchten Arbeiter schwankte also zwischen geringem Einkommen bei Arbeits- oder Ausbildungsbeginn, einer mehr oder weniger knappen Hochverdienstphase und einer schweren Altersarmut.

Der zweite Schwerpunkt der Studien liegt in dem detaillierten Nachweis von Wanderungsbewegungen und von Veränderungen im beruflichen und sozialen Status. Ihre Ergebnisse, die hier nicht im einzelnen diskutiert werden können, legen jedenfalls nahe, allzu einfache Schemata von der Rekrutierung der industriellen Arbeiterschaft zugunsten räumlich und branchenweise stark ausdifferenzierter Vorstellungen aufzugeben. Enttäuschend sind die Darlegungen zum Arbeitsprozeß selbst und zur Arbeiterbewegung, die weitgehend ausgeblendet bleibt. Die Beschreibungen von Arbeitsbedingungen sind vage und unverbindlich, wodurch es sich die Autoren angelegen sein lassen können, den kapitalistischen Charakter der industriellen Produktion vergessen zu machen. Hier hilft auch die Untersuchung von Hentschel nicht weiter, die sich auf eine traditionelle, wirtschaftliche Firmengeschichte beschränkt und kaum Bezüge zur zeitgleichen Studie von Schomerus aufweist.

Mit dem Verzicht auf die Analyse der konkreten, wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bestimmung des Arbeitsprozesses begeben sich die Autoren des Heidelberger Forschungsprojekts der Möglichkeit, deren Auswirkungen auf die psychische, soziale und ideologische Prägung des Industrieproletariats zu untersuchen. Es fehlt daher das Verbindungsglied zwischen der objektiven Konstituierung der Klasse und der Herausbildung ihres politischen und gewerkschaftlichen Ausdrucks. Diese Frage steht im Mittelpunkt des Buches von Wilhelm H. Schröder.

Schröders Forschungsinteresse liegt darin, das »Rekrutierungsfeld« von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften im 19. Jahrhundert auszuleuchten. Dieser Ansatz bedingt gleichzeitig die Stärken wie die Schwächen des Buches. Nach der Absteckung eines theoretischen Rahmens, in dem er Elemente der Konflikttheorie und der Marx'schen Methode zusammenfügt, folgen beinahe enzyklopädisch angelegte Darstellungen der »Voraussetzungen industrieller Arbeit« (nach regionaler Mobilität und Qualifikationsstruktur), ihrer »Form« (gegliedert in Handwerk, Heimindustrie und Manufaktur, Fabrik) und ihrer »Bedingungen« (Arbeitszeit, Lohnsystem, Alter). In seiner Systematik und in der Synthese bisher unterschiedlich gewichteter Einzelforschungen hat Schröder einen neuen und wichtigen Beitrag zur Sozialgeschichte der Arbeit geliefert. Gleichzeitig bringt es der weitgespannte Ansatz mit sich, daß viele Probleme höchstens angeschnitten, manchmal auch unzulässig verkürzt dargestellt werden. Diesem Mangel versuchte der Autor dadurch abzuwehren, daß er zwei Fallstudien zur Schuh- und Zigarrenfabrikation einbaute, um seine Thesen zu konkretisieren. Ein zweites Problem stellt sich durch das theoretische Konzept Schröders, sich auf die Relation zwischen »Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung« zu konzentrieren. Dadurch geraten Äußerungen des Arbeiteralltags, die nicht in unmittelbarer Beziehung zur Partei und Gewerkschaftsorganisation stehen, leicht aus dem Blick bzw. werden negativ, als organisationshemmend benannt. Dennoch muß der mutige Versuch, ein noch kaum beackertes Feld im Überblick abzustecken, begrüßt werden, und es bleibt nur zu hoffen, daß er weitere Fallstudien zu einzelnen Berufsgruppen und zu den verschiedenen Elementen der »proletarischen Lebensweise« am Arbeitsplatz und in der Freizeit anregt.

Die neue Sozialgeschichte der Arbeit hat sich weitgehend von der Fixierung an Organisations- und Ideengeschichte im Verein mit hochaggregierten Daten zur Wirtschafts- und Sozialstruktur abgekoppelt. Die Forderung, stattdessen zwischen »Basis« und Alltag einerseits, Klassenbewußtsein und Organisation andererseits konkrete Vermittlungen aufzuspüren, ist inzwischen zum Gemeinplatz geworden. Zweifelloso steht ein solcher Terrainwechsel in der Logik der bisherigen Forschungsdiskussion; es zeigt sich jedoch auch, daß Warnungen vor der Isolierung der Untersuchungsgegenstände oder vor einer Überschätzung der Erklärungsfruchtbarkeit neuer Methoden nicht ganz unberechtigt sind. Das illustriert Bernd Rabes Sammlung und Auswertung von lebensgeschichtlichen Interviews mit SPD-Mitgliedern in Hannovers Traditionsortverein

Linden.

Er unterscheidet drei Altersgruppen, wobei die bis 1920 Geborenen noch dem traditionellen Typus des proletarischen Lagers, wie es im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bestanden hat, angehören, während die zwischen 1920 und 1940 Geborenen aus der lebensgeschichtlichen Prägung des Faschismus (und dessen Zusammenbruch) heraus einer mehr pragmatischen Haltung (der »Godesberger-Typ«) zuneigten. Die seit 1940 Geborenen hingegen stehen wesentlich in dem Erfahrungszusammenhang des Wirtschaftswunders und der Linkswendung eines Teils der Jugend seit 1968. Rabes Anspruch, objektive historische Realität und deren subjektive Verarbeitung zu konfrontieren, ist aber nur teilweise erfüllt. Zum einen gewinnen die Lebensbedingungen und die Parteigeschichte im Viertel nur schwache Kontur. Hier schöpft der Autor auch längst nicht alle möglichen Quellengattungen aus. Zum anderen beläßt er dem zweifellos reichen dokumentarischen Material an Lebensgeschichten, das er zusammengetragen hat, nicht seine spezifische Aussagekraft und Würde als komplexes Zeugnis eines Lebenslaufs, aus dessen vollständiger Kenntnis sich erst der spezifische Stellenwert einzelner Begebnisse, Erfahrungen und Wertentscheidungen verstehen ließe, sondern er schlachtet die Tonbänder vornehmlich zum Belegen und Illustrieren von autonom hergeleiteten theoretischen Konstrukten aus. Die Gewinnung und Präsentation von erzählten Biographien ist sicherlich schwierig und entzieht sich in besonderem Maße dem schnellen analytischen Zugriff. Außerdem bedarf Oral History der Ergänzung durch jegliche verfügbare Bild- und Schriftendokumente. Dennoch kann diese Sprödigkeit des Materials auch als Chance verstanden werden, die eigenen Reduktionsschritte zu überdenken, eine Mahnung, die schon im kritisch loyalen Vorwort von Oskar Negt anklingt.

Abschließend soll ein Band angesprochen werden, der sich in seiner Anlage nur bedingt mit den vorherigen vergleichen läßt. Bisher ging es um die innere Struktur und Entwicklung der Arbeiterschaft, der Relation zwischen ihren Bestimmungselementen Herkunft, Arbeit, soziale Lage, Bewußtsein und Organisation. Der von Gert Zang herausgegebene Sammelband »Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz«; genauer in Konstanz und der südbadischen Region, erinnert daran, daß Sozialgeschichte letztlich die Relationen und Veränderungen des gesamten Klassengefüges erfassen muß. Die Autoren zeigen, daß ein solcher Anspruch nicht zur traditionellen Geschichtsschreibung »von oben« (sei es aus der Sicht der Organisationsspitzen oder durch abstrakte statistische Großdaten) zurückführen muß, wie die jüngsten Warnungen von Fülberth und anderen (in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4 und 5, 1979) vor dem Absinken der Sozialgeschichte in bloßes regionales und gruppenspezifisches »Milieu« suggerieren. Die Komplexität der bürgerlichen Gesellschaft läßt sich gerade auch im regionalen Ausschnitt, vielleicht mit einiger Detailtreue nur hier aufspüren. Am Beispiel Konstanz zeigen sich die Verflechtungen zwischen Ökonomie und Infrastruktur, Formierung von Bildungswesen, lokaler Entwicklung, aber auch die Linien bürgerlich-liberaler und proletarischer Kommunalpolitik. Es wird deutlich, daß die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft mehr umfaßt, als die Einführung einer neuen Ökonomie und die Neubesetzung politischer Funktionen, sondern daß sich die Führung des Bürgertums gerade auch soziokulturell durchsetzt. Gramsci hat für diese Verschränkung der Herrschaftsebenen das Konzept der Hegemonie vorgeschlagen, das in der theoretischen Reflexion von Zang leider nicht aufgenommen wird, obwohl sich seine Überlegungen in diese Richtung entwickeln.

Regionalgeschichtliche Ansätze sind wie alle anderen monographischen Arbeiten zwar nie dagegen gefeit, im unverbindlich Besonderen stecken zu bleiben, aber gerade die Studie über Konstanz weist aus, daß eben auch das Gegenteil möglich ist, nämlich in einer Art Mikrokosmos der Vielfalt und Verflechtung der bürgerlichen Gesellschaft paradigmatisch nachzuspüren. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die offene und

(selbst-)kritische Art, in der die Autoren den Gang und die Schwierigkeiten ihres Forschungsprojekts darlegen, besonders einnimmt. So geht das Subjekt Historiker einmal nicht hinter der in Papier und Druckerschwärze objektivierten Leistung verloren. Es ist guter Brauch, in Einleitungen wissenschaftstheoretische Optionen des Autors auszuweiten. Man sollte die Anregung der Konstanzer aufgreifen und auch die materiellen Produktionsbedingungen wissenschaftlicher Literatur darstellen. Detlev Peukert (Essen)

Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen. Klett-Verlag, Stuttgart 1976 (401 S., Ln., 69,— DM). Shorter, Edward: Die Geburt der modernen Familie. Rowohlt-Verlag, Reinbek 1977 (367 S., Ln., 29,80 DM).

Bezogen auf Forschungen zu einer Sozialgeschichte der Familie stellt Conze mit Recht fest, »daß wir — zumal gegenwärtig in Deutschland — erst am Anfang stehen« (11). Entsprechend soll der Sammelband auf ein »bei Historikern und Soziologen noch weithin unbeachtetes Forschungsfeld aufmerksam« machen und außerdem »Anstöße zur Fortführung, Kritik und Erweiterung oder gar erst zum Beginn von Arbeiten zur Sozialgeschichte der Familie« geben (9).

Neben der Einleitung von W. Conze enthält das Buch Referate »einer Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte« im April 1975 in Bad Homburg (9): P. Laslett, Familie und Industrialisierung ...; H. Linde, Familie und Haushalt ...; M. Mitterauer, Auswirkungen von Urbanisierung und Frühindustrialisierung auf die Familienverfassung ...; R. Schofield, The relationship between demographic structure and environment in pre-industrial Western Europe; A. Gräfin zu Castell, Forschungsergebnisse zum gruppenspezifischen Wandel generativer Strukturen; H. Schomerus, Sozialer Wandel und generatives Verhalten ...; S. Akerman, Computerized family reconstruction; A.E. Imhof, Ländliche Familienstrukturen an einem hessischen Beispiel ...; D. Sabeau, Verwandtschaft und Familie in einem württembergischen Dorf ...; D. Levine, Proletarianization, economic opportunity and population growth; H. Medick, Zur strukturellen Funktion von Haushalt und Familie im Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zum industriellen Kapitalismus ...; W.H. Hubbard, Forschungen zur städtischen Haushaltsstruktur am Ende des 19. Jahrhunderts ...; W. Schaub, Städtische Familienformen in sozialgenealogischer Sicht ...; A. Plakans, Familial structure in the Russian Baltic Provinces ...; K. Hausen, Die Polarisierung der 'Geschlechtscharaktere' ... Beigefügt ist eine »Auswahlbibliographie zur Geschichte europäischer Familienstrukturen«, Namen- und Sachregister fehlen.

Das Verdienst der Autoren, wissenschaftliches 'Neuland' zu betreten, wird durch einige Schwächen nicht geschmälert. Neben dem Überwiegen sozialhistorischer (im engeren Sinne) und demographischer Fragestellungen scheint das zentrale Problem der Beiträge — sowohl theoretisch als auch thematisch — in ihrer relativen Unverbundenheit zu liegen. Dies wird schon im Inhaltsverzeichnis deutlich. Die *allgemeinen* Strukturen des Wandlungsprozesses der Familie(n) im Übergang »von der entfalteten Agrargesellschaft zum Industriesystem« (11) können aufgrund eines fehlenden *umfassenden* (und auch konsistenten) theoretischen Rahmens nicht herausgearbeitet werden. Lasletts Ausführungen über »Familie und Industrialisierung« greifen zu kurz, da er die gesellschaftlichen Grundlagen der Industrialisierung bzw. ihre 'Rahmenbedingungen' nicht problematisiert. Sehr viel ergiebiger dagegen sind die Beiträge derjenigen Autoren, die ihre Nähe zum Gegenstand wahren. Ihre Darstellungen gewinnen dadurch an Genauigkeit, die materielle Basis der Veränderung von Familienstrukturen kommt bisweilen deutlich zum Vorschein (vgl. bes. die Ausführungen von Mitterauer und Medick).

Letzteres ist bei dem zweiten Band nur äußerst selten der Fall. Shorters Buch ist eine gut lesbare Übersetzung seines 1975 erschienenen »The making of the modern family«.

Dem Vorwort und der Einleitung folgt ein Kapitel über »Privatleben und öffentliches Leben in der traditionellen Gesellschaft«. Der Analyse des Verhältnisses von »Mann und Frau in der traditionellen Gesellschaft« schließen sich Ausführungen über »die beiden sexuellen Revolutionen« an. Im Kapitel 4 über »Romanzen und Romantik« werden die traditionellen Formen der Partnerwahl abgehandelt, während das 5. Kapitel der Entwicklung der Beziehungen zwischen »Mutter und Kind« gewidmet ist. Den Abschluß des Textteils bilden Ausführungen über den »Aufstieg der Kleinfamilie«, die »Suche nach den Ursachen« und den »Weg zur postmodernen Familie«. Es folgen eine »Notiz zur Textgestaltung der deutschen Ausgabe«, der aus dem Englischen unverändert übernommene Anmerkungsapparat sowie ein Namenregister. Ein Sachregister fehlt. Bewußt verzichtet wurde in der deutschen Ausgabe auf einen 32-seitigen statistischen Anhang, dessen Anforderungen nach Meinung des Verlages »an die fachlichen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Lesers so hoch (sind), daß vermutlich nur eine kleine Anzahl von Interessenten dafür in Frage kommt« (317). Dieser Anhang kann beim Verlag gegen eine Gebühr gesondert bestellt werden.

Gegenstand von Shorters Abhandlung sind — wie bei Conze — die Veränderungen der Familie im Zusammenhang mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft. Geplant ist eine »Geschichte der Durchschnittsfamilie«, eine »Geschichte der Erfahrung der typischen Frau oder des repräsentativen Säuglings im Gegensatz zu den Kindern von Königen und den Ehefrauen von Bankiers« (12). Entscheidender Faktor zur Erklärung der Wandlungsprozesse ist nach Shorter das *Gefühl*: »Ich bin der Ansicht, daß eine Woge des Gefühls ... zur Überwindung der traditionellen Familie beigetragen hat« (17; vgl. auch 175, 195, 234 etc.). Die zentralen Bereiche, in denen Veränderungen stattfanden, seien: 1. die Partnerwahl, in der materielle Beweggründe gegenüber dem Faktor 'Liebe' an Bedeutung verlieren. 2. In der Mutter-Kind-Beziehung tritt ebenfalls der Faktor 'Liebe' an die erste Stelle. Das Kind und sein Wohlergehen werden zum zentralen Wert. 3. Zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich wird eine strikte Trennung durchgesetzt: »... im Schutz der Häuslichkeit wurde die moderne Kernfamilie geboren« (18). Hier wird m.E. bereits deutlich, daß bei Shorter die »Durchschnittsfamilie« im Grunde mit der *bürgerlichen* Familie zusammenfällt. Nur sie war *praktisch* in der Lage, das Wohlergehen des Kindes wie auch eine häusliche Atmosphäre zu gewährleisten. Für die Arbeiterfamilie war das bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein aufgrund der fehlenden materiellen Voraussetzungen in der Regel nicht möglich. Fraglich ist allerdings, ob dem Faktor 'Liebe' bei der Partnerwahl innerhalb des Bürgertums bereits durchgehend die von Shorter angenommene Relevanz zukam. Faktisch dürften hier (gerade auch im Wilhelminischen Deutschland) materielle Interessen zumindest in Teilen des Bürgertums noch eine zentrale Bedeutung gehabt haben.

Gelegentliche Hinweise auf schichtspezifische Unterschiede in den Verhaltensweisen von Menschen können diesen Mangel an Differenzierungen in Shorters Analyse nicht überwinden. Erschwerend kommt hinzu, daß sich Shorter außerdem nur auf ein relativ begrenztes Material stützen kann (vgl. seine Ausführungen 21ff.). Als anregend kann man dagegen seine Ausführungen über die Verhaltensweisen in der traditionellen Gesellschaft (veilléés, Haberfeldtreiben etc.) bezeichnen, die hier einem weiteren Publikum als nur dem volkscundlich interessierten zugänglich werden. Einschränkend muß aber auch hier gesagt werden, daß durch die Begrenzung auf den bäuerlichen Bereich die Komplexität der 'traditionellen' gesellschaftlichen Strukturen nicht adäquat erfaßt wird.

Shorter kommt in seinem Buch nur äußerst selten über die Beschreibung von Oberflächenstrukturen hinaus. Sein Versuch, dieses Manko im vorletzten Kapitel (»Die Suche nach den Ursachen«) mit Hinweisen auf den »marktwirtschaftliche(n) Kapitalismus« (289) zu überwinden, scheitert. Eine konsequente *Analyse* müßte wohl damit *be-*

ginnen, worauf Shorter *am Ende* nur hinweist, nämlich mit einer genauen Analyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse beim Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft. Als hilfreich könnte sich dabei Shorters umfangreicher Anmerkungsapparat erweisen.

Ob die Schwächen dieser beiden 'Erstlingswerke' in weiteren Forschungen überwunden werden können, bleibt abzuwarten. Es ist zu hoffen, daß sich verstärkt materialistisch orientierte Soziologen, Historiker etc. diesem ideologisch doch sehr überfrachten Gebiet der Familienforschung zuwenden werden.

Hans-Jürgen Hildebrandt (Mainz)

Soziale Bewegung und Politik

Hall, Stuart, Chas Critcher, Tony Jefferson. John Clarke and Brian Roberts: *Policing the Crisis. Mugging the State, and Law and Order*, Critical Social Studies. The Macmillan Press LTD. 1978 (397 S., br., 4,95 \$).

Die Autoren haben sämtlich am »Centre for Contemporary Cultural Studies« der Universität Birmingham entweder studiert oder geforscht, Stuart Hall ist der Direktor des Centre. (Zu seiner Person und der Arbeit am Centre vgl. die Interviews in: *Argument-Sonderband AS 9* und *Argument 118*). — Ausgangspunkt ist die Untersuchung der Hintergründe eines Verbrechens, das im August 1972 in England erstmals Schlagzeilen machte und auf offizieller Seite sowie in den Medien eine ungeheuer intensive Reaktion mit sich brachte. Das Verbrechen ist »mugging« — »Raub, begangen durch Banden von zwei oder mehr Jugendlichen an Menschen, welche sich allein im Freien bewegen«, so der Innenminister (8), versuchter Raub oder räuberischer Diebstahl.

Hall u.a. beschäftigen sich nicht in erster Linie damit, warum Individuen »Muggers« werden, sondern mit der dramatischen Reaktion auf dieses Verbrechen, welches, entgegen Aussagen von offizieller Seite und Medien, weder neu, noch an Häufigkeit zunehmend war. »Worauf Dienststellen und Presse reagierten, war nicht einfach eine Reihe neuer Tatsachen, sondern eine neue Definition einer Situation — eine Konstruktion der sozialen Wirklichkeit von Kriminalität.« (29) Die Autoren untersuchten also »mugging« als soziales Phänomen — was die gesellschaftlichen Ursachen von »mugging« sind, und, viel wichtiger noch, warum die britische Gesellschaft auf »mugging« reagierte, in dieser extremen Form und an einem bestimmten Punkt der geschichtlichen Entwicklung, Anfang der 70er Jahre.

Sie rekonstruieren die soziale Geschichte von »mugging« (3), die Reaktion der Medien und Justiz (29), untersuchen die Rolle der Polizei (42), die gesellschaftliche Produktion von Nachrichten (53), die ideologische Rolle der Medien (60), Verbrechen als Nachrichten (66), die Erklärungen und Ideologien von Kriminalität, britische Ideologien im allgemeinen (139), die »Orchestrierung« der öffentlichen Meinung (120), die Beziehungen zwischen Justiz und Kriminalität (170), zwischen Kriminalität, Justiz und Staat (181), zwischen Kriminalität, politischen Bewegungen und ökonomischer Veränderung (186) und die Rolle des Staates in der Erreichung bzw. Aufrechterhaltung von Hegemonie (201).

Sie kommen zum Ergebnis, daß »mugging« ein Aspekt einer Krise ist. »Einer Krise des britischen Kapitalismus ... der Beziehung aller gesellschaftlichen Kräfte, welche durch den tiefen Riß auf der ökonomischen Ebene hervorgerufen wird — eine Krise des politischen Klassenkampfes und der politischen Apparate. Drittens ... des Staates und viertens ... in politischer Legitimität, in sozialer Autorität, in Hegemonie und in Formen des Klassenkampfes und Widerstands.« (319) An der britischen Nachkriegsge-

schichte (227-293) zeigen sie auf, daß zum Zeitpunkt, als »mugging« auftrat, sich das Repertoire der Erreichung von Hegemonie durch »Konsensus« erschöpft hatte. Die Gewerkschaften kämpften resolut um ihre Rechte, die Konflikte mit schwarzen Immigranten verschärfen sich und die Auseinandersetzungen in Nord Irland kulminieren im 'Bloody Sunday'. »... die Neigung des Staates zur routinemäßigen Anwendung seiner verstärkt repressiven Züge tritt immer deutlicher hervor.« (320)

Die am Anfang angesprochene Diskrepanz zwischen Bedrohung und Reaktion bezeichnen die Autoren, in Anlehnung an Stan Cohens »Folk Devils and Moral Panic« (16), als »moral panic« — Panik auf moralischer Ebene, als eine »ideologische Verschiebung«. »Mugging« ist nicht die einzige moralische Panik der Nachkriegsgeschichte. Anfang der 60er Jahre waren es die »mods« und »rockers«, Ende der 60er Jahre die »Porno-graphie«, 1967 die Drogen; immer wieder tauchen »wachsende Kriminalität« und der »Red Scare« auf — die Panik vor kommunistischer Unterwanderung. Sie sehen moralische Paniken — stark simplifiziert ausgedrückt — als eine der »hauptsächlichen Formen ideologischen Bewußtseins« an, »mit Hilfe deren eine 'schweigende Mehrheit' dazu gewonnen wird, die verstärkt auf Zwang ausgerichteten Maßnahmen des Staates zu unterstützen, was den Staat legitimiert 'mehr als gewöhnliche' Übungen der Kontrolle auszuführen.« (221) Möglich ist dies nur, weil »mugging«, wie auch andere moralische Paniken, sich um reale Probleme drehen, deren Hochspielen schon bestehende Ängste in der Bevölkerung schürt oder neue weckt.

Die Mechanismen des Hochspielens werden im Detail untersucht. Einer davon ist der »Konvergenz-Effekt«, der erzielt wird, wenn »zwei oder mehr Aktivitäten im Prozeß der Hervorhebung verbunden werden, um, implizit oder explizit, Parallelen zwischen ihnen zu ziehen. Zum Beispiel verbindet das Image »student hooliganism« (»studentische Krawalle«) studentischen Protest mit dem separaten Problem des »Rowdytums«, welches wiederum die Vorstellung von »sinnloser Gewalt« oder »Vandalismus« weckt (223). Aus einem politischen wird ein kriminelles Problem.

Die moralischen Paniken unterscheiden sich voneinander, je nach dem Zeitpunkt ihres Auftretens in der britischen Nachkriegsentwicklung. Als Aspekte der britischen Krise haben sie sich mit deren Entwicklung intensiviert, was ihr Hochspielen und die resultierenden repressiven Maßnahmen anbelangt. So haben die Paniken, als gesellschaftliche Reaktion betrachtet, ihren Ausgangspunkt in Vieldeutigkeiten und Widersprüchen der Nachkriegsregelung. Das daraus resultierende Aus-den-Angeln-Heben stabiler Gewohnheiten und moralischer Beziehungspunkte manifestierte sich als ein unbestimmtes Aufwallen sozialer Angst und Unbehagen. Zuerst richtete sich diese Angst u.a. auf »das Verschwinden der traditionellen Insignien der Klassen, auf die Gefahren unbeschränkten Materialismus, auf Veränderung selbst« (321). Später richtete sie sich auf greifbarere Ziele, besonders auf die Bedrohung des »britischen Lebens« durch schwarze Immigranten. Schließlich, mit Vertiefung der Krise, schlagen sich Angst und Unsicherheit in einer mehr politischen Form nieder. Sie werden gegen »die organisierte Macht der Arbeiterklasse gerichtet; gegen Anarchie und Aufruhr und Terrorismus. Hier verbinden sich und konvergieren die Ängste der Bevölkerung mit den vom Staat wahrgenommenen Bedrohungen ... Die Ängste der Vielen werden mit der Notwendigkeit der Kontrolle (im Interesse) der Wenigen orchestriert ... Der Staat kann nun, öffentlich und legitimiert, gegen die 'Extremisten' seine Kampagnen starten ...« (321) Dies ist auch der Augenblick von »mugging«.

Die ideologische Formation »mugging« selbst ist — zumindest unmittelbar — gegen die Schwarzen in England gerichtet; der Begriff wird bald synonym mit Kriminalität der Schwarzen, des Subproletariats Englands. Im Nachkriegsboom benötigte das britische Kapital sie, man förderte ihre Einreise, heute wird zum Teil offiziell Rassismus gegen sie propagiert. Dieser systemimmanente Rassismus hat sich zum »objektiven Korre-

lat« der Krise entwickelt. Das heißt: im und durch den Rassismus können die durch die Krise hervorgebrachten Ängste, Spannungen und Unbehagen projiziert und 'verarbeitet' werden. Also nicht über die systembedingten Ursachen der Krise wird nachgedacht, sondern man gibt den Schwarzen die Schuld für viele der Mißstände und schafft so ein Ventil für die ungeheuren Spannungen. So funktional dieser Prozeß für die Herrschenden auch ist — er darf, wie Hall u.a. zurecht einschärfen, nicht in verschwörungstheoretischen Kategorien gefaßt werden. Die Krise existiert zunächst außerhalb der konspirierenden Köpfe der herrschenden Klasse. »Es ist die Art und Weise, in der die reale Krise wahrgenommen und kontrolliert wird, welche den Keim der politischen und ideologischen Verzerrung enthält.« (322) Stephan Dietrich (Berlin / West)

Chambliss, William J.: Eine kriminelle Vereinigung. Politik und Verbrechen in den USA, eingeleitet von Henner Hess. Internationale Taschenbücherei Nr. 1, iva Verlag Bernd Polke, Tübingen 1978 (144 S., br., 9,80 DM).

Chambliss ist Soziologieprofessor in Seattle. Um das dortige »organisierte Verbrechen« zu erforschen, beteiligte er sich an nächtlichen Pokerspielen und gewann dadurch die nötigen Verbindungen, um den Spiel- und Wettbetrieb in Augenschein zu nehmen. Für nichtamerikanische Leser, die weder mit der Verbreitung von Wetten und Glücksspielen im American Way of Life noch mit ihrer Bedeutung als wirtschaftliche Grundlage des organisierten Verbrechens vertraut sind, ist dieser Teil ganz aufschlußreich, auch indem er die Unbestimmtheit der Grenze zwischen legalem und illegalem Spielbetrieb erhellt. Allerdings ist in Seattle vieles grundlegend anders als etwa in New York, Chicago, Las Vegas oder Los Angeles. Chambliss wurde von seinen Spielbekanntschaften bei anderen Informierten herumgereicht. Er scheint als harmloser Narr gegolten zu haben, dem man Tonbandaufnahmen der Interviews gestattete. Diese Interviews verschafften ihm nach und nach ein Bild auch derjenigen Branchen wie Heroinschmuggel, Prostitution, Wucher (70-90 % Jahreszins), Immobilienschiebung sowie des Flusses der »Schutzgelder« zur und innerhalb der Polizei, über die er sich nicht aus erster Hand unterrichten konnte. Seinen Ermittlungen zufolge liefen die Fäden und Hauptprofite des organisierten Verbrechens in Seattle bei wenigen leitenden Beamten der Staats-, County- und Kommunalverwaltung, einem Bankdirektor sowie dem einen oder anderen Geschäftsmann zusammen. Überall sonst in den USA gilt der Ausspruch des Gangsters »Bugsy« Siegel: »We don't run for office, we own the politicians«. Chambliss dekretiert, dem sei nicht so, sondern anderswo in den USA sei es wie in Seattle. D.h., er leugnet die Tatsachen, die z.B. in der Kefauver- und MacClellan-Enquete und zahlreichen Prozessen festgestellt worden sind, die von Turkus, Robert Kennedy, Robert Morgenthau u.a. betrieben wurden, und deren Feststellungen von seriösen Autoren wie Turkus, Messick, Steve Weissmann (vgl. Argument 109, 468f.) aufgearbeitet sind. In Wahrheit sind Abgeordnete und öffentliche Beamte in den USA in der Regel Werkzeuge, nicht »Bosse« des organisierten Verbrechens, was natürlich nicht hindert, daß sie auch im eigenen Interesse korrumpieren und profitieren. Berechtigt ist lediglich Chambliss' Polemik gegen die offiziöse Mafia-Legende, wie sie z.B. von Cressey (»theft of the nation«) vertreten wird. Die Übersetzung ist schwerfällig und im Schlußteil ebenso konfus wie der Text selber. Ulrich Küntzel (Göttingen)

Schlesinger, Arthur M.: Robert Kennedy and his times. Houghton & Mifflin und André Deutsch, New York und London 1978 (1066 S., Ln., 19,95 \$).

Die USA genossen den Vorteil, ihre imperialistischen Kriege 1898, 1917-18 und 1941-45 auf bürgerlich-demokratischer Grundlage zu führen. Im Vietnamkrieg zerbrach der demokratische Consensus, letzten Endes infolge Zuspitzung der wirtschaftlichen Widersprüche und sozialen Konflikte in den USA selber und ihrem imperialisti-

schen Herrschaftsbereich. Der US-Imperialismus ändert also seine politische Verfassung. Es bildet sich eine Doppelsexekutive: noch mehr als früher wird die bürgerliche Demokratie zur bloßen Fassade herabgewürdigt. Die wirkliche geheime Exekutive, die sich hinter ihr versteckt, ist rechts bis rechtsextrem, sie besteht aus Geheimdiensten und Polizei, die mit dem »organisierten Verbrechen« verfilzt sind, sowie Militär und Diplomatie. Eine faschistische Massenbewegung fehlt, was Nixon mit dem Wort von der »schweigenden Mehrheit« bedauernd, aber prägnant bezeichnet hat.

Als einziger nordamerikanischer Liberaler hat Robert Francis Kennedy diese Entwicklung konsequent bekämpft. Bei dem Gedanken an den Vietnamkrieg hatte er brennende Bauernhütten und napalmverbrannte Kinder vor Augen. In den USA und in Ländern der dritten Welt besuchte er die Slums, beispielsweise Soweto, und überzeugte deren gewiß mißtrauische Bewohner, daß er ehrlich, ohne Sentimentalität, ihr Elend und ihre Unterdrückung empfand und die Unterdrücker verurteilte. Seine Erfolgsaussichten beurteilte er skeptisch. In dem Maß, in dem er nach dem Tod seines Bruders John auf die Seite der Armen trat, wurde er Außenseiter, also der widerspruchsvollste, aber auch interessanteste Vertreter der herrschenden Klasse, wie in Deutschland 1920-22 Rathenau. Wollte der Autor außer dem Leben auch die Zeit RFK.s darstellen, wie der Titel verheißt, so müßte er sich die Fragestellungen des Marxismus und die Tatsachenfeststellungen der US-Radikalen zu eigen machen. Als Liberaler vermag er das ebensowenig wie Rathenaus Biograph Graf Harry Kessler. Während aber dessen Rathenau-Biographie kaum mehr ist als ein impressionistischer Essay, ist S.s Werk eine dichte, instruktive Biographie. Er hat beiden Brüdern Kennedy, John und Robert, als politischer Berater nahegestanden und eine ausgebreitete Literatur sowie Akten, Korrespondenzen und Interviews verarbeitet. Er schreibt vorzüglich; nur gegen Ende, beim Präsidentschaftswahlkampf 1968, ertrinkt er im Stoff. Dieser ist von außerordentlichem Umfang, denn beide Brüder, vor allem aber Robert, hatten einen weiten Gesichtskreis, nahmen zu heterogensten Problemen aufmerksam und ehrlich Stellung und kamen dadurch in Beziehungen zu Menschen verschiedenartigster sozialer und nationaler Zugehörigkeit. Dieser Seite seines Helden wird S. gerecht.

Seit 1957 stand im Vordergrund von RFK.s Arbeit der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, insbesondere gegen die korrupten »Bosse« der Lkw-Fahrgewerkschaft (»Teamsters«), Beck und Hoffa. S. ignoriert Wesen und Bedeutung des organisierten Verbrechens, versagt also vor diesem Gegenstand. Ein zweites Hauptinteresse RFK.s wurde seit seinem Eintritt in die Bundesregierung 1961 der Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung der Farbigen im Südosten der USA. RFK. überwand in diesem Kampf bald seinen anfänglichen Opportunismus. An den Fortschritten, die bis 1964 erzielt wurden, hatte er entscheidenden Anteil; dies arbeitet S. gut heraus. Bei seinem Amtsantritt als Attorney General berief RFK. eine Untersuchungskommission über Jugendkriminalität. Sie ist in den USA natürlich am schlimmsten in den Ghettos, wo das Leben durch das organisierte Verbrechen und dessen Unterstützung seitens der Polizei vollends unerträglich wird. RFK. kannte diese Verhältnisse, sah also frühzeitig die Explosionen blinder Gewalt voraus, die 1967 in Watts, einem Slum von Los Angeles, ihren Anfang nahmen. Als damals Eisenhower »mehr Achtung vor dem Gesetz« forderte, erwiderte RFK.: »Von den Negern mehr Achtung vor dem Gesetz zu verlangen, ist sinnlos ... Für viele Neger ist es der Feind. Im Harlem und Bedford-Stuyvesant (zwei New Yorker Slums) wird es fast immer gegen sie angewandt.« Seinerseits forderte RFK. bessere Wohnungen, bessere Erziehung, bessere Berufsmöglichkeiten, aber er wußte, das würden die Bewohner nicht von selbst erhalten. Sie müßten selbst darum kämpfen, und um ihnen Gelegenheit und Erfahrung darin zu verschaffen, gründete er Bürgerinitiativen und gewann als deren Führer Bankiers, Bauunternehmer und andere geeignete Geschäftsleute: sie trügen Verantwortung für die Sanierung der Wohnquartiere, mit

denen sie verbunden waren. Angesichts des Ausmaßes der Wiederaufbauaufgaben konnten solche Initiativen ohne Bundeszuschüsse nichts Nennenswertes ausrichten, aber Präsident Johnson sah in diesen Initiativen einen demagogischen Trick des verhassten Rivalen und sperrte die Mittel. Ebenso vergeblich forderte RFK., der »schwarze Mittelstand« solle die Führung der Farbigen in den Slums übernehmen. Der namhafteste Vertreter dieser Klasse, Martin Luther King, unternahm einen schwächlichen Anlauf, aber seine Gewaltlosigkeitstaktik war für diese Aufgabe ungeeignet, seine Klasse versagte sich völlig. RFK. war gläubiger Katholik, hielt aber bei einer Audienz dem Papst den reaktionären Charakter der Kirche vor. Diese Aspekte werden von S. anschaulich und umfassend dargestellt.

In der Bundesregierung fanden die Brüder Kennedy buchstäblich einen Todfeind in den Geheimdiensten. Die Hintergründe des Mordes von Dallas wurde von einer RFK. unterstellten Behörde, dem FBI, verschleiert. Wie dokumentarisch nachgewiesen, war der angebliche Präsidentenmörder Oswald FBI-Agent. RFK. und sein Biograph wußten das nicht, ebensowenig kümmerten sie sich um die heißen Spuren, die zur CIA und deren exilcubanischen Schützlingen, zu der rechtsextremen John Birch-Gesellschaft und dem organisierten Verbrechen führten, obwohl dessen Dallaser Boss, Jack Ruby, durch den Mord an Oswald wesentlich zur Vernebelung der Mordverschwörung beigetragen hatte. Unter den US-Radikalen lief die Legende von RFK.s Härte und Skrupellosigkeit um. In Wirklichkeit war RFK. durch den Tod seines Bruders so erschüttert, daß er über den Tathergang nichts wissen wollte. Daß die Mörder auch auf ihn lauerten, wußte er — leider nur instinktiv: das Motiv sei bloße Dummheit (nuttiness). Vertreter seines Schlages sind dem imperialistischen Finanzkapital unerwünscht. Da RFK., so lange er noch lebte, seine Ketzereien unbekümmert äußern konnte, u.a. vor peruanischen Studenten, schloß er: »die Rockefeller« hätten nicht wirklich den ihnen zugeschriebenen Einfluß. In einem ähnlichen Zusammenhang spricht S. von Quixoterie.

Der marxistischen Betrachtung erscheinen Elend, Verbrechen und Unterdrückung, gegen die RFK. kämpfte, als Ausfluß der kapitalistischen Klassengesellschaft. Die bürgerlichen Radikalen, deren es in den USA viele gibt, stimmen mit den Marxisten hinsichtlich der Tatsachen überein, betrachten sie jedoch nur als Mißbräuche. Auch RFK. versuchte nicht, hinter die Symptome zu blicken. S. billigt das: »Die Antworten hatte er nicht, wohl aber ... die Fragen« (801). S. wundert sich über das Mißtrauen der Radikalen gegen RFK. Da RFK. nicht wie sie Konsequenzen aus den Einsichten und Impulsen zog, die er mit ihnen gemein hatte, konnten sie nicht an seine Ehrlichkeit glauben. Infolge seiner organischen Unkenntnis der radikalen Publizistik findet S. nicht diese einfache Lösung seines Rätsels.

Fast ausnahmslos sind die nordamerikanischen Politiker von bescheidener Herkunft. Die für ihre Wahl als Abgeordnete oder Beamte nötigen Wahlgelder können sie fast nie aufbringen, ohne sich zu verkaufen, u.a. an das organisierte Verbrechen. RFK. scheint das nicht gewußt zu haben. Erfuhr er Tatsachen dieser Art, so schockierten sie ihn noch in seinem letzten Lebensjahr. Auch S. ignoriert es. Daher versteht er nicht das Minderwertigkeitsgefühl und Mißtrauen der gesamten Politikerzunft einschließlich ihres journalistischen Anhangs, auch und gerade der Liberalen, gegen die Brüder Kennedy, deren ererbter Reichtum ihnen die übliche Demütigung und Korruption erspart hatte. Diese Sonderstellung lag andererseits der Ehrlichkeit zu Grunde, die jedermann bei RFK. zu Recht spürte.

Ausführlich und instruktiv belegt der Autor RFK.s Wandel von bedingter Billigung der Intervention gegen Cuba im April 1961 zur entschiedenen Ablehnung von Interventionen, insbesondere des Vietnamkrieges. Trotz seiner Mängel ein wichtiges Buch.

Ulrich Küntzel (Göttingen)

Bäcker, Gerhard, und Werner Elsner: *Rentenversicherung in der Krise? Zur Sache, Information für Arbeitnehmer Nr. 4*. Bund Verlag, Köln 1979 (70 S., br., 8,— DM).

Jedes Jahr wird auf Grund eines Berichtes der Bundesregierung ein Renten Anpassungsgesetz beschlossen. Das 21. Renten Anpassungsgesetz 1978 brachte die bisher einschneidendsten Verschlechterungen für die Rentner: die Renten wurden von den Bruttolöhnen »abgekoppelt«. Nach der alten Rentenformel hätte die allgemeine Bemessungsgrundlage (von der die Rentner einen persönlich errechneten Prozentsatz erhalten) 23410 DM betragen. Die Bundesregierung setzte jedoch diese Bemessungsgrundlage auf 21068 DM herunter, die unabhängig von den Löhnen bis 1981 nur um 4,5 % jährlich steigen soll. Ein Rentner, der nach bisherigem Recht 16000 DM Jahresrente erhalten hätte, bekommt nun 2250 DM weniger, ein Verlust, den er nie mehr einholen kann. Diese Kürzung war nur die vorläufig letzte einer langen Reihe von Maßnahmen, mit denen die Finanzkrise der Rentenversicherung seit 1976 behoben werden soll. Bäcker und Elsner schildern allgemeinverständlich und anschaulich die Geschichte der Rentenversicherung seit ihrer Dynamisierung 1957. Trotz der mit den Bruttolöhnen steigenden Rente wurde das Problem der Armut im Alter nicht gelöst. 1977 erhielten 52 % der weiblichen Rentner eine Rente unter 600 DM und 52 % der Mehrpersonenhaushalte über 60 Jahre müssen mit weniger als 1400 DM monatlich auskommen. Dennoch soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung die Finanzkrise der Rentenversicherung von den Rentnern allein verkraftet werden.

Diese Finanzkrise ist, wie die Autoren zeigen, nicht zufällig, sondern strukturell bedingt und war lange voraussichtbar. Die Renten werden aus den Beiträgen der jetzt Arbeitenden finanziert, wobei eine Mindestreserve von drei Monatsauszahlungen gehalten werden muß. Die Zuschüsse der Bundesregierung orientieren sich nicht an den Ausgaben, sondern an den Beiträgen, mit dem Effekt, daß die Zuschüsse von 35 % der Ausgaben (1955) auf 12 % der Ausgaben 1976 absanken. Da die Arbeitenden die Hauptfinanzierer sind, ist klar, daß eine Million Arbeitslose, der geringere Lohnanstieg (von dem 18 % an die Sozialversicherung abgeführt werden) und die Zunahme der Rentner um 1 Million zur Krise führten. 1976 mußte die Rentenversicherung 6 Millionen DM mehr ausgeben als sie einnahm und damit ihre Reserven aufzehren.

Die Autoren, die den Gewerkschaften angehören, kritisieren scharf die Sanierungsmaßnahmen der Bundesregierung und benennen auch richtig die Ursachen der Krise: »Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, angetreten unter dem Leitgedanken, durch eine Erhöhung der Gewinne Vollbeschäftigung wiederherzustellen, mußte ihr Versagen eingestehen. Die Arbeitslosigkeit ... wurde nicht abgebaut. Die Beitragseinnahmen reichten von daher immer weniger aus, um die Ausgaben zu decken. An eine Erhöhung der Bundeszuschüsse wurde aber nicht gedacht. Damit wurde deutlich, welches unsichere Fundament die kapitalistische Wirtschaft und ihre Entwicklung für die soziale Sicherheit der älteren Generation ist« (70). Die praktischen Schlußfolgerungen aber, die Bäcker und Elsner ziehen, spiegeln ihr gewerkschaftliches Verantwortungsbeußtsein für das kapitalistische System. Sie schlagen zur Sanierung der Rentenversicherung eine Beitragserhöhung von 18 auf 18,5 % und eine stufenweise Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungsbeiträgen vor, sowie eine Erhöhung der Bundeszuschüsse. Der Unterschied zu den Vorschlägen der Bundesregierung besteht also nur darin, daß nicht die Rentner allein, sondern auch die Arbeitenden die Sanierung zuwege bringen sollen. Appell an die Regierung und Opferbereitschaft statt Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmen ist traurige gewerkschaftliche Tradition in Deutschland. Die Unwilligkeit der Autoren, die richtigen politischen Schlußfolgerungen aus ihren Analysen zu ziehen, mindert aber nicht den großen Informationswert dieser wichtigen Broschüre.

Michael Berger (Freiburg)

Badura, Bernhard, und Peter Gross: Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen. Piper Verlag 1976 (360 S., Ln., 32,— DM).

Die Autoren beginnen mit einem quantifizierenden Überblick über die soziale Sicherung, einer kritischen Analyse des Sozialbudgets und versuchen einen säkularen Trend von der Einkommens- zur Dienstleistungsstrategie im Bereich der Sozialpolitik zu belegen. Die bislang vorwiegend ökonomisch motivierte Sozialpolitik sieht sich einem wachsenden immateriellen Sicherungsbedürfnis (z.B. in den Bereichen Bildung, Pflege, Beratung) gegenüber, was zu einer tendenziellen Verknappung persönlicher sozialer Dienste führt, welche diese Bedürfnisse befriedigen sollen. Badura/Gross versuchen nachzuweisen, daß die im Zuge der sozialpolitischen Entwicklung zu konstatierenden Tendenzen zur Bürokratisierung, Verrechtlichung, Professionalisierung und Ökonomisierung an den soziokulturellen Risiken und Bedürfnissen (Pflege-, Erziehungs-, Beratungsnotstände, soziale und kommunikative Not) vorbeizielten (Reduktion der sozialen Frage auf eine materielle).

In der sich anschließenden Analyse verschiedener sozialpolitischer »Optionen« — will heißen Bewältigungsstrategien für soziale Probleme — kritisieren die Autoren an den »Basisoptionen« Ver- und Entstaatlichung die damit einhergehende Verflachung der Problemlage auf einen ordnungspolitischen Gegensatz und kennzeichnen die »Optionen« Kollektivismus und Individualismus als sozialpolitische (ideologische) Wertoptionen, die den gesellschaftspolitischen Strategien Ver- und Entstaatlichung entsprechen. Als drittes Gegensatzpaar werden die Gemeinschaftsoption (solidarisches, ungeplantes und spontanes Handeln) und die Gesellschaftsoption (zweckrationales, monetarisierendes, wissenschaftlich-technisches Bewältigen sozialer Probleme) genannt. Schließlich werden Möglichkeiten und Grenzen der Dienstleistungsstrategie behandelt. Nach Badura/Gross können die klientengesteuerten Dienstleistungen (im Gegensatz zu den institutionengesteuerten Einkommensleistungen) auf einem Kontinuum angeordnet werden, dessen Extrempunkte durch zentralisierte, professionalisierte, monetarisierte und dezentralisierte, naturale, durch Laien erbrachte Dienstleistungen gebildet werden. Die Autoren plädieren für eine Ausweitung »sozialer Selbstbeteiligung« durch Unterstützung und Reaktivierung der sogenannten »kleinen Netze« (Familie, Nachbarschaftsgemeinschaften) insbesondere im Fürsorge-, Pflege- und Beratungsbereich.

Die Autoren kündigen durch die regelmäßig an den Anfang eines Kapitels gestellten umfangreichen Fragenbündel ein anspruchsvolles Erkenntnisprogramm an, das jedoch in keinem Fall auch nur annähernd eingelöst wird. Enttäuschend ist auch, daß der innere Zusammenhang der zahlreichen, sehr heterogenen thematischen Aspekte unklar bleibt. Die ausführliche Erörterung verschiedener Basisoptionen (marxistischer und nichtmarxistischer Provenienz), ihre Anwendung auf verschiedene sozialpolitische Problembereiche sowie das gesamte Kapitel zur »Diffusion und Umsetzung sozialwissenschaftlichen Wissens« (quantitativ weit über ein Drittel des Buches) haben mit der zentralen Themenstellung (Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen) so gut wie nichts zu tun.

Im Kapitel über die »Dienstleistungsstrategie im Rahmen der Sozialpolitik« bleiben wichtige Fragen offen. Wenn z.B. vor dem Hintergrund der Vergemeinschaftungsoption die Ablösung staatlicher (»gesellschaftlicher«) sozialer Sicherungen durch »gemeinschaftliche« (z.B. durch die »kleinen Netze«) gefordert wird, wobei die »Gemeinschaft-Gesellschaft-Konzeption« von Tönnies als theoretischer Hintergrund dient, dann müßten doch zunächst die Ursachen geklärt werden, die für das Versagen der sozialen Sicherung durch die »kleinen Netze« in der Vergangenheit verantwortlich zu machen sind. Darüberhinaus fehlt jede Konkretisierung derjenigen Bereiche, in denen staatliche durch »gemeinschaftliche« Sicherungen ersetzt werden könnten. Der bloßen Ver-

mutung, daß es solche Bereiche gibt, steht die unleugbare Tatsache gegenüber, daß eine Vielzahl von Bildungs-, Beratungs- und Behandlungstätigkeiten ein hohes Maß an Qualifikation, Information, Zeit und Aufwand voraussetzt, über das Laien nicht verfügen. Man denke z.B. an die erheblichen Probleme bei der familiären Pflege langzeitkranker älterer Menschen. Die bei der Aktivierung der »kleinen Netze« entstehenden Probleme, wie z.B. deren Organisation, die Frage, ob und in welcher Form Entgelte geleistet werden und ob nicht die Gefahr finanzieller Selbstbeteiligung besteht, werden von den Autoren lediglich angedeutet oder gar nicht thematisiert. Dies gilt auch für die Frage der politischen Durchsetzbarkeit der Dienstleistungsstrategie insgesamt. Die von den Autoren vorgeschlagene Strategie harmonisiert ausgezeichnet mit dem Konzept der Reprivatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, das die sozialpolitische Reaktion in der Bundesrepublik seit geraumer Zeit vertritt und teilweise auch schon realisiert hat.

Die nahezu ausschließlich auf Fragen der angeblich immer stärker dominierenden Dienstleistungsstrategie abgestellte Abhandlung läßt den Eindruck entstehen, als existierten im Bereich der Einkommensstrategie keinerlei Probleme, als sei die finanziell-materielle Absicherung des Einzelnen vor sozialen Risiken und Gefährdungen in ausreichendem Maß gegeben. Der im Haushaltsstrukturgesetz, dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, dem 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz sowie in den Änderungen zum AFG vollzogene Abbau von finanziellen (und sachlichen) Sozialleistungen macht deutlich, daß auch in diesem Bereich für die große Mehrheit der Bevölkerung akute sozialpolitische Defizite bestehen. Die Finanzkrise der staatlichen Sozialpolitik verweist auf die fundamentale Abhängigkeit der sozialpolitischen Institutionen von den ökonomischen Grundstrukturen einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft, deren Analyse — von Badura/Gross nicht einmal ansatzweise unternommen — Grundvoraussetzung für die Entwicklung alternativer sozialpolitischer Strategien darstellt.

Reinhard Bispinck (Köln)

Beyme, Klaus von: Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat? Sozialpolitik und Sozialstruktur der Sowjetunion im Systemvergleich. Piper Verlag, München 1977 (144 S., br., 10,— DM).

Durch die Wirtschaftskrise, durch Stagnation und Abbau der sozialen Leistungen übt »die Sozialpolitik ihre systemlegitimierende Kraft in kapitalistischen Ländern nicht mehr im gleichen Maße« aus (23). Da könnten viele auf den Gedanken kommen, von den sozialistischen Ländern zu lernen. Hier greift der Autor ein, indem er — auf einer breiten Materialbasis argumentierend — gezielt Anleihen beim Sozialismus empfiehlt und anderes verwirft. Die Kriterien dafür gewinnt er aus einer Rahmentheorie über Bedingungen und Probleme von Sozialpolitik in Ost und West.

Er entwirft sie in der Perspektive einer sozialistischen Alternative für die hochentwickelten kapitalistischen Länder. Dabei vertritt der Verfasser »die Meinung, daß auch bei umfangreicher Sozialisierungspolitik in den heute noch kapitalistischen Systemen nicht die gleichen Egalisierungswirkungen in der Verteilungssphäre von der Sozialisierung ausgehen würden wie in bisherigen sozialistischen Ländern.« (126). Die Gründe dafür sieht von Beyme in der Dauerhaftigkeit der sozialen *Schichtung* (die die Klassen überleben würde), die stärker ausdifferenziert sei als in Rußland 1917, in Gruppenpluralismus und Gewerkschaftsmacht, in den Beharrungskräften der sozialen Sicherungssysteme selbst (126ff.). Daher seien heute »weniger die Existenz oder Nichtexistenz von allgemeinen Systembedingungen für sozialpolitische Durchsetzungskraft entscheidend, sondern die Organisations- und Konfliktfähigkeit von Verbänden und politischen Organisationen.« (38)

In der Konfliktfähigkeit der Verbände und letztlich in dem rasch wachsenden An-

spruchsniveau des Individuums liegen nach von Beyme die die politischen Systeme in West (und zunehmend auch in Ost) destabilisierenden Kräfte. Für die Sozialpolitik resultierten sie in zwei miteinander verbundenen Widersprüchen. 1. Soziale Not verlangt objektiv zunehmend nach *gesellschaftlichen*, d.h.i.d.R. staatlichen Lösungen, die die Handlungsfreiheit des *Individuums* und der gesellschaftlichen Gruppen einengen. Als Beispiel behandelt von Beyme ausführlich die repressive Haltung gegenüber »abweichendem Verhalten« in der Sowjetunion (77ff.), die er in anderen Formen (»Terrorismus-Hysterie«, 110) auch für den Westen konstatiert. 2. Durch die Erweiterung der sozialen Fürsorge unter dem Druck massenhafter Ansprüche und durch die Selbstreproduktion der sozialen Sicherungssysteme (Sozialbürokratien) muß Sozialpolitik auf *Egalisierung* angelegt sein; andererseits gelingt es Individuen und Gruppen, durch soziale Sicherung *Privilegien* zu halten oder gar auszubauen. Beiden Problemen liegt der scheinbar unaufhebbare Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft zugrunde.

In dieser Sichtweise rät von Beyme, für die gesellschaftliche Stellung des Individuums von der Sowjetunion nichts zu lernen. Sozialfürsorge und Einzelfallhilfe seien dort unterentwickelt (77, 108), abweichendes Verhalten werde unterdrückt. Anders für den gegen individuellen und Gruppenegoismus wirkenden Vergesellschaftungsprozeß sozialer Problemlösungen: wenn die zentrifugalen Kräfte im Westen, etwa die Gewerkschaften, »mehr und mehr in die Administration, Beratung und Planung sozialer Sicherungssysteme hineingedrängt« und ihre »Gemeinwohlbindung« »erfindungsreich organisiert« wird, ohne daß es »zur formellen Übernahme der administrativen Verantwortung für die sozialen Sicherungssysteme kommt« (121), dann bleibt das System labil. Entweder entfernen sich die bürokratischen Spitzen von der Masse der Mitglieder — das ist die *eine* Bruchstelle, oder sie kündigen die Partnerschaft mit dem Staat auf — das ist die *andere*. Dagegen empfiehlt von Beyme die Entwicklung eines »neuen Korporatismus«. »Am Ende einer solchen Entwicklung könnte sehr wohl eine Verschmelzung der politischen und ökonomisch-gesellschaftlichen Sphäre in einem einheitlichen, politisch konzipierten Handlungsverbund stehen, wie sie für bisherige sozialistische Gesellschaften typisch ist, allerdings (wie man hoffen darf) mit mehr Pluralismus und weiteren authentischen (nicht von oben manipulierten) Partizipationsrechten ausgestattet. Was als 'Gewerkschaftsstaat' vielfach verketzert wird, könnte vielleicht eine Balance der Kräfte schaffen, um die bisherigen Nachteile pluralistischer inkrementaler Prozeßpolitik in den westlichen Wohlfahrtsstaaten im Sozialbereich abzufedern.« (121) Den Klassen sollen also, nach der Vorstellung des Autors, ihre politischen Kräfte genommen und in einer höheren Einheit versöhnt werden. In der Sowjetunion wurde ein »einheitlicher Handlungsverbund« auf der Grundlage der Beseitigung antagonistischer Klassen geschaffen; sollen die Klassen im Westen nach Meinung des Autors auch erst beseitigt werden? Und selbst wenn — wie wird im korporativen Staat das Problem der Freiheit des Individuums gelöst? Auf diese Fragen fehlen die Antworten bei von Beyme.

Dreh- und Angelpunkt der Position des Autors ist seine Auffassung der Stellung des Individuums im Vergesellschaftungsprozeß: mal hält er die Freiheit des einen, mal die Notwendigkeit des anderen fest. Von Beyme sieht keine historische Perspektive, in der der Gegensatz von Individuum und Gesellschaft aufgehoben und das Problem der Freiheit gelöst werden könnte. Er untersucht nicht das Problem, ob nicht auch in der UdSSR noch soziale Gegensätze und Interessenkämpfe die von oben regulierende Tätigkeit des Staates auf den Plan rufen; er interessiert sich nicht für die schon bestehenden Formen der solidarischen Regelung von Konflikten. Er sieht beispielsweise an der Tätigkeit der freiwilligen Helfer der Miliz in der Sowjetunion (*narodnye družiny*) nur ihren sozialistischen »Übereifer« bei der — teils gewaltsamen — Vergesellschaftung der Individuen; nicht sieht er darin die Ansätze zur gesellschaftlichen, selbstverwaltenden

Regelung von sonst staatlichen, den Bürgern entfremdeten Angelegenheiten. Für den Westen den Sozialismus ohne kommunistische Perspektive wollen, das bedeutet: die gegenwärtigen Probleme vom Standpunkt weiterbestehender sozialer Ungleichheit und unterentwickelter Individuen betrachten. Was Wunder, daß sie nicht lösbar erscheinen?

Wieland Elfferding (Berlin / West)

Ökonomie

Föppl, Christine: Die Vollbeschäftigungsformel. Wirksame Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1978 (128 S., br., 4,80 DM).

Nach Auffassung von Ch. Föppl kann und muß Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Industrienationen nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden, weil die politischen Folgen von Massenarbeitslosigkeit angesichts der Systemkonkurrenz in Westeuropa die Systemfrage auf die Tagesordnung setzen und weil alle nicht-marktkonformen Lösungsversuche, wie z.B. Investitionskontrollen, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Ausbau des Staatssektors eine Unterminierung des Systems der Profitwirtschaft bedeuten. Die Dringlichkeit einer marktkonformen Lösung der Arbeitslosigkeit macht Föppl wie folgt deutlich: Im Unterschied zu den USA, wo »sozialistisches Gedankengut keinen Nährboden findet«, ist »in Europa ... Dauerarbeitslosigkeit ganz und gar unerträglich. Sie ist Dynamit in den Händen der Systemsprenger. Die Anhänger der zentralen Planwirtschaft sitzen bei uns in den Startlöchern. Die kommunistische Propaganda des Ostens hat schon lange nichts mehr so begierig aufgegriffen und breitgetreten wie die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern. Für sie beweist das endlich einmal die Unterlegenheit des 'Kapitalismus'.« (8)

Nach dieser Skizze des politisch-theoretischen Selbstverständnisses der Autorin folgt ihre Analyse der Ursachen von Arbeitslosigkeit. Als wesentlicher Faktor wird dabei die »Verteilungseuphorie« herausgestellt, die in den 60er und frühen 70er Jahren in vielen westlichen Industrieländern ausgebrochen sein soll: »Freudvoll, neidvoll und gedankenlos setzten Staat und Gewerkschaften das große Verteilungsmesser bei den Gewinnen an und schnitten Jahr für Jahr Scheibe um Scheibe ab.« (10) Ausbau des Sozialstaates und der Infrastruktur, Besteuerung von Gewinnen und Umsätzen, Lohnsteigerungen und Abschwächung des Lohngefälles (wodurch »noch die letzte Küchenfee hinterm Ofen vorgekitzelt« [11] wurde), Erweiterung des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt u.v.m. bezeichnet Föppl als Maßnahmen, die von der »schönen Illusion« der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit getragen wurden (vgl. 13). Diese aber, stellt sie fest, »wird es hienieden niemals geben, denn keine Gesellschaft kann ganz auf Unterschiede verzichten, die den Menschen zur Tat stimulieren...« (ebd.), erst recht nicht die Marktwirtschaft, die alles vertrage, nur keinen Egalitarismus; denn sie könne zwar »alle Menschen reicher machen als jedes andere System, nur nicht alle gleich reich« (13).

Vom Standpunkt der Legitimation der Profitlogik, den Föppl einnimmt, haben einerseits Staat und Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit verursacht, weil ihre Beschneidung der Unternehmergewinne die Betriebe dazu zwangen, stärker zu rationalisieren und somit Arbeitsplätze zu vernichten; andererseits ist der Verbraucher an allem Schuld, der durch seine »Widerspenstigkeit« Absatzmärkte stagnieren ließ, was rückwirkend die Produktion beeinträchtigte und wiederum Arbeitskräfte freisetze. Fazit: »Wohlstand macht arbeitslos« (36). Deutlicher kann man den Widersinn des Profitsystems wohl kaum aussprechen. Angesichts der Bedrohung, die von der »Arbeitslosigkeit durch Sättigung« (39) für dieses System ausgeht, untersucht Föppl die Wirksamkeit bisheriger Versuche und Strategien zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und

stellt fest, daß wegen des Versagens der Wachstumspolitik die letzte marktkonforme Lösung des Problems »Arbeitszeitverkürzung« bzw. »Verknappung des Arbeitsangebots« heißt. Arbeitnehmer und Gewerkschaften fordert sie daher auf, statt »mehr Lohn« in den kommenden Tarifrunden »mehr Freizeit« zu fordern. Anknüpfend an die verbreitete Vorstellung, daß Lohn das Entgelt für geleistete Arbeit sei, verlangt sie, für kürzere Arbeitszeit auch entsprechend weniger Lohn zu zahlen. Von Seiten der Unternehmer fordert sie die Einsicht, daß das »freie Unternehmertum auf dem Spiel« (74) steht, wenn sie nicht unverzüglich in eine Verkürzung der Arbeitszeit einwilligen. Als »Opfer« müßten sie freilich auf gewisse Vorteile verzichten, die sie bisher aus der Arbeitslosigkeit ziehen konnten. Ferner müßten sie durch Veränderung der Arbeitsorganisation ermöglichen, daß mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden können.

Vom Staat wird schließlich eine konsequente Abkehr von der Politik »übertriebener Sozialleistungen«, Senkung der Gewinnsteuern sowie absolute wirtschaftspolitische Abstinenz gefordert. »Mehr Staat«, in welcher Form auch immer, schade dem Wirtschaftsklima und hemme damit die Unternehmerinitiative (vgl. 108). Darüber hinaus sollte die Öffentlichkeit den Unternehmer nicht »unentwegt verketzern«: »Die Marktwirtschaft braucht ihn, seine Phantasie, sein Gespür für das Aussichtsreiche, seine Flexibilität und Risikobereitschaft, dieses 'bestimmte Etwas', das der Unternehmer haben muß und das kein Staatskommissär jemals lernt.« (68) Rationalisierungen sollten weder von Seiten des Staates noch von den Gewerkschaften behindert werden. Zum Ausgleich wird jedoch »Arbeitszeitverkürzung ... zum Dauerprogramm in allen Wohlstandsländern gehören müssen« (79).

Obwohl Föppl die Auffassung vertritt, daß die Marktwirtschaft ohne Wachstum auskommen kann (vgl. 5), macht sie sich Gedanken über das Problem ausbleibender Nachfrage, welches sie einerseits durch Erfindungsreichtum im Aufspüren neuer Märkte und andererseits durch Verringerung der Besteuerung von Arbeitnehmerinkommen (zwecks Nachfrageerhöhung) zu lösen gedenkt.

Staatliche Maßnahmen und Institutionen, wie z.B. Investitionslenkung, Lohnleitlinien, Stützung unrentabler Betriebe, Export- und Importbeschränkungen, staatliche Auflagen für Produktion, Verwaltung und Ausbildung in Privatunternehmen zerstören ihrer Meinung nach »die Grundlage des allgemeinen Wohlstandes, die Marktwirtschaft« (66) und sind somit zu bekämpfen. Den Staat will Föppl zurückdrängen auf die Funktion der Herstellung infrastruktureller Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung einerseits und der Integrierung von unzufriedenen potentiellen Infragestellern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, z.B. durch Einstellung aller arbeitslosen Lehrer, Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Frührentner etc. andererseits.

Im Hinblick auf die Gewerkschaften kritisiert sie z.T. zurecht deren unzulängliche in sich widersprüchlichen oftmals technikfeindlichen Haltungen gegenüber dem technischen Fortschritt. Die Schwäche der realen und programmatischen Alternativen zur Marktwirtschaft machen die Stärke und relative Berechtigung dieser Apologie der Marktwirtschaft aus. Vom Standpunkt des Gesamtkapitals bekämpft Föppl das unternehmerische Tabu der Arbeitszeitverkürzung ebenso wie das gewerkschaftliche Tabu des Lohnverzichts; an ersterem könnte die Marktwirtschaft tatsächlich politisch zerbrechen, am »vollen Lohnausgleich« hingegen wird sie auch in wirtschaftlicher Sicht nicht zugrundegehen.

Zu fragen bleibt, weshalb dieses Buch in der Reihe »fischer alternativ« erscheint. Föppl kann sich bestimmte Vorstellungen der Alternativscene zu eigen machen, die offensichtlich mit privatwirtschaftlich-konservativen Zielen hervorragend korrespondieren, wie z.B. der Ruf nach »weniger Staat«, »weniger Bürokratie«, mehr privaten Freiheiten und individuellen Spielräumen, mehr »Gemeinsinn« etc. Sie hält es ferner für opportun, in Fragen des Baus von Atomkraftwerken (taktisch) zurückzuweichen, bevor

es zur Infragestellung des Wirtschaftssystems kommt. Vielmehr sollten Parteien, Regierungen und Gewerkschaften »mehr auf den Bürger hören und den Zeitgeist so früh erkennen und interpretieren, daß sie möglichen Unruhen, Bürgerinitiativen oder Radikalisierungstendenzen vorbeugen können« (114f.) — durch entsprechende programmatische Zugeständnisse.

Beate Guthke (Berlin / West)

Hanesch, Walter, und Uli Single (Hrsg.): »weg von der Straße für ein Jahr...«. Maßnahmen zur Jugendarbeitslosigkeit. Focus-Verlag, Lahn-Giessen 1977 (210 S., br., 9,80 DM).

Die Autoren waren haupt- oder nebenberuflich Mitarbeiter bei Lehrgängen der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) für arbeitslose Jugendliche. Aus ihren Erfahrungen mit dieser Lehrgangsarbeit entstanden die vorliegenden Beiträge.

Der erste Aufsatz (Single, Funktionen und Widersprüchlichkeiten von Maßnahmen der BfA zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) versucht eine grundsätzliche Einschätzung der politischen Funktionen der Maßnahmen der BfA. Single charakterisiert diese Maßnahmen als Reaktion auf die Folgeprobleme von Arbeitslosigkeit, die erst dann erfolgt sei, als die Legitimation des Staates und die Loyalitätsbindungen der Jugendlichen zur herrschenden Gesellschaftsordnung bedroht gewesen seien. Als einzelne, sich z.T. widersprechende Funktionen staatlicher bzw. quasistaatlicher Maßnahmen benennt Single die Vermittlung von Arbeitstugenden, die Verhinderung der gesellschaftlichen Desintegration der Jugendlichen, Individualisierung und Aufbewahrung (Parkplatzeffekt). Kennzeichnend für diese Lehrgänge sei der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität: auf der Ebene der offiziellen Verlautbarungen werde als Ziel immerhin noch die Hilfestellung für die Betroffenen betont (Ausgleich von schulischen und anderen Sozialisationsdefiziten), unterhalb dieser Ebene (etwa in internen Richtlinien der BfA und Gesprächen mit Trägern von Bildungsmaßnahmen) gestehe man die Unmöglichkeit der Verwirklichung dieser Ziele ein und formuliere Anweisungen an die Träger, die als bestimmende Zielsetzung der Lehrgänge die Anpassung der Jugendlichen an vorgegebene Normen und Arbeitstugenden vorgebe. In der Realität der Bildungsmaßnahmen habe man Schwierigkeiten, wenigstens diesen Anpassungsprozeß zu gewährleisten — weitergehende Ziele seien nicht zu erreichen. Als Gründe dafür nennt Single: Die Zuordnung der Jugendlichen zu verschiedenen Maßnahmenteilen erfolge weitgehend willkürlich (nach zufällig freien Kapazitäten); die Berufsfelder, in denen Lehrgänge angeboten werden, entsprechen nicht immer der allgemeinen oder örtlichen arbeitsmarktpolitischen Situation; die materielle Ausstattung sei miserabel; es existierten keine verbindlichen Curricula; die Kontrolle erfolge nur auf der Ebene formaler Anforderungen (Anwesenheitspflicht, Disziplin usw.); die sozialpädagogische Betreuung sei unzureichend.

Diese Rahmenbedingungen und nicht zuletzt die Angst vor der Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes führen bei den meist jungen und beruflich noch unerfahrenen Mitarbeitern zu Resignation und Zurücknahme von mehr oder weniger bewußt vorhandenen Ansprüchen inhaltlicher Art in ihrer Arbeit. Die Jugendlichen selbst erfahren die Widersprüche zwischen ihren Interessen und offiziellen Verlautbarungen einerseits, und der Realität andererseits am schärfsten: ein Großteil bricht die Lehrgänge ab, für andere erfüllen sich die Hoffnungen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz nach dem Lehrgang nicht.

Zwei weitere Beiträge behandeln exemplarisch verschiedene Lehrgänge, ihre institutionellen Bedingungen, Konzeptionen, Ablauf, Einschätzungen — sie stellen die Hilfslosigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter in ihrer Arbeit dar (Iris Bergmiller und Walter Hanesch über einen Förderungslehrgang der BfA, Helmut Landgraf und Uli Single über Sozialkundeunterricht in einem kaufmännischen Grundlehrgang). Von ganz an-

derer Art ist der letzte Beitrag von Karin Schmidt: ein Erfahrungsbericht einer Sozialarbeiterin, die »Sozialarbeit politisch nicht (für) vertretbar« hielt und durch die eigene Arbeitslosigkeit gezwungen wird, in das »verachtete« Arbeitsgebiet einzusteigen — als Sozialbetreuerin von jugendlichen Arbeitslosen.

Dieses Buch hat unbestreitbare Stärken: dazu gehört die Anschaulichkeit — wer jemals direkt mit solchen Maßnahmen der BfA zu tun hatte, wird schnell seine eigenen deprimierenden Erfahrungen in dem Buch dargestellt finden. Eine Schwäche des Buches ist es m.E., daß in der Analyse die Einordnung der Maßnahmen der BfA in einen größeren Zusammenhang (aktuelle Tendenzen in der beruflichen Bildung, Zusammenhang von Arbeitsanforderungen und Qualifikationsentwicklung) fast völlig unterbleibt. Darüberhinaus hätte eine kurze Zusammenstellung von wichtigen Zahlen (z.B. wieviele Jugendliche haben nach Absolvierung von Bildungsmaßnahmen wirklich einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz erhalten?) den Gebrauchswert des Buches erhöht.

Die Verfasser betonen in der Einleitung, »eine Arbeit in den derzeitigen Maßnahmen ... (müsse) unter der Perspektive einer (gesellschaftlichen) Veränderung geleistet werden«. Daß diese Perspektive höchst unkonkret bleibt und »Lösungen ... hier nur angedeutet werden«, begründen die Autoren damit, daß es zur Zeit »keine gesellschaftliche Kraft gibt, die ihre Realisierung intendiert.« (9) Angesichts der Schwerpunktsetzung der Gewerkschaftsjugend auf die bundesweite Aktion »Stop Jugendarbeitslosigkeit«, ersten zaghaften Ansätzen einer stadtteilorientierten Gewerkschaftsarbeit (zum Problem Jugendarbeitslosigkeit), Diskussionen um die Notwendigkeit grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen auch im Erwachsenenbereich von Einzelgewerkschaften, halte ich die von den Verfassern vertretene Position für höchst problematisch. Sie verfestigt nur die Hilflosigkeit in der praktischen Arbeit.

Helga Karl (Kassel)

Lenhardt, Anne, und Gerhard Weiß: Stahlkrise an der Saar. Ein Kampf um Arbeitsplätze. Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M. 1978 (96 S., br., 6,— DM).

Die Untersuchung gliedert sich in drei Komplexe: 1. Analyse der Stahlkrise in Westeuropa und ihre Auswirkungen auf das Saarland, 2. Beschreibung des Kampfes gegen die monopolistische Strukturpolitik und Arbeitsplatzvernichtung und 3. Analyse der Politik der IG-Metall während der sich verschärfenden Situation in der Stahlindustrie. — Seit nunmehr vier Jahren befindet sich die westdeutsche Stahlindustrie in der Krise. Die Autoren sehen die Ursache hierfür in konjunkturellen und strukturellen Faktoren: Standortprobleme; Substitution von Eisen durch andere Werkstoffe; Verschärfung der Konkurrenz auf dem internationalen Stahlmarkt durch die zunehmende Produktion von sog. Massenstahl in den fortgeschrittenen Entwicklungsländern. Von 1970-1976 wurden 3500 Arbeitsplätze in den Saarlütten vernichtet. Weitere rd. 9000 Arbeitsplätze sind, vor allem nach dem Ankauf von zwei Saarlütten durch den luxemburger Konzern ARBED unmittelbar in Gefahr. Die Möglichkeiten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, sind minimal, da die Arbeitslosigkeit im Saarland mit rd. 7 % sowieso schon über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Arbeiterbewegung des Saarlandes ist durch ein im hohen Maße sozialpartnerschaftliches Bewußtsein und einen relativ starken organisierten christlichen Flügel gekennzeichnet. Die IG-Metall ging bis Anfang 1977 davon aus, daß Massenentlassungen in der Metallindustrie keine akute Gefahr darstellen und reagierte auf die Politik des Arbeitsplatzabbaus der Stahlkonzerne defensiv. Einführung von Kurzarbeit, Sozialpläne, die den vorzeitigen Übergang älterer Arbeitnehmer ins Rentenalter ermöglichen, und Abfindungen im Falle der Entlassung jüngerer Arbeitnehmer, hielten die IG-Metall in den ersten Jahren der Stahlkrise davon ab, die Betriebe zu mobilisieren. Auch die Montanmitbestimmung wurde nicht als Gegenmachtposition der Arbeitnehmer verstanden. Die Belegschaften waren »... zwischen Angst und Hoffnung, Glauben und

Zweifel hin- und hergerissen ...« (40). Die Arbeitnehmer hatten noch die Hoffnung des individuellen Nichtbetroffenseins, da Massentlassungen bis März 1977 auch tatsächlich verhindert werden konnten. Erst die Bekanntgabe von Massentlassungen durch die Unternehmensleitung der Neunkircher Eisenwerke führte dann zu größeren Aktionen der Arbeitnehmererschaft. In diesem Kampf, der auch von den Belegschaften zweier anderer saarländischer Stahlwerke geführt wurde, formulierte die IG-Metall wesentliche Elemente einer neuen Strategie. Zunächst wurde aber von der IG-Metall weiterhin nicht in den Betrieben mobilisiert, sondern sie orientierte auf außerbetriebliche Kundgebungen gegen die Massentlassungen, auf denen es zu Solidarität mit breiten Teilen der dortigen Kirche und den kleinen Gewerbetreibenden kam. Die dort erhobene Forderung nach finanzieller und organisatorischer Hilfe bei der notwendigen Umstrukturierung des Stahlsektors wurde von der Bundes- und Landesregierung zunächst ignoriert.

Die Bedrohung durch Massentlassungen und die Untätigkeit der Regierung führte dann zur Aufstellung weitergehender Forderungen. Im November 1977 forderten die Arbeitnehmer des Saarlandes und die IG-Metall in einer Resolution auf der Konferenz der IG-Metall Bezirksleitung Frankfurt, die Vergesellschaftung der Stahlindustrie. — Die Lektüre dieses Heftes ist allen zu empfehlen, die sich mit theoretischen und praktischen Problemen der Betriebsarbeit beschäftigen. Günter Bouwer (Bremen)

Höhmann, Hans-Hermann (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung. Beiträge zur Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Osteuropa. Europäische Verlagsanstalt, Köln und Frankfurt 1977 (252 S., br., 22,— DM).

Der besprochene Band aus der Reihe »Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik« befaßt sich mit der »Planung und Lenkung der Arbeitskräfte« in den vier wirtschaftlich stärksten Ländern des RGW-Bereichs. Jedem dieser Länder, Sowjetunion, DDR, Tschechoslowakei und Polen, ist ein Aufsatz gewidmet. Nach einer knappen Zusammenfassung des ökonomischen Entwicklungsstandes und der wirtschaftspolitischen Zielsetzung des jeweiligen Landes folgt eine Darstellung der Beschäftigungsstruktur und ihrer Entwicklung nach verschiedenen Kriterien (Alters- und Geschlechtsstruktur, Verteilung nach Sektoren und Regionen sowie unter qualifikatorischen Gesichtspunkten) vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung. Darauf aufbauend wird die Frage nach einer gleichgewichtigen Versorgung des Marktes mit Arbeitskräften erörtert, wobei für die DDR, die Tschechoslowakei und mit Einschränkungen die UdSSR die Arbeitskräfteknappheit im Vordergrund steht, während in Polen das Problem der Arbeitsbeschaffung Priorität zu besitzen scheint. Im Anschluß an die Erörterung der jeweiligen Problemlage werden Ziele und Methoden der Arbeitskräftepolitik im Hinblick auf ihre Wirksamkeit diskutiert. Dabei ist von einer, im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern des westlichen Mitteleuropas, sehr hohen Erwerbsquote auszugehen, so daß eine nennenswerte Vergrößerung des Angebots an Arbeitskräften durch eine weitere Steigerung der Frauenarbeit und durch weiteren Einbezug von Rentnern in den Produktionsprozeß kaum Abhilfe verspricht. Die Arbeitskräftepolitik ist daher auf einen »rationaleren Umgang mit dem vorhandenen Arbeitspotential« (123) verwiesen.

Sind die Beiträge einerseits, was den länderkundlichen Aspekt betrifft, sehr informativ, und trägt auch ein sich ähnelnder Aufbau der Arbeiten dem Wunsch nach Vergleichbarkeit Rechnung, so bleibt andererseits zu fragen, ob der Vorsatz, »einen Beitrag zum Vergleich der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in Ost und West (zu) leisten« (Umschlagtext), eingelöst wird, hat doch der Leser in der Regel Vergleichszahlen und -materialien bzw. das Problembewußtsein ihrer relativen Unvergleichbarkeit nicht unmittelbar zur Verfügung. Im Beitrag von J. Kosta über die Tschechoslowakei wird eine derartige, in jedem Fall wünschenswerte, Gegenüberstellung (Tschechoslowakei-Öster-

reich) angedeutet. Trotzdem drängen sich nicht nur bei den jeweiligen Aussagen zur Qualifikationsstruktur der Bevölkerung Vergleiche auf, bei denen die kapitalistischen Länder nicht gerade gut abschneiden würden. Dies wird auch dadurch nicht gemildert, daß dieser Erfolg lediglich der »Propaganda« zugeschrieben wird, also mit einem Begriff operiert wird, der eher geeignet ist, negative Assoziationen zu erzeugen (110). Sogar im Zusammenhang hoher Frauenerwerbstätigkeit als »wesentlichem Element der Gleichberechtigung« wird ebenfalls dieser Begriff verwendet (106). Man sieht z.B. in der regional sehr unterschiedlichen Frauenerwerbstätigkeit in der UdSSR sowie in Polen, daß »Propaganda« nicht das wichtigste Erklärungsmuster sein kann. Auch die Passagen zum Problem qualifikations(un)gerechten Einsatzes der Arbeitskräfte (119f., 170f.) können ein positives Bild kaum stören, denn es scheint nicht einmal entscheidbar, ob es sich um eine tendenziell unter- oder überqualifizierte Beschäftigung handelt.

Es wäre eine falsche Erwartung, in diesem Sammelband Anhaltspunkte für eine alternative Arbeitsmarktpolitik der kapitalistischen Länder des westlichen Europas zu finden. Für den Osteuropa-Interessierten, der ohne diese heimlichen Wünsche das Buch rezipiert, bietet es sicherlich umfangreiche Informationen und Anregungen zur Weiterarbeit.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die vorliegenden Analysen zur Beschäftigungsstruktur und -politik in Osteuropa belegen, welche Bedeutung den Fragen der Arbeitskräftepolitik in den behandelten Ländern beigemessen wird. Allerdings würden wir uns nicht dem Urteil von Höhmann/Seidenstecher (95) anschließen, dies bestätige, »daß das Lenkungsinstrumentarium in seiner heutigen Form keine optimale Arbeitskräfteallokation gewährleistet«. Vielmehr deutet es u.E. auf die gänzlich anderen dort bestehenden gesamtgesellschaftlichen Planungsmöglichkeiten und -wirklichkeiten hin, die im krassen Gegensatz zur Arbeitsmarktrealität im kapitalistischen Westen stehen, wo Arbeitslosigkeit, sei sie nun strukturell oder konjunkturell, immer noch als gesamtwirtschaftlicher Reinigungseffekt begriffen wird.

Dieter Grünh/Reinhard Ost (Berlin/West)



Kontroversen über: Wirtschaftstheoretische Grundlagen, Krise/Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkttheorie, Alternative Regionalpolitik. Bolle, Hickel, Huffschild, Kisker, Riese, Vogt.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



11/12 '79

R. Falk: Die VI. Gipfelkonferenz in Havana — ein Wendepunkt?
 Rede Fidel Castros: Taten, nicht nur Worte
 Institutionen der Nichtpaktgebundenen
 Chronologie der Bewegung
 ZK der KP Kubas: Zwischenbilanz drei Jahre nach dem 1. Parteitag
 R. Valladas/R. Amador: Maskerade der Junta in Honduras
 Chile: 7-Punkte-Vorschlag der Christdemokratie
 A. Goeb: Das Volkstribunal von Phnom Penh
 Pham Van Dong: Vietnam und die Kampucheafrage
 Mißbrauchtes »Schiff für Vietnam«
 M. Opperskalski: Wende der iranischen Volksrevolution?
 Ayatollah Khomeini: Die Linke war immer dagegen
 Offener Brief zum Kurdenproblem
 Entschließung der revolutionären Streitkräfte Äthiopiens
 J. Ostrowsky: Angolas Revolution wird weitergehen
 H.-E. Gross: CDU-Gewerkschaftsinfiltration in Guatemala
 Rückblick: 25 Jahre bewaffneter Aufstand in Algerien

10. Jg 1979

blätter des informationszentrums **dritte welt**

79/1979

Ausländer in der BRD
 Folgen der Arbeitsemigration
 Türkische Arbeiterinnen bei Siemens
 Frauen von Ausländern setzen sich zur Wehr
 Nachrichten und Kurzberichte zu: Nicaragua, Iran, Liberia, Thailand, Nepal

80/1979

Indochina
 Warum fliehen die Chinesen?
 H. Gollwitzer zu den Vietnamflüchtlingen
 Kampuchea-Vietnam
 Australien: Völkermord auf Raten
 Frauen in der Dritten Welt
 Buchbesprechungen, Leserbriefe, Nachrichten und Kurzberichte.

81/1979

Eritrea' Befreiungskampf
 Zur Geschichte der Abhängigkeit
 Interview mit der EPLF
 Tansania: Erfahrungsbericht von Entwicklungshelfern
 Brasilien: Deutsche Atomtechnologie
 Medien: Werner Herzog und die Indianer

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. — Erscheint monatlich. Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahresabo 20,- DM. — AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40–60 Seiten: DM 28,-/GS 200,-/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-/GS 140,-/Sfr 20,40). Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761/74003


**betrifft:
erziehung**

Demokratische Erziehung

11 '79

Interview mit D. Gallas: Die GEW der 80er Jahre

P. Fenske/F. Menze: Soziogramm des Kollegiums

Grundschulreport des Max-Planck-Instituts

H.v. Hentig: Die Reform der Schule war nicht radikal genug (II)

Fachdidaktischer Trendbericht: Philosophie

F. Rendtel: Staatsexamina — Was ist schon wissenschaftlich?

C.W. Müller: Sozialpädagogik — Alles unter einem Hut

M. Dickenberger: Soziales Lernen in Italien

Rezensionen

Medien — Informationen

12 '79

Thema: Schülerfreizeit

Gespräch mit Hauptschullehrern einer Großstadtschule: »Mehr Freizeit in der Schule heißt mehr Konfrontation«

P. Treitz: Schuldrukereien — Drucken macht Spaß

A. Schäfer: Diplompädagogen — Qualifikation unbekannt?

Fachdidaktische Trendberichte: Pädagogik — Unterricht

K.P. Craemer: Hamburgs Lehrer streiken

W. Sachs: Schulreform — Enttäuschte Mittelklassenträume

Rezensionen

Medien — Informationen

12. Jg 1979

6 '79

Kommentare und Berichte

K. Goehrke: Zehn Jahre Gesamtschule und immer noch Versuch?

J. Kahl: Weihnachten — das heitere mittwinterliche Friedensfest

W. Jantzen/E. Schröder: Früherfassung und Förderung von Risikokindern

Erwachsenenbildung

P. Faulstich/R. Lütke: Arbeiterinteressen und Weiterbildungsorganisation

J. Harms: Die »Ausgewogenheit« der Bundeszentrale für politische Bildung

A. Weinmann: Gewerkschaftliche Elternbeiratschulung

D. Dattel: Hauptschulabschluss an Volkshochschulen

Diskussion:

Zu A. Rangs Alternativschul-Kritik (W. Kunstmann, J. Ramseger) und zum Narzissmus (Esslinger/Naumann)

Bildungspolitische Information:

Zur Gesamtschule und zur DGB-Bildungskonferenz

Rezensionen, Kommentare und Erfahrungsbericht zur »Demokratischen Erziehungspraxis«

5. Jg 1979

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim - Einzelheft DM 5,-; Jahresabo DM 48,-; Studentenabo DM 38,-; Probeabo (4 Hefte) DM 10,-

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. - Alle zwei Monate. - Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,- DM. - Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratie und Recht

4 '79

Hauptaufsätze

Rolf Groß: Pressekonzentration und Pressepolitik

Michael Antoni: Die Legende von Weimar — 30 Jahre grundgesetzwidrige 5%-Klausel

Kommentare und Berichte

N. Paech/H. Stein: Radikale vor Gericht — Eine Rechtsprechungsübersicht 1979

K. v. Kreitor: Das Ausnahmegesetz — das schwedische Modell der repressiven Gesetzgebung

M. Breitbach: Ehrfähigkeit des Staates und Prozessuales zur Meinungsfreiheit

G. Fülberth: Der Entwurf für ein »Gesetz zur Änderung des HRG« des BdWi

Entscheidungen

Urteil des Kammergerichtes vom 12.2.1979 (»Agit-Drucker-Prozeß«)

Beschluß des AG Münster vom 11.2.1979 (Keine Untreue bei Ausübung des sogenannten Politischen Mandats)

u.a.

Rezensionen

Völkerrecht: Juristenausbildung

*Dokumentation — Hinweise**Jahresregister 1979*

7. Jg 1979

Filmkritik

10 '79

*Theorien und Filme von Klaus Wyborny*Ein Text zum *konventionellen narrativen Film* von und ein Gespräch mit Klaus Wyborny und ein Beitrag zu seinen Filmen*Die Aufgabe des Schnittmeisters: Ökonomie*, ein Gespräch mit Peter Przygodda

11 '79

*Alexander Kluge: 'Die Patriotin'*Ein Interview mit Alexander Kluge, Materialien, *Aufzeichnungen* von Hartmut Biotomsky zum FilmWas über Filme schreiben? *Neue Vielfalt, Zombies, Klassiker von Morgen* von Jürgen Ebert*Rotes Hollywood I*, Buchbesprechungen von Felix Hofmann über Hollywood-Dissidenten

12 '79

*1968 — Filme der Studentenbewegung*Ein Interview und Dokumente: *Peking Review, Adorno-Flugblätter, Linkeck*Transversale eines Begriffs: *Montage Editing Schnitt* von Jürgen Ebert

'Poto und Cabengo', Harun Farocki zu einem Film von Jean Pierre Gorin

23. Jg 1979

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder. — Vierteljährlich-Einzelheft 7,- DM, im Jahresabo 6,- DM, für Studenten 5,- DM. Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Einzelheft DM 6,-; Jahresabonnement DM 56,- (Stud. DM 51,-) plus Porto; erscheint monatlich. Verlag und Herausgeber: Filmkritiker-Kooperative, Kreittmayrstr. 3, 8000 München 2

KULTUR MAGAZIN

Demokratische
Kunst und
Kulturpolitik

15

Literatur ist Ohnmacht — Gebrauchsanweisung für Masochisten

Konzert für Kinder

Kinderzeichnungen aus Bern

Gruppe F: Fotos aus Bern

Rassismus in Kinder- und Jugendbüchern

M.-L. Leus: Eine Frau sucht ihren Körper

Der algerische Roman: Bücher gegen eine zerstörte Identität

16/17

A. Meier: Bahnhof, Bahnhof

H.U. Jost: Geschichte und Funktion des Bahnhofs

H. Witschi: Bahnhof in der Literatur

H. Stucki: Bilder aus dem Berner Bahnhof

C. Glück: Dieses obscure Objekt unserer Begierde — TAZ und NEUE

A. Meier: Clemens Klopfenstein — Film, Maler, Schriftsteller

T. Lindenberger/R. Rosdale: PUNK — Musik die von unten kommt

Ausstellung: Um die Jahrhundertwende oder Der Verlust des Körpers

3. Jg 1979

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooy, G. Magnaguagno, F. Rueb, L. Rusch, B. Wyss. — Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 4,50 sfr/DM, Doppelnummer 5,80 sfr/DM, Jahresabo 30,- sfr/DM, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

6 '79

Wissenschaft-Technik-Weltanschauung

Breshnews neue Vorschläge zur Friedenssicherung

Steuerdiskussion und Alternativen

R. Steigerwald: Technik — Weltanschauung — Klassenkampf

H.-J. Sandkühler: Wissenschaft, Technik und Revolution

H. Lange: Ist die w.-t. Revolution gesellschaftsneutral?

O. Neumann: Nullwachstum oder Fortschritt

J. Hund: DGB-Grundsatzprogramm und w.-t. Fortschritt

D. Seefelder: Mittlere Technologie als Alternative

V. Eichhorn: Wie soll ich leben?

Wie soll die Zukunft sein?

R. Scheringer: Vergiften uns die Bauern?

G. Banse/S. Wollgast: Neue Aspekte der »Technikphilosophie« in der BRD

I.T. Frolov: Humanismus und w.-t. Fortschritt

H. Claas: Vor zehn Jahren starb Werner Hofmann

W. Sagladin: Klischeelösungen sind dem Sozialismus wesensfremd

L. Knorr: Weißbuch gegen europäische Sicherheit

M. Konze: Frauen für demokratischen und sozialen Fortschritt

17. Jg 1979

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. — Red.: F. Krause — Alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung. — Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



37

Sozialistische Alternativen in Westeuropa

R. Rossanda: Zu viele Linke, aber keine Linke für Europa

C. Leggewie: Leben und Arbeiten in der Region

K. Busch: Die Krise der Stahlindustrie und die Politik der Europäischen Gemeinschaft

J.S. Baker: Gewerkschaftliche Internationalisierung und supranationaler Staat

London-CSE-Group: Krise, Arbeiterbewegung und alternative Wirtschaftspolitik

Nielsen/Hansen/Windmüller: Krise des 'Entwicklungsmodells' und die Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik in Dänemark

F.O. Wolf: Portugal im kapitalistischen Europa

Interview mit Nicos Poulantzas über autoritäre Tendenzen in Westeuropa

A. Barnett: Vietnam-China-Kambodscha: Innerkommunistischer Konflikt und das gegenwärtige Vietnam-Problem

9. Jg 1979

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

rote blätter

11 '79

Reportage über Gesamtschule

Aktionen der Lehrerstudenten

LHV zur Hochschulpolitik

Frauen-Sommer-Uni in Westberlin

Bundeswehrgiftskandal in Hamburg

J. von Freyberg: Vietnam und die Linke

Bilder aus dem SAVAK-Archiv

DDR-Serie: 3. Folge

K. Deiritz: Filmemacher proben den aufrechten Gang

Besprechungen zur Frankfurter Buchmesse

Interview mit Sonja Kehler

Beilage: Hauptreferat zum 6. Bundeskongreß

12 '79

Unis geben Studentendaten an Verfassungsschutz

Nachlese: 6. Bundeskongreß des MSB

M. Opperskalski: Angeklagt: Kurt Lischka

B. Müller: Natorüstungspläne: Spiel mit dem Feuer

DDR-Serie: 4. Folge

A. Achenbach: Zur Vermarktung von Bahro/Hübner

Interview mit Harry Belafonte

Besprechungen: Amendts Sexbuch; Wulffs Vietnambuch

K. Deiritz: Peter Schütt — ein Parteipopt?

9. Jg 1979

Hrg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. — Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. — Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

5 '79

Sozialdemokratie seit '59

Brauns, Kisker u.a.: Westdeutsche Sozialdemokratie seit 59

W.F. Haug: Ist das 'Kapital' veraltet?

P. Oehlke: Lehren aus der Gewerkschaftsgeschichte

K. Neumann, A. Wehr: Die Göttinger Thesen — Ein Beitrag zur Diskussion von Marxisten in der SPD?

U. Zichert: Aktuelle Tendenzen einer Einschränkung der Tarifautonomie

D. Bamberg: Angriffe der CSU auf die Einheitsgewerkschaft

N. Paech: Zur gegenwärtigen Lage des Rechtsstaates II

G. Bouwer, H. Alexy: Anmerkungen zum Programm der DKP

2. Jg 1979

Hg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, R. Brögeler, J. Harland, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßnes, Ch. Rix, D. Scholz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 4,50 DM einschließlich Postversand. Bestellungen über spw-GmbH, Moltkestr. 21, 1000 Berlin 45

TEXT+KRITIK

64

Marieluise Fleißer

Franz Schonauer: Marieluise Fleißer aus Ingolstadt

Moray McGowan: Kette und Schuß. Zur Dramatik der Marieluise Fleißer

Theo Buck: Dem Kleinbürger aufs Maul geschaut. Zur gestischen Sprache der M. Fleißer

Michael Töteberg: Spiegelung einer Bohemien-Existenz und Sportroman. Zeitliterarische Bezüge zum Prosawerk Marieluise Fleißers

Walter Schmitz: ... hier ist Amerika oder nirgends: Die negative Erlösung in M. Fleißers Roman »Eine Zierde für den Verein«

Michael Töteberg: Abhängigkeit und Förderung. M. Fleißers Beziehungen zu Bertolt Brecht

Gabriele Schnabel/Michael Töteberg: Auswahlbibliografie zu M. Fleißer (1929-79)

Notizen

Herausgeber: H. L. Arnold; redaktionelle Mitarbeit: I. Laurien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Hefen. — Preis 6,50 DM. — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

GESCHICHTE UND THEORIE DER POLITIK KLETT-COTTA

Abhandlungen aus dem Institut für Grundlagen der Politik
des Fachbereichs Politische Wissenschaft der
Freien Universität Berlin
Unterreihe A: Geschichte
Herausgegeben von Jürgen Bergmann,
Georg Kotowski, Klaus Megerle, Peter Steinbach

Gitta Steinmeyer: Die Grundlagen der französi- schen Deutschlandpolitik 1917—1919

Band 3, 1979, 209 Seiten, Leinen, DM
52,-, ISBN 3-12-912140-4

War der deutsche Nationalstaat mit dem Mächtegleichgewicht in Europa unvereinbar? Hat er kraft seiner Existenz den vorgegebenen europäischen Rahmen gesprengt? Oder hätte eine andere »innere Verfassung«, eine andere »äußere Ambition« die Einordnung in das europäische Staatensystem ermöglicht? Die Frage nach dem deutschen Nationalstaat in Europa bedingt zugleich eine Analyse der Motive, Bedingungen und Zwänge, unter denen die Deutschlandpolitik der anderen europäischen Mächte stand.

Diese Untersuchung wendet sich Frankreich zu, dem Land, das am unmittelbarsten von der Reichsgründung betroffen wurde, und das bis heute nicht aufgehört hat, sich mit dem Phänomen Deutschland auseinanderzusetzen.

Helmut Sedatis: Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland

Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert

Band 4, 1979, 243 Seiten, Leinen, DM
64,-, ISBN 3-12-912130-7

Ist der Liberalismus eine Ideologie, deren realpolitische Funktion darin bestanden hat, Geburtshelfer, Pfleger und Verteidiger einer kapitalistisch verfaßten Industriegesellschaft zu sein, oder handelt es sich hier um eine geistig-politische Bewegung mit überzeitlichem Charakter (allenfalls in ihrer Frühphase mit den Interessen der Bourgeoisie identisch), in der die Ideen von der Freiheit des Individuums und der konstitutionellen Demokratie verwirklicht werden? Diese Studie weist am Beispiel der sozioökonomischen Entwicklung des Handwerks in Südwestdeutschland im 19. Jahrhundert auf die Revisionsbedürftigkeit beider alternativer Vorstellungen über das Wesen des Liberalismus hin.

Klett-Cotta 

Industrielle Welt

Horst Stuke:

Sozialgeschichte – Begriffsgeschichte – Ideengeschichte

Gesammelte Aufsätze

Herausgegeben von Werner Conze und Heilwig Schomerus

Band 27, 1979, 296 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 45,-, ISBN 3-12-911740-7

Das vorliegende Buch faßt die bisher nur verstreut und schwer zugänglichen Arbeiten des früh verstorbenen Sozialhistorikers Horst Stuke zusammen. Ungewöhnlich in Methode und Fragestellung ist an Stukes Werk die selten versuchte und nie so überzeugend geglückte Verbindung von sozialer »Realgeschichte« mit sozialer Ideen- und Begriffsgeschichte. Wer immer sich mit der Geschichte des Sozialismus im weitesten Sinne befaßt, wird an den Arbeiten Stukes nicht vorbeikommen.

Teil 1: Aufsätze

Aufklärung; Frühsozialismus; Sozialismus; Bedeutung und Problematik des Klassenbegriffs. Begriffs- und sozialgeschichtliche Überlegungen im Umkreis einer historischen Klassentheorie; Michael Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften; Rosa Luxemburg; Materielle Volksinteressen und liberale Ideale 1848

Teil 2: Kleinere begriffsgeschichtliche Artikel – Junghegelianismus; Hegelianismus

Teil 3: Rezensionen

Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegungen im wilhelminischen Reich; Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung; Moderne Sozialgeschichte; Friedrich Müller, Korporation und Assoziation. Eine Problemgeschichte der Vereinigungsfreiheit im deutschen Vormärz; Gerhard Schulz, Das Zeitalter der Gesellschaft; Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie; Peter Nettl, Rosa Luxemburg

Werner Conze, Ulrich Engelhardt (Hrsg.):

Arbeiter im Industrialisierungsprozeß

Herkunft, Lage und Verhalten

Band 28, 1979, 516 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 98,-, ISBN 3-12-912060-2

Mit Beiträgen von P. Borscheid, R. Braun, W. Conze, K. Ditt, U. Engelhardt, W. v. Hippel, H. Kaelble, K. H. Kaufhol, J. Kocka, A. Kraus, D. Langewiesche, A. Lüdtke, H. J. Rupieper, H. P. Schäfer, W. Schieder, K. Schönhoven, H. Schomerus, K. Tenfelde, R. Vetterli, H. Volkmann, C. Wischermann

Der Band umfaßt ausschließlich Originalbeiträge zu einer Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte. Aufgrund neuer, z.T. noch unveröffentlichter Forschungen werden folgende Themenkreise behandelt: Regionale und soziale Herkunft; Lebensstandard; Arbeitsplatzsituation; Soziales Verhalten. Im Mittelpunkt stehen Fragen der geographischen, sozialen und innerbetrieblichen Mobilität; Indikatoren des Lebensstandards; Veränderungen der Arbeitsbedingungen in ausgewählten Industrie-regionen, Berufsgruppen und Betrieben; Ausdrucksformen und Wandlungen des Organisations-, Bildungs- und Konfliktverhaltens im 19. Jahrhundert (bis 1914). Alle Studien gelten dem sozialgeschichtlich noch immer unzureichend erforschten deutschsprachigen Bereich. Besonders berücksichtigt sind die Probleme der inhaltlichen und methodischen Vermittlung zwischen den bisher meist isoliert untersuchten Einzelaspekten.

Klett-Cotta 



COURAGE

aktuelle frauenzeitung

Bleibtreustraße 48, 1000 Berlin 12.

Tel.: 030/883 65 29 und 883 65 69

ALLE
ABONNE-
MENT-
BESTELLUNGEN
BIS ZUM
29. FEBRUAR
NOCH ZUM
ALTEN PREIS!

12 Hefte DM 36,-

6 Hefte DM 18,-

Auslandsabo: DM 21,- bzw. 42,-

Über die Autoren

- Abholz, H.-Harald**, Dr. med., geb. 1945; wiss. Mitarbeiter am Klinikum Steglitz der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Epidemiologie, Sozialpsychiatrie, Hypertonie und Fibrinolysetherapie; seit 1970 Mitglied der Medizin-Kommission des *Argument*.
- Barnett, Anthony**; Redaktionsmitglied der »New Left Review«.
- Berger, Michael**, Dr. phil., geb. 1937; Akademischer Oberrat am Historischen Seminar der Univ. Freiburg. Beiträge in Zeitschriften. Arbeitsgebiet: Sozialpolitik. Mitglied der GEW.
- Berking, Helmut**, geb. 1950; wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Soziologie der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Sozial- und Wissenschaftsgeschichte; soziologische Theorien.
- Bispinck, Reinhard**; geb. 1951; Dipl. Volkswirt, wiss. Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB. Arbeitsgebiete: Arbeitsbedingungen, Humanisierung der Arbeit, Sozialpolitik. Mitglied in SPD und ÖTV.
- Bremer, Thomas**, vgl. *Argument* 116
- Dietrich, Stephen**, geb. 1958; Studium der Rechtswissenschaft und Politologie. Arbeitsgebiete: Recht und Ideologie. Mitglied der Juso-Hochschulgruppe und des Studentenparlaments der FU Berlin.
- Elfferding, Wieland**, vgl. *Argument* 109
- Enderwitz, Elke**; Lehrerin für Deutsch und Englisch in Frankfurt/M., Mitglied der GEW.
- Frei Bruno**, vgl. *Argument* 109
- Freudenthal, Gideon**, geb. 1947; Doktorand an der FU-Berlin. Arbeitsgebiete: Wissenschafts- und Philosophiegeschichte.
- Friedrich, Gerhard**; Lektor für deutsche Sprache und Literatur in Turin. Arbeitsgebiete: Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller; Literaturtheorie. Mitglied der GEW.
- Gittings, John**; Mitarbeiter im Institut for Policy Studies in Washington. Veröffentlichung: *The world and China 1922-72* (1974).
- Grühn, Dieter**, vgl. *Argument* 109
- Guthke, Beate**, vgl. *Argument* 111
- Halliday, Fred**, geb. 1947; Mitherausgeber der »New Left Review«. Mitarbeiter des Transnationalen Instituts in Amsterdam. Arbeitsgebiet: Islamwissenschaft.
- Herzer, Manfred**, geb. 1949; Bibliothekar. Mitglied der ÖTV und der Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Berlin (AHA)
- Herzer, Manfred**, geb. 1952; Doktorand an der Universität Mainz. Arbeitsgebiet: Familiensoziologie. Mitglied in SPD, BdWi und GEW.
- Hildebrandt, Hans-Jürgen**, geb. 1947; wiss. Mitarbeiter an der Universität Mainz. Aufsätze zur Ethnologie. Arbeitsgebiete: Familiensoziologie. Mitglied des BdWi und der ÖTV.
- Ingersleben, Sigurd v.**, Dr. phil., geb. 1944; wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Arzneimittel des Bundesgesundheitsamtes. Veröffentlichungen: *Die praktische Bedeutung des Wissenschaftsverständnisses der Pharmakologie* (1979), Zeitschriftenveröffentlichungen; Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Soziologie der Medizin, Probleme der Arzneimitteltheorie. Mitglied der ÖTV.
- Jäger, Michael**, vgl. *Argument* 108
- Johnson, Richard**; lehrt und forscht am Centre f. Contemporary Cultural Studies der University of Birmingham. Arbeitsgebiete: Verhältnis von Familien, Schule und Produktion und dem Einfluß des Staates darauf. Veröffentlichungen über Erziehung im England des frühen 19. Jahrhundert.
- Johnstone, Monty**; Historiker. Veröffentlichungen: *Socialism, Democracy, and the One-Party-System* (1970/71), Aufsätze, Mitglied der CPGB.
- Kargus, Harald**, vgl. *Argument* 115
- Karl, Helga**, geb. 1950; Planerin im Modellversuch soziale Studiengänge an der Gesamthochschule Kassel. Veröffentlichungen: *Soziale Kulturarbeit. Kongressauswertung*; Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit, Soziokulturelle Arbeit, empirische Sozialforschung über Praxisphasen in der Sozialarbeiterausbildung. Mitglied in GEW und BdWi.
- Klitzke, Dietrich**, vgl. *Argument* 115
- Krämer-Friedrich, Sybille**; Studium der Politik, Geschichte, Philosophie. Arbeitsgebiete: Techniktheorie, Informationstheorie. Mitglied der GEW.
- Krause-Vilmar, Dietfrid**, vgl. *Argument* 117

Küntzel, Ulrich, vgl. Argument 109

Laclau, Ernesto, vgl. Argument 117

Laugstien, Thomas, vgl. Argument 113

Lenzen, Klaus-Dieter, Dr. phil., geb. 1946; wiss. Mitarbeiter an der Laborschule Bielefeld. Veröffentlichungen: *Kinderkultur, die sanfte Anpassung* (1978), Aufsätze. Arbeitsgebiete: Curriculumentwicklung, Medien für Kinder.

Lundt, André, vgl. Argument 112

Lutbrunghausen, Gudrun, geb. 1953; wiss. Mitarbeiterin in mehreren bildungssoziologischen Projekten. Veröffentlichungen: *Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten von FHS-Absolventen* (1977); Aufsätze. Arbeitsgebiete: Industriosozologie, Bildungssoziologie.

Markard, Christiane, Dr. troph. geb. 1949; Dipl. Trophologin, wiss. Angestellte im Umweltbundesamt. Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiet: Gesundheitliche Probleme durch Umweltverunreinigung, bes. Schwermetalle.

Meyer, Gert, vgl. Argument 107

Ost, Reinhard, vgl. Argument 110

Peukert, Detlev, vgl. Argument 110

Rosenbrock, Rolf Dietrich, Dr. rer. pol., geb. 1945; wiss. Angest. am Wissenschaftszentrum Berlin. Arbeitsgebiete: Stadt- und Bauplanung, Gesundheits- und Sozialpolitik. Mitglied der ÖTV und des BdWi.

Rückriem, Georg, Prof. Dr. phil.; Professor für Systematische Pädagogik. Wichtigste Veröffentlichungen: *Historischer Materialismus und menschliche Natur* (1978). Arbeitsgebiet: Bildungstheorie. Mitglied der GEW.

Schmitz, Ulrich, vgl. Argument 111

Schüle, Klaus; Studienrat an der Gesamtschule Bremen-West, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen. Veröffentlichungen: *Deutschlandbild der Résistance* (1975), Aufsätze. Arbeitsgebiete: Sprachtheorie, Theorie und Praxis des Fremdspracherwerbs, Lehrwerk und Medienkritik. Mitglied der GEW.

Schweizer, Harro, vgl. Argument 109

Sigusch, Volkmar, Prof. Dr. med., geb. 1940; Habilitation in Sexualwissenschaft, Leiter der Abt. für Sexualwissenschaft und Geschäftsführender Direktor des Zentrums der Psychosozialen Grundlagen der Medizin des Klinikums der Universität Frankfurt/M., 1. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung. Arbeitsgebiete: Theorie der Sexualität des Menschen, Medizin und Moral. Veröffentlichungen: *Sexualität und Medizin* (1979), *Therapie sexueller Störungen* (21980). Mitglied in ÖTV, IASR, BdWi.

Thoma, Heinz, vgl. Argument 114

Tuguntke, Jörg, geb. 1948; Dozent an der VHS Tiergarten. Arbeitsgebiet: Wissenschaftsgeschichte, Wissenschaftstheorie.

Vabrenhold, Fritz, Dr., geb. 1949; Leiter des Fachgebietes »Chemische Industrie« im Umweltbundesamt. Veröffentlichungen: *Seveso ist überall* (1978); Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Luftreinhaltung, Umweltochemikalien, Störfallproblematik, Katastrophenschutz. Mitglied der ÖTV, der Arbeitsgruppe für Umweltfragen beim SPD-Parteivorstand, des Beirates des Deutschen Verbraucherschutzverbandes.

Voss, Dietmar, geb. 1954; Doktorand in Giessen. Arbeitsgebiete: neuere Literaturwissenschaft, philosophische Ästhetik.

Winkler, Michael, Dr. phil., geb. 1953; wiss. Mitarbeiter am Institut f. Pädagogik der Universität Erlangen. Veröffentlichungen: *Geschichte und Identität, Versuch über den Zusammenhang von Gesellschaft, Erziehung und Individualität in der Theorie der Erziehung* (1979). Arbeitsgebiete: Sozialpädagogik, systematische und historische Pädagogik, Handlungstheorie. Mitglied der GEW.

Würzberg, H. Gerd, Dr. phil., geb. 1946; wiss. Assistent im Modellversuch Journalistik Dortmund, Lehrbeauftragter für Medienpädagogik, freie journalistische Tätigkeit. Veröffentlichungen: *Arbeitswelt im Fernsehen* (1975), *Kultur und Politik* (1978), Aufsätze. Arbeitsgebiete: Industriekultur, Geschichte des Fernsehens, Probleme der Journalistenausbildung. Mitglied der GEW, Kulturpolitischen Gesellschaft, Deutschen Gesellschaft f. Publizistik und Kommunikationsforschung.

Zielinski, Siegfried, vgl. Argument 113

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Schmitz, Ulrich</i> : Gesellschaftliche Bedeutung und sprachliches Lernen (<i>K. Schüle</i>).....	114
<i>Leist, Anton</i> : Sprachen und Dinge (<i>A. Lundt</i>).....	116
<i>Lorenz, Wolfgang, und Gerd Wojak</i> : Zum Verhältnis von Abbild und Bedeutung (<i>U. Schmitz</i>).....	118
<i>Calvet, Luis-Jean</i> : Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus (<i>H. Schweizer</i>).....	119
<i>Naumann, Manfred</i> : Prosa in Frankreich (<i>H. Thoma</i>).....	121
<i>Franzbach, Martin</i> : Plädoyer für eine kritische Hispanistik (<i>T. Bremer</i>).....	123
<i>Franzbach, Martin</i> : Kritische Arbeiten zur Literatur- und Sozialgeschichte Spaniens, Frankreichs und Lateinamerikas (<i>T. Bremer</i>).....	123

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>Knödler-Bunte, Eberhard, Ulf Preuß-Lausitz und Werner Siebel (Hrsg.)</i> : Normalzustände. Politische Kultur in Deutschland (<i>G. Friedrich</i>).....	124
<i>Pflaum, H. G., und H.H. Prinzler</i> : Film in der Bundesrepublik Deutschland (<i>H. Kargus</i>).....	125
Deutsche Revuefilme 1933 bis 1945 (<i>S. Zielinski</i>).....	125
<i>Seeßen, Georg, und Claudius Weil</i> : Ästhetik des erotischen Kinos (<i>D. Klitzke</i>).....	127

Soziologie

<i>Durkheim, Emile</i> : Über die Teilung der sozialen Arbeit (<i>M. Winkler</i>).....	128
<i>Jany, Brigitte, und Lisa Wallmuth</i> : Arbeit und Gesellschaft (<i>H. Berking</i>).....	129
<i>Friedrichs, Jürgen (Hrsg.)</i> : Stadtentwicklungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern (<i>M. Lange</i>).....	131
<i>Benjamin, Michael, und Gerhard Schulze</i> : Entwicklung des Territoriums als komplexe Aufgabe (<i>M. Langhof</i>).....	132

Erziehungswissenschaften

<i>Huppertz, Norbert, und Engelbert Schinzler</i> : Grundfragen der Pädagogik (<i>G. Rückriem</i>).....	133
<i>Gottschalch, Wilfried</i> : Vatermutterkind (<i>M. Herzer</i>).....	135
<i>Elschenbroich, Donata</i> : Kinder werden nicht geboren (<i>K.-D. Lenzen</i>).....	136
<i>Bettelheim, Bruno</i> : Kinder brauchen Märchen (<i>K.-D. Lenzen</i>).....	137
<i>Makarenko, Anton</i> : Gesammelte Werke. Marburger Ausgabe (<i>G. Meyer</i>).....	138

Medizin

<i>Berger, E., u.a.</i> : Systemanalyse des Gesundheitswesens in Österreich (<i>R. Rosenbrock</i>).....	139
<i>Petri, Horst</i> : Soziale Schicht und psychische Erkrankung (<i>H.-H. Abholz</i>).....	142
<i>Winter, Kurt</i> : Lehrbuch der Sozialhygiene (<i>H.-H. Abholz</i>).....	142
<i>Schicke, Romuald K.</i> : Sozialpharmakologie (<i>S.v. Ingersleben</i>).....	143

Geschichte

<i>Borscheid, Peter</i> : Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung (D. Peukert).....	144
<i>Hentschel, Volker</i> : Wirtschaftsgeschichte der Maschinenfabrik (D. Peukert).....	144
<i>Rabe, Bernd</i> : Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel (D. Peukert).....	144
<i>Schomerus, Heilwig</i> : Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen (D. Peukert).....	144
<i>Schröder, Wilhelm H.</i> : Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung (D. Peukert).....	144
<i>Zang, Gert</i> (Hrsg.): Provinzialisierung einer Region (D. Peukert).....	145
<i>Conze, Werner</i> (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas (H.-J. Hildebrandt).....	148
<i>Shorter, Edward</i> : Die Geburt der modernen Familie (H.-J. Hildebrandt).....	148

Soziale Bewegung und Politik

<i>Hall, Stuart, u. a.</i> : Policing the Crisis (S. Dietrich).....	150
<i>Chambliss, William J.</i> : Politik und Verbrechen in den USA (U. Küntzel).....	152
<i>Schlesinger, Arthur M.</i> : Robert Kennedy and his times (U. Küntzel).....	152
<i>Bäcker, Gerhard, und Werner Elsner</i> : Rentenversicherung in der Krise? (M. Berger).....	155
<i>Badura, Bernhard, und Peter Gross</i> : Sozialpolitische Perspektiven (R. Bispinck).....	156
<i>Beyme, Klaus von</i> : Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat? (W. Elfferding).....	157

Ökonomie

Umweltgutachten 1978 (F. Vahrenholt).....	79
Umweltbundesamt: Was Sie schon immer über Umweltchemikalien wissen wollten (F. Vahrenholt).....	79
Umweltbundesamt: Berichte 3/76, 4/77, 1/79 (F. Vahrenholt).....	79
<i>Koch, E., und F. Vahrenholt</i> : Seveso ist überall (C. Markard).....	82
U — das technische Umweltmagazin 10/78 (C. Markard).....	82
<i>BASF</i> (Hrsg.): Sicherheit in der Chemie (C. Markard/F. Vahrenholt).....	84
<i>BDI</i> (Hrsg.): Antworten auf eine Herausforderung (C. Markard/F. Vahrenholt).....	84
<i>Verband der chemischen Industrie VCI</i> (Hrsg.): Schriftenreihe Chemie und Fortschritt (C. Markard/F. Vahrenholt).....	84
<i>Föppl, Christine</i> : Die Vollbeschäftigungsformel (B. Guthke).....	159
<i>Hanesch, Walter, und Uli Single</i> (Hrsg.): Maßnahmen zur Jugendarbeitslosigkeit (H. Karl).....	161
<i>Lohnhardt, Anne, und Gerhard Weiß</i> : Stahlkrise an der Saar (G. Bouwer).....	162
<i>Höbmann, Hans-Hermann</i> (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung (D. Grün/R. Ost).....	163

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, AS und SH komplett am Lager haben

Aachen

Babula Buchhandlung, 5100 Aachen, Pontstr. 133, Tel. 0241/27555

Augsburg

»probuch« GmbH, Gögginger Str. 34, 8900 Augsburg, Tel. 0821/579173

Berlin

aufreimbuchhandlung, Carmerstr. 10, 1000 Berlin 12, Tel. 030/310151

Buchladenkollektiv Politische Buchhandlung, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel. 030/3139983

das europäische buch, Knesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12, Tel. 030/3137744 und Thielallee 32, 1000 Berlin 33, Tel. 030/8324051

Jürgens Buchladen, Königin Luise-Str. 40, 1000 Berlin 33, Tel. 030/8313825

Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46, 1000 Berlin 33, Tel. 030/8324368 und Hardenbergstr. 4-5, 1000 Berlin 12, Tel. 030/310711

Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99, 1000 Berlin 15, Tel. 030/8832553

Wohlthal'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11, 1000 Berlin 41, Tel. 030/8511509

Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a, 1000 Berlin 45, Tel. 030/8313962

Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29, 1000 Berlin 19, Tel. 030/3417432

Bielefeld

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feltenstr. 10, 4800 Bielefeld, Tel. 0521/63518

Bochum

Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum, Tel. 0234/702336

Bonn

Buchladen 46-Kritische Politik, Kaiser, 46, 5300 Bonn, Tel. 02221/637408

Bremen

Buchladen & Unibuchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstr., 2800 Bremen 33, Tel. 0421/217023

Darmstadt

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Lauteschlägerstr. 3, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/75230

Dortmund

Buch International, Königswall 22, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/140880

bücherstube GmbH, Große Heinstr. 82, 4600 Dortmund, Tel. 0231/103306

Duisburg

buchladen-kollektiv gmbh, Oststr. 194, 4100 Duisburg, Tel. 0203/372123

Essen

Heinrich Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8, 4300 Essen 1, Tel. 0201/231923

Karl Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 14, 4300 Essen, Tel. 0201/232014

Esslingen

Provinzbuchladen, Grabbrunnenstr. 8, 7300 Esslingen, Tel. 0711/352738

Frankfurt

Buchladen Verlag, 2000 GmbH, Jörgelestr. 1, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/775682

Buchzentrum, Goethestr. 31-33, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/281090

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector, Gräfelestr. 77, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/777303

Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/778807

Freiburg

»Jos Fritz«-Pol. Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, Tel. 0781/26877

Walthari, Buchhandlung i. d. Universität, Bertoldstr. 28, 7800 Freiburg, Tel. 0761/36159

Gießen

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schifflinger Weg 1, 6300 Gießen, Tel. 0641/792267

Göttingen

Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen, Tel. 0551/42128

Hamburg

arbeiterbuch, Grindelhof 45, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/453801

Heinrich Heine Buchhandlung GmbH, Grindelallee 25, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/449778

Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/4104572

Hannover

Internationalismus Buchladen und Verlagsgesellschaft mbH, Königsworther Str. 19, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/17173

Wissen + Fortschritt, Hamburger Allee 37, 3000 Hannover

Heidelberg

Buchhandlung Jörg Burkhard, Marstallstr. 11a, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/29153

Buchhandlung kollektiv, Ploock 64a, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/12633

Kassel

ABC-buchladen, Goethestr. 77, 3500 Kassel, Tel. 0561/77704

Wissen und Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5, 3500 Kassel, Tel. 0561/15642

Köln

Der Andere Buchladen, Zulpicher Str. 197, 5000 Köln 41, Tel. 0221/420214

Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Fleischmengersgasse 31, 5000 Köln 1, Tel. 0221/215770

Mainz

Anna Seghers Buchhandlung, Blihlidstr. 15, 6500 Mainz, Tel. 0613/124916

Marburg

Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg, Tel. 06421/24787

Wissen und Fortschritt, Am Grün 58, 3550 Marburg, Tel. 06421/26412

München

BASIS, Sozialwissenschaftl. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b, 8000 München 40, Tel. 089/2809522

Libresso Buchhandlung, Türkenstr. 66, 8000 München 40, Tel. 089/281767

Münster

Karl Liebknecht Buchhandlung, Steinfurter Str. 15, 4400 Münster, Tel. 0251/28077

ROSTA-Buchladen, Splekerhof 34, 4400 Münster, Tel. 0251/44926

Nürnberg

Libresso Buchzentrum, Weinmarkt 12a, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/221507

Oldenburg

Carl von Ossietzky Buchhandlung Michael Rittendorf KG, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg, Tel. 0441/13949

Regensburg

Libresso-Buchhandlung, Glockengasse 7, 8400 Regensburg, Tel. 0941/561538

Saarbrücken

der buchladen, Beth/Paul, Johannisstr. 3, 6600 Saarbrücken 3, Tel. 0681/31171

Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/36559

Schwerte

Versandbuchhandlung u. Wiss. Antiquariat, Hubert Frelshöfer, Holzener Weg 31, 5840 Schwerte, Tel. 02304/80033

Stuttgart

Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/223287

Tübingen

aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20, 7400 Tübingen, Tel. 0707/212929

Schweiz

Basel

Buchhandlung Der Funke, Lindenberg 23, CH-4058 Basel, Tel. 061/320277

Bern

Buchhandlung für Soziologie, Münstergasse 41, CH-3011, Bern, Tel. 031/228218

Zürich

Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft, Froschau-gasse 7, CH-8025 Zürich, Tel. 0132/2647

Dänemark

København's Bogcafé, Kulturvet 11, DK-1175 Kopenhagen K, Tel. DK 01/111236

Auslieferung für Niederlande

E.R. Ruwaard B. V., Noordeinde 122, NL-2514 GM Den Haag, Tel. 070/658755

Österreich

Buchhandlung Karl Winter oHG, Esterhazygasse 20, A-106 Wien, Tel. 0222/578508